

Die Sicherung der Vollbeschäftigung nach der neoliberalen Theorie

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

vorgelegt von
WERNER SCHUPP
von Basel

VERLAG P. G. KELLER – WINTERTHUR 1958



Digitized by the Internet Archive
in 2026

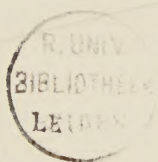
https://archive.org/details/IA41546715_0042

Die Sicherung der Vollbeschäftigung nach der neoliberalen Theorie

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

vorgelegt von
WERNER SCHUPP
von Basel



VERLAG P. G. KELLER – WINTERTHUR 1958

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät
auf Antrag der Herren Prof. Dr. V. F. Wagner und
Prof. Dr. E. Salin.

Basel, den 26. Januar 1956.

Prof. Dr. H. Fuchs
Dekan

Diese Arbeit erscheint gleichzeitig unter gleichem Titel als Band 12 der „Schriften
des Schweizerischen Wirtschaftsarchivs“ im Polygraphischen Verlag AG., Zürich

Meinen Eltern

Ich danke meinem Lehrer, Herrn Professor Dr. Valentin F. Wagner,
für seine Förderung und Hilfe

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
------------------	---

Erster Teil

Voraussetzungen und Grundlagen

1. Kapitel: Ursachen und Arten der Arbeitslosigkeit	5
A. Strukturelle Arbeitslosigkeit	6
B. Konjunkturelle Arbeitslosigkeit	8
C. Effektive Nachfrage und das Verhältnis zwischen Ersparnissen und Investitionen	11
2. Kapitel: Wirtschaftsordnung des Wettbewerbs	14
A. Ordnungsprinzipien	15
B. Marktwirtschaft	23
3. Kapitel: Liberaler Interventionismus	27
A. Problem der Art und Form	28
B. Zweckdienlichkeit als Kriterium der Anwendung	30

Zweiter Teil

Mittel und Massnahmen

4. Kapitel: Strukturanpassung	35
A. Problem der Anpassung	35
B. Intervention zur Anpassung	39
C. Vermehrung der Arbeitsplätze	49
D. Strukturpolitische Massnahmen	52
E. Zusammenfassung und Vergleich	56
5. Kapitel: Konjunkturausgleich	59
A. Problem des Ausgleichs	60
B. Kompensatorische Kreditexpansion	61
C. Monetäre und fiskalische Massnahmen	70
D. Zusammenfassung und Vergleich	84
6. Kapitel: Lohnflexibilität	85
A. Lohntheoretische Grundlagen	85
B. Unvollkommener Arbeitsmarkt	88
C. Kollektive Lohnbildung	93
D. Begrenzte Lohnflexibilität	94
7. Kapitel: Aussenhandel	98
A. Problem der Integration	99
B. Liberalisierung des Aussenhandels	102

C. Herstellung der Konvertibilität	104
D. Multilateralität und Beschäftigungsgrad	109

Dritter Teil

Würdigung und Ausblick

8. Kapitel: Ordnungsprinzipien der Wirtschaft	115
A. Ideen des Neoliberalismus	115
B. Forderungen der Gegenwart	119
C. Ausgleich der Gegensätze	122
9. Kapitel: Vollbeschäftigung als Aufgabe	127
A. Grundsätzliche Zustimmung	127
B. Einschränkende Vorbehalte	130
C. Relative Vollbeschäftigung	132
10. Kapitel: Mittel und Methode	135
A. Strukturelle Anpassung	135
B. Konjunktureller Ausgleich	139
C. Institutionelle Integration	146
Schlusswort	150
Literaturverzeichnis	151

Einleitung

Ein sehr ernstes soziales Problem unserer Zeit besteht darin, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen bzw. auf ein erträgliches Ausmass zu reduzieren und den erreichten Beschäftigungsstand zu halten. Erträglich und daher kaum von Bedeutung ist die durch Berufs- und Stellenwechsel verursachte friktionelle und saisonale Arbeitslosigkeit. Schwerwiegender hingegen ist die strukturelle und konjunkturelle, mit Existenzlosigkeit verbundene Arbeitsaussetzung.

Die Neoliberalen übergehen die Reibungsarbeitslosigkeit, die normalerweise auf 2 bis 4, höchstens 5 % aller Arbeitskräfte veranschlagt wird, so dass eine Volkswirtschaft als vollbeschäftigt gilt, wenn mindestens 95 % der Arbeitsfähigen im Produktionsprozess stehen. Eine minimale, wenn auch konstante Arbeitslosigkeit ist daher immer noch mit Vollbeschäftigung vereinbar. Sie schliesst somit ein ebenso erträgliches wie unvermeidliches, wirtschaftlich nützlich-residuum von Arbeitslosigkeit ein. Denn der verbleibende Restbestand sichert einen gewissen Spielraum nach oben und unten — die unerlässliche Elastizität der Wirtschaft, die einer Erstarrung weichen und eine Überbeschäftigung herbeiführen würde, wären alle Arbeitskräfte beschäftigt.

Die Vollbeschäftigung als Ziel und Zustand bestmöglicher Kombination und sinnvoller Eingliederung der Produktivkräfte in den Wirtschaftsprozess ist unbestritten. Die darauf hinzielende Politik will denn auch eine Konjunkturentlastung schaffen, bei der jedermann, der nicht mehr fordert, als seiner Leistung entspricht, dort beschäftigt wird, wo seine Arbeit den grössten Nutzen stiftet.

Die Neoliberalen unterscheiden sich nun von der neuern Theorie, indem sie die Vollbeschäftigung begrifflich enger fassen und sie nicht zum Endzweck, sondern zum Teilziel und Mittel zur Steigerung des Volkswohls machen. Diese abweichende Gewichtung erklärt zu einem Teil auch die vorsichtiger Wahl, Dosierung und Anwendung der wirtschaftspolitischen Mittel und Massnahmen. Sie reden denn auch mit Vorliebe von hoher und stabiler Beschäftigung oder dauerhafter Höchstbeschäftigung und meiden in der Regel den nach ihrer Auffassung irreführenden Ausdruck der ‚Vollbeschäftigung‘, der in seiner weitesten Auslegung sämtliche arbeitswilligen und -fähigen Arbeitskräfte einbezieht und infolgedessen Überbeschäftigung bedeutet.

Die vorliegende Arbeit stellt nun einen Versuch dar, aus den zahlreichen Schriften der neoliberalen Autoren die beschäftigungstheoretischen Erkenntnisse und praktisch-politischen Vorschläge herauszuschälen und kritisch zu prüfen. Wir stützen uns dabei insbesondere auf die Ausführungen von Walter Eucken, Gottfried Haberler, Friedrich A. Hayek, Friedrich A. Lutz, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und eine weitere Anzahl von Ökonomen, die der neoliberalen Schule nahestehen oder deren Gedankengut vertreten.

Wir werden in einem ersten Teil den Ursachen der Arbeitslosigkeit, wie sie die Neoliberalen sehen, nachgehen und die Prinzipien der freien Marktwirtschaft als Voraussetzung und Rahmen ihrer wirtschaftspolitischen Massnahmen darstellen. Im Hauptteil wollen wir dann auf die Mittel der aktiven Konjunktur- und Beschäftigungspolitik eingehen und auf Grund ihrer Voraussetzungen und Auswirkungen die praktische Tauglichkeit prüfen. Im Schlussteil endlich soll die Vollbeschäftigung als wirtschaftspolitisches Teilziel in ihrem Verhältnis zum Volkswohlstand als Hauptziel dargestellt, die daraus sich ergebenden Begrenzungen und der mögliche Kompromiss aufgezeigt werden.

Infolgedessen wird die Vollbeschäftigungspolitik nur dann für sinnvoll anerkannt, wenn sie neben Arbeit bei leistungsentsprechender Entlohnung für jeden auch zu steigenden Erträgen und einem höhern Lebensstandard für alle führt. Die Problematik besteht nun in der Handhabung des wirtschaftspolitischen Instrumentarismus; denn davon hängt es ab, ob die Ziele in harmonischer Weise ganz oder infolge gegenseitiger Konkurrenzierung nur teilweise erreicht werden.

Es geht also primär um die Frage, ob die freie Marktwirtschaft imstande ist, das wirtschaftliche Gleichgewicht bei hoher Beschäftigung der Produktionsfaktoren und unter Wahrung des sozialen Friedens, wirtschaftlicher Prosperität und individueller Freiheit zu gewährleisten oder ob im Gegenteil die ihr innewohnenden Kräfte vom Gleichgewicht wegführen und Arbeitslosigkeit hervorrufen.

Jedes wirtschaftliche und politische System, das Bestand haben will, muss heute aber nachweisen können, dass es fähig ist, Arbeitslosigkeit, wenn nicht vermeiden, so doch ständig erfolgreich bekämpfen zu können; denn Massenarbeitslosigkeit ist ein soziales Übel und eine politische Gefahr. Daher ist die Beschäftigungspolitik nicht nur eine ökonomische Aufgabe und soziale Verpflichtung, sondern auch eine staatspolitische Notwendigkeit. So wird nach einem Weg gesucht, der mittels marktkonformer Massnahmen die Nachteile der Vollbeschäftigungspolitik keynesianischer und neokeynesianischer Prägung vermeidet, das gesteckte Ziel dennoch erreicht und sich

dermassen ins Wirtschaftsgesamt einordnet, dass alle übrigen Interessen und Werte nicht tangiert werden.

Die Diskussion dieser beschäftigungstheoretischen und -politischen Probleme ist noch in vollem Gang, so dass unsere Darstellung eher einer Bestandesaufnahme mit zeitlich bedingter Gültigkeit gleichkommt. Viele Thesen sind umstritten, einige der Vorschläge praktisch erprobt und daher nur wenige gesichert.

Erster Teil

Voraussetzungen und Grundlagen

1. Kapitel

Ursachen und Arten der Arbeitslosigkeit

Die zwingend notwendigen Bemühungen zur Beseitigung vorhandener und Verhinderung möglicher Arbeitslosigkeit werden heute allgemein unterstützt und gelten als unangefochten. Hingegen besteht ein theoretischer und politischer Meinungsstreit, selbst unter den Gesinnungsgenossen, in bezug auf die Bestimmung der Ursachen und der Behandlungsweisen, die auch bei übereinstimmenden Ansichten eine Sache der Wahl bleiben. Die nachfolgende Betrachtung der Bestimmungsgründe der Arbeitslosigkeit und des verschiedenartigen Charakters ihrer Erscheinungsformen in neoliberaler Sicht sollen als Voraussetzung zum Verständnis ihrer theoretischen und wirtschaftspolitischen Empfehlungen dienen, teils aber auch die gegenüber den Thesen der Keynes-Schule andersgeartete Deutung und Wertung der Ursachen hervorheben.

Die Schwankungen des Beschäftigungsgrades und die daraus resultierende Arbeitslosigkeit lassen sich auf Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts als Folge bestimmter Änderungen wirtschaftlicher Daten und Bedingungen und auf die Wirksamkeit ausserwirtschaftlicher Faktoren zurückführen. Der Charakter der Arbeitslosigkeit wechselt somit, je nachdem sie regional oder gesamtwirtschaftlich auftritt und sich auf diese oder jene Ursache zurückführen lässt. Mit einigem Recht weisen daher die neoliberalen Autoren darauf hin, dass die Beschäftigungsprobleme nicht nur solche quantitativer, sondern ebenso sehr, ja vielleicht in vermehrtem Ausmass qualitativer Natur sind¹, womit sie auch eine monokausale Erklärung ablehnen und eine unterschiedliche, in zweifacher Richtung wirkende Behandlungsweise andeuten: Neben der Ordnung einer anpassungsfähigen und beweglichen Wettbewerbswirtschaft zur Überwindung struktureller Störungsursachen in den Anfängen, teils Förderung der Umstellung, teils Milderung der Folgen und Bekämpfung der Auswirkungen konjunktu-

1) Vgl. W. Röpke, Neue Zürcher Zeitung, 1943, Nr. 1245.

reller Schwankungen mit Arbeitslosigkeit und damit Gewährleistung des wirtschaftlichen Gleichgewichts mit Vollbeschäftigung.

Es versteht sich, dass auf die Unzahl und Vielfalt der vertretenen konjunkturtheoretischen Lehrmeinungen nur insofern eingetreten werden kann, als sie für die Erklärung der Arbeitslosigkeit und der Vollbeschäftigung als relevant und für die Beweisführung als notwendig erscheinen.

A. Strukturelle Arbeitslosigkeit

Unter dem „nicht ganz klaren Ausdruck“ der „strukturellen Arbeitslosigkeit“, wie ihn Röpke selbst bezeichnet, versteht er jene durch „besondere Störungsursachen“ bedingte Verminderung des Beschäftigungsgrades². Auch die vorausgehende Kontroverse in dieser Sache zwischen ihm und Jöhr brachte kaum eine Klärung, so sehr diese erwünscht gewesen wäre und zur präziseren Formulierung der neoliberalen Postulate beigetragen hätte³. Immerhin kann daraus gefolgert werden, dass mit struktureller Arbeitslosigkeit jenes Absinken des Beschäftigungsgrades oder jene Zunahme des Arbeitsangebotes ohne entsprechende Nachfrage gemeint ist, die auf Störungen des innern Aufbaus einzel- und gesamtwirtschaftlicher Körper und der Beziehungen der Glieder unter sich und zum Ganzen beruht. Diese Störungen sind infolgedessen stets partiell und singulär und bedürfen demnach auch einer auf Einzelwirkung zielenden organischen Behandlung von mehrheitlich kurzfristiger Dauer.

Entstehung und Veränderung dieser Art von Arbeitslosigkeit erklären sich aus einer Vielzahl von besondern Sachverhalten. So beschränken Eingriffe der Behörden in das freie Spiel der Marktkräfte und monopolistische Hemmungen und Praktiken, bei einer Starrheit der im Vergleich zur Grenzproduktivität überproportionalen Löhne⁴, die Produktion und damit auch die Arbeitsgelegenheit⁵. Zudem bedingen Neuanschaffungen von Betriebsanlagen, Stilllegung und Wiederingangsetzung von Betrieben und verstärkte oder verminderte Kapazitätsausnutzung laufender Betriebe ebenfalls Schwankungen in der Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze⁶.

2) W. Röpke, Das deutsche Wirtschaftsexperiment — Beispiel und Lehre, in: Vollbeschäftigung..., S. 302; Alte und neue Ökonomie, in: Wirtschaft ohne Wunder, S. 84 f.

3) W. A. Jöhr, Neue Zürcher Zeitung, 1946, Nr. 278; W. Röpke, Neue Zürcher Zeitung, 1946, Nr. 321.

4) W. Röpke, Neue Zürcher Zeitung, 1943, Nr. 1245.

5) F. A. Burchardt, Die Gründe der Arbeitslosigkeit, in: Vollbeschäftigung, S. 23.

6) H. J. Rüstow, Theorie der Vollbeschäftigung in der freien Marktwirtschaft, S. 71.

Ausserdem vermögen Flüchtlinge und Heimkehrer, neu-heranwachsende jüngere Jahrgänge und aus andern Wirtschaftsbereichen zuströmende Arbeitskräfte das Angebot an Arbeit im Verhältnis zu den neu-entstehenden Arbeitsplätzen rascher zu erhöhen und damit die Arbeitslosigkeit zu verschärfen. Mangelnde Beweglichkeit der Arbeitskräfte, die vor allem durch die Wohnungsnot einer Nachkriegszeit und sonstigen Hemmungen der Freizügigkeit nicht ausreichend rasch genug oder überhaupt nicht an die Stelle des Bedarfs umgesiedelt werden können, verzögert den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt⁷. Nicht zuletzt können „Nachfrageverschiebungen, technische Neuerungen, Störungen des internationalen Handels oder Kapitalfehlleitungen“⁸ als einige der möglichen Schwankungen in den allgemeinen Wirtschaftsbedingungen einen Umstellungsprozess mit Verschiebung von Arbeitskräften zur Anpassung an die neuen Daten hervorrufen, wobei aber mangelnde Beweglichkeit der einzel- und volkswirtschaftlichen Faktoren diesen Prozess verhindern, zumindest aber verzögern und die damit verbundene Arbeitslosigkeit zeitlich verlängern und in ihrer weiteren Entwicklung verschärfen kann.

„Bei einer sich stets ändernden Nachfrage, an die sich die Produktionswerkzeuge und Produktionsprozesse nicht augenblicklich anpassen können, wird es immer einige ungenutzte Produktionsmittel geben“⁹, weshalb für die neoliberalen Ökonomen die Lösung des Problems nicht in der Verhinderung dieser Entwicklung besteht, sondern darin, die Wirtschaft so anpassungsfähig als möglich zu gestalten und wo notwendig, entsprechend der Analyse der Störung, zu deren Behebung im Sinne der Angleichung an die Gleichgewichtslage die geeigneten, d. h. systemgerechten Massnahmen zu treffen. Spontane Anpassung und Anwendung konformer Mittel schliessen sich nicht aus, denn letztere beschleunigen und humanisieren die Umstellung¹⁰. Diese Anpassung der Volkswirtschaft an die Veränderungen, die das Gleichgewicht gestört haben, erfordert einen hohen Grad an Beweglichkeit der Preise, Kosten, Märkte und Produktionsmethoden, -arten und -standorte¹¹. Monetäre, auf den gesamten Wirtschaftsprozess einwirkende Massnahmen vermöchten in diesem Falle wohl für eine gewisse Zeit, dank vermehrter effektiver Nachfrage, die Arbeitslosigkeit ganz oder teilweise zu beseitigen, sie würden aber dazu dienen, einen grossen Teil der Arbeiter an ‚falscher‘ Stelle weiter zu beschäftigen, wodurch die in der Strukturwandlung oder in der Datenveränderung liegenden Ursachen der

7) W. Röpke, Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?, S. 44 f.

8) W. Röpke, Die Gesellschaftskrisis . . . , S. 276.

9) G. N. Halm, Geld, Aussenhandel und Beschäftigung, S. 234.

10) W. Röpke, Neue Zürcher Zeitung, 1943, Nr. 1245.

11) W. Röpke, Neue Zürcher Zeitung, 1946, Nr. 147.

Arbeitslosigkeit bestehen blieben und in einem spätern Zeitpunkt wirksam würden¹². Daher sieht Röpke im Arbeitslosen einen Mann, der sich auf dem Weg von einer wirtschaftlich unhaltbar gewordenen Beschäftigung zu einer wirtschaftlich haltbaren befindet, wobei ihm auf den Zwischenstationen die notwendig erscheinende Hilfe gewährt werden soll¹³.

Zu einem theoretischen und praktischen Problem wird die strukturelle Arbeitslosigkeit erst dann, wenn sie ein gewisses Ausmass überschreitet und über eine lange Periode hin auf hohem Niveau verharret. Für diese Art von Arbeitslosigkeit ist typisch, dass sie unorganisch neben einer Konjunktur bestehen kann, die alle Anzeichen des Aufschwungs aufweist. Zu einer solchen Störung grossen Ausmasses zählen die neoliberalen Autoren die deutsche und italienische Arbeitslosigkeit der letzten Nachkriegszeit, bei der im Gegensatz zur grossen Depression zu Beginn der dreissiger Jahre nicht eine Investitionslähmung, sondern bei vorhandener Investitionsbereitschaft ein echter Kapitalmangel vorlag¹⁴.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass nach neoliberaler Auffassung die strukturelle Arbeitslosigkeit friktioneller, saisonaler und spezieller Art auf eine im Gefüge der Einzel- und Volkswirtschaft fälligen Anpassung nach Störung des innerwirtschaftlichen Harmonieverhältnisses zurückzuführen ist, wobei der Umstellungsprozess gefördert und den Opfern der Anpassung in geeigneter Weise geholfen werden soll.

B. Konjunkturelle Arbeitslosigkeit

Handelt es sich bei der strukturellen Arbeitslosigkeit um eine Erscheinung mit spezieller Ursache und Auswirkungen in bestimmten Wirtschaftsbereichen, so liegt hier eine allgemeine Verminderung des Beschäftigungsgrades infolge einer periodisch auftretenden Lähmung des gesamten Wirtschaftsprozesses vor. Der wesentliche Unterschied ist darin zu erkennen, dass nicht bloss ein Teil der Wirtschaft, sondern die gesamte Volkswirtschaft, wenn auch je nach Sektor mehr oder weniger heftig, vom Schrumpfungsprozess betroffen wird. Diese ziemlich rhythmisch verlaufenden Wellenbewegungen des wirtschaftlichen Auf- und Abschwungs, die wenig ins klassische Bild eines gleichmässig sich entwickelnden und nur

12) F. A. Hayek, Vollbeschäftigung, Planwirtschaft und Inflation, in: Vollbeschäftigung . . ., S. 192; W. Röpke, Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?, S. 45.

13) W. Röpke, *Civitas humana*, S. 345.

14) C. Bresciani-Turroni, Der Meinungsstreit um die italienische Wirtschaftspolitik; W. Röpke, Das deutsche Wirtschaftsexperiment, beide in: Vollbeschäftigung . . ., S. 94, 302.

ausnahmsweise gestörten Wirtschaftsablaufes passen, wurden dennoch, ja vielleicht gerade deshalb, auch von neoliberalen Ökonomen ausserhalb des Aufbaus der allgemeinen klassischen Annahmen besonders analysiert. Die konjunktur- oder besser depressionsbedingte Arbeitslosigkeit ist mit der Produktions- und Einkommensschrumpfung eine der Folgen dieser totalen Kreislaufstörung. Ihre Ursachen fallen demnach weitgehend mit jenen der Krise zusammen und werden von den neoliberalen Autoren auch ziemlich einheitlich gedeutet, wenn auch die Wahl des Ausgangspunktes und die „Zeitverzögerungsfaktoren“ zum Teil unterschiedlich getroffen und erklärt werden ¹⁵.

So sieht Hayek die Hauptursache des „regelmässig einer Hochkonjunktur folgenden Zusammenbruchs“ darin, „dass während jeder Konjunkturperiode mehr Produktionsfaktoren in die Kapitalgüterindustrie gezogen werden, als dort dauernd verwendet werden können, und dass wir infolgedessen normalerweise einen grössern Anteil unserer Mittel für die Produktion von Kapitalgütern spezialisiert haben, als dem Anteil entspricht, der bei Vollbeschäftigung gespart und zu Investitionszwecken verfügbar sein wird“ ¹⁶. Diese disproportionale Entwicklung der Kapitalgüterindustrien im Aufschwung wird durch das Prinzip der Beschleunigung der abgeleiteten Nachfrage in kumulativer Weise gesteigert, so dass nach Auftreten von „Engpässen die Produktion nicht mehr wesentlich ausgedehnt werden kann“, es sei denn „die Investition auf Kosten des Konsums oder der Konsum auf Kosten der Investition. Das Wirtschaftssystem ist jetzt“, wie Haberler sagt, „sehr verwundbar. Es kann sich nicht leicht den Veränderungen der Nachfrage anpassen“, denn eine Verminderung des Konsums indiziert einen Rückgang in der Kapitalgüterindustrie, währenddem umgekehrt mit abnehmender Investition auch der Konsum zurückgeht, so dass es „in den Bereich einer deflationistischen Abwärtsbewegung kommt“ ¹⁷: Die Expansion schlägt zur Bereinigung der Missverhältnisse in eine Kontraktion um. Diese von Röpke als „primäre Krise“ ¹⁸ bezeichnete Wendung zur Depression folgt unvermeidlich der Kreditexpansion und Investitionsanhäufung und „besitzt offenbar eine positive und wohltuende Funktion, indem sie die Exzesse der Konjunktur ausschaltet, die Missverhältnisse korrigiert und untaugliche Konkurrenten eliminiert“ ¹⁹. Darin liegt auch der Grund, weswegen diese Schwankungen nicht etwa ausgemerzt, sondern in ihrer Wirkung durch erhöhte Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft und durch

15) F. A. Burchardt, a. a. O., S. 38.

16) F. A. Hayek, a. a. O., S. 188.

17) G. N. Halm, a. a. O., S. 322.

18) Die sekundäre Krise und ihre Überwindung, in: *Economic Essays in Honour of Gustav Cassel*, S. 556.

19) F. A. Burchardt, a. a. O., S. 41.

Hilfe an die dadurch freigesetzten Arbeitskräfte gemildert werden sollen, ohne aber sie in der Erfüllung ihres Zweckes zu hindern. Jede andersgeartete Massnahme würde nach der Meinung der Neoliberalen die fällige Anpassung auf einen spätern Zeitpunkt verschieben und die Lösung des Problems damit erschweren. — Auch für Eucken liegt der Grund der konjunkturellen Schwankungen im „wechselnden Tempo“ der Investitionen; doch lehnt er es ab, im Konjunkturverlauf etwas „Eigengesetzlich-Zwangsläufiges“ zu sehen. Jede konjunkturelle Bewegung ist für ihn von individueller Art — eine jeweils einmalige Erscheinung²⁰. Im gleichen Zusammenhang weist Lutz auf die Erfahrung hin, dass insbesondere die Produktion der Investitionsgüter im Aufschwung rasch vorauseile, und dass sich damit eine in den richtigen Proportionen ausdehnende Produktion von Investitions- und Konsumgütern verunmögliche²¹. — So wird übereinstimmend angenommen, dass die Depression durch die Hochkonjunktur erzeugt wird; sie ist gleichsam der Preis, der für den Aufschwung und die Beschleunigung des wirtschaftlichen Fortschritts zu zahlen ist²².

Die aus einer ‚primären Krise‘ resultierende konjunkturelle Arbeitslosigkeit kann im Ausmass und Charakter bei aller Verschiedenheit der Ursachen mit jener struktureller Art übereinstimmen. Für beide Fälle wird zur Erleichterung der Anpassung die Anwendung systemgerechter und für den konkreten Fall geeigneter Massnahmen empfohlen und den Arbeitslosen „die solidarische Hilfe der Gesellschaft“ in Aussicht gestellt²³. Damit gelangen wir auch zum Hauptanliegen der Neoliberalen: Gestaltung einer freien Marktwirtschaft mit Anpassungsintervention; ein Postulat, das dermassen vehement und mit Nachdruck vertreten wird, dass allzu leicht jener Teil ihrer Theorie übersehen wird, der mit Thesen der Keynes'schen Vollbeschäftigungstheorie identisch ist. Es handelt sich hierbei um jene Äusserungen, die sich auf den Spezialfall der „sekundären Deflation“ im Gefolge der letzten grossen Weltwirtschaftskrise beziehen²⁴, also auf einen Zustand wirtschaftlicher Depression, dessen Ausmass den übersteigerten Aufschwung weit überschritt, so dass selbst die neoliberalen Autoren keinen funktionalen Zusammenhang mehr fanden. „Ihr Existenzgrund liegt nicht mehr in den unhaltbaren Verhältnissen, wie sie durch die Hochkonjunktur geschaffen wurden, sondern in einem Zusammenhang, der erst durch die ‚primäre Krise‘ und in ihrem Verlauf durch Hinzutreten mehr oder weniger zufälliger Umstände geschaffen wurden“²⁵. Röpke will damit wohl aus-

20) Grundlagen der Nationalökonomie, S. 220 ff.

21) Arbeitslosigkeit und Kreditexpansion, in: Vollbeschäftigung..., S. 258.

22) W. Röpke, Die Gesellschaftskrise..., S. 196.

23) W. Röpke, Neue Zürcher Zeitung, 1943, Nr. 1253.

24) W. Röpke, Die sekundäre Krise..., a. a. O., S. 557.

25) Ebenda.

drücken, „dass die Deflation nicht unabhängig entsteht, sondern durch die Unausgeglichenheit der Produktionsstruktur hervorgerufen wird, die zum Zusammenbruch geführt hat“, denn „ohne diese, so wird angenommen, würde die Deflation überhaupt nicht beginnen“²⁶. — Wenn auch bezüglich der Erklärung ihrer Entstehung Meinungsverschiedenheiten bestehen, ist man sich doch über ihr funktionsloses und sinnwidriges Wirken einig und empfiehlt, allerdings unter Ermahnung zur gebotenen Vorsicht, eine aktive Konjunkturpolitik.

Aus der Kennzeichnung der Arbeitslosigkeit auf Grund ihrer Ursache und Wirkung als einer wesentlich strukturellen oder konjunkturellen ergeben sich Art, Richtung und Intensität der zu ihrer Beseitigung für notwendig gehaltenen Mittel. Neben diesen doch vorwiegend therapeutischen Massnahmen stehen noch jene prophylaktischer Natur, denen die neoliberalen Autoren kaum mindere Bedeutung beimessen, ja sogar wie Eucken, den Vorzug geben. Es geht dabei um jene Verteilung der Produktionsmittel, „welche die Erhaltung eines hohen Beschäftigungsgrades ohne künstlichen Stimulus möglich macht. Welches diese Verteilung ist, können wir nicht im voraus wissen. Der einzige Weg, sie zu finden, ist, den unbehinderten Markt unter Bedingungen arbeiten zu lassen, die ein stabiles Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot herbeiführen“²⁷.

C. Effektive Nachfrage und das Verhältnis zwischen Ersparnissen und Investitionen

Bei den verschiedenen Betrachtungsmöglichkeiten dieses Problems stellt sich hier bei Berücksichtigung der beiden vorhergehenden Abschnitte nur die Frage nach den Ursachen und Auswirkungen des Auseinanderfallens von Ersparnissen und Investitionen und des dadurch bedingten Ausfalls an wirksamer Nachfrage bei Übersparen. Das Verhältnis ‚Ersparnisse gleich Investitionen‘ gilt in der ‚alten Ökonomie‘ lediglich als eine der Bedingungen, die das wirtschaftliche Gleichgewicht bestimmen²⁸ — hier nun etwas hervorgehoben und speziell behandelt, weil diese Formel im Mittelpunkt aller Beziehungen der Keyneschen Vollbeschäftigungslehre steht und infolgedessen eine der hervorstechendsten Streitfragen in der Auseinandersetzung mit den Neoliberalen darstellt.

Je nachdem, ob die Zinssätze geringer oder höher als die erwarteten Profitraten sind, dehnt oder schrumpft das Investitionsvolumen und mit

26) G. Haberler, *Prosperität und Depression*, S. 63 f.

27) F. A. Hayek, a. a. O., S. 192.

28) Vgl. E. Böhrer, *Grundlehren der Nationalökonomie*, S. 94 f.

ihm die Produktion und die Beschäftigungsmöglichkeiten. Zinssätze und Profitraten sind ihrerseits durch eine Vielzahl von Faktoren bestimmt und wirken zudem im vorliegenden Prozess mit andern zusammen, die psychologischer, rechtlicher, institutioneller und politischer Natur sein können. So ist im Aufschwung die Summe der Bruttoinvestitionen grösser als der Gesamtbetrag der Bruttoersparnisse und demzufolge die Nachfrage nach Konsumgütern grösser als das Angebot. Die Warenpreise steigen, und bei Annahme eines zeitlichen Nachhinkens der Löhne sinken die Reallöhne, wodurch die Produzenten steigende Gewinne lösen. Fallen hingegen Einkommensbildung und Einkommensverwendung weit auseinander und bleiben die Investitionen infolge ungünstiger Erwartungen hinter den Ersparnissen zurück, wodurch die auf den Märkten manifest werdende Gesamtnachfrage nach Kapital- und Konsumgütern gegenüber den verfügbaren produktiven Quellen unzureichend wird, so muss das Volkseinkommen schrumpfen und der Beschäftigungsgrad sinken. Dieser Prozess des kumulativen Niederganges, den Röpke auch als „eine Periode rein negativer Dynamik“ bezeichnet²⁹, ist dadurch gekennzeichnet, dass sich die Bedingungen des wirtschaftlichen Ungleichgewichts stets aufs Neue bis zur Erreichung jenes Punktes reproduzieren, bei dem die Verarmung zum Verzehr der Ersparnisse nötigt, wenn nicht vorher mittels einer kompensatorischen Kreditexpansion eine gegenläufige Bewegung erzwungen wird.

Diese Feststellungen mögen wohl beiden Richtungen als annehmbar erscheinen. Der kritische Punkt, an welchem sich die Meinungen selbst im neoliberalen Lager trennen, liegt jedoch bei der Erklärung und Deutung der Bedingungen, unter denen die Nachfrage nach Kapital- und Konsumgütern nicht mehr genügt, die vorhandenen Produktivkräfte zu beschäftigen. Das für beide zu lösende Problem besteht in der Umwandlung angesammelter Ersparnisse in Investitionen oder aber in einer den Ersparnissen adäquaten, also kompensierenden Kreditausweitung und damit auch in der Erreichung und Stabilisierung einer Gleichgewichtslage mit Vollbeschäftigung. Dabei ist zu beachten, dass erfahrungsgemäss das Sparen gegenüber dem Investieren der unvergleichlich stabilere Faktor in der Volkswirtschaft ist³⁰. Es ist daher naheliegend, dass eine Anpassung, nach welcher Richtung hin sie auch geplant ist, sich mit Vorteil über das Investitionsvolumen vollzieht.

Das Neue an der Vollbeschäftigungslehre von Keynes besteht darin, dass sie die Investitions-Ersparnis-Gleichung zur Hauptbedingung macht und alle Störungen des Wirtschaftsablaufes auf das Missverhältnis zwi-

29) A. a. O., S. 561.

30) C. Bresciani-Turroni, a. a. O., S. 87; vgl. ferner: G. Cassel, *Der Bund*, 1944, Nr. 28; H. Dütschler, *Kurzer schematischer Abriss der Beschäftigungstheorie* ..., S. 20.

schen der Real- und Sparkapitalbildung zurückführt, wodurch sie sich in Gegensatz zur klassischen Theorie stellt, die, ausgehend von der regulatorischen Funktion des Preises, in der gegenseitigen Anpassung von Kosten und Preisen die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichts erblickt. Die Neoliberalen werden denn auch nicht müde, gegen diese makroökonomische Betrachtungsweise und gegen die Zurückführung jeder Art von Arbeitslosigkeit auf einen Nachfrageausfall und deren Behebung mittels monetärer Massnahmen Sturm zu laufen. Wenn auch die Nachfragekontraktion als „causa movens“³¹ der sekundären Deflation im Vordergrund steht, so ist sie dennoch für die neoliberalen Ökonomen nur ein Glied in der Kette von Reaktionen. Wenn Röpke und einige wenige andere in einem sich anzeigenden Missverhältnis zwischen den beiden Grössen möglichst frühzeitig im Rahmen einer aktiven Konjunkturpolitik Mittel und Massnahmen empfehlen, die dazu dienen sollen, in der sekundären Depression mit allgemeiner Arbeitslosigkeit in allen Wirtschaftszweigen durch Kreditexpansion die Produktionsaufnahme und -ausdehnung wieder in Gang zu bringen, so sind sie sich stets des Ausnahmecharakters dieses Vorgehens bewusst; bezeichnet doch Röpke selbst diese Massnahme als eine „Medizin für den Spezialfall, nicht aber als ein gewohnheitsmässig genommenes Narkotikum“³².

Es dürfte klar geworden sein, dass für die neoliberalen Autoren die kreislauftheoretische Formel ‚Ersparnisse gleich Investitionen‘ nicht im Zentrum der Betrachtung stehen kann, weil sie nur die funktionellen Verflechtungen und Zusammenhänge des volkswirtschaftlichen Gefüges aufweist, die kausalen Verknüpfungen im Bereich des Preis- und Kosten-systems aber übergeht, während doch ein allfälliges Missverhältnis nur eine Reflexwirkung der veränderten Marktlage darstellt. Dieser Sachverhalt ist insbesondere für die Wirtschaftspolitik von entscheidender Bedeutung; denn sie muss, von ihren konkreten Zielsetzungen ausgehend, bei ihren Massnahmen nicht nur funktionelle, sondern auch kausale Zusammenhänge berücksichtigen.

Die theoretischen Postulate der Neoliberalen tendieren dahin, dem Übel in Gestalt übertriebener Ausweitung der Kapitalgüterindustrien im Aufschwung, schädlicher Schrumpfung der Produktion im Niedergang oder struktureller Unausgeglichenheiten an der Wurzel zu begegnen. Jede Form der Arbeitslosigkeit soll auf ihre Ursache hin analysiert und dem Ergebnis entsprechend behandelt werden, dabei wird die Förderung der Anpassung an das gestörte Gleichgewicht im Vordergrund stehen. Zudem hat man sich

31) W. Röpke, a. a. O., S. 560.

32) W. Röpke, Neue Zürcher Zeitung, 1946, Nr. 147.

auch die Erfahrungen der grossen Krise der dreissiger Jahre zunutze gemacht und schreckt vor einer aktiven Konjunkturpolitik keineswegs zurück. Diesem Bestreben liegt die Absicht zugrunde, dem Individuell-Einmaligen gerecht zu werden, ohne aber das Ganze zu vernachlässigen. Ob die einzelnen theoretischen Sätze den Anforderungen der Zeit und den Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik genügen, soll in den nachfolgenden Kapiteln dieser Studie untersucht werden.

2. Kapitel

Wirtschaftsordnung des Wettbewerbs

„Das arbeitsteilige Zusammenwirken der Menschen bei ihrer Tätigkeit der Beschaffung wirtschaftlicher Güter bedarf einer äusseren rechtlichen Regelung, durch welche die Art und Weise bestimmt wird, wie sie zusammenwirken sollen“¹. Amonn meint mit dieser rechtlichen Regelung die Wirtschaftsordnung, die durch ihre „konstituierenden“ und ihre Mängel und Schwächen behebenden „regulierenden Prinzipien“ jene Voraussetzungen zu schaffen hat², die es dem Preismechanismus bei freier Konkurrenz als Lenkungsinstrument ermöglicht, die Produktionsmittel im richtigen Verhältnis auf die verschiedenen Verwendungszwecke aufzuteilen, geringfügige Störungen durch Anpassung zu beseitigen und damit das wirtschaftliche Gleichgewicht zu gewährleisten. Diese Wirtschaftsordnung — gleichsam als Rahmen und Voraussetzung des marktwirtschaftlichen Prozesses — will nach Möglichkeit jene Konstanz der Daten und infolgedessen jene Sicherheit in der zu erwartenden Entwicklung bieten, die es dem Unternehmer erlaubt, auf weite Sicht planend seine Mittel einzusetzen. Auf diese Weise wird ein Mechanismus wirksam, der mit Hilfe der Preise die Pläne und Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte aufeinander abstimmt und sinnvoll zu einem Gesamtprozess verbindet. Ausserdem ermöglicht er die Anpassung an die Bedürfnisse der Verbraucher, indem über die Preisveränderungen die Umstellung der Produktion erzwungen wird. Daher erstrebt Eucken eine „Vollbeschäftigung durch zureichende Lenkung des Gesamtprozesses; nicht aber Vollbeschäftigung durch Ignorierung des Lenkungs- oder Ordnungsproblems“³.

1) A. Amonn, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftszustand, in: Vollbeschäftigung ..., S. 16.

2) W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 253.

3) Ebenda, S. 143.

Die Wirtschaftsordnung des Wettbewerbs ist gegenwärtig wohl das Hauptanliegen der Neoliberalen. Die Funktionsfähigkeit der Wettbewerbsordnung ist ihnen Bedingung und Voraussetzung zur Lösung der weiteren wirtschaftlichen Aufgaben. Die zu treffenden Massnahmen und die zu wählenden Mittel erhalten neben der Prüfung ihrer Tauglichkeit erst unter Berücksichtigung ihrer Konformität mit den fundamentalen Ordnungsprinzipien ihre Bestimmung. Es ist daher unumgänglich, kurz auf die diesbezüglichen „Grundlagen des theoretischen Denkmodells“ der neoliberalen Autoren und ihre Vorschläge zur Ordnung der Wirtschaft einzutreten⁴.

A. Ordnungsprinzipien

Ist eine Grosszahl von Arbeitern unverschuldet arbeitslos, so ist dies nach Eucken ein deutliches Zeichen dafür, dass der Wirtschaftsprozess unzureichend gelenkt wird. Wenn er aber im gleichen Zuge weiterfährt und das „Vorhandensein von Vollbeschäftigung nicht etwa als eine zureichende Lösung der Ordnungsfrage“ nimmt⁵, ist leicht zu folgern, dass seine Lenkung mit Planung nichts gemein hat, es sei denn „Planung zum Zwecke des Wettbewerbs“⁶. Es geht ihm und allen Neoliberalen offensichtlich um die Ordnung der Wirtschaft auf Grund bindender Prinzipien, die soweit als möglich einen automatischen, jedenfalls staatlich unbehinderten Ablauf des Wirtschaftsprozesses gewährleisten sollen.

Der grosse und unübersehbar zusammenhängende Wirtschaftsprozess bedarf der Lenkung und Ordnung, gleich der des Staates, die das Individuum nur soweit in seiner Handlungsfreiheit einschränken, als es das Wohl des Nächsten und das der Gemeinschaft erfordert. So schafft auch die Wirtschaftsordnung einen Rahmen, in dem das einzelne Wirtschaftssubjekt frei planen und handeln kann. Was und womit die Betriebe produzieren, welcher Technik sie sich dabei bedienen und wo und wem sie verkaufen, steht ihnen frei. Desgleichen ist es dem Arbeiter überlassen, ob und wo er seine Arbeitskraft anbieten und wie er sein Einkommen verwenden will. Damit sich nun dieser alltägliche Prozess unbehindert und unter Einhaltung wirtschaftlicher Grundsätze abwickeln kann, sind allseitig bindende Spielregeln mit staatlicher Überwachung erforderlich⁷. Sie bestehen in konstituierenden, die Ordnungsformen herstellenden und in regulierenden, die Funktionsfähigkeit erhaltenden Prinzipien. „Nicht der Wirtschaftsprozess,

4) F. Haussmann, *Der extreme Neoliberalismus*, S. 8 f.

5) A. a. O., S. 141.

6) F. A. Hayek, *Der Weg zur Knechtschaft*, S. 66.

7) W. Eucken, a. a. O., S. 246.

nicht die Verwendung der Produktionsfaktoren, sondern der Rahmen, die Wirtschaftsordnung, innerhalb derer sich der Wirtschaftsprozess vollzieht, soll vom Staat bestimmt werden“⁸. „Staatliche Planung der Form — ja; staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses — nein“⁹. Die Aufgabe des Staates gegenüber der Wirtschaft beschränkt sich demnach im wesentlichen auf die Durchsetzung und Wahrung dieser Ordnung, die nach Eucken und Alexander Rüstow auf folgenden Grundsätzen beruht:

1. Das „wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip“ besteht darin, „die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz zum wesentlichen Kriterium jeder wirtschaftspolitischen Massnahme“ zu machen und „die Marktform der vollkommenen Konkurrenz zur Entwicklung zu bringen“¹⁰. Das Kernproblem dieser Wettbewerbsordnung ist der Preismechanismus, denn durch ihn als Regulator finden die interdependenten Wirtschaftsteile ihren Ausgleich, in ihm die übrigen positiven Prinzipien ihren gemeinsamen Mittelpunkt.

2. Die Stabilität der Währung ist Voraussetzung eines funktionsfähigen Preissystems. Erst dadurch wird es möglich, den Preismechanismus als brauchbares Lenkungsinstrument in den Wirtschaftsprozess einzubauen. Dabei ist nach Eucken ein automatisches Funktionieren erwünscht; „nicht einfach nur deshalb, weil die Systemgerechtigkeit erfordert, Währungsverfassung und allgemeine Wirtschaftsverfassung auf denselben Prinzipien aufzubauen, sondern auch vor allem deshalb, weil die Erfahrung zeigt, dass die Währungsverfassung, die den Leitern der Geldpolitik freie Hand lässt, diesen mehr zutraut, als ihnen im allgemeinen zugetraut werden kann“¹¹. Das Grundübel wird hauptsächlich in der Inkonsequenz der Währungspolitik gesehen, „die eine allgemeine Unsicherheit hinsichtlich der künftigen Situation auf dem Kreditmarkt und damit der Profitchancen schafft und so zu Antizipationen und Reaktionen führt, die zu neuen Störfaktoren werden“¹². Daneben wird bei der heute stark vertretenen ‚Vollbeschäftigungspolitik um jeden Preis‘ befürchtet, dass eine nicht automatisch funktionierende Währung zur Inflation missbraucht werden könnte. Doch abgesehen davon wird die monetäre Unstabilität auch auf die Geldschöpfung der Banken, d. h. auf die Elastizität des Kreditsystems als Ursache zurückgeführt.

„Die Aufgabe der Anhänger einer automatischen Währungspolitik besteht darin, erstens ein geeignetes Kriterium zu finden, auf das die Wäh-

8) R. Fischer, Die Wirtschaftspolitik des dritten Weges, S. 12.

9) W. Eucken, Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, in: ORDO-Bd. II, S. 73.

10) Ebenda S. 33 f.; Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 254 f.

11) Ebenda S. 257.

12) R. Fischer, a. a. O., S. 64.

rungspolitik ausgerichtet werden muss, und zweitens das Mittel zu bestimmen, welches anzuwenden ist, sofern das Kriterium objektiv gegeben ist. Das am häufigsten genannte Kriterium ist ein Preisindex, meistens der Grosshandelsindex. Die Währungspolitik soll kein anderes Ziel verfolgen, als diesen Index zu stabilisieren. Bei einem Steigen oder Fallen des Grosshandelsindex soll die Geldmenge verändert werden, bis der Index sein altes Niveau wieder erreicht hat“, was mit Hilfe von Offenmarktoperationen oder aber auch mit Massnahmen der Steuer- und Ausgabenpolitik des Staates erzielt werden kann¹³.

Eine weitere Möglichkeit zur Vermeidung erheblicher Schwankungen sehen einige neoliberale Theoretiker im Graham-Plan, dem Vorschlag einer Waren-Reserve-Währung. Nach diesem Plan sollen die fünfzehn wichtigsten Rohstoffe in einem bestimmten Mengenverhältnis zu einem Warenbündel zusammengefasst werden, dessen Wert auf hundert Dollars festgesetzt wird. Fällt der Wert des Warenbündels unter fünfundneunzig, so kauft eine internationale Agentur gegen Ausgabe neuen Geldes die Lagerzertifikate dieser Waren, steigt hingegen der Wert über hundertundfünf, verkauft sie die Agentur. — Gegenüber der Goldwährung besitzt dieser Plan den Vorteil, dass das ausgegebene Geld nicht durch eine einzige Ware gedeckt ist, deren Preis starken Schwankungen unterworfen sein kann, sondern durch ein Warenbündel, dessen Gesamtwert viel stabiler ist. Ausserdem vermag der Kauf dieser Waren deren Produktion direkt anzuregen und damit einen Preiszerfall aufzuhalten. Demgegenüber erscheinen aber die Nachteile schwerwiegender, so dass die praktische Nutzenanwendung dieses Planes fraglich, wenn nicht gar unmöglich wird. So würde die Waren-Reserve-Währung weder einen Krieg mit Rationierung überleben noch gegen die heute vielfach herrschenden inflationären Tendenzen wirksam aufkommen können¹⁴.

Werden nach diesem Plan die Geldmanipulationen der Zentralbank mit dem Warenkauf und -verkauf der Agentur verknüpft, so gilt es nun, auch die privaten Kreditbanken an der Möglichkeit der Geldschöpfung zu hindern. Hierzu ist nach Euckens Auffassung der Chicago-Plan bestens geeignet¹⁵. Dieser sieht vor, dass Giralgeld zu hundert Prozent durch Bargeld oder durch Guthaben bei der Zentralbank gedeckt sein muss. — Es darf angenommen werden, dass die positive Wirkung der beiden Pläne durch die gemeinsame, einander wirksam unterstützende und ergänzende Anwendung verstärkt wird.

13) Ebenda.

14) E. Dürr, Ordoliberalismus und Sozialpolitik, S. 91 f.; R. Fischer, a. a. O., S. 65; F. A. Lutz, Geldpolitik und Wirtschaftsordnung, in: ORDO-Bd. II, S. 226 ff.

15) A. a. O., S. 260 ff.

„Andere Programme machen nicht den Kreditmechanismus, sondern den Budgetmechanismus zum automatischen Stabilisator. Nach diesen Vorschlägen soll das Staatsbudget in einer Weise konstruiert werden, dass die Staatsrechnung automatisch, d. h. ohne einen entsprechenden Eingriff der Behörden notwendig zu machen, in einer Deflation grosse Defizite, in einer Inflation grosse Überschüsse aufweist“¹⁶.

Die angeführten Vorschläge bedürfen noch weiterer Abklärung. Sie zeigen aber immerhin recht deutlich die Richtung, in welcher sich die neo-liberalen Währungstheoretiker bei ihren Bemühungen um einen monetären Stabilisator bewegen.

3. Der freie Zugang zum Markt und dadurch „Gleichheit der Chancen ist zu gewährleisten“¹⁷. Staatliche Institutionen und monopolistische Positionen behindern durch Schliessung von Angebot und Nachfrage die Konkurrenz. Seien es Einfuhrbeschränkungen, Bauverbote oder Fähigkeitsausweise, sie hemmen und verhindern den Aussenseiter am Aufkommen, erleichtern die Monopolbildung und stören die Verbindung zwischen den Märkten. Die Abstimmung der Produktionszweige und Märkte aufeinander kann nicht gelingen, wenn dergleichen Schliessungsmassnahmen in Kraft sind. Ausserdem werden Schutzzoll und Patentrecht, weil monopolfördernd, in die Reformbestrebungen zur Erreichung und Gewährleistung einer freien Marktwirtschaft einbezogen¹⁸.

4. Die Konstanz der Wirtschaftspolitik bezüglich Währung, Handel, Steuern und Löhne soll das einzelwirtschaftliche Risiko mindern; denn Unstabilität erhöht die Unsicherheit und beeinflusst damit die Erwartungen, die ihrerseits neben den Kostenfaktoren das Ausmass der Neuinvestitionen weitgehend bestimmen. Fehlt eine gewisse Konstanz der Daten, würde nicht nur eine ausreichende Investitionsneigung ausbleiben, auch die betriebswirtschaftliche Planung entbehrte der notwendigen zeitlichen Tiefe, um den modernen industriellen Produktionsapparat auszubauen und zu erhalten. Das in einer sich entwickelnden Wirtschaft aus der Nicht-Übereinstimmung der faktischen Gegebenheiten mit den Plandaten resultierende Risiko abzuwägen, gehört zur unternehmerischen Tätigkeit. Hohes Risiko ist hingegen zu vermeiden; es gefährdet nicht nur die Neuinvestitionen, sondern fördert aus Sicherheitserwägungen monopolistische Zusammenschlüsse¹⁹.

5. Der Grundsatz des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist ohne Zweifel eine *conditio sine qua non* der Wettbewerbsordnung. Güter

16) R. Fischer, a. a. O., S. 65; vgl. M. Friedmann, A Monetary and Fiscal Framework for Economic Stability, in: The American Economic Review, June 1948.

17) H. D. Gideonse, Die Steuerung der Wirtschaft..., in: Wirtschaft ohne Wunder, S. 163.

18) W. Eucken, a. a. O., S. 267 ff.

19) Ebenda, S. 285 ff.

und Dienstleistungen können nur unter unabhängigen und verfügungsberechtigten Partnern ausgetauscht und in Besitz genommen werden. Ohne Eigentum am Besitz fehlt der Trieb zur Erwerbung. Die Bestrebungen zu seiner Beseitigung sind nur aus dessen missbräuchlicher Verwendung in bestimmten Wirtschaftsformen verständlich. Eine Preisgabe würde aber zwangsläufig zur zentralen Lenkung des Wirtschaftsprozesses und zur totalen Abhängigkeit des Individuums vom Staat führen. Das Prinzip schliesst nicht aus, dass einzelne Betriebe in die Hand des Staates übergehen; es wird aber vorausgesetzt, dass sie sich wettbewerbsanalog verhalten. Bei vollständiger Konkurrenz bedeutet Privateigentum nicht Missbrauch in der üblen Deutung des *ius abutendi*, sondern Verfügungsmacht über die Produktionsmittel im Sinne des Gebrauchs und Verbrauchs ohne Schmälderung der Interessen anderer Eigentümer, wodurch eine Gleichgewichtslage in der wirtschaftlichen Machtverteilung erzielt wird. „Wie also Privateigentum an Produktionsmitteln eine Voraussetzung der Wettbewerbsordnung ist, so ist die Wettbewerbsordnung eine Voraussetzung dafür, dass das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht zu wirtschaftlichen und sozialen Missständen führt“²⁰.

6. Die Vertragsfreiheit ist im realen Sinn zu verwirklichen. Sie soll die Konkurrenz ermöglichen, nicht aber in formaler Verwendung dazu dienen, sie zu beseitigen und monopolistische Positionen zu begründen. Da sie als Mittel verschiedenartigen Zwecken dienstbar ist, sollte sie nach Eucken im Wirtschaftsprozess nur da gewährt werden, wo vollständige Konkurrenz vorhanden ist, um so Vereinbarungen in Form von Verträgen zu verhindern, welche die Vertragsfreiheit in ihrer realen Zwecksetzung beschränken können²¹.

7. Wer voll verantwortlich ist, soll auch voll haften. Der Entscheid zur grundsätzlich unbeschränkten statt der beschränkten Haftung ist nicht bloss eine Angelegenheit der Wirtschaftsethik, sondern hat wirtschaftsgestaltende Auswirkungen. Volle Haftung zwingt, über Kapitalien vorsichtig zu disponieren, umsichtig zu investieren und von allzu riskanten Unternehmungen abzulassen, währenddem Haftungsbeschränkungen entscheidend zur weitem Vermachtung der Wirtschaft beitragen. Die Realisierung dieses Prinzips lässt sich nur über den Abbau der rechtlichen, in den verschiedenen Gesellschaftsformen vorgesehenen Haftungsbeschränkungen erzielen²².

20) Ebenda, S. 275, 270 ff.; P. Jostock, Grundzüge der Soziallehre, S. 118 ff.; A. Rüstow, Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus..., S. 98.

21) W. Eucken, a. a. O., S. 275 ff.

22) Ebenda, S. 279 ff.; O. v. Nell-Breuning, Zur Wirtschaftsordnung, S. 291; A. Rüstow, Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, in: ORDO-Bd. II, S. 135.

Diese konstituierenden Prinzipien sind Grundsätze der Wirtschaftsverfassung und begründen als solche eine bestimmte Wirtschaftsordnung, indem sie Bedingungen schaffen, die diese Ordnung zum Zwecke eines unbehinderten und freien Wirtschaftsablaufes gestalten und durchsetzen. Doch selbst wenn diese Prinzipien bei vollständiger Konkurrenz einheitlich verwirklicht werden, treten, durch den Wirtschaftsprozess selbst hervorgerufen, systemfremde Wirtschaftsformen auf, die mittels regulierenden Prinzipien in ihren, die Funktionsfähigkeit behindernden und die Interessen anderer verletzenden Auswirkungen beschränkt werden sollen. Zu diesem Zweck dienen folgende Eingriffe:

1. Monopolkontrolle: Es spricht für die Bedeutung, die innerhalb der neoliberalen Richtung der Nationalökonomie diesem Problem beigemessen wird, dass diesbezüglich eine Vielzahl von recht unterschiedlichen Auffassungen vertreten wird. Alle sind sich aber darin einig, die Konkurrenz zu vervollkommen und damit die Marktkräfte wirksamer zu gestalten. Infolgedessen sind sie bestrebt, die monopolistischen Machtpositionen zu einem konkurrenzanalogen Verhalten zu zwingen. Wesentliche Meinungsverschiedenheiten bestehen jedoch hinsichtlich der Art des Vorgehens. So sieht Eucken als dieses Rätsels Lösung die Beauftragung eines unabhängigen, nur dem Gesetz unterworfenen Monopolamtes, Monopole soweit als möglich aufzulösen, die übrigen zu beaufsichtigen und zu einem Verhalten zu veranlassen, als ob Konkurrenz bestünde. Dieses Verhalten gilt als wettbewerbsanalog, wenn es gelingt, die Preise auf einer Höhe zu fixieren, bei der Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht kommen und zugleich die Grenzkosten gedeckt werden. Für das Eingreifen dieses Zentralamtes sind bestimmte Tatbestände massgebend, wie etwa willkürliche Preispolitik, Klagen der Regierung und der Geschädigten. Eucken verspricht sich von dieser Art von Monopolpolitik auch prophylaktische Wirkungen; denn er nimmt an, dass das Streben nach monopolistischen Positionen wesentlich geschwächt werde, wenn eine so entschiedene Politik gegenüber den Monopolen betrieben werde²³. — In einem gewissen Gegensatz dazu empfiehlt Rüstow die Sozialisierung all jener Wirtschaftszweige, die aus natürlichen, technischen und sonstigen Gründen eine unvermeidliche Monopolstruktur aufweisen, worunter er neben der Rüstungsindustrie und dem Schienenverkehr die öffentlichen Versorgungsbetriebe (public utilities) versteht, während alle übrigen einer scharfen Staatsaufsicht zu unterstellen wären²⁴. — Für Röpke gibt es nur eine „Anti-Monopolpolitik, und zwar eine solche der echten und radikalen Art, die Monopole nicht tolerieren und über-

23) A. a. O., S. 291 ff.; Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, a. a. O., S. 64 ff.

24) A. a. O., S. 133 f.; Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus . . ., S. 69, 84.

wachen, sondern abschaffen will“²⁵. Ausserdem wird von der Ausrichtung der staatlichen Politik nach wettbewerbfördernden Grundsätzen und von der Ordnung der Wirtschaft über die „natürliche Gravitation zur Konkurrenz“ das Verschwinden vieler Monopole erwartet²⁶.

Die Diskussion in dieser Sache ist nach wie vor im Gang und sie wird es bleiben, solange die Neoliberalen liberal sind. Auf ihre Vorschläge, von denen wir einige der typischen aufgenommen haben, näher einzutreten, würde zu weit führen. Ihre Erwähnung soll lediglich dazu dienen, Art und Charakter der Rahmenordnung samt der Methode ihres Vorgehens anzudeuten.

2. Bereinigung der Einkommensverteilung: Der grundlegende Sachverhalt ist folgender. Der anonyme Markt verteilt bei vollständiger Konkurrenz die Einkommen ohne Berücksichtigung ethischer Gesichtspunkte. Infolge dieser unterschiedlichen Verteilung der Kaufkraft resultiert auf Grund der wirksamen Nachfrage eine angeblich ungerechtfertigte Produktion von Gütern zur Deckung von Bedürfnissen, die im Vergleich zum notwendigen Lebensbedarf anderer Bezieher minderer Einkommen nicht dringlicher Art sind. Als Mittel zur Korrektur dient eine Steuerprogression, die dem einen verhältnismässig mehr nimmt als dem andern, ohne aber die Investitionsneigung der Unternehmer dadurch zu mindern. Auf diese Weise wird die Produktion von Konsumgütern dringlichen Bedarfs eine Ausdehnung erfahren²⁷.

3. Eingriffe zur Berichtigung einzelwirtschaftlichen Handelns: Wohl vermag das System der Konkurrenzpreise die Wirtschaftspläne der Betriebe aufeinander abzustimmen und sich einzelwirtschaftlich gewinnbringend auszuwirken, es berücksichtigt aber nicht die gesamtwirtschaftlichen und sozialen Rückwirkungen ihrer Durchführung. Unvermeidlich drängen sich daher Bestimmungen zur Regelung der Arbeitsverhältnisse bezüglich Zeit, Unfälle, Krankheit und zur Vermeidung von „Schäden aus kurzsichtiger Einzelplanung“ (Verunreinigung der Luft und des Wassers, Raubbau usw.) auf²⁸.

4. Massnahmen bei anomalem Verhalten des Angebots: Das regelwidrige Verhalten besteht darin, dass auf gewissen Märkten bei sinkendem Preis das Angebot aus dem Bestreben heraus steigt, die erlittene Einbusse an Erlös oder Lohneinkommen wettzumachen, was den Preiszerfall aber nur verschärft. Um diese Entwicklung aufzuhalten, wird die Festsetzung von Minimalpreisen und -löhnen oder die Ausrichtung staatlicher Zuschüsse

25) *Civitas humana*, S. 75; *Die Gesellschaftskrisis ...*, S. 366.

26) W. Röpke, *Internationale Ordnung*, S. 181.

27) W. Eucken, a. a. O., S. 300 f.

28) E. Dürr, a. a. O., S. 90; W. Eucken, a. a. O., S. 301 ff.

bei Unterschreitung der Mindestlohngrenze erwogen. Diese Zuschüsse wären nach dem Versicherungsprinzip durch Kürzung hoher Löhne bei Hochkonjunktur aufzubringen ²⁹.

Diese beiden Gruppen von Prinzipien dienen dazu, die Wettbewerbsordnung zu begründen, die Funktionsfähigkeit zu erhalten und Missverhältnisse zu bereinigen. Röpke bezeichnet die erforderlichen, formgestaltenden Massnahmen auch als „Rahmenpolitik“, im Gegensatz zur eigentlichen Wirtschafts- oder Marktpolitik, die sich mit dem Wirtschaftsprozess befasst ³⁰. Jeder einzelne wirtschaftspolitische Akt muss im Sinn und Geist der gewollten Rahmenordnung vollzogen werden. Es besteht dabei eine korrelative Wirkung, indem jeder Akt selbst auf die Wirtschaftsordnung gestaltändernd und artprägend einwirkt. Deswegen fordert Röpke die „Homogenität der Wirtschaftspolitik“, worunter er die gegenseitige Entsprerchung und wesentliche Übereinstimmung der einzelnen Teile der Wirtschaftspolitik unter sich und in ihrem Verhältnis zum Grundprinzip versteht ³¹. Konzessionen können wohl eingegangen werden, aber nur insofern sie dem Gesamtsystem nicht widersprechen. Diese Rahmenpolitik erfordert einen über den Einzel- und Gruppeninteressen stehenden Staat, dem es obliegt, eine Rechtsordnung zu setzen und sie auf Grund der sich fortlaufend verschiebenden Bedürfnisse zu ändern. Sie soll ausserdem die bestmöglichen Bedingungen schaffen, um Hindernisse und all jene Unvollkommenheiten, die sich dennoch bisweilen in einer Marktwirtschaft einstellen, korrigieren zu können.

Der Unterschied dieses ‚revisionistischen Liberalismus‘ zur freien Wirtschaft alten Stils, welche die Bildung der Ordnungsformen den Wünschen und dem Machtstreben der Privaten überliess, ist offensichtlich und bedeutend. Anstelle der privaten Machtgruppen, die das wirtschaftliche Geschehen und die staatliche Tätigkeit zu ihrem Nutzen und zum Schaden anderer zu beeinflussen vermochten, tritt nun der Staat mit seiner Macht und seinem Zwang. Die Neoliberalen verfehlen denn auch nicht, auf die Diskrepanz zwischen den Prinzipien der Wettbewerbsordnung und der tatsächlichen Entwicklung zu den bekannten historischen und gegenwärtigen Formen der Marktwirtschaft des 19. und 20. Jahrhunderts hinzuweisen und für die offensichtlichen Mängel und Unzulänglichkeiten dieses Zustandes das dem Konkurrenzmodell widersprechende Wirtschaftsgebaren der Beteiligten verantwortlich zu machen.

29) W. Eucken, a. a. O., S. 303 f.; A. Rüstow, Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, a. a. O., S. 137.

30) Civitas humana, S. 76.

31) Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?, S. 10.

Wenn die heutigen Liberalen den Wirtschaftszustand als Inbegriff der tatsächlichen Wirtschaftsverhältnisse von den Rahmenbedingungen der Wirtschaftsordnung unterscheiden, so ist dies auf die Auswertung jener Erfahrungen zurückzuführen. Die Beschränkung der staatlichen Tätigkeit auf den Erlass von Regeln und die Überwachung der Formen soll das ungestörte Funktionieren des Preismechanismus und den unbehinderten Ablauf der wirtschaftlichen Tätigkeit freier Wirtschaftssubjekte ermöglichen.

B. Marktwirtschaft

„Die Wettbewerbsordnung ist keine Hinterlassenschaft der Vergangenheit, sondern eine Aufgabe der Zukunft“³². Ihre Verwirklichung voranzutreiben, ist das wirtschaftspolitische Hauptanliegen der Neoliberalen, hängt doch vom Ausmass seiner Erreichung die Funktionsfähigkeit der von ihnen angestrebten freien Marktwirtschaft ab. Sie sind sich dabei völlig bewusst, dass in Wirklichkeit die Voraussetzungen des Denkmodells der reinen Marktwirtschaft — reine Konkurrenz, rationales Verhalten der Wirtschaftssubjekte und Marktübersicht, volle und sofortige Anpassbarkeit der Güter im Hinblick auf die Daten, allgemeines und neutrales Tauschmittel³³ — sich niemals rein vorfinden und sich auch nur annähernd schaffen lassen. Ihre Bestrebungen richten sich denn auch nicht auf die modellanalogue Übertragung der Bedingungen vollständiger Konkurrenz in die Wirklichkeit, sondern auf eine möglichst weitgehende Annäherung der faktischen Wirtschaftsstruktur an die idealtypische Vorlage. Diese Absicht ist unter den neoliberalen Ökonomen vorherrschend, weswegen sich Miksch auch gegen den Vorwurf verwahrt, die Neoliberalen „erstrebten die reine Verkehrswirtschaft“³⁴. Hier gründen denn auch die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Neoliberalen und den übrigen Vertretern eines marktwirtschaftlichen Systems. Während jene durch die Ordnung der wirtschaftlichen Wirklichkeit und der diese bedingenden Kräfte mittels Rahmenbestimmungen und Verhaltensnormen einen dem Modell vollständiger Konkurrenz ähnlichen Wirtschaftsablauf zu erreichen streben, erforschen diese mit Hilfe eines zweckentsprechend abgeleiteten Ausgangsmodells die dominierenden Tendenzen der Wirklichkeit, um auf diese Weise die realen Gegebenheiten und Zusammenhänge zu erkennen und mit den Marktgesetzen in Einklang zu bringen. Böhler meint wohl dies, wenn er sagt, dass die Konkurrenz

32) L. Miksch, Wettbewerb als Aufgabe, S. 6.

33) W. A. Jöhr, Das Modell der vollkommenen Konkurrenz, in: Konkurrenz und Planwirtschaft, S. 54 f.

34) L. Miksch, Die sittliche Bedeutung der innern Koordination, in: ORDO-Bd. III, S. 49.

durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik veredelt und ergänzt werden müsse, worunter er die Berücksichtigung berechtigter Einwände und die Lenkung der Konkurrenz durch eine abgewogene Konjunkturpolitik versteht, damit sie ihre notwendige Funktion tatsächlich erfüllen kann, ohne dabei die Gesamtwirtschaft aus dem Gleichgewicht zu bringen³⁵. — Die Marktwirtschaft der Neoliberalen ist nach all dem weder frei noch liberal im ursprünglichen und historischen Sinn, sondern vielmehr ein gestaltetes, organisiertes, vor allem aber institutionell verfasstes Kunstgebilde, das mit dem notwendigsten Zwang grösstmögliche Freiheit gewährleisten will. Wenn auch die neoliberalen Ökonomen von freier Marktwirtschaft sprechen, so darf dies nicht in absoluter Deutung im Sinne von ungehemmter und keinem Zwang unterwerfener wirtschaftlicher Tätigkeit verstanden werden. Frei ist sie eigentlich nur im engbegrenzten und gesicherten Wirkungsbereich und das auch nur, sofern es gelingt, die Rahmenordnung zu verwirklichen. Diese Freiheit ist daher eher eine seinsollende als eine seiende. Missverständnisse ergeben sich um so mehr, je brillanter nur die Vorzüge der Marktwirtschaft vertreten werden, die zwangsläufig sich ergebenden Abweichungen des tatsächlichen Wirtschaftszustandes von der geplanten, modellähnlichen Wirtschaftsordnung geflissentlich oder aus mangelnder Einsicht aber übersehen werden. Es muss daher nachdrücklich darauf hingewiesen werden, dass die Konkurrenz nie vollständig sein wird; denn in Wirklichkeit ist der Markt weder machtfrei und transparent, noch ist die Wirtschaft elastisch genug. Von freier Marktwirtschaft kann also nur insoweit gesprochen werden, als diese durch die institutionell gesicherte Ordnung „eines starken Staates“ garantiert ist³⁶. Mit der Konzipierung dieser Rahmenordnung ist aber auch die naturwissenschaftlich bedingte Auffassung vom Automatismus und der natürlichen Ordnung der *harmonia praestabilita* preisgegeben. Allerdings wird versucht, dieses alte liberale Gedankengut der Nachwelt zu erhalten und es in den geordneten und gesicherten Marktbereich einzubauen, um gleichsam diesem wirtschaftlichen Organismus Geist und Leben einzuhauchen. Ob und in welchem Mass diese freie, institutionell gesicherte Marktwirtschaft zu den erwarteten Ergebnissen führt, soll im Zusammenhang mit einer Analyse ihrer Merkmale und ihres Wesens nun untersucht werden.

In diesem Wirtschaftssystem vermittelt der Markt mittels Geld den Austausch von Gütern und Leistungen zwischen den im Wettbewerb liegenden Anbietern und Nachfragern. Indem diese sich nach dem Markt, d. h. nach den dort sich bildenden Preisen ausrichten, ordnet und regelt dieser über die Wirtschaftspläne und Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte

35) Zur Neuordnung der Wirtschaft und Gesellschaft, S. 16.

36) A. Rüstow, a. a. O., S. 132.

den Wirtschaftsablauf. Die Anregungen gehen dabei vom Verbraucher als Umworbenen und Nachfrager aus, indem er auf Grund seiner Entscheidung über Kauf oder Nicht-Kauf der ihm angebotenen Güter und Leistungen deren Produktion und Bereitstellung richtunggebend beeinflusst. Es ist nach Röpke eine Entscheidung durch diejenigen, um derentwillen die Wirtschaft existiert³⁷, denn „der Preismechanismus ermittelt laufend und genau die Konsumentenwünsche und leitet sie an die Produzenten weiter“³⁸, von denen erwartet wird, dass sie sich diese im eigenen Interesse zu eigen machen werden. Zu dieser ordnenden Funktion tritt die der Leistungssteigerung, die als wesentliches Merkmal des Wettbewerbs durch den Leistungsvergleich erzwungen wird, da immer die Gefahr besteht, dass die eigene Leistung durch die eines andern überboten wird. Dieses Unter-Druck-gesetzt-werden durch den gegenseitigen Leistungsvergleich der Konkurrierenden ist die Quelle der Antriebskräfte zur produktiven Höchstleistung des marktwirtschaftlich geordneten Wirtschaftsprozesses. Dabei erzielen jene Unternehmer um so höhere Gewinne, je genauer sie den Ausgleich der Grenzerträge ihrer Produktionsmittel verwirklichen, je vollständiger es ihnen gelingt, die ergiebigsten und damit rentabelsten Produktionsmethoden zu finden³⁹. Je besser dieser Leistungswettbewerb der Produzenten gewährleistet ist, um so mehr sind sie gezwungen, den Weisungen des Marktes zu folgen und die Verbraucherwünsche bestens und billigst zu erfüllen, wenn sie Gewinne erzielen und Verluste vermeiden wollen. Daraus wird klar, dass es sich beim Leistungsaustausch um den Grundakt handelt, der durch die Rahmenordnung vor den störenden Kampfakten der Mitbewerber zu schützen ist. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass „der ideal funktionierende Marktmechanismus das Angebot der Nachfrage und die Preise den Grenzkosten angleicht. Herrscht auf allen Märkten ein solches Gleichgewicht, dann sind alle Produktionsfaktoren nicht nur optimal verwendet, sondern auch ihrer wirtschaftlichen Leistung entsprechend entlohnt“⁴⁰.

Nur in der Marktform der totalen und atomistischen Konkurrenz bei unbeschränkter Marktübersicht besteht eine Preisgesetzlichkeit in dem Sinne, dass die Marktbeteiligten die sich bietenden Preise als Datum hinzunehmen genötigt sind, selbst also keinen Einfluss auf die Preisbildung ausüben vermögen. Ob und inwieweit durch die Wirtschaftsordnung der tatsächliche Wirtschaftszustand sich der idealtypischen Marktwirtschaft an-

37) Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?, S. 62.

38) Mass und Mitte, S. 149.

39) H. v. Stackelberg, Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftslenkung, in: ORDO-Bd. II, S. 196.

40) R. Fischer, a. a. O., S. 17.

nähern lässt und ob dadurch die Funktionsfähigkeit des Preismechanismus wesentlich erhöht wird, ist fragwürdig und daher äusserst umstritten. Eucken sagt selbst, dass „Anbieter und Nachfrager stets versuchen, wo immer es möglich ist, die Konkurrenz zu vermeiden und monopolistische Stellungen zu erwerben oder zu behaupten. Ein tiefer Trieb zur Beseitigung von Konkurrenz und Erwerbung einer Monopolstellung ist überall und stets lebendig. Jeder erspürt die Möglichkeit, um Monopolist zu werden“⁴¹. Unter dergleichen Umständen ist jedoch das wesentliche Merkmal des Wettbewerbs aufgehoben, weil die Entsprechung von Leistung und Gegenleistung nicht mehr der Tausch- und Erwerbsmassstab ist, sondern Notlage oder Abhängigkeit auf der einen, Machtstellung auf der andern Seite, so dass die Freiheit der Entscheidung wenn auch nicht aufgehoben, so doch beeinträchtigt ist. Ein freier und ungehemmter Wettbewerb würde sich demnach selbst aufheben, woraus die Notwendigkeit einer Ordnung des Wettbewerbs als unentbehrlich abgeleitet wird. Dabei ist aber die Auffassung, wirtschaftliche Machtstellung unterbinden zu können, wirklichkeitsfremd. Daraus erklärt sich auch die Problematik jeglicher Art von Monopolkontrolle.

Ein weiterer Gegensatz zwischen modellbedingter Voraussetzung und ihrer realen Entsprechung liegt vor in der mangelnden Beweglichkeit der Produktionsmittel im Gefolge der immer mehr um sich greifenden Konzentration der Betriebe und der damit verbundenen Zunahme des fixen Kapitals. Umstritten ist daher auch die Frage, ob sich die Ergebnisse des Modells der vollständigen Konkurrenz selbst bei bestmöglichem Funktionieren des Marktmechanismus überhaupt verwirklichen lassen und ob infolgedessen die Neoliberalen auch halten, was sie so beredt versprechen.

Der modellgemässe Wirtschaftsprozess führt zum Gleichgewicht und zur Vollbeschäftigung bei optimaler Bedürfnisbefriedigung und einer dem produktiven Beitrag entsprechenden Einkommensverteilung. Dies am Modell ausführlich zu beweisen, dürfte sich wohl erübrigen, um so mehr diese Ergebnisse von Unterstellungen abhängen, die in der wirtschaftlichen Wirklichkeit nur in beschränktem Ausmass gegeben sind, währenddem andere überhaupt nicht berücksichtigt werden können. Die Frage, ob die freie Marktwirtschaft die Vollbeschäftigung zu garantieren vermag, ist denn auch Gegenstand heftiger Diskussionen unter den Wirtschaftstheoretikern liberaler Richtung geworden. Anlass dazu bot die Theorie von Keynes⁴², „nach welcher in einem wirtschaftlich hochentwickelten Land unter der

41) Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, a. a. O., S. 5; vgl. ferner: C. Bresciani-Turroni, Einführung in die Wirtschaftspolitik, S. 35.

42) The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936.

Herrschaft der freien Marktwirtschaft die Vollbeschäftigung die Ausnahme und die Arbeitslosigkeit die Regel darstellt“⁴³. Diese Theorie wird von den Neoliberalen deshalb scharf angegriffen, weil Keynes und seine Schüler aus ihr Schlussfolgerungen für die Wirtschaftspolitik ziehen, welche auf eine teilweise zentrale Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses hinauslaufen. Sie kritisieren die von ihrer Auffassung abweichenden Thesen und warnen ausdrücklich vor den unvermeidlichen und schwerwiegenden Folgen, ohne aber eigene konkrete und realisierbare Vorschläge beizusteuern. Zudem sind ihre Beiträge nicht nur uneinheitlich, voneinander abweichend, sondern oft diametral verschieden. Wenn Röpke eigens darauf hinweist, „dass es sich im Grunde weniger um ein Programm als um eine Philosophie handelt“⁴⁴, so ist dies wohl nur aus der geistigen Verfassung in der Endsituation des vergangenen Krieges zu verstehen, wo es vorerst galt, in aller Freiheit die wirtschaftspolitischen Ziele zu markieren und damit die plan- und kriegswirtschaftlichen Beschränkungen zu beseitigen. Ihre Anregungen sind denn auch vornehmlich richtungsweisender Natur und übersehen infolgedessen allzuoft die der praktischen Durchführung entgegenstehenden Schwierigkeiten. Im wesentlichen richten sich ihre Vorschläge auf die Gestaltung einer Wirtschaftsordnung zur Sicherung und Förderung des Marktmechanismus. In richtiger Erkenntnis der jedoch nur unter bestimmten Voraussetzungen funktionierenden und nur Störungen von beschränktem Ausmass behebenden Mechanik sehen sie, ausser Eucken, der die Rahmenordnung zur Erreichung der gesteckten Ziele für ausreichend hält, je nach den Umständen die Anwendung systemgerechter Eingriffe des Staates vor. Es interessiert uns dabei vor allem, ob diese Interventionen zusammen mit den Grundprinzipien der Ordnung, d. h. also unter Wahrung einer freien marktwirtschaftlichen Sphäre zu den erwarteten Ergebnissen führen und inwiefern sich diese in den grossen Linien von der mit ihr rivalisierenden Keynesischen Vollbeschäftigungstheorie unterscheidet.

3. Kapitel

Liberaler Interventionismus¹

Staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf stellen kein Novum dar, ja es dürfte sogar schwierig sein, eine Wirtschaft ohne jegliche Staatseingriffe zu finden. Selbst in der Epoche des Hochkapitalismus, als der Libe-

43) R. Fischer, a. a. O., S. 11.

44) *Civitas humana*, S. 279.

1) A. Rüstow, a. a. O., S. 132.

realismus dominierte, war die Wirtschaft nicht staatsfrei². Wenn die Neoliberalen staatliche Interventionen wünschen, dann aus der Einsicht, dass die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft bestimmte, durch den Staat erzwingbare Bedingungen voraussetzt, und dass die Ergebnisse des marktwirtschaftlichen Prozesses gewisser Verbesserungen bedürfen, da der Marktmechanismus auch bei ungestörter Funktion ausserstande ist, die ihm gestellten Aufgaben aus sich selbst heraus befriedigend zu lösen. Damit ergeben sich für den Staat recht schwierig zu lösende Probleme. So obliegt ihm einmal die Aufgabe, unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse, die Marktwirtschaft zu gestalten. Des weitern stellt sich die Frage, ob und wie sich die Ergebnisse der Marktwirtschaft durch wirtschaftspolitische Massnahmen verbessern lassen, ohne dadurch den Preismechanismus zu lähmen. Die staatliche Tätigkeit geht demnach über die Schaffung des die Wirtschaft ordnenden Rahmens und die Zielsetzung hinaus, indem sie zudem für die praktische Durchsetzung der erlassenen Regeln und verbindlichen Normen zu sorgen hat. In diesen beiden Bereichen wirkt nun der Staat mit seinen regulierenden und dirigierenden Massnahmen³. Wir sind im vorhergehenden Kapitel auf die Wettbewerbsordnung und die erforderlichen Reformen eingetreten, so dass hier, vor Behandlung der die marktwirtschaftliche Organisation weiter entwickelnden und ergänzenden Massnahmen, auf die Art und das Ausmass dieser Interventionen und die Methode ihrer Anwendung einzugehen ist.

A. Problem der Art und Form

Es ist nicht so sehr die Tatsache des Intervenierens, als vielmehr das Mass, die Richtung, die Methode und die jeweilige ökonomische oder politische Notwendigkeit, die in der wissenschaftlichen Diskussion umstritten ist. Es versteht sich, dass es bei der Fülle all dieser Gesichtspunkte schwerlich gelingt, eine allseits befriedigende Definition und eindeutige Kriterien für die Wahl der Mittel zu finden. Daher gehen auch in dieser Sache die Auffassungen der liberalen und neoliberalen Ökonomen auseinander. So vertritt v. Mises als Vertreter einer streng liberalen Richtung die Meinung, dass eine Verbesserung der marktwirtschaftlichen Ergebnisse durch wirtschaftspolitische Massnahmen unmöglich sei. Eucken im Verein mit Miksch hält nur die zur Verwirklichung der vollkommenen Konkurrenz erforderlichen Eingriffe für zulässig und beantwortet demzufolge die Frage nach weitem Massnahmen zum Ausgleich konjunktureller Schwan-

2) M. Saitzew, Der Interventionismus, in: Festgabe für Fritz Fleiner, S. 325.

3) H. v. Stackelberg, a. a. O., S. 200.

kungen innerhalb der Wettbewerbsordnung negativ⁴. Hayek hält eine Mischung von marktwirtschaftlichen und planwirtschaftlichen Methoden zwar nicht für unmöglich, erwartet aber nur in ganz wenigen Fällen eine Verbesserung der marktwirtschaftlichen Resultate. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle würde aber eine solche gemischte Methode zu schlechteren Ergebnissen führen, als wenn diese rein angewendet würden. Unter den Neoliberalen macht Röpke den wohl grosszügigsten Gebrauch von der Möglichkeit staatlicher, den Marktmechanismus ergänzender und fördernder Eingriffe. Es kann daher nicht wundern, dass gerade er es ist, der ihre Verwendung an bestimmte formale und methodische Bedingungen knüpft.

Im Handwörterbuch der Staatswissenschaften definierte Röpke die Interventionen als „jene wirtschaftspolitischen Massnahmen, die sich zweifach dadurch auszeichnen, dass sie die Produktion und Distribution der Volkswirtschaft zu verändern suchen, ohne wie der Sozialismus das auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln mit all seinen Folgerungen beruhenden System der Marktwirtschaft aufzuheben“⁵. Krise und Krieg der folgenden Jahre haben zu einer völlig neuen Situation und Problemstellung geführt. So änderte sich die sozialistische Einstellung gegenüber dem Privateigentum und der Marktwirtschaft, und ausserdem anerkannten auch die Neoliberalen die Forderung der Zeit nach Arbeit für alle. Aus der gegensätzlichen Einstellung zur Vollbeschäftigungslehre von Keynes, von der sie die Transformation der Marktwirtschaft zur Planwirtschaft befürchten, erweiterte Röpke die früher gemachte Definition um den Begriff der Konformität der Interventionen mit dem marktwirtschaftlichen System. „Konform sind solche Interventionen, die die Preismechanik und die dadurch bewirkte Selbststeuerung des Marktes nicht aufheben, sondern sich ihr als neue Daten einordnen und von ihr assimiliert werden, ...“⁶. Nichtkonform und infolgedessen marktwidrig wären demnach jene Eingriffe, welche die Preismechanik lahmlegen und damit die Selbststeuerung des Marktes aufheben.

Staatliche Interventionen sind dann konform, wenn sie das Funktionieren des Marktmechanismus nicht behindern und dazu beitragen, dass der Wirtschaftsprozess die erwarteten Ergebnisse zeitigt. Sie unterstützen den Markt in seinem funktionellen und zweckgerichteten Ablauf und können auch als marktgerecht bezeichnet werden. In Wirklichkeit wird es sich darum handeln, den Wirtschaftsprozess von störenden Einwirkungen

4) W. Eucken, Grundsätze..., S. 311.

5) Staatsinterventionismus, Ergänzungsband zur IV. Auflage, 1929, S. 864.

6) W. Röpke, Die Gesellschaftskrisis..., S. 253; W. Eucken spricht in diesem Zusammenhang von „wettbewerbsanalog“, Grundsätze..., S. 295, — v. Stackelberg von „systemgerecht“, a. a. O., S. 200.

zu befreien, Härten zu mildern, Auswüchse zu beheben, Übergänge zu erleichtern, kollektive Bedürfnisse zu befriedigen und unvollständige Resultate zu verbessern und damit den marktwirtschaftlichen Kräften zum Durchbruch zu verhelfen⁷. Je nach dem Zweck und der Art der Eingriffe verändern diese die gegebenen Randbedingungen, unter denen das Marktgeschehen abläuft, und verschieben dadurch die Preisrelationen. Dabei bleibt das Gefüge der Preise immer der Ausdruck der Marktlage und der Knappheitsverhältnisse, weshalb v. Stackelberg dessen Höhe als normal bezeichnet⁸. Systemgerecht sind daher nach ihm alle Mittel und Massnahmen, „die das Rechnungsgefüge der Normalpreise nicht stören“⁹.

B. Zweckdienlichkeit als Kriterium der Anwendung

Der Anwendungsbereich der Interventionen ist nicht näher bestimmt, erstreckt sich demzufolge auf den strukturellen Aufbau wie den konjunkturellen Ablauf der Wirtschaft und dient somit der Fortentwicklung und Verstärkung der marktwirtschaftlichen Organisation. — In folgenden Fällen hält Röpke Interventionen für notwendig:

- Bei vorübergehender, spezifischer Notlage eines Wirtschaftszweiges,
- in einer allgemeinen, sekundären Depression mit Arbeitslosigkeit in allen Wirtschaftszweigen,
- bei Vermachtung der Wirtschaft durch monopolistische Positionen,
- zur Regelung sozialer Verhältnisse: Arbeitsverhältnisse, unvollkommene Preisbildung auf dem Arbeitsmarkt, allgemeine Verteilungsmängel¹⁰.

In all den genannten Fällen ist Arbeitslosigkeit Haupt- oder Nebenerscheinung. Es lässt sich daraus ohne weiteres folgern, dass soweit der Marktmechanismus aus sich heraus nicht zur Vollbeschäftigung als eines der von ihm erwarteten Ergebnisse führt, konforme Interventionen im dargelegten Sinne angezeigt sind.

Von Fall zu Fall und den gegebenen Umständen angemessen, sind die Mittel nach Qualität und Quantität, bei Beachtung der durch die Interdependenz bedingten mittelbaren Auswirkungen, nach peinlich genauem Durchdenken zu bestimmen. Einige Beispiele sollen zeigen, wie diese Prinzipien gehandhabt werden müssen, um sowohl der Form zu genügen wie dem Zweck zu dienen. So hält Röpke bei einer allgemeinen Preisüberlegen-

7) M. Saitzew, a. a. O., S. 345 f.

8) A. a. O., S. 201.

9) Ebenda.

10) Staatsinterventionismus, a. a. O., S. 867 ff.; Die sekundäre Krise ..., a. a. O., S. 553 ff.; Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?, S. 22 ff.

heit des Auslandes eine Währungsabwertung zur Wiederherstellung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts für konform, da sie die Preismechanik nicht ausser Gang setze, sondern nur als neue Gegebenheit in den Datenkranz eintrete. Bei einer nur partiellen Überlegenheit ausländischer Konkurrenten gegenüber inländischen Produzenten kann der Staat deren Erzeugnisse durch Subventionen verbilligen oder durch Schutzzölle die Einfuhr verteuern. Nichtkonform wäre ein staatliches Einfuhrverbot oder eine beschränkte Zuteilung bestimmter Devisen; denn dadurch würde die das Angebot und die Nachfrage ausgleichende Funktion des Marktes verunmöglicht¹¹. — Aber gerade bei dieser für Röpke doch beispielhaften Intervention zeigt sich die Problematik dieser Unterscheidung. „Bei näherem Zusehen wird ersichtlich, dass die Abwertung zu so nachteiligen, teils beabsichtigten, teils unbeabsichtigten, Datenveränderungen führt, dass der Markt nicht minder gestört wird als durch gewisse Massnahmen, die den Preismechanismus offensichtlich teilweise ausser Gang setzen“¹². Marbach denkt da an die verminderte Kaufkraft und den Nachfrageausfall der Rentner auf Grund der unvermeidlichen Preisentwicklung. Ausserdem können fortgesetzte oder übermässige Abwertungen die Kapitalanlagen im Ausland zum Stillstand bringen, ohne jedoch die Preismechanik als solche aufzuheben¹³.

Desgleichen soll zur Verhütung einer Übersteigerung der Hochkonjunktur durch geeignete Massnahmen, wie Steuererhöhung, Einschränkung der Staatsausgaben, Diskontsatzserhöhung und Effektenverkäufe des Staates die Investitionstätigkeit indirekt gebremst werden¹⁴. Die staatliche Behörde bedient sich nicht des direkten Befehls, sondern indirekter Beeinflussung durch Datenveränderung. — Die Grenzen marktgerechter Lenkung können bei überdosierter Anwendung der Massnahmen leicht erreicht und überschritten werden, was den Staat nötigen könnte, erneut einzugreifen. Aber gerade diesen *circulus vitiosus* als Folge nichtkonformer oder übermässig eingesetzter konformer Mittel fürchten die Neoliberalen, weil sie von ihm auf lange Sicht ein Abgleiten in die totale Planwirtschaft erwarten.

Auch die Rationierung von Rohstoffen ist konform und nicht systemwidrig. Stackelberg hält sie gleichbedeutend mit einer Veränderung des Datums ‚technisches und organisatorisches Wissen und Können‘. Die Normalpreise werden sich neu bilden und werden die durch die Abweichung entspre-

11) Grundlagen rationeller Wirtschaftspolitik, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 1941, S. 11; Die Gesellschaftskrisis . . , S. 260.

12) F. Marbach, Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention, S. 26.

13) E. Böhler, Vollbeschäftigung und Wirtschaftssystem, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 1944, S. 314.

14) W. Röpke, *Civitas humana*, S. 347.

chend veränderten Knappheitsverhältnisse getreulich wiedergeben, wodurch der verkehrswirtschaftliche Rechnungszusammenhang gewahrt bleibt ¹⁵.

Die geschilderten Beispiele zeigen die wesentlichen Merkmale der konformen und nichtkonformen Interventionen. Konforme Massnahmen lenken mittelbar oder indirekt die Tätigkeit der Einzelnen. Sie nötigen sie nur, sich an gewisse Spielregeln zu halten, überlassen es aber ihnen, im freibleibenden Raum ihre Initiative zu entfalten. Nicht konform sind dagegen jene Eingriffe, die direkt in den Wirtschaftsprozess eingreifen. indem sie die Wirtschaftsakte einer bewussten quantitativen Regelung unterwerfen ¹⁶.

Es kann nicht erstaunen, dass Röpke und mit ihm alle den liberalen Interventionismus befürwortenden Neoliberalen die Konformität mit dem Marktmechanismus zum Kriterium erheben; ergibt sich dies doch aus dem Sinn staatlicher Eingriffe als ergänzendes Element, das mit dem Mechanismus verkoppelt und daher den Gesetzen des Marktes und dessen regulativer Funktion untergeordnet ist. Der Konformitätsanspruch entwickelt sich, wenn dies auch nicht expressiv verbiis gesagt wird, folgerichtig aus der einmal grundsätzlich getroffenen wirtschaftsverfassungsrechtlichen Entscheidung. Damit wird aber überall dort, wo das marktwirtschaftliche Prinzip nicht durchdringt, die Zweckdienlichkeit konformer Interventionen fraglich. Dies ist vor allem dort der Fall, wo eine zwar grundsätzlich marktwirtschaftlich organisierte Wirtschaft in nennenswertem Mass mit artfremden Elementen durchsetzt ist und ein Gleichgewicht der Preise nicht zustande kommen lässt. Die erforderlichen Lenkungsmittel müssen notwendig einem andern Bereich als demjenigen des Marktgeschehens entnommen werden. Sie sind also in diesem Sinne marktfremd, brauchen aber darum keineswegs marktwidrig zu sein. Dies trifft vor allem bei bilateralem Monopol der Arbeitsmarktparteien zu und gilt auch für die Tarifpolitik öffentlicher Verkehrsanstalten und Versorgungsbetriebe, für die Diskont- und Kreditpolitik der Notenbank. Röpke sagt denn auch, dass nichtkonforme Eingriffe unter Umständen als das kleinere Übel verteidigt werden und konforme auch schädlich sein können ¹⁷. Nur von konform zu sprechen, ist daher eine Überbetonung einer formalen Bedingung. Als primär im Vordergrund steht der Endzweck der Intervention und nicht die Technik der Anwendung. Dabei versteht es sich von selbst, dass auf die Erhaltung der Wettbewerbsordnung geachtet wird. Röpke scheint die Unvollkommenheit seiner Unterscheidungsart zu kennen, schreibt er doch selbst in seinem Bericht an die deutsche Bundesregierung vom Jahre 1950

15) A. a. O., S. 202.

16) W. Röpke, Internationale Ordnung, S. 173.

17) Civitas humana, S. 78; Internationale Ordnung, S. 238.

über deren Wirtschaftspolitik, dass für staatliche Eingriffe immer solche Massnahmen zu bevorzugen seien, die der Marktwirtschaft konform sind. Vor allem möchte er jene Bereiche des Wirtschaftsprozesses, die er als lebenswichtige Nervenzentren bezeichnet, wie Aussenhandel, Devisen- und Kapitalmarkt vor kollektivistischen, d. h. für ihn nichtkonformen Eingriffen bewahrt wissen¹⁸. Es darf wohl daraus gefolgert werden, dass er, ohne die Möglichkeit einer Auswahl, dem Zweck entsprechend auch andere, dem marktwirtschaftlichen System gemässe Mittel anwenden würde. Die Beurteilung von Lenkungsmassnahmen dieser oder ähnlicher Art ist nicht damit abgetan, dass man sie der einen oder andern Gruppe zuordnet; sie erfordern eine viel sorgfältigere Prüfung. Auch die Wirtschaftspolitik ist schliesslich eine Kunst des Möglichen.

Eucken betont in diesem Zusammenhang, dass es staatliche Interventionen gäbe, die eine Tendenz zur Transformation der Wirtschaftsordnung auslösten¹⁹. Rückwirkungen sind allerdings um so wahrscheinlicher, je weniger die vorgesehenen Eingriffe in das freie Spiel der Marktkräfte dem System entsprechen und dem Zweck genügen. Hierbei von einem Abgleiten in den Kollektivismus zu sprechen, erscheint ungerechtfertigt, waren doch in der tatsächlichen Wirtschaftsorganisation einer jeden Zeit konstruktive Elemente mehrerer Wirtschaftssysteme nebeneinander verwirklicht²⁰. Daher hält v. Stackelberg die Darstellung konservativer, das konkurrenzwirtschaftliche System erhaltender und dirigierender, systemgerechter Mittel für notwendig und möglich²¹. Neben der Tangierung oder Nichttangierung der Persönlichkeitsrechte hält Marbach für die qualitative Bewertung der interventionistischen Massnahmen den Grad der Übersichtlichkeit und den Grad der Marktstörung für ebenso entscheidend. Er glaubt sogar, dass diese Kriterien sich für die wirtschaftspolitische Diskussion als zweckmässiger erweisen müssten, wie die Unterscheidung von konformen und nichtkonformen Massnahmen²². — Wesentlich und entscheidend ist, dass bei aller Verschiedenartigkeit der Auffassungen in den Detailfragen sich doch alle für die Erhaltung der Marktwirtschaft, der privaten Unternehmertätigkeit und des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln aussprechen und einsetzen.

18) Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?, S. 22 f.

19) Grundsätze . . ., S. 186.

20) Vgl. M. Saitzew, a. a. O., S. 324; E. Salin, Wirtschaft und Wirtschaftslehre nach zwei Weltkriegen, in: Kyklos, Vol. I, 1947, S. 45. Nochmals: Ein dritter Weg?, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 1944, S. 127.

21) A. a. O., S. 204.

22) A. a. O., S. 28.

Die Neoliberalen haben sich mehrheitlich für die Notwendigkeit staatlicher Interventionen ausgesprochen. Es ist aber bezeichnend, dass sie sich bei der interventionistischen Wirtschaftspolitik mehr vom Gedanken an das Gleichgewicht und an die Anpassung als an die Vollbeschäftigung leiten lassen. Es wird sich nun im folgenden darum handeln, die der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsverfassung gemässen und zur Erreichung der Vollbeschäftigung geeigneten Mittel und Massnahmen darzustellen und sie auf ihre Tauglichkeit zu prüfen.

Zweiter Teil

Mittel und Massnahmen

4. Kapitel

Strukturanpassung

Wenn wir einleitend verschiedene Typen von Arbeitslosigkeit unterschieden und dabei die jeweils dominierenden Ursachen hervorhoben, so galt es damit zu zeigen, dass verschiedene Arten von Arbeitslosigkeit mit unterschiedlichen Mitteln bekämpft werden müssen. Da aber stets Nebenursachen mitwirken, ist zur umfassenden Lösung des Problems eine Kombination verschiedener Mittel erforderlich. Es soll hier aber genügen, auf diese Problematik hingewiesen zu haben, so dass wir im weiteren nur auf die beiden bestimmenden Haupttypen der strukturellen und konjunkturellen Arbeitslosigkeit eintreten werden.

Die genannten Arten besitzen nun insofern eine gemeinsame Ursache, als bei mangelhafter Umschichtung der Produktivkräfte im Gefolge technischer Veränderungen und Nachfrageverschiebungen nicht nur strukturelle, sondern je nach Umfang und Stärke indirekt auch konjunkturelle Störungen mit Arbeitslosigkeit entstehen und sich entwickeln können. So lässt sich auch die disproportionale Ausdehnung des Kapitalgütersektors gegenüber dem der Konsumgüter als strukturelle Unausgeglichenheit bezeichnen. Dies scheint denn auch der Grund dafür zu sein, weswegen die Neoliberalen dem Problem der Anpassung grundsätzlich den Vorzug geben.

A. Problem der Anpassung

Die Dynamik des Wirtschaftslebens, die Änderungen in der Produktionstechnik und in den Konsumgewohnheiten als die schwerwiegendsten der möglichen Datenverschiebungen der Wirtschaft stellen den Markt- und Preismechanismus vor die schwierige Aufgabe, die Produktion den veränderten Gegebenheiten anzupassen. Wird nun die Produktionstechnik verfeinert, so sinken die Kosten und damit die Preise, oder es wird bei gleichbleibenden Preisen die Qualität des Produktes verbessert. Die daraus

sich ergebenden möglichen Rückwirkungen auf die Wirtschaft hängen von der Nachfrageelastizität ab. Werden die Verbraucher durch die sinkenden Preise veranlasst, ihre Käufe verhältnismässig auszudehnen, so werden dadurch keine Arbeiter freigesetzt. Ist die Nachfrage gar elastisch, und dehnt sich die betreffende Industrie infolgedessen aus, so werden weitere Arbeitskräfte angezogen. Die Situation ist hingegen ganz anders, wenn solche Industrien betroffen werden, nach deren Erzeugnissen die Nachfrage verhältnismässig unelastisch ist. Produktionsmittel werden dann freigesetzt und stillgelegt; denn es braucht eine gewisse Zeit, bis die der Preisverbilligung entsprechende, auf einem andern Markt wirksam werdende Kaufkraft die Produktion eines andern Gutes anregt und damit brachliegende Produktionsfaktoren wieder in den Prozess einspannt. Das Problem der wirtschaftlichen Organisation besteht somit darin, Produktionskräfte, die auf ihren ursprünglichen Verwendungsgebieten überflüssig geworden sind, andern Produktionszweigen für die Herstellung von Gütern zuzuführen, die der Verbraucher jetzt zu kaufen wünscht, da er infolge fallender Preise für einige seiner gewohnten Bedarfsartikel über mehr Kaufkraft verfügt. Das Problem bleibt im wesentlichen dasselbe, ob es sich nun um eine Nachfrageverschiebung oder eine Bevölkerungsvermehrung handelt; beide bedeuten eine Veränderung wirtschaftlicher Daten und erfordern eine entsprechende Umschichtung und eine neue Kombination der Produktionsfaktoren.

Das Modell der freien Marktwirtschaft hat gezeigt, dass der Wettbewerb die Produktivkräfte der Konsumentennachfrage entsprechend auf die ergiebigsten Verwendungszwecke lenkt und verteilt, was der Volkswirtschaft zum Nutzen und den jeweiligen Besitzern zum Vorteil gereicht. Der Arbeiter wird seine Erfahrung und Kraft dort anbieten, wo ihm der höchste Lohn bezahlt wird. Der Bauer wird jene Frucht anpflanzen, die ihm den grössten Erlös einbringt und das Kapital wird schliesslich dort eingesetzt, wo seinem Besitzer die höchsten Gewinne winken.

In Wirklichkeit ergeben sich jedoch bei dieser Verschiebung der Produktionsmittel erhebliche Schwierigkeiten. So kann die Anpassung eine radikale Umstellung erfordern, die mit hohen Kosten und auch Verlusten verbunden sein kann; sei es, dass der gelernte Arbeiter sich einer kostspieligen Umschulung unterziehen und möglicherweise für die Umsiedlung an den neuen Arbeitsort aufkommen muss — sei es, dass dem Landwirt durch den Anbauwechsel Mehrkosten oder in der Zwischenzeit ein Produktionsausfall entsteht —, oder sei es schliesslich, dass das Anlagekapital der Unternehmung durch die Umstellung ganz oder teilweise entwertet wird. Ausserdem werden die nach technischen Verbesserungen fälligen Anpassungen häufig durch monopolistische Gegenkräfte verzögert oder gar verhindert. Im Bestreben, den Gewinn zu maximieren, wird der Monopolist

unter Berücksichtigung der Nachfrageelastizität Menge und Preis so variieren, dass die Produktion weder die dem möglichen Absatz entsprechende Ausbringung erreicht, noch der Preis der verbesserten Technik gemäss gesenkt wird. Das Angebot liegt dann unter der Nachfrage und der Preis über dem des Gleichgewichts. Selbst dann, wenn Unbeschäftigte von der sich ausdehnenden Industrie angezogen werden, geschieht dies nicht im möglichen Umfang. Zudem ist es fraglich, ob die Zahl anderswo freigesetzter Arbeitskräfte dadurch aufgewogen wird. Die Annahme ist denn auch vorherrschend, dass durch monopolistische Positionen die der technischen Entwicklung entsprechende Anpassung mit Vermehrung der Beschäftigungsmöglichkeiten gemindert und verhindert wird.

Von einer störungsfreien und reibungslosen Umstellung kann demnach auch in der freien Marktwirtschaft nicht die Rede sein. Die Folgen sind sowohl ökonomischer wie soziologischer Art. Ökonomisch, weil die kontinuierliche Produktion unterbrochen und die optimale Ausnützung der Produktionsfaktoren beeinträchtigt wird. Soziologisch, weil die Zahl der Unselbständigen durch die Preisgabe nicht mehr haltbarer Unternehmungen sich erhöht. Das sind denn auch die Gründe, die zur Rechtfertigung des staatlichen Eingreifens dienen. So „ist es Sache des Staates, marktwirtschaftliche Verschiebungen grossen Massstabes, die sich automatisch nur *à la longue* und unter schweren menschlichen Reibungsverlusten durchsetzen würden, kurzfristig unter Ersparung dieser Verluste und Leiden unter sofortiger Vorwegnahme des Endergebnisses durchzuführen“¹. Dieser Anpassungsinterventionismus verfolgt demnach keinen andern Zweck, als eine Lage zu schaffen, die jener entspricht, welche sich in einem System des unbehinderten Wettbewerbs und beweglicher Produktionsfaktoren von selbst ergeben hätte. Die staatliche Intervention geht nach all dem über die Schaffung günstiger Allgemeinbedingungen zur freien Entfaltung der individuellen wirtschaftlichen Tätigkeit hinaus. Selbst die von Eucken und von Stackelberg vertretenen regulierenden und dirigierenden Prinzipien werden ergänzt und erweitert. So ergibt sich eine Vielzahl von Handlungen und Massnahmen prophylaktischer und therapeutischer Art, die darauf hinzielen, das Wirtschaftssystem beweglich, anpassungs- und widerstandsfähig zu gestalten und, soweit dies nicht gelingt, auftretende Störungen zu beheben und damit die normale Entwicklung gleichsam künstlich voranzutreiben.

Es versteht sich, dass nun das theoretisch Notwendige selten das praktisch Mögliche ist, so dass selbst nach Hayek der Wirtschaftspolitiker ständig Kompromisse schliessen muss zwischen dem, „was ihm eigentlich

1) A. Rüstow, Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus als religionsgeschichtliches Problem, S. 95.

richtig erscheint und dem, was unter den gegebenen Umständen praktikabel ist“². Um Einfluss auf wichtige Entscheidungen des Augenblicks zu gewinnen, wäre auch er bereit, wie er sagt, in den reinen Wein seiner Prinzipien viel Wasser zu giessen³. Neben diesem, an einer praktischen Lösung orientierten Vorgehen verlangt er, dass langsam auf die öffentliche Meinung eingewirkt werde, „damit das Richtige, was heute politisch unmöglich ist, politisch möglich wird“⁴. Das für ihn richtige und daher wegleitende Prinzip als Theoretiker ist das Modell der vollständigen Konkurrenz, nach dem sich alle wirtschaftlichen Akte ausrichten sollten. Mit dieser Auffassung verbaut er sich jedoch den einzig möglichen Ausweg, der darin besteht, durch den weitem Ausbau der Denkmodelle und ergänzender Analysen, die ständig in Entwicklung begriffene wirtschaftliche Wirklichkeit zu durchleuchten und neue Einsichten zu gewinnen. Die Theorie als System allgemeingültiger, durch Abstraktion von der Wirklichkeit gewonnener Sätze muss dem Gang der Dinge entsprechend vervollständigt werden, soll sie dazu dienen, die wirtschaftspolitischen Mittel und Massnahmen zu verifizieren und die auf Grund der Interdependenz zu erwartenden mittelbaren und unmittelbaren Nah- und Fernwirkungen dieser Eingriffe aufzuzeigen. Dass der Praktiker als der im Sachbereich Erfahrenere und der Theoretiker als Kenner der grössern Zusammenhänge sich nützlich ergänzen können und daher zusammenarbeiten sollten, versteht sich von selbst.

Die Wirtschaftspolitik als Inbegriff aller staatlicher Handlungen und Massnahmen ist angewandte Theorie. Infolgedessen sind diese Eingriffe planmässig und darauf gerichtet, zu einem ganz bestimmten Zweck das Verhalten der Wirtschaftssubjekte indirekt zu beeinflussen, indem diese oder jene wirtschaftliche Bedingung verändert wird⁵. Wenn wir nun im folgenden die von neoliberalen Autoren empfohlenen Anpassungsinterventionen anführen, so interessiert uns vor allem ihre theoretische Begründung und die Art ihrer praktischen Nutzenanwendung. Wir sind uns dabei bewusst, dass der Wirkungsgrad und damit die Tauglichkeit der geplanten und getroffenen Massnahmen von den gegebenen Voraussetzungen und weitem Umständen abhängen, und dass demzufolge Erfahrungen nur dann relevant sind, wenn sie sich auf gleiche oder zumindest ähnliche Bedingungen beziehen.

2) Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik, in: ORDO-Bd. VI, S. 5.

3) Ebenda.

4) A. a. O., S. 6.

5) O. Morgenstern, Die Grenzen der Wirtschaftspolitik, S. 6 f.

B. Intervention zur Anpassung

Wenn wir unter Struktur der Wirtschaft die verschiedenen produktiven Tätigkeitsbereiche und ihre Beziehungen unter sich und zur Volkswirtschaft verstehen, so ergeben sich für den Staat als dem an der Produktivität und Vollbeschäftigung hauptsächlich Interessierten folgende Aufgaben:

- Beseitigung störender Hemmungen zur Erreichung erhöhter Beweglichkeit wirtschaftlicher Faktoren und
- fallweise Förderung zur Gewährleistung des Harmonieverhältnisses zwischen den wichtigsten Strukturelementen, wie das Arbeitspotential in seiner Aufteilung, das Betriebspotential in seiner Schichtung und das Aussenhandelspotential in seiner Gliederung ⁶.

Die Interventionen bezwecken demnach, die unvermeidlichen Verschiebungen der Produktionsfaktoren reibungslos zu gestalten und wo sich dennoch als Folge unzulänglichen Verlaufes Arbeitslosigkeit und Schrumpfung des Volkseinkommens einstellen, durch direkte Eingriffe die Störungen zu beheben. Strukturelle Anpassung bedeutet somit Angleichung der Produktivkräfte an das veränderte Wirtschaftsgefüge. Die richtige und unverzügliche Neuverteilung der Produktionsmittel ist noch immer das Hauptproblem, von dem aus die Zweckmässigkeit der Wirtschaftspolitik beurteilt werden muss ⁷. Von einer ‚Vollbeschäftigungspolitik um jeden Preis‘, unter Missachtung dieser Strukturprobleme, kann hier keine Rede sein.

Wie soll nun der Staat eingreifen? Röpke unterscheidet zwei mögliche Arten staatlicher Eingriffe: Die Erhaltungsintervention und die Anpassungsintervention ⁸. Die Erhaltungsintervention dient dazu, einen überholten, nur mit steigenden Kosten aufrechtzuerhaltenden Zustand zu sichern und damit den Arbeiter dort zu beschäftigen, wo er gerade ist, während das Problem doch darin besteht, die ständige Anpassung und Neuverteilung der Produktivkräfte zu ermöglichen ⁹. Diese Art der staatlichen Unterstützung in Gestalt von Subventionen, Steuererleichterungen und andern ähnlichen Hilfsmassnahmen hat den Nachteil, dass sie die fällige Bereinigung der Marktlage verhindert und den gestörten Zustand konserviert. Damit bleibt die unrentable Verwendung der Produktionsfaktoren bestehen, und die bestmögliche Ausnutzung der Produktivkräfte ist nicht verwirklicht. Zudem wird der Lebensstandard niedriger sein, als er bei rationeller Verwendung

6) Vgl. W. Lautenbach, Kreditausweitung im Aufschwung, in: *Wirtschaftskurve*, 1936, S. 247, zitiert bei J. Rakowski, *Die ‚Vollbeschäftigung‘ im Kreuzfeuer*, S. 32.

7) A. G. B. Fisher, *Fortschritt und soziale Sicherheit*, S. 23.

8) *Die Gesellschaftskrisis* . . . , S. 295 ff.; *Civitas humana*, S. 77.

9) W. Röpke, *Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?*, S. 22; F. A. Hayek, *Vollbeschäftigung, Planwirtschaft* . . . , a. a. O., S. 192.

der Produktionsmittel sein könnte. Ändert sich in der Folge weder die den Krisenzustand bedingende Datenverschiebung noch die zur Regel gewordene Unterstützungsbereitschaft des Staates, so müsste die Intervention verewigt werden, was mit einem komplizierten und umfangreichen Steuer- und Subventionssystem verbunden wäre. Die Erhaltungsintervention trägt somit, wie übrigens jede konforme Intervention, die ihr Mass überschreitet, die Neigung zur Planwirtschaft in sich¹⁰. Sie ist demnach gegen die der Marktwirtschaft innewohnende Dynamik gerichtet und daher für Röpke „reaktionär, gefährlich und irrational“¹¹.

Die Anpassungsintervention hingegen will die notwendige Angleichung eines Wirtschaftszweiges an die neuen Verhältnisse erleichtern und damit auch die Erreichung eines neuen Gleichgewichts beschleunigen. Sie will den Marktmechanismus unterstützen, ihn verbessern, Hemmungen beseitigen und dadurch die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft erhöhen. „Das Endziel hat die Anpassungsintervention mit dem Laissez-faire-Prinzip gemeinsam, nur soll es jetzt unter dem Beistand aller Nichtbetroffenen und daher mit dem guten Willen aller erreicht werden, mit dem hoffnungsvollen Blick nach vorne zum neuen Gleichgewicht und nicht mit dem bitteren nach rückwärts zum entgleitenden alten Zustand und zu den Kräften, die ihn zerstörten. Statt, wie es der alte Liberalismus tat, es dem zur Umstellung genötigten Produktionszweig zu überlassen, neue Wege zu finden, will der Anpassungsinterventionismus sich seiner mit konstruktiven Umstellungsplänen, Krediten, Umschulungen und Werbungsmitteln annehmen“¹². Durch diese Eingriffe soll die optimale Beschäftigung der Produktionsfaktoren rascher, reibungsloser und ohne die sozial wie soziologisch unerwünschten Folgen der Verarmung und Proletarisierung der zur Umstellung gezwungenen Arbeitskräfte erreicht werden¹³.

Zu dieser Unterscheidung bemerkt Jöhr, dass man sich mit der grundsätzlichen Bejahung der Anpassungsintervention und mit der ebenso grundsätzlichen Ablehnung der Erhaltungsintervention dem Evolutionismus unterwerfe. Im übrigen sei dies entscheidend, ob eine selbsttätige Entwicklung innerhalb der Marktwirtschaft uns den massgebenden Zielen näherbringe oder uns von ihnen entferne; je nachdem sei die Anpassungs- oder Erhaltungsintervention gerechtfertigt¹⁴. Röpke widerspricht sich zudem, wenn er verlangt, dass die Stellung der Landwirtschaft, des Gewerbes und des Kleinhandels möglichst verstärkt und damit erhalten werden solle. So

10) R. Fischer, a. a. O., S. 52.

11) *Civitas humana*, S. 77.

12) W. Röpke, *Die Gesellschaftskrisis* . . . , S. 302 f.

13) R. Fischer, a. a. O., S. 53.

14) Das Problem der Wirtschaftsordnung, in: *Individuum und Gemeinschaft*, Festschrift zur Fünfzigjahrfeier der Handels-Hochschule St. Gallen, S. 245.

fügt denn Jöhr im Hinblick auf die zu erreichenden Ergebnisse als dritte und weitere Art die Gestaltungsintervention bei. „Sie will weder etwas erreichen, was schon besteht, aber bedroht ist, noch etwas, was die Entwicklung selbst herbeizuführen strebt, sondern dient der Umwandlung der Wirtschaft in einer vom Staat bestimmten Richtung“¹⁵.

Es mag von Vorteil sein, einige Mittel und Massnahmen zur Förderung der strukturellen Anpassung wiederzugeben, um daran zu verdeutlichen, wie sich die neoliberalen Autoren diese Interventionsart im einzelnen vorstellen und was sie sich davon versprechen. Dabei betrachten wir vorerst jene Massnahmen mit überwiegend vorbeugendem Charakter.

Die Anpassung wird erschwert, wenn die technischen Umwälzungen Arbeit freisetzen, ohne dass eine kompensierende Expansion in andern Wirtschaftszweigen das erhöhte Angebot durch eine entsprechende Nachfrage absorbiert. Das Problem stellt sich um so dringender, je plötzlicher und umwälzender die Verbesserungen der Produktion sind; denn dort, wo die Veränderungen kontinuierlich und langsam vor sich gehen, wird die notwendige Verschiebung der Produktivkräfte ungefähr dem normalen Abbau und Ersatz an Kapital und Arbeit entsprechen, so dass nur dafür zu sorgen wäre, den Zustrom der Produktionsmittel auf die Verwendungszwecke aufzuteilen. Wenn nun der erwartete Effekt nicht eintritt, wenn niemand die Initiative ergreift und das Risiko wagt, die Produktionskapazität auszudehnen, oder wenn die dazu bereiten Unternehmer durch monopolistische Gegenkräfte daran gehindert werden, dann sind die Anbieter von Arbeit und Kapital ohne Einkommen. Die effektive Gesamtnachfrage wird sinken, was durch Rückwirkungen auf andere Wirtschaftszweige zu einer kumulativen Schrumpfung und zu einer Lage führen kann, die einer konjunkturellen Depression nicht unähnlich ist. Dies setzt allerdings voraus, dass einige wichtige Industrien mehr oder weniger gleichzeitig davon betroffen werden; denn im übrigen wird die moderne Wirtschaftsstruktur für widerstandsfähig genug gehalten, geringfügige oder lokal begrenzt auftretende Störungen selbsttätig zu bereinigen. Fisher vertritt nun auf Grund der skizzierten Entwicklung die Auffassung, die Massnahmen an den Punkten einzusetzen, von denen die den technischen Fortschritt antreibende Kraft ausgeht — nämlich von der wissenschaftlichen Forschung und Entdeckung. Da eine Vorhersage über deren Art, Richtung und Ergebnis unbestimmt sei, soll wenigstens untersucht werden, „inwieweit die verschiedenen Wege der Forschung aller Voraussicht nach die Produktion von Gütern und Leistungen mit mehr elastischer Nachfrage beeinflussen“¹⁶. Warum soll nicht auch der Staat, der sich immer mehr an

15) W. A. Jöhr, a. a. O., S. 245 f.

16) A. a. O., S. 154 f.

der wissenschaftlichen Forschung finanziell beteiligt, diesen Faktor in Rechnung stellen. Das Bestreben, den Staat vermehrt an der technischen Entwicklung beteiligt zu sehen, ist heute wohl aktueller denn je. Fishers Argumentation ist jedoch weder überzeugend noch befriedigend. In welcher Richtung die Forschung sich bewegt und in welcher Zeitspanne sie das gesteckte Ziel erreicht, hängt von den Mitteln ab, die dafür eingesetzt werden. Die Art der Forschung ist gewollt und die Vollendung annähernd bestimmbar. Verständlicherweise sind Untersuchungen über mögliche Nachfrageelastizitäten neu zu entwickelnder Produkte nicht nur für die Betriebsplanung unerlässlich, sondern schon für die ersten Phasen der technischen Entwicklung notwendig, da die ökonomische Verwertbarkeit über die schliessliche Produktion des Prototyps zur Marktform entscheidet.

Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen arbeitssparender Erfindungen auf das Arbeitsangebot werden je nach den Umständen unterschiedlich sein. Nach der Kompensationstheorie darf erwartet werden, dass die durch technische Neuerungen freigesetzten Arbeitskräfte teilweise wenigstens zur Anfertigung gerade dieser arbeitssparenden Maschinen wieder Verwendung finden werden. Ausserdem wird nach der eben von Fisher vertretenen Auffassung von der Lenkung der Erfindungen auf Produkte mit elastischer Nachfrage eine Vermehrung der Arbeitsplätze erwartet. Bei alledem ist es natürlich nicht unwesentlich, welche Berufszweige davon betroffen werden und welche Grösse, Art und Qualität das vorhandene Arbeitsangebot aufweist.

Eine weitere, nicht unwichtige Ursache struktureller Veränderungen liegt in der spontanen und nachhaltigen Verschiebung der Nachfrage. Die Verteilung der Produktionsmittel entspricht dann nicht mehr den Verbraucherwünschen, so dass deren Neuverteilung notwendig wird. Es soll hier aber nicht nur die Anpassungsfähigkeit erhöht, sondern auch unnötige Fluktuationen in der Konsumentennachfrage und damit einem gewissen Unstabilitätsfaktor entgegengewirkt werden. Die dafür entscheidende Voraussetzung liegt in einem hohen Einkommensniveau, das nach Deckung des dringendsten Bedarfes Kaufkraft zum Erwerb von Gütern und Leistungen übriglässt, wofür insbesondere mit Reklame geworben wird. Mit einer vermehrten Standardisierung vor allem der Güter und Leistungen nichtdringlichen Bedarfes soll eine unnütze Auswahl an Produkten vermieden und damit unangebrachte und nicht erwünschte Änderungen in der Erzeugung verhindert werden. Zudem könnten dadurch die Produktionskosten gesenkt und das Unternehmerrisiko durch die Aussicht auf erhöhten Absatz vermindert werden ¹⁷.

17) A. G. B. Fisher, a. a. O., S. 156 f.

Als geradezu klassisches Beispiel einer konformen Intervention bezeichnet Röpke die Aufstellung gewisser Grenznormen zur Verhinderung einer verschwenderischen Reklame¹⁸. Richtig aufgezo- gen, soll sie dazu beitragen, als Mittel des Wettbewerbs, Anbieter und Nachfrager zusammenzubringen und dadurch die Marktübersicht zu erweitern. Somit hat sie Anteil an der Organisation des Marktes und an der Abstimmung von Produktion und Bedarf, wodurch sie auch zur nutzbringenden Verwendung der Produktivkräfte verhilft. „Eine gute Reklame kann sogar zu einem wertvollen Mittel jener Form der Wirtschaftspolitik werden, die ich als Anpassungs- intervention bezeichnet habe, wofür wir vielleicht das beste Beispiel in der berühmten Aktion der kalifornischen Orangenfarmergenossenschaft finden, die sich durch eine Reklamekampagne, durch die Schaffung der Orangenmarke ‚Sunkist‘ und durch die Gratisverteilung von Fruchtpressen für die Bereitung von Orange juice einen neuen grossen Markt für ihre Überproduktion schuf“¹⁹. — Dies setzt allerdings voraus, dass die Konsumenten kritisch und einsichtig genug sind, um die Leistungs- von der absichtlich täuschenden Suggestivreklame zu unterscheiden.

Auch für den Staat ist die Reklame und Werbung ein Mittel zur Beeinflussung und indirekten Lenkung der Wirtschaftssubjekte im Hinblick auf seine wirtschaftspolitischen Zielsetzungen. So wird beispielsweise die Aufforderung, in grösserem Mass bestimmte, vorher geweckte und geförderte Bedürfnisse zu befriedigen, die Nachfrage nach den entsprechenden Gütern erhöhen und deren Produktion ausdehnen. Mit diesem Vorgehen wird die Konsumfreiheit keineswegs beeinträchtigt; wählt doch der Verbraucher unter den möglichen Gütern und Leistungen die für ihn preiswürdigsten. Wird der Preis nun infolge stimulierter Nachfrage und erhöhter Produktionskapazität gesenkt, so wird der Käufer bei gleichwertigen konkurrierenden Produkten nicht benachteiligt — im Gegenteil, die Kaufkraft seines disponiblen Einkommens steigt. Ob und inwieweit diese Förderung bestimmter Wirtschaftszweige mit der Wettbewerbsordnung vereinbar ist, hängt von den Voraussetzungen und Umständen ab. Eine generelle Zustimmung oder Ablehnung ist daher nicht möglich. Sie kann in einem Fall zweifellos äusserst nützlich sein und in einem andern diskriminierend wirken, indem z. B. Grenzbetriebe ihre Kosten nicht mehr decken können und daher selbst zur Anpassung genötigt werden. Ob dies aber zur erstrebten Stabilität beiträgt, ist zumindest fraglich, wenn nicht gar zweifelhaft.

Von jener direkten Regelung der technischen Umwälzungen und dieser massvollen Konsumlenkung wird wohl zu Recht keine Lösung des kom-

18) Gedanken eines Volkswirtschafters über die Reklame, in: Schweizer Monatshefte, 1945, Nr. 4/5, S. 271 ff.

19) Ebenda, S. 280.

plexen Anpassungsproblems erwartet; doch hofft man, dass sie dazu beitragen, diese wenigstens zu erleichtern. Es gilt, bei aller Anerkennung der Bemühungen um die ursächliche Verhinderung der Anpassung, sich mit der strukturellen Arbeitslosigkeit als Tatsache abzufinden und sich mittels angemessener Massnahmen um die Wiedereingliederung freigesetzter Arbeitskräfte in den Produktionsprozess einzusetzen.

Wenden wir uns nun den mehr unmittelbaren Methoden zu, die dafür sorgen sollen, dass die strukturellen Anpassungen sich reibungslos und glatt vollziehen und die damit verbundene Arbeitslosigkeit verschwindet. Die verschiedenen Massnahmen zielen darauf hin, durch erhöhte Beweglichkeit der Arbeit, die Umschichtung der Arbeitskräfte rascher und erfolgreicher zu gewährleisten. Zu diesem Zweck werden Wohngelegenheiten und Annehmlichkeiten bereitgestellt, die das gewohnte und unentbehrliche Mass übertreffen, um durch die Anziehungskraft des Neuen und Bessern die Sesshaftigkeit zu überwinden und hemmende Bedenken zu beseitigen. Dasselbe bezwecken staatliche Entlohnung während Arbeitslosigkeit als Prämie an qualifizierte Arbeiter, die sich verpflichten, nötigenfalls Beruf und Wohnort zu wechseln. Der Arbeiter will Sicherheit — die Gesellschaft Beweglichkeit; der Lohn des einen ist der Vorteil der andern, womit beiden geholfen wäre. Im Gegensatz dazu würde der unabhängige Arbeiter bei unfreiwilliger Arbeitsaussetzung nur jener, für seinen Unterhalt ausreichenden Unterstützung teilhaftig. Die rasche Verschiebung dieses in Reserve gehaltenen Arbeitsangebotes an die kritischen Stellen dürfte nach Fisher genügen, um wenigstens einer Summierung von Schwierigkeiten zu entgegen, die eine Arbeitslosigkeit grössern Ausmasses und von besonderer Hartnäckigkeit hervorrufen könnten²⁰.

Im gleichen Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass nicht bloss durch geeignete Umschulung von Arbeitslosen die Anpassung an die neuen Verhältnisse gefördert, sondern auch durch weitsichtige Planung dafür gesorgt werden muss, dass im Anschluss an die Elementarschule durch frühzeitige Berufsausbildung das Angebot an gelernten Arbeitern im Vergleich zu den ungelernten immer mehr zunimmt. Sollten sich dennoch in bestimmten Berufsarten Engpässe ergeben, was jedoch immer unwahrscheinlicher würde, so wäre eine Umschulung bereits gelernter, zumindest aber angelernter, selbst bei Verlust inzwischen angeeigneter fachlicher Erfahrungen und Kenntnisse, immerhin leichter als die ungelernter Hilfsarbeiter. Dieses Problem könnte dadurch vereinfacht und vielleicht auch gelöst werden, dass die Grundausbildung bei aller Spezialisierung auch dazu befähigt, neue Möglichkeiten beruflicher Betätigung zu nutzen. Davon könnten auch neu

20) A. a. O., S. 170 ff.; vgl. ferner: G. D. M. Worswick, Die Stabilität und Elastizität der Vollbeschäftigung, in: Vollbeschäftigung, S. 126.

auftretende Produktionstypen einer organisch wachsenden Wirtschaft profitieren, indem sie das zur raschen und kräftigen Entwicklung erforderliche Arbeitspotential mit dem nötigen technischen Wissen und Können vorfinden. Aus der relativen Verminderung der Ungelernten ergäbe sich in der Folge eine Erhöhung des Durchschnittseinkommens, ohne dass dadurch das absolute Einkommen qualifizierter Arbeiter zu sinken braucht; denn es steigt der Lohn mit der durchschnittlichen Produktivität der Arbeit. — Diesen Bestrebungen stehen aber solche monopolistischer Art entgegen, die darauf hinzielen, den Zugang zu bestimmten Berufen zu beschränken und damit den Bevorzugten ein der künstlich geschaffenen Knappheit entsprechendes hohes Einkommen zu sichern ²¹.

Der amerikanische Publizist und Soziologe, Walter Lippmann, verlangt vom Arbeiter wohl Vielseitigkeit und Anpassungsfähigkeit — die Beweglichkeit aber vom Kapital. „Im grossen und ganzen müssen eher die Maschinen zu den Menschen kommen, als die Menschen zu den Maschinen“ ²². Der nomadische Arbeiter, der nur in und für die Gegenwart lebt, weil er weder eine Tradition kennt noch eine Bindung an die Gemeinschaft fühlt, verfällt als ein Entwurzelter leicht der proletarischen Masse. Darin zeigt sich auch der innere Gegensatz der von Röpke geforderten Beweglichkeit und Entproletarisierung. Auch v. Beckerath verweist auf die Tatsache, dass besonders in langbesiedelten, alten Ländern die Industrien oft das für sie passende, lokal gebundene Arbeitsangebot aufsuchen mussten, anstatt umgekehrt die Arbeiter an den neuen industriellen Standort zu bringen ²³. Die Anhänglichkeit an die gewohnte Umgebung und den gewohnten Arbeitsplatz, nebst den mit dem Stellenwechsel verbundenen Kosten und Unannehmlichkeiten, tragen offenbar dazu bei, „die Arbeiter verhältnismässig wenig auf Differenzen in den Löhnen und Beschäftigungsmöglichkeiten reagieren zu lassen und die Mobilität der Arbeitskraft zwischen verschiedenen Berufen und Arbeitsplätzen zu vermindern“ ²⁴.

Die geforderte Beweglichkeit des Kapitals ist heute um so eher möglich, als infolge der technischen Erfindungen neuer Energiequellen und billigerer Transportmittel für Rohstoffe und Fabrikate bei der Wahl der Standorte nicht mehr dieselben Bindungen bestehen wie ehemals. Diese Beweglichkeit des Kapitals erfordert jedoch erhöhte Sicherheiten, nicht nur in bezug auf die Haftung der Betriebsleitung für die Einlagen der Kapitalgeber ²⁵, sondern auch hinsichtlich der Transferierung der Erträge und des Rücktransfers des Kapitals. Die Selbstfinanzierung finanzstarker Gesellschaften,

21) G. D. M. Worswick, a. a. O., S. 128.

22) Mensch und Gesellschaft, S. 284.

23) Grossindustrie und Gesellschaftsordnung, S. 118.

24) Ebenda.

25) W. Lippmann, a. a. O., S. 286.

welche die Gewinne zur Äufnung der Amortisationsfonds und der Betriebsreserven zurückbehalten, statt sie „dem Prüfstein des konkurrierenden Kapitalmarktes auszusetzen“²⁶, vermindert indessen die Kapitalbeweglichkeit. Wenn Röpke daher von der „Fragwürdigkeit der Selbstfinanzierung“ spricht, so meint er wohl den Umstand, dass dadurch die Kapitalversorgung ohne die regulierende Funktion des Zinses vor sich geht und infolgedessen nicht immer die nutzbringendsten Verwendungsarten berücksichtigt werden²⁷. Daher gilt es, die verfügbaren Kapitalien auf die aussichtsreichsten Verwendungen zu lenken und zu diesem Zweck die Verteilungsart auf ihre Eignung hin zu untersuchen, die, falls ungenügend, den Erfordernissen der eingetretenen Entwicklung anzupassen wäre. Sollte es nicht gelingen, den Kapitalstrom auf die Bedarfs- und Wachstumsstellen zu lenken, so wäre es nach Fisher Aufgabe des Staates, die entstandene Lücke selbst auszufüllen²⁸. Da die Anpassung der zur Umstellung gezwungenen Unternehmungen oft mit hohen Kosten verbunden ist, die ihre Mittel übersteigen, ist die kreditmässige Überlassung der notwendigen Kapitalien unerlässlich. Weil aber die grossen Kreditinstitute sich eher den ohnehin kapitalkräftigen Unternehmungen zuwenden, fordert Röpke „entsprechende kreditorganisatorische Massnahmen“ und die „Ausbildung besonderer Methoden und Institute zur Pflege des industriellen Kleinkredits“²⁹. Es gilt hier eine offensichtliche Schwäche und Ungerechtigkeit im modernen Kreditsystem im besondern und im System der freien Marktwirtschaft im allgemeinen zu überwinden³⁰. Röpke unterlässt es allerdings, die konkreten Formen seiner Reorganisation und die sie durchführende Instanz zu nennen.

Im Zusammenhang mit der Kapitalversorgung und Kreditverteilung müssen wir auch die möglichen Wirkungen einer hohen Einkommenssteuer berücksichtigen. Es wird sich hierbei nur darum handeln, den Einwirkungen hoher Steuersätze auf die unternehmerische Tätigkeit nachzugehen, während auf die übrigen Auswirkungen fiskalischer Belastung später in anderem Zusammenhang eingetreten wird. — Ein Wertpapier sollte eine über die landesübliche Verzinsung hinausgehende, dem besondern Risiko der Transaktion angemessene Rendite abwerfen. Würde nun die Steuerschraube stark angezogen, so könnte dadurch der Ertrag des Investors derart beschnitten werden, dass die verbleibende Prämie nicht mehr ausreicht, mögliche Verluste wertmässig zu decken. Die Verschiebung von

26) Ebenda.

27) Das deutsche Wirtschaftsexperiment, a. a. O., S. 308.

28) A. a. O., S. 185.

29) Die Gesellschaftskrisis . . ., S. 357.

30) R. Fischer, a. a. O., S. 52.

Kapital nach dem Geldmarkt und entsprechende Zinsfußveränderung wäre möglich und in der Folge für die Wirtschaft nicht unerheblich. Wenn erhöhte Zins- und Steuerbelastung die erwarteten Profite der Unternehmer dermassen kürzen, dass sie keine dem Wagnis entsprechende Belohnung darstellen, so wird dadurch die unternehmerische Initiative und Tätigkeit gehemmt und eingeschränkt. Gerade im Hinblick auf die Bedeutung, welche den relativ hohen Einkommen bei der Finanzierung technischer Neuerungen zukommt, hält Hayek die Steuerprogression als Mittel zur Neuverteilung der Einkommen für ungerechtfertigt. Nach seiner Auffassung ist die wirtschaftliche Entwicklung zum grossen Teil dadurch ermöglicht worden, dass die kostspielige Periode der Experimentation zunächst von einer zahlenmässig kleinen aber finanzkräftigen Schicht bestritten wurde. Wenn durch die daran anschliessende Massenproduktion auch die Bedürfnisse der minderbemittelten Käuferschichten befriedigt werden konnten, so liegt gerade darin der Nutzen hoher Einkommen für die Allgemeinheit. Wenn nun aber von einem erwarteten Gewinn 50 oder 70 % an den Fiskus gehen, der Unternehmer hingegen den möglichen Verlust selbst tragen muss, werden infolgedessen viele volkswirtschaftlich wünschenswerten Anlagen unrentabel. Der Gewinn ist für Hayek weniger ein Bestandteil des Volkseinkommens als das Ergebnis eines kontinuierlichen Prozesses der Neuverteilung des Kapitals von den erfolglosen auf die erfolgreichen Unternehmer. Eine hohe Besteuerung dieser Gewinne würde daher die Hauptquelle der Kapitalversorgung zum Versiegen bringen. So kommt er denn auch zum Schluss, dass kein Steuersatz den von der Majorität der Bevölkerung gezahlten übersteigen dürfe³¹. Hayek steht mit dieser Auffassung keineswegs allein. So plädiert Fisher für den Ausbau der persönlichen Einkommensbesteuerung und für den Abbau der Körperschaftssteuern³². F. D. Graham differenziert weiter, indem er neue, sich erst entwickelnde Unternehmungen fiskalisch entlasten will; er verbindet jedoch seine Empfehlungen mit einer Reform der Erbschaftssteuer, worin er versucht, durch praktische Konfiskation grosser Erbschaften die Einkommensverteilung mit den Bedingungen echter Startgerechtigkeit in Übereinstimmung zu bringen. Die Investitionen in riskante Unternehmungen würden dadurch anziehender gemacht, dass die progressive durch eine proportionale Besteuerung ersetzt würde; alle Einkommen oberhalb einer bestimmten Grenze wären hingegen nach progressiv gestaffelten Sätzen zu besteuern³³.

31) Die Ungerechtigkeit der Steuerprogression, in: Schweizer Monatshefte, 1952, Heft 8, S. 3 ff.

32) A. a. O., S. 188.

33) Social Goals and Economic Institutions, S. 220, 236 ff., zitiert bei A. G. B. Fisher, a. a. O., S. 189.

Röpke weist eigens darauf hin, dass die Hilfe an die zur Umstellung genötigten Unternehmer und an den unterwegs zu einer rentableren Beschäftigung befindlichen Arbeiter nur dem Schwachen geleistet werden soll, währenddem die Starken „schon ohne unsere Hilfe fortkommen, obwohl sie ein Interesse daran haben, uns vom Gegenteil zu überzeugen“³⁴. Sie wird nun fällig, wenn trotz der erwähnten staatlichen Erleichterungen die Anpassung nicht gelingen will. Der Staat wird dann direkt eingreifen und im Einvernehmen mit den Beteiligten die Krisenlage bereinigen müssen. Röpke zeigt am Beispiel des an einer Dauerkrise leidenden Weinbaus das mögliche Vorgehen des Staates: Zuerst wird die Gesamtlage beurteilt und dem Ergebnis entsprechend der Sanierungsplan entworfen. Auf Grund einer Marktanalyse wird der Produktionsumfang festgelegt, die Anbaufläche unter Berücksichtigung der Bodenqualität bestimmt und für die restlichen Böden die geeignete Umstellung erwogen. Durch Umzüchtung auf bessere Sorten, zweckmässige Absatzorganisation und zügige Werbung soll die Qualität erhöht und das Produkt in den möglichen Konsumentenkreis eingeführt und vertrieben werden. Dabei stellt der Staat seine Fachleute und Finanzmittel zur Verfügung³⁵.

Die staatliche Hilfe gilt aber nicht nur dem darbenden Wirtschaftszweig; auch der dieser Teilkrise wegen arbeitslos gewordene Arbeiter bedarf der Hilfe in Gestalt von Unterstützungen, wodurch die materiellen Folgen der unverschuldeten Erwerbslosigkeit gemildert werden sollen. Neben diesem rein sozialen Aspekt haben die Leistungen der Arbeitslosenkassen eine wichtige ökonomische Funktion. Durch diese Einkommensverteilung wird Kaufkraft an solche übertragen, die mangels eigener Leistung keinen Anspruch auf das Sozialprodukt besitzen und durch ihre Nachfrage nun dazu beitragen, dass das Produktionsvolumen weniger schrumpft, als es nach dem Stand der Dinge möglich wäre. Beruht die Institution gar auf dem Versicherungsprinzip, so wird der Anspruch des einzelnen analog seiner Prämienzahlungspflicht rechtlich begründet; die ökonomische Funktion hingegen bleibt dieselbe — ja sie kann möglicherweise durch die konjunkturell ausgleichende Wirkung verstärkt werden.

Wenn auch die Sozialversicherung mit der eigentlichen Umstellung und Anpassung nichts zu tun hat und nur die mit ihr verbundenen Härten zu mildern versucht, stellt sich doch die Frage, ob sie die erwünschte Umstellung hindert, beschleunigt oder sich neutral verhält. Je nach den Umständen wird sie das eine oder andere tun. Sie wird die Umstellung hemmen, wenn die Leistungen nicht allgemein, unterschiedlich und zeitlich unbeschränkt sind; hingegen wird sie die Anpassung fördern, wenn ihre

34) Die Gesellschaftskrisis ..., S. 305.

35) Ebenda, S. 304 f.

Ausrichtung an die Bedingung zur Umschulung geknüpft und mit einem Nachweis zur Vermittlung offener Stellen verbunden ist. Statt nun aber die vorübergehend Arbeitslosen lediglich zu unterhalten, kann es nützlich sein, sie sinnvoll zu beschäftigen. Dies gilt vor allem dann, wenn die Arbeitslosigkeit umfangreich ist und durch plötzliche Störungen, wie unterbrochene Rohstoffversorgung verursacht wird, die kurzfristiger Natur ist, so dass es keinen Sinn hätte, eine dauernde Anpassung anzustreben³⁶. — Ohne Zweifel findet sich hier ein Ansatz zu den Arbeitsbeschaffungsmassnahmen grössern Stils. Die Schwierigkeiten sind aber grösser, weil die Störung plötzlich auftritt und das Arbeitsangebot aus qualifizierten Kräften bestehen dürfte, die ihrer Eigenart entsprechend eingesetzt werden sollten.

C. Vermehrung der Arbeitsplätze

Strukturelle Anpassung wird immer dann gefordert, wenn die Strukturelemente nicht mehr übereinstimmen. Strukturell gesehen kann daher von Vollbeschäftigung erst dann gesprochen werden, wenn sich alle diese Elemente in einem Harmonieverhältnis befinden. Ist nun ihre Übereinstimmung gestört und besteht demzufolge nicht Vollbeschäftigung des Faktors Arbeit, so muss eine Politik zur Anpassung und damit zur Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur eingeleitet werden. Es wird kaum genügen, dass die Faktoren Arbeit und Kapital durch erhöhte Anpassungsfähigkeit und Beweglichkeit an die Orte des Bedarfs verschoben werden. Es muss ausserdem dafür gesorgt werden, dass die Zahl der Arbeitsplätze der Zahl der Arbeitskräfte angepasst wird. Dieses Problem wird immer dann aktuell, wenn die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte rascher und mehr zunimmt, als die expandierende Wirtschaft zu absorbieren vermag. Die Veränderungen in der Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze werden durch die Wirksamkeit folgender Faktoren verursacht:

- Durch Stilllegung oder Wiederingangsetzung von Betrieben,
- durch Schwankungen des Ausnutzungsgrades der laufenden Betriebe und
- durch Neuschaffung von Produktionsanlagen.

„Ein dynamisches Gleichgewicht der Wirtschaft, d. h. ständige Vollbeschäftigung, kann also nur dann erreicht werden, wenn alle drei Faktoren zusammen in ihrem wechselseitig sich verstärkenden oder abschwächenden Einfluss auf die Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze deren laufende An-

36) Vgl. C. Bresciani-Turroni, Einführung in die Wirtschaftspolitik, S. 24; W. Röpke, Lehre von der Wirtschaft, S. 190.

passung an die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte bewerkstelligen³⁷.“ Um die erwünschte Anpassung zu erreichen, muss der ‚wirkliche Gewinn‘ über den ‚Differentialgewinn‘ im ausreichenden Mass gesteigert werden³⁸. Dadurch erzielen die Unternehmer auf den Grenzarbeitsplätzen Gewinne; denn der Preis der erzeugten Güter ist höher als die Wiederbeschaffungskosten. Damit werden nun weitere Arbeitsplätze mit höhern Reproduktionskosten rentabel oder bei vorhergehender Betriebseinstellung wieder rentabel. Auf jeden Fall erfährt der laufende Betrieb eine stärkere Ausnützung. Hiefür sind in erster Linie Investitionen erforderlich, denn allein diese zusätzliche Nachfrage vermag die Erlöse über die Reproduktionskosten zu steigern und den erwünschten Überschuss zu erzielen. Neben der Bestimmung der durchschnittlichen Preis-Kostenrelation bzw. der Höhe des wirklichen Gewinnes im Verhältnis zum Differentialgewinn, von der die Stilllegung oder Wiederingangsetzung von Betrieben und der Ausnützungsgrad der laufenden Betriebe abhängt, bewirkt die Investition auch die Schaffung zusätzlicher Produktionsanlagen und die Entstehung neuer Arbeitsplätze. Daraus ist zu schliessen, dass durch ausreichende Steigerung der Investitionen und deren Einwirkungen auf die eben genannten Faktoren alle unbeschäftigten Arbeitskräfte von einer sich ausdehnenden Wirtschaft aufgenommen werden können. Damit wird das jeweilige Verhältnis zwischen Arbeitskräften und Arbeitsplätzen letzten Endes bestimmend für die erforderliche Höhe der Investitionen. Wie erreichen aber die Investitionen das für diese Anpassung nötige Ausmass, und wer sorgt dafür? Rüstow ergänzt zu diesem Zweck den Preismechanismus der klassischen Theorie mit einem Investitionsmechanismus. An die Stelle des Preises tritt hier der Diskontsatz, der die Investitionen reguliert und der in seiner Höhe vom Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften beeinflusst wird. Es wird dabei angenommen, dass die Notenausgabe in einem bestimmten Ausmass durch Gold gedeckt ist und dass infolgedessen für die Höhe des Diskontsatzes das Verhältnis zwischen der freien, für die Ausgabe zusätzlicher Noten verfügbaren Deckungsmasse und der Nachfrage nach Bargeldkrediten massgebend ist³⁹. Der funktionelle Zusammenhang im Modell wäre demnach folgender: Infolge eines Unterkonsums oder zu geringer Investitionen schrumpft das Produktionsvolumen, wodurch Arbeitskräfte freigesetzt werden, die auf die Lohnhöhe drücken. Dadurch nehmen die Notenreserven bei der Zentralbank zu, so dass der

37) H. J. Rüstow, a. a. O., S. 209.

38) Ebenda, S. 74 ff.; er versteht unter dem Differentialgewinn die Summe der Gewinne, die auf allen übermarginalen Arbeitsplätzen insgesamt erzielt werden, wenn der Gesamterlös der Produktion die Kosten der Grenzbetriebe deckt.

39) A. a. O., S. 217 ff.

Diskontsatz gesenkt werden kann. Infolgedessen steigt die Investitionstätigkeit, welche die Beschäftigung zusätzlicher Arbeitskräfte anregt, wobei durch die manifest werdende Kaufkraft das Preisniveau über die bisherigen Grenzkosten hinaus gehoben wird, oder wie Rüstow sich ausdrückt, der wirkliche Gewinn steigt über den Differentialgewinn, was die Stilllegung der Grenzbetriebe verhindert und inaktive Arbeitsplätze wieder rentabel macht. — Umgekehrt: Übersteigt bei hohen Investitionen die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot, so steigen die Löhne über die durchschnittliche Leistungssteigerung und erfordern einen entsprechend vermehrten Bargeldbedarf, was im Hinblick auf die Notendeckung zu einer Diskontsaterhöhung und damit zu einer Drosselung der Kredite für Investitionen führt. — Der Zweck des Mechanismus besteht in der Anpassung der Arbeitsplätze an die Arbeitskräfte durch Investitionen, reguliert durch den Diskontsatz, der in seiner Höhe durch das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften und dem dieser Relation entsprechenden Bargeldbedarf bestimmt ist. Dabei ist die Bargeldausgabe auf eine der trendmässigen Steigerung der Konsumgüterproduktion entsprechenden Zuwachsrate beschränkt, wodurch die Zentralbank Anfang und Ende des Wirtschaftsprozesses in Händen hat.

Die von Rüstow vertretene Auffassung ist für einen Neoliberalen insofern neu, als sie die Lehre vom Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt mit ihren flexiblen Löhnen als eine unter modernen Wirtschaftsverhältnissen nicht mehr gegebene Voraussetzung preisgibt⁴⁰. Andererseits macht er aber die Vermehrung der Notenmenge von einer Zunahme der Deckungsmittel abhängig. Somit ist eine Vermehrung der Bargeldkredite nur solange möglich, als die Notenreserven nicht voll ausgenützt sind. Ein darüber hinausgehender Bargeldbedarf für Investitionszwecke müsste vorerst unter dem Druck der Arbeitslosigkeit durch eine relative oder gar absolute Lohnsenkung aufgebracht werden. Die Lohnstagnation oder gar die Senkung des Niveaus bei vermehrter oder gleicher Gütermenge hätte einen Preisfall zur Folge und würde den Unternehmeroptimismus dämpfen.

Alsdann wird der Preisstabilität zu geringe Bedeutung beigemessen. Konstantes Preisniveau setzt einmal voraus, dass die umlaufende Geldmenge der erhöhten Ausbringung entsprechend vermehrt wird, und zwar unabhängig vom Zufluss weiterer Deckungsmittel. Die vorgesehenen Investitionen werden richtigerweise mit zusätzlichem Geld finanziert⁴¹. Das mengenmässig unveränderte Konsumgüterangebot ist daher in der Folge auf eine grössere Anzahl von Produktionsfaktoren zu verteilen. Die monetäre Nachfrage übersteigt das vorhandene Angebot und damit wird der

40) A. a. O., S. 5.

41) Ebenda, S. 87 ff.

Pro-Kopfanteil am Sozialprodukt, oder anders ausgedrückt, der Reallohn sinken. Wenn er im gleichen Zusammenhang weiter darauf hinweist, dass keinerlei Ersparnisse erforderlich seien, so ist dies missverständlich. Statt freiwilliger Ersparnisse im Verlauf der Expansionsperiode wird der notwendige Konsumverzicht über die unvermeidliche Preissteigerung bei unverändertem Geldlohn erzwungen. Die damit verbundenen Unternehmergewinne werden dann zur Reinvestition verwendet, weshalb Rüstow von einer von Ersparnissen unabhängigen Selbstfinanzierung spricht.

Bei allen Vorbehalten, die gegenüber der von Rüstow geäußerten Auffassung angebracht sind, ist das positive Streben, die Arbeitslosigkeit durch Vermehrung der Arbeitsplätze mittels zusätzlicher Investitionen zu beseitigen, hervorzuheben.

D. Strukturpolitische Massnahmen

Wenden wir uns nach dieser theoretischen Überleitung den entsprechenden wirtschaftspolitischen Massnahmen therapeutischer Art zu, so ergibt sich bei Annahme eines vermehrten Arbeitsangebotes infolge Nachfrageverschiebungen oder technischen Fortschrittes als Ziel die Erhaltung oder Vermehrung der Arbeitsplätze. Da von einer fluktuierenden Arbeitslosigkeit nicht mehr die Rede sein kann, ist durch Anpassungsintervention dafür zu sorgen, dass die stagnierende Arbeitslosigkeit überwunden und damit rückwirkende Störungen rechtzeitig unterbunden werden. Liegt keine Fehlinvestition vor, sondern lediglich ein temporärer Nachfrageausfall, der durch neue Absatzmärkte oder qualitative Verbesserungen der Produkte wieder beseitigt werden kann, wäre es zwecklos, eine Verschiebung der Produktivkräfte zu forcieren. Das Unternehmen wird im übrigen alles Interesse daran haben, während der Übergangsperiode, bei eventuell verkürzter Arbeitszeit, seine Stockarbeiter durchzuhalten. Möglicherweise vermögen staatliche, für Notlagen zurückgestellte Aufträge die Lücke zu schliessen. Sollte hingegen, wie in dem von Röpke angeführten Beispiel des Weinbaus, eine Umstellung der Produktion unumgänglich sein, so wäre im gegenseitigen Einvernehmen zwischen staatlicher Behörde und dem betroffenen Interessenverband eine den neuen Gegebenheiten angemessene Lösung zu suchen.

Wenn es sich nicht gerade um das Baugewerbe handelt, was bei dieser Art von Arbeitslosigkeit nicht anzunehmen ist, sind öffentliche Arbeiten zur Beschäftigung freigesetzter Arbeitskräfte irgendeines notleidenden Wirtschaftszweiges unzweckmässig, weil sie der spezifischen Schichtung der strukturellen Arbeitslosigkeit nicht gerecht werden. Ein typisches Beispiel

hiefür bildet die Nachkriegsarbeitslosigkeit in Deutschland, in Italien. Sie ist charakterisiert durch ein Überangebot an Arbeitskräften, sei es durch den Zustrom von Flüchtlingen und Heimkehrern für Deutschland oder durch die unmögliche oder behinderte Auswanderung nach früheren Besitzungen und nach Übersee im Falle Italiens. Röpke führt diese Zustände auf besondere Störungsursachen zurück und hebt insbesondere die im Vergleich mit den Kreislaufstörungen deflationistischer Art unterschiedliche Prägung hervor⁴². Eine Kreditexpansion monetärer Art würde in dieser Lage zu einer inflatorischen Preissteigerung führen und keinesfalls die private Unternehmertätigkeit anregen. Sie wäre nicht kompensatorisch; denn der Unterinvestition entspricht eine ungenügende Sparmenge — ein unzureichender Kapitalgütevorrat, im Gegensatz zur Situation während der grossen Depression⁴³. Eine erhöhte Gesamtnachfrage fände in Wirklichkeit keine ihr entsprechende reale Deckung. Dem grossen Arbeitsangebot steht ein echter Kapitalmangel gegenüber — das typische Bild einer in struktureller Hinsicht unausgeglichene und nicht aufeinander abgestimmten Volkswirtschaft. Hier ist nicht zusätzliches Geld vonnöten, sondern Sachkapital und Subsistenzmittel als Anleihen oder Spenden.

Diesen Sachverhalt, den auch die Keynesianer sehen und wie die Neoliberalen gleich verstehen, erklärt Kalecki treffend, indem er feststellt: „Als erstes Erfordernis der Vollbeschäftigung lässt sich somit die Notwendigkeit eines angemessenen Verhältnisses zwischen vorhandener Kapitalausrüstung und verfügbarer Arbeit feststellen. Das Volumen der Kapitalausrüstung muss genügen, um die verfügbare Arbeit zu beschäftigen und doch noch Reservekapazitäten übrigzulassen. Wenn die maximale Kapazität der Kapitalausrüstung nicht ausreicht, die verfügbare Arbeit aufzunehmen, wie es in rückständigen Ländern der Fall sein wird, ist die unmittelbare Erreichung der Vollbeschäftigung offensichtlich hoffnungslos. Sind die Reservekapazitäten gar nicht oder nur in ungenügender Masse vorhanden, dann wird der Versuch, die Vollbeschäftigung auf kurze Sicht sicherzustellen, leicht zu inflationistischen Tendenzen in weiten Sektoren der Wirtschaft führen, weil sich die Struktur der Kapitalausrüstung nicht notwendigerweise mit der Struktur der Nachfrage deckt. Sogar wenn sich die Struktur der Kapitalausrüstung mit derjenigen der Vollbeschäftigungsnachfrage in der Ausgangsstellung deckt, wird doch der Mangel an Reserven Schwierigkeiten hervorrufen, wenn später Nachfrageverschiebungen eintreten“⁴⁴.

42) Das deutsche Wirtschaftsexperiment, a. a. O., S. 302.

43) Ebenda, S. 303.

44) Drei Wege zur Vollbeschäftigung, in: Vollbeschäftigung, S. 83.

Wir greifen nun aus der Zahl der üblichen Mittel wirtschaftspolitischer Massnahmen einige heraus, um ihre Verwendungsart und unter Berücksichtigung der möglichen Haupt- und Nebenwirkungen ihre Nützlichkeit zu prüfen. Betrachten wir den Fall, dass ein im Ausland erzielter produktionstechnischer Fortschritt zu einer beachtlichen Verbilligung des auch im Inland produzierten Gutes geführt hat, so bieten sich, soll das bisher bestandene Gleichgewicht und die Zahl der Arbeitsplätze erhalten bleiben, verschiedene Möglichkeiten der Anpassung: Entweder vermag die heimische Industrie durch ebenso fortschrittliche Produktionsmethoden ihre Kosten zu senken, oder aber das billigere ausländische Produkt wird durch einen Zoll dem eigenen Preis angepasst. Im ersten Fall erleiden die Besitzer der Produktionsfaktoren eine dem Ausmass der Kostensenkung entsprechende Einkommenseinbusse, die jedoch infolge der Preissenkung je nach der Nachfrageelastizität gemindert oder gar aufgehoben wird. Diese Lösung wird zweifellos den Beifall aller Neoliberalen finden. Da in Wirklichkeit die Löhne mehr nach oben und weniger nach unten flexibel sind, wird die zweite Lösung die wahrscheinlichere sein. In der betreffenden Volkswirtschaft ändert sich dann scheinbar nichts, denn der Preis bleibt derselbe, der Arbeiter behält seinen Platz und der Binnenmarkt vermag sich unter Umständen sogar auszudehnen. — Die Stabilität der gegenwärtigen Verhältnisse wird der Veränderlichkeit instinktiv vorgezogen; prägt sich doch dem Bewusstsein das stärker ein, was schädlich und verlustreich ist, in unserem Falle die Lohnverminderung mehr als die Vorteile der Konsumenten, billiger kaufen zu können⁴⁵. Auch Marbach weist im gleichen Zusammenhange darauf hin, dass die Vorteile einer irgendwie beschaffenen Einfuhrhemmung, so nachteilig sie sich unter Umständen auswirken mag, scheinbar für jedermann auf der Strasse liegen und daher recht populär sind⁴⁶. Die heutigen Ereignisse werden eben tiefer empfunden und daher höher veranschlagt als die künftigen. Die unmittelbare Betriebseinstellung oder die mit der Kostensenkung verbundene Einkommensverminderung wirkt demnach aufregender als die erst in der Zukunft fällige Benachteiligung der Konsumenten oder die als Nebenwirkung mögliche Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Güteraustausches. Wohl handelt nach dem Gesetz der komperativen Kosten jedes Land für sich und alle andern am besten, wenn es nur dasjenige produziert, wofür es die relativ günstigsten Kostenvorteile aufweist. Dennoch kann es der Staat aus sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Motiven heraus für notwendig erachten, dem notleidenden Wirtschaftszweig zu helfen⁴⁷. So mussten auch

45) O. Morgenstern, a. a. O., S. 31.

46) A. a. O., S. 108.

47) Vgl. E. Küng, Der Interventionismus, S. 339 ff.; das volkswirtschaftliche

die Freihändler neben dem Erziehungszoll den Notstands- oder Ausgleichszoll zum temporären Schutz eines einheimischen Wirtschaftszweiges gegen eine vorübergehende Überlegenheit des Auslandes als mit dem Freihandel vereinbar erklären⁴⁸. Ob nun Zölle, Prämien, Subventionen, Steuererleichterungen oder andere ähnliche Massnahmen als Mittel zum Ausgleich von Kosten und Preisen dienen, es wird immer darauf geachtet werden müssen, dass, wo immer sie angewandt werden, sie aufeinander abgestimmt sind und daher zusammen- und nicht einander entgegenwirken. „Diese Interdependenz ist“ nach Morgenstern „das Charakteristikum aller tatsächlich gesetzten wirtschaftspolitischen Massnahmen“, weshalb er vom „Prinzip der faktischen Verschmelzung der Wirtschaftspolitik“ spricht⁴⁹. Da dieser Gesamtzusammenhang der Interventionen sich in den Preisbewegungen und relativen Preisverschiebungen ausdrückt, und da der Preismechanismus gleichsam Verkehrszentrale der Marktwirtschaft ist, bleibt die funktionelle Beziehung bestehen.

Die genannten Hilfsmassnahmen des Staates verhindern nun die Verschiebung der Produktionsfaktoren nach andern Verwendungsorten, ja es können sogar weitere der begünstigten Industrie zuströmen, wenn sie sich durch den gewährten Schutz auszudehnen vermag. Die Produktionsfaktoren sind in diesem Fall nicht auf die bestmögliche Weise verteilt, weil sich das maximale Gesamtprodukt nicht erreichen lässt. Hier zeigt sich auch die Antinomie zwischen Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung — ein Gegensatz, der sich im ganzen Denken und Handeln der Neoliberalen offenbart und sie auch hindert, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen.

Die Konformität dieser Erhaltungsintervention bleibt dennoch gewahrt, wenn sie richtig gewählt und dem Marktmechanismus angemessen angewandt wird. Niemand wird die Zweckmässigkeit bestreiten wollen, in bestimmten Fällen zu Lasten der Gesamtwirtschaft Subventionen zu gewähren. „Allein eine Vielfalt von Zöllen und Subventionen neutralisiert jede Wirksamkeit, führt zu sinnwidrigen Ergebnissen und stiftet letzten Endes nur Verwirrung und Schaden an, wobei die entsprechende Volkswirtschaft die Leidtragende ist“⁵⁰. Haberler spricht daher von einem Zolloptimum als obere Grenze⁵¹, während Eucken Zölle für zulässig hält, soweit sie sich nicht prohibitiv, d. h. Einfuhr verhindernd auswirken⁵².

Motiv wird da unterteilt in: Erziehungs-, Notstands- und Werterhaltungsargument.

48) M. Saitzew, a. a. O., S. 338.

49) A. a. O., S. 48.

50) C. Bresciani-Turroni, a. a. O., S. 115.

51) Konvertibilität der Währungen, in: Die Konvertibilität der europäischen Währungen, S. 28.

52) Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, a. a. O., S. 39.

Die neoliberale Intervention, sei sie fördernd oder erhaltend, will Störungen beseitigen oder ihre Wirkungen aufheben. Im Sinne der Vollbeschäftigung verhilft sie zu einer massvollen Beweglichkeit der Produktionsfaktoren, verhindert aber gleichzeitig unnötige Wanderungen und vermehrt die Zahl der Arbeitsplätze.

E. Zusammenfassung und Vergleich

Der Übersicht wegen fassen wir das über die neoliberale Anpassungsintervention Gesagte zusammen, um damit gleichzeitig die wesentlichen Merkmale zum Vergleich mit der Keynes'schen Vollbeschäftigungslehre bereit zu haben und ausserdem die ergänzenden konjunkturpolitischen Massnahmen daran anknüpfen zu können. — Die hochdifferenzierte, immer in Entwicklung und Veränderung begriffene Wirtschaftsstruktur erfordert eine ständige Umstellung der Produktionsmittelkombination zur Anpassung an die neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten. Wo dies nicht gelingt, liegen Produktivkräfte brach, sinkt das Volkseinkommen und vermindert sich der Lebensstandard. Um dem entgegenzuwirken und die Wirtschaft in ihren Teilen anpassungsfähiger zu gestalten, versucht die Mehrheit der Neoliberalen, in Erweiterung der regulierenden Prinzipien von Eucken, die allgemeinen Bedingungen und die Funktion der Marktwirtschaft durch geeignete staatliche Massnahmen zu verbessern. Diesem Zweck dienen insbesondere: Die Beeinflussung der wissenschaftlichen Forschung nach ihrer Nutzenanwendung, die Standardisierung der Verbrauchsgüter, die Lenkung der Konsumentenwünsche durch aufklärende Reklame, die Förderung der Berufsausbildung, die Umschulung und dadurch die Erhöhung der Anpassungsfähigkeit des einzelnen, die angemessene Unterstützung Arbeitsloser und die Schaffung ausreichender Sicherheit für das bewegliche Kapital. Diese mehrheitlich prophylaktisch wirkenden Massnahmen sollen helfen, die Neuverteilung der Produktivkräfte zu erleichtern und die neuen Kombinationen zu bewerkstelligen. Ihre Durchsetzung nötigt ausserdem zur Beseitigung der hemmenden Gegenkräfte in Gestalt monopolistischer Machtpositionen, die auch durch korrigierende und ordnende Eingriffe nur teilweise, nie ganz beseitigt werden können. Soweit sind sich die Neoliberalen einig. Nun ist aber die Wirklichkeit derart vielgestaltig, dass ihr Beziehungsreichtum vom Modell der heutigen Markttheorie nicht eingefangen werden kann und daher den von ihm abgeleiteten Sätzen immer nur eine bedingte Gültigkeit zukommt. Um aber dennoch die möglichen Ergebnisse der Marktwirtschaft zu erreichen, um Verluste als Folge unnötiger Anpassung zu verhindern und um Arbeitsplätze zu er-

halten und neue zu schaffen, sind weitere Interventionen notwendig. Es handelt sich hier um Eingriffe, die von einem Teil der Neoliberalen prinzipiell abgelehnt werden, wozu man aber als Wirtschaftspolitiker, wie Hayek sagt, gezwungen sein könnte⁵³. Darunter fallen alle staatlichen Hilfsmassnahmen, wie Röpkes konstruktive Umstellungspläne für notleidende Wirtschaftszweige⁵⁴, dann aber auch die „Faustregeln“ der Wirtschaftspolitik⁵⁵, wie Zölle, Prämien, Steuerermässigungen, Vorzugsbehandlung in der Rohstoffbeschaffung und Subventionen. Durch diese direkten Eingriffe soll von Fall zu Fall geholfen werden, jungen Industrien den Aufstieg zu ermöglichen, von kurzfristigen Krisen betroffene Wirtschaftszweige zu stützen und damit Arbeitsplätze zu erhalten und durch Förderung entwicklungsfähiger Unternehmungen deren Zahl noch zu vermehren.

Die Befürworter dieser Interventionen weichen ohne Zweifel von der neoliberalen Generallinie ab. Solange diese jedoch mit Mass und Einsicht angewandt werden und der Preismechanismus als Zentrale des ganzen Systems im wesentlichen dadurch nicht tangiert wird, besteht keine Veranlassung, die sich hier bietenden Möglichkeiten auszuschliessen. Alle diese Massnahmen sind therapeutischer Art, bezogen auf die Symptome wie auf die Ursachen und bedingen demzufolge eine die Struktur und ihre besonderen Eigenschaften berücksichtigende Wahl und Dosierung der Mittel. Die abweichende Auffassung über Richtung und Ausmass der Massnahmen zur Förderung der strukturellen Anpassung beruhen denn auch primär auf einer unterschiedlichen Betonung und Wertung der Ziele und auf einer verschiedenartigen Beachtung und Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach Ort, Zeit und Wirkung.

Die neoliberalen Autoren haben nun bestimmt nicht unrecht, wenn sie darauf hinweisen, dass es nicht genüge, durch öffentliche Investitionen die totale Kaufkraft des Landes stabil zu halten, und dass es mindestens ebenso sehr darauf ankomme, den unvermeidlichen Schwankungen der Nachfrage von einer Gütergattung zur andern Rechnung zu tragen, andernfalls trotz aller Totalstabilisierung Arbeitslosigkeit in einzelnen Produktionszweigen entstehen könne. Eine solche Anpassung setze zudem die Beweglichkeit der Produktion voraus, die gerade durch die modernen Tendenzen der Wirtschaftspolitik immer mehr gefährdet werde. Sie wollen damit sagen, dass jede Behandlungsweise nicht einseitig, sondern vielseitig und unterschiedlich in der Art und im Mass sein müsse. Die Politik der Vollbeschäftigung bei struktureller Arbeitslosigkeit kann daher nur eine pluralistische sein, denn „jeder Fortschritt auf dem Wege zu grösserer Beweg-

53) Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik, a. a. O., S. 5.

54) Die Gesellschaftskrisis . . ., S. 302.

55) O. Morgenstern, a. a. O., S. 53.

lichkeit der Arbeitskräfte, jede Verbesserung der Organisation des Arbeitsmarktes, jede Überwindung von Unwirtschaftlichkeit und Hemmungen der Produktion, ... jede Anpassung des Lohnes an die Grenzproduktivität der Arbeit, jede Hilfe und Anregung in der Rationalisierung der Produktion und des Absatzes, jede Erweiterung des Exportes durch günstige Handelsverträge, durch marktkonforme Massnahmen der Exportförderung und zunehmende Verbesserung des Kontaktes mit den Weltmärkten, ... jeder Erfolg in der Umschulung, in der Neuschaffung von Möglichkeiten selbstständiger Berufsarbeit und in der Schaffung von Arbeitsplätzen, vor allem aber jede Minderung des Kapitalmangels — jeder Gewinn auf all diesen Wegen bedeutet einen Nettogewinn an Beschäftigung und eine Annäherung an das Ideal der Eingliederung der Arbeitslosen“⁵⁶.

Eine monistische Beschäftigungspolitik ist insofern gefährlich, als sie kaum nach den Ursachen fragt, sondern vielmehr die augenfälligen Symptome kuriert. Bresciani vertritt dieselbe Meinung, wenn er feststellt, dass die Theorie von Keynes sich nicht recht anwenden lasse, wo es sich wie im Falle Italiens um eine strukturelle Arbeitslosigkeit handelt⁵⁷. Keynes ging tatsächlich auch von andern Voraussetzungen aus. Er dachte an ein Land, in dem nicht bloss Arbeitskräfte, sondern auch Boden und Kapital nicht voll ausgenützt sind und das vornehmlich einen wirtschaftlich geschlossenen Charakter aufweist. Er berücksichtigte aber nicht den Fall, dass einige Produktionsmittel fehlen und dass viele der wichtigen Rohstoffe nebst andern Gütern importiert werden müssen⁵⁸. Eine Krediterweiterung würde wohl die monetäre Gesamtnachfrage erhöhen, ohne aber gleichzeitig die Konsumgüterproduktion zu vermehren, was offenbar eine inflationäre Preissteigerung zur Folge hätte. Dies bedeutet aber für Röpke keine Lösung des Anpassungsproblems, sondern nur eine Verschiebung; denn dieses Vorgehen bewirkt, dass alle Struktur- und Einzelstörungen ‚mit zusätzlicher Kaufkraft überflutet und darin gleichzeitig die Marktwirtschaft ertränkt‘ wird⁵⁹.

Der vorwiegend qualitativen, spezifisch mikroökonomischen Betrachtungs- und Behandlungsweise der Arbeitslosigkeit und des Beschäftigungsproblems der Neoliberalen steht die überwiegend quantitative, allgemein makroökonomische Sicht und Wertung der Keynesianer gegenüber. Trotz der unterschiedlichen Auffassungen sind Berührungspunkte vorhanden, wenn auch H. J. Rüstow besonders hervorhebt, dass trotz der Gemeinsamkeit der in seiner Analyse des wirtschaftlichen Gleichgewichts enthaltenen

56) W. Röpke, *Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?*, S. 47 f.

57) *Der Meinungsstreit um die italienische Wirtschaftspolitik*, a. a. O., S. 100.

58) C. Bresciani-Turroni, a. a. O., S. 98 f.

59) *Neue Zürcher Zeitung*, 1943, Nr. 1245.

Gedankengänge mit theoretischen Postulaten von Keynes, infolge der verschiedenen Ausgangslagen und anders gearteten Voraussetzungen beider Theorien, die theoretischen Ergebnisse und politischen Folgerungen in den wesentlichen Fragen diametral voneinander abweichen⁶⁰. Darauf näher einzutreten, wird sich erst nach Behandlung der Massnahmen gegen die konjunkturelle Arbeitslosigkeit lohnen. Indessen scheint uns die Auffassung Di Fenizios, des nach Aussagen Brescianis bedeutendsten Vertreters der Keynes'schen Theorie in Italien, überzeugender zu sein, wonach zwischen den Anhängern der klassischen Nationalökonomie und denen der Keynes-Schule kein unüberbrückbarer Abgrund klappt. Er glaubt vielmehr, „dass das Werk von Keynes dazu gedient hat, einige Fragenkomplexe, die die sogenannte klassische Nationalökonomie vernachlässigt hatte, zu klären“⁶¹.

5. Kapitel

Konjunkturausgleich

Die Wirtschaft kann in einem Ausmass desorganisiert sein, dass zur Herstellung der Ordnung und Anpassung an die veränderten Daten spezielle, auf Einzeleffekt zielende Massnahmen allein nicht mehr ausreichen. Es liegt dann primär ein vertikales Ungleichgewicht vor, wobei gleichzeitig auch in der horizontalen Gliederung Unausgeglichheiten möglich sind¹. Vertikal, weil die Ursache des Ungleichgewichts mehrheitlich in einer überproportionalen Ausdehnung der Kapitalgüterindustrien im Verhältnis zum Konsumgütersektor gesehen wird, und zwar als Ergebnis einer Entwicklung, die insbesondere durch „die Dehnbarkeit des Bankkredites“ ermöglicht wird². Auch diese Störungen sind im wesentlichen struktureller Art, in ihrer Abfolge und in ihrem Ausmass aber von solcher Regelmässigkeit und Intensität, dass sie üblicherweise als konjunkturell bezeichnet werden. Durch das Hinzutreten horizontaler Unausgeglichheiten, bedingt durch eine andersartige und unverhoffte Neuverteilung der Konsumenten- und Produzentenausgaben für Konsumgüter und Produktionsmittel, erfährt die sich ausbreitende Wirtschaftsstörung eine Verschärfung und bezüglich ihrer Behebung eine Komplizierung. Die Krisenlage als Umschwung von der Hochkonjunktur zur Depression ist ferner dadurch gekennzeichnet,

60) A. a. O., S. 321.

61) Di Fenizio, *Economia Politica*, 1949, zitiert bei: C. Bresciani-Turroni, a. a. O., S. 101.

1) G. Haberler, *Prosperität und Depression*, S. 38 f., 111 ff.

2) C. Bresciani-Turroni, *Einführung in die Wirtschaftspolitik*, S. 185.

dass infolge der Zurückhaltung der kreditgewährenden Banken sich eine monetäre Kapitalverknappung einstellt, wodurch begonnene Produktionsumwege nicht mehr vollendet und Produktionsmittel jeglicher Art nicht mehr eingesetzt werden können.

A. Problem des Ausgleichs

Um eine derartige, eben skizzierte Entwicklung zu verhüten und um nötigenfalls ihren Folgen begegnen zu können, befürworten auch die Neoliberalen, nicht zuletzt unter dem Druck der öffentlichen Meinung, eine aktive Konjunkturpolitik. Von der Erkenntnis ausgehend, dass im wechselnden Verhältnis der Investitionen zu den Ersparnissen die Hauptursache der konjunkturellen Auf- und Abwärtsbewegungen gründet, verlangt Gestrich zur Sicherung einer „möglichst störungsfrei ablaufenden Verkehrswirtschaft eine zentral geleitete, mit allen notwendigen Machtmitteln für Beherrschung des Geld- und Kreditsystems arbeitende Kreditpolitik...“³. „Sobald die Hochkonjunktur in die Gefahrenzone der Inflation gerät, ist die Investition durch zweckmässige Massnahmen der Geld-, Kredit- oder Budgetpolitik zu bremsen, während sie in der Depression anzuregen ist, äusserstenfalls — aber nur dann! — auch durch jene radikaleren Mittel, die die Schule der ‚Vollbeschäftigung‘ als dauernd geeignete Massnahmen empfiehlt“⁴.

Diese Konjunkturpolitik bezweckt demnach, die Verkehrswirtschaft vor jenen Schwankungen und Ausartungen zu bewahren, die sie mit dem Untergang bedrohen und deren Folgen auf die Dauer als unerträglich empfunden werden könnten⁵. Die Neoliberalen unterlassen es jedoch nicht, auch auf die sinnvolle Funktion der Konjunkturwechsel als Ergebnis einer Verlagerung der Investitionen nach neuen Verwendungsaufgaben hinzuweisen. Daraus schliessen sie auch auf den historisch-einmaligen und daher individuellen Charakter des Konjunkturverlaufes und warnen eindringlich vor allgemeingültigen Aussagen über den Zusammenhang zwischen den Daten und dem Wirtschaftsablauf⁶. Doch wenn sich auch nicht die gleichen Geschehnisse wiederholen, so ergeben sich trotz aller Verschiedenheit der Erscheinungsformen allen gemeinsame Züge.

Aus der knappen Charakterisierung des Tatbestandes einer konjunkturellen Störung und der damit zusammenhängenden Arbeitslosigkeit ist zu

3) Kredit und Sparen, S. 155.

4) W. Röpke, Die Lehre von der Wirtschaft, S. 274 f.

5) H. Gestrich, a. a. O., S. 155.

6) W. Eucken, Grundlagen ..., S. 220 ff.; H. Gestrich, a. a. O., S. 156.

folgen, dass zur Belebung des gelähmten Wirtschaftsprozesses und zur Wiedereinsetzung der brachliegenden Produktivkräfte Mittel verwendet werden müssen, die möglichst weit, tief und nachhaltig wirken. Das konjunkturpolitische Ziel besteht demzufolge darin, den Aufschwung in Gang zu bringen und diesen vor Erreichen des kritischen Punktes mit nachfolgender inflationärer Preisentwicklung zu bremsen. Es ist jene Konjunkturlage, in welcher Engpässe in Gestalt einer Knappheit an Rohstoffen, Kapitalausrüstungen und fachlich spezialisierten Arbeitskräften in bestimmten Wirtschaftszweigen auftreten. Je nach der qualitativen und quantitativen Struktur des Arbeitsangebotes ist die Wirtschaft dann mehr oder minder hoch-, bestenfalls vollbeschäftigt.

Die hierzu erforderlichen Eingriffe bezwecken im engeren Sinn die Milderung der Wirtschaftsschwankungen; im weiteren und hier auch verstandenen Sinn dienen sie der Förderung steigender Produktion bei Vollbeschäftigung und der Wahrung des marktwirtschaftlichen Systems. Zur Lösung dieser Aufgabe stehen dem Staat verschiedene Mittel zur Verfügung, die er je nach den gegebenen Voraussetzungen in unterschiedlicher Dosierung kombiniert und einsetzt. Im wesentlichen handelt es sich um Massnahmen zur

- Ausdehnung der Staatsausgaben (finanzpolitisch),
- Anregung der privaten Investitionen (geld- und kreditpolitisch) und zur
- Neuverteilung der Einkommen (fiskalpolitisch).

Wenn nachfolgend die geeigneten Massnahmen auf ihre theoretische Begründung und praktische Eignung hin untersucht werden, darf doch die strukturelle Seite der Störungen nicht übersehen werden, die weiterhin eine spezielle Behandlung notwendig macht.

B. Kompensatorische Kreditexpansion

Die Krisenlage, von der wir ausgehen, weist brachliegende Produktivkräfte jedweder Art in allen Wirtschaftszweigen auf. Es ist jener, von Röpke als ‚sekundäre Depression‘ bezeichnete Zustand eines kumulativen Niedergangsprozesses, in welchem der erlahmenden Unternehmerinitiative wegen die anfallenden Ersparnisse weder investiert noch verbraucht, sondern gehortet werden⁷. Die monetäre Nachfrage vermag dann das monetäre Angebot nicht aufzunehmen, so dass die Preise unter die Kosten sinken. „Um das weitere Absinken der Preise aufzuhalten, muss ein Käufer auftreten, der sich von der allgemeinen Erwartung unabhängig macht und

7) W. Röpke, a. a. O., S. 271.

so den *circulus vitiosus* durchbricht. Der Staat selbst muss Kredit nehmen, um zusätzliche Ausgaben zu finanzieren und auf diese Weise den Weg anzubahnen, der zum Ausgleich des Ungleichgewichts zwischen Sparen und Kredit führt“⁸.

Mit Hilfe einer staatlichen Ausgabenpolitik soll die Kontraktion der Nachfrage, der Produktion und des Einkommens aufgehalten und eine Aufwärtsbewegung eingeleitet werden, ohne den verlustreichen und langwierigen automatischen Erholungsprozess abzuwarten. Die aktive Geldmenge wird dadurch vermehrt, dass zu Lasten des Fiskus investiert und der Massenverbrauch subventioniert wird. Bisher unbeschäftigte Arbeitskräfte werden in den Produktionsprozess eingespannt und erhalten primäres Einkommen, das durch seine Wiederverausgabung für Verbrauchszwecke auf die Konsum- und Investitionsgüterproduktion anregend wirkt und damit sekundäres Einkommen schafft.

Die Reserven an Produktionsmitteln, einschliesslich der Rohstoffe, Halbfabrikate und Nahrungsmittel ermöglichen es, sowohl die Investitionen zu steigern wie auch die Konsumtion zu erhöhen. Diese Kreditexpansion wirkt daher solange kompensatorisch, als die zusätzliche Nachfrage durch vorhandene, aktivierbare Produktivkräfte und eine entsprechende Gütervermehrung durch Neuproduktion gedeckt wird⁹. Die Preise der Konsumgüter und später auch die der Produktionsmittel werden infolgedessen erst dann zu steigen beginnen, wenn die Nachfrage nach ihnen das vorhandene Angebot übersteigt, sofern sie nicht schon früher durch steigende Grenzkosten in die Höhe getrieben werden.

Will man eine inflationäre Preisentwicklung vermeiden, „so zeigen sich klar die unüberschreitbaren Grenzen, die der Ausweitung des Bankkredites gesetzt sind: Es ist die vorhandene Menge an brachliegenden materiellen Produktionsfaktoren“¹⁰. Jenseits dieser Linie hätte jede weitere Kreditexpansion offene oder durch direkt quantitative Kontrollen verdeckte inflationäre Folgen, da jetzt die Preissteigerung das Mittel wird, um nach der Liquidation der Reserven den erforderlichen Konsumverzicht zugunsten der Investitionen zu erzwingen. Ausserdem reichen zu diesem Zeitpunkt die freiwilligen Ersparnisse aus dem erhöhten Volkseinkommen noch nicht aus, um die zusätzlichen Kredite abzudecken, da sie erst nach abgeschlossenem Multiplikatorprozess in der ursprünglichen Höhe der Investitionen anfallen werden¹¹.

8) H. Gestrich, a. a. O., S. 168 f.

9) Vgl. F. A. Hayek, Vollbeschäftigung, Planwirtschaft und Inflation, a. a. O., S. 186; W. Röpke, Alte und neue Ökonomie, a. a. O., S. 86; Das deutsche Wirtschaftsexperiment, a. a. O., S. 304.

10) C. Bresciani-Turroni, a. a. O., S. 203.

Diese Kreditexpansion ist in einem zweifachen Sinne kompensatorisch. Einmal handelt der Staat als Hüter des Gemeinwohls und -interesses anstelle der fehlenden privaten Unternehmerinitiative. Zum andern wird durch ihn die zusammengeschrumpfte aktive Geldmenge um zusätzliches Geld im Ausmass und zum Ausgleich der brachliegenden Produktivkräfte erhöht. Aus dieser subjektiven und objektiven Bezogenheit erklären sich Zweck, Mittel und Mass der kompensatorischen Kreditexpansion. Wohl vertritt der Staat momentan den privaten Unternehmer; bei der Wahl und dem Einsatz seiner Mittel ist er jedoch bestrebt, durch die allgemeine Steigerung der wirtschaftlichen Aktivität auch die private Unternehmerinitiative und -tätigkeit anzuregen und im Ausmass ihrer Zunahme, die seinige abzubauen. Röpke vergleicht diese Art des Handelns mit dem technischen Vorgang der „Initialzündung“, womit er die Absicht und Funktionsweise seiner Geldvermehrung zur Ankurbelung der privatwirtschaftlichen Tätigkeit veranschaulichen will¹².

So eindrücklich der inzwischen modisch gewordene Begriff auch ist, besitzt er doch den Nachteil zu grosser Einfachheit, um Sinn und Absicht dieser staatlichen Interventionen in ihrem vollen Umfang wiederzugeben. Denn auch Sicherheit und Vertrauen, durch angemessene konjunkturpolitische Massnahmen gefördert, sollen jene Atmosphäre schaffen, die den konjunkturellen Aufschwung ermöglicht. Die Kreditexpansion muss daher durch weitere monetäre und fiskalische Massnahmen ergänzt und verstärkt werden. Dies erfordert von der agierenden staatlichen Behörde eine genaue Kenntnis der gegebenen Situation und ein äusserst umsichtiges und kluges Vorgehen bei der Wahl der zu treffenden Massnahmen.

Diese staatliche, kompensatorische Kreditexpansion trägt in einem gewissen Sinne subsidiären Charakter. Der Staat soll nämlich nach der Meinung der Neoliberalen mit seiner Hilfe im Ausmass der privatunternehmerischen Reaktion zurücktreten. Hierin zeigt sich nun ein grundlegender Unterschied zur „allgemeinen Theorie“ von Keynes, indem diese der öffentlichen Investition permanenten Charakter verleiht. Da die private Investitionstätigkeit anregende Gewinnerwartungen voraussetzt, die aber ihrerseits nur bei einer wirklichen oder antizipierten Nachfragesteigerung nach dem Endprodukt entstehen kann, wird ihr im Vergleich zu den zielsicheren Staatsausgaben eine eher sekundäre Rolle zugeordnet. Sie muss lediglich „auf einem Niveau stehen, das ausreicht, die Kapazität der Kapitalausrüstung *pari passu* mit der Zunahme der Arbeiterbevölkerung

11) Vgl. V. F. Wagner, Sparen und Investieren, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. XIV, 1954, Heft 2-4, S. 387 ff.

12) Vollbeschäftigung — ein Irrweg zu einem selbstverständlichen Ziel, in: Schweizer Monatshefte, 1943/44, Heft 1, S. 7.

und der Produktivität der Arbeit, d. h. proportional zur Vollbeschäftigungsproduktion auszudehnen“¹³, währenddem es Aufgabe der staatlichen Defizit Ausgaben ist, die wirksame Nachfrage zu schaffen¹⁴.

Es wird von neoliberaler Seite hervorgehoben, dass die öffentlichen Investitionen in Form von „Notstandsarbeiten“ in eigener Regie oder bei Übertragung an private Unternehmungen als Hilfsmassnahmen unvollkommene und oberflächliche Lösungsversuche des Beschäftigungsproblems darstellen und daher nur als „vorübergehender Notbehelf“ dienen¹⁵. Die sogenannten Arbeitsbeschaffungsmassnahmen besitzen als eine besondere Art der öffentlichen Investitionen Ausnahmecharakter, handelt es sich doch um Ausgaben, die normalerweise im Budget nicht vorhanden sind und nur unter dem Gesichtspunkt, unverzüglich neue Arbeitsplätze zu schaffen, als ausserordentliche Aufwendungen aufgebracht werden. Wenn Fisher demgegenüber die „Produktion neuer Güter oder grösserer Mengen derjenigen Güter, die viele Konsumenten entbehren mussten“¹⁶, als Zentralproblem einer expansiven Wirtschaft bezeichnet, so ist ihm sicher beizupflichten. Es geht ihm, wie übrigens allen Neoliberalen, primär um die Erhöhung der Gütererzeugung, währenddem die Keynesianer die Notwendigkeit der Nachfrageerhöhung betonen, ob nun die geborgten Gelder für „Strassen, Spitäler, Freimilch oder Subventionierung des Konsums“ verwendet werden, ist für sie nicht relevant. Denn „die Entscheidung wird nicht durch wirtschaftliche Überlegungen bestimmt, doch sollte sie durch die soziale Priorität bestimmt werden“¹⁷.

Was im konkreten Fall getan werden kann und muss, ist weniger eine Frage der Theorie als der realen Gegebenheiten und Zielsetzungen. Je weitsichtiger die zu treffenden Massnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Krisenzeiten bezüglich Kostendeckung und Einsatzart geplant werden, um so wirksamer dürften sie sich auswirken. Auch wenn Röpke das ‚New Deal‘ und das ‚deutsche Vollbeschäftigungs-Experiment‘ als Misserfolge bezeichnet¹⁸, worüber teils unterschiedliche Ansichten bestehen, so besagt dies jedoch wenig gegenüber der Arbeitsbeschaffungspolitik als solche. Entscheidend für den Erfolg ist die Art der Durchführung, wobei insbesondere die Finanzierung, sowie Zeitpunkt, Ort und Ausmass ihrer Anwendung von Wichtigkeit sind.

13) M. Kalecki, a. a. O., S. 89.

14) Ebenda, S. 93.

15) A. G. B. Fisher, a. a. O., S. 59.

16) A. a. O., S. 234.

17) E. F. Schumacher, Staatsfinanzen — ihr Verhältnis zur Vollbeschäftigung, in: Vollbeschäftigung, S. 174.

18) Neue Zürcher Zeitung, 1943, Nr. 1251; vgl. ferner: C. Bresciani-Turroni, a. a. O., S. 194.

Die öffentlichen Investitionen verfehlen ihren Zweck, wenn sie privaten Verwendungsmöglichkeiten Mittel entziehen, wie es dann geschieht, wenn sie durch erhöhte Besteuerung finanziert werden. Dadurch wird die Kaufkraft vom privaten Sektor auf den Staat übertragen, was die Nachfrage nicht erhöht, es sei denn, es würden inaktive Gelder erfasst. Die Neigung, die Steuerschraube anzuziehen, ist verständlicherweise um so grösser, je mehr einerseits in der Depression die Staatseinkünfte aus Steuererträgen und Zöllen zurückgehen und andererseits die Aufwendungen infolge vermehrter Unterstützungsbeiträge und staatlicher Investitionstätigkeit zunehmen. Statt einer Steigerung der Nachfrage ergäbe sich dann bloss eine Verlagerung, was insofern nachteilig wäre, als dadurch die private Unternehmertätigkeit noch mehr eingeschränkt und gelähmt würde. Wenn die erhöhten staatlichen Ausgaben unmittelbar mit Hilfe von Steuern gedeckt werden sollen, sind ausschliesslich solche Einkommensteile zu erfassen, die gehortet werden. Gleichzeitig kann versucht werden, durch eine redistributive Besteuerung niedrige Einkommen zu entlasten und hohe Einkommen zu belasten, wodurch der Massenkonsum gefördert und einer schädlichen Hortbildung entgegengewirkt wird. Die einzige Begrenzung sieht Röpke in der Beachtung und Schonung der unternehmerischen Investitionsbereitschaft¹⁹.

Infolge des erfahrungsgemäss schwerfälligen und zeitraubenden Prozesses der Steuerveranlagung und -erhebung sind diesem Vorgehen gewisse Schranken gesetzt. Um diese nun etwas zu lockern, werden flexible Steuersätze empfohlen, die je nach den Erfordernissen der Konjunkturlage durch die Regierung oder eine parlamentarische Kommission variiert werden können²⁰. Nachteilig wären jedoch die jeweiligen politischen Auseinandersetzungen und die mit der Variationsmöglichkeit der Steuersätze verbundene Unsicherheit für die Unternehmer²¹.

Einige Autoren raten ferner dazu, die aussergewöhnlichen Auslagen, die der Staat während einer Depressionsperiode zur Wiederankurbelung der Wirtschaft zu bestreiten habe, mit Hilfe von Geldern zu decken, die einem Reservefonds zu entnehmen wären, der im Laufe der wirtschaftlichen Hochkonjunktur aus dem Einnahmenüberschuss gebildet werden sollte²². Dieser Rechnungsüberschuss würde dadurch erzielt, dass die

19) Neue Zürcher Zeitung, 1946, Nr. 147.

20) National and International Measures for Full Employment, United Nations, December 1949, S. 76 ff.; F. Neumark, Möglichkeiten und Grenzen flexibler Steuerpolitik, Vortrag vom 28. 4. 55 an der Universität Basel — er sprach in diesem Zusammenhang vom „Drei-Spalten-Tarif“ oder „Tripel-Tarif“.

21) V. F. Wagner, Der Expertenbericht der UNO über die Vollbeschäftigung, in: Privat-Kommerzbank A. G., Zürich 1951, S. 17.

22) Vgl. C. Bresciani-Turroni, a. a. O., S. 198.

Regierung im Verlauf der Aufschwungsperiode gewisse Ausgaben herabsetzt und bestimmte Steuern erhöht, wodurch zudem auf die wirtschaftliche Konjunktur ein mässiger Einfluss ausgeübt würde. Dies käme einer antizyklischen Budgetpolitik gleich, welche die öffentlichen Ausgaben in Zeiten nachlassender privater Investitionstätigkeit und die Einnahmen in Perioden überbordender Hochkonjunktur jeweils steigern würde. Theoretisch kann man entweder die Ausgaben oder die Einnahmen oder gar beide zusammen variieren, wobei ersteres durch kompensierende Veränderungen des Investitionsvolumens wohl das Einfachere sein dürfte²³. Praktisch kann jedoch der Staat die inzwischen angelegten Budgetüberschüsse der Prosperitätsperiode in der Krise kaum zur Finanzierung seiner Hilfsmassnahmen flüssig machen, es sei denn, er nähme die damit verbundenen Nachteile für die Wirtschaft in Kauf.

Im weitem besteht die Möglichkeit, dass der Staat die überschüssigen Ersparnisse durch Anleihen an sich zieht und durch öffentliche Investitionen wieder in den Einkommenskreislauf leitet²⁴. Dabei ist im besonderen darauf zu achten, dass sie inaktive Gelder erfassen und zu keiner Verlagerung bereits bestehender Kapitalanlagen führen. Die Gewährung ausländischer Anleihen bei inländischem Kapitalmangel ist wohl eines der wirksamsten Mittel, die Produktion wieder in Gang zu bringen und den Beschäftigungsgrad zu erhöhen. Auf Grund unserer Annahme bedarf es aber im vorliegenden Fall weder neuer Maschinen noch weiterer Rohstoffe oder Nahrungsmittel, sondern lediglich einer wirksam werdenden Nachfrage nach den schon vorhandenen Produktionsmitteln. Dies geschieht nun eben durch die expansive Geld- und Kreditpolitik zur Steigerung resp. Wiedererhöhung der aktiven Kaufkraft und damit der effektiven Nachfrage. Wenn der Beschäftigungsgrad erhöht werden soll, so ist dies „nur durch eine expansive Finanzierung, nicht aber durch eine blosser Neuverteilung des bestehenden Einkommens möglich“²⁵. Die fiskalpolitischen Massnahmen spielen demnach eine mehr ergänzende, unterstützende und daher untergeordnete Rolle.

Zu diesen expansiven Massnahmen äussert sich Hayek folgendermassen: „Dass Kreditexpansion, solange ein Zustand *allgemeiner Arbeits-*

23) Vgl. F. A. Lutz, Vollbeschäftigungspolitik in den Vereinigten Staaten, in: Neue Zürcher Zeitung, 1950, Nr. 1332; Ch. La Roche, Aktuelle Probleme der Überbeschäftigung, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1946, S. 260 ff.

24) C. Bresciani-Turroni, a. a. O., S. 201; W. A. Jöhr, Die Politik der Vollbeschäftigung, in: Neue Zürcher Zeitung, 1946, Nr. 278.

25) E. Böhler, Diskussion an der Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft vom 23. Juni 1944 in Frauenfeld, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 1944, S. 379.

losigkeit herrscht, in dem Sinne, dass es ungenützte Mittel *jeder* Art gibt, nur nutzbringend sein kann, werden wenige leugnen . . . Für ein System im Zustand allgemeiner Arbeitslosigkeit ist es im grossen und ganzen richtig, dass der Beschäftigungsgrad im Verhältnis zum Geldeinkommen schwanken wird und dass wir, wenn es uns gelingt, das Geldeinkommen zu vermehren, auch in demselben Verhältnis den Beschäftigungsgrad erhöhen werden“²⁶. Dasselbe, jedoch knapper und entschiedener, sagt Lutz: „Wenn es gelingt, die monetäre Nachfrage durch Geld- oder Fiskalpolitik zu erhöhen, dann wird sich die Produktion und die Beschäftigung ausdehnen, ohne dass merklich inflationistische Folgen eintreten . . . Es bestehen also keine stichhaltigen Argumente gegen eine Kreditexpansion unter diesen Umständen“²⁷.

Der Staat wird somit Kreditnehmer, um öffentliche Investitionen zu finanzieren. Auf diese Weise gelangt zusätzliches Geld in den wirtschaftlichen Kreislauf, das seine reale Entsprechung in den brachliegenden Produktionsmitteln hat und theoretisch die stillgelegten Einkommensteile ersetzt. Eine latente Gefahr für die weitere Preisgestaltung besteht nun darin, dass die gehorteten Ersparnisse während der konjunkturellen Erholung reaktiviert und als Nachfrage manifest werden könnten, bevor sich das Güterangebot durch die Neuproduktion entsprechend vermehrt hat. Ausserdem ist es praktisch unmöglich, die Summe der Hortgelder zu ermitteln, so dass das Ausmass der Kompensation weitgehend abgeschätzt werden muss.

Die Preise brauchen aber vorerst nicht zu steigen, denn die um einen unbestimmbaren Teil des zusätzlichen Geldes vermehrte effektive Nachfrage stösst auf noch vorhandene Lagervorräte und im Ausmass ihrer Liquidation auf neue, noch zu konstanten Grenzkosten produzierte Güter²⁸. Diese Lage wird sich jedoch ändern, wenn im Verlauf der Erholung und des Aufschwungs nur noch in einigen Wirtschaftszweigen Überschusskapazitäten bestehen, die übrigen sich überhaupt nicht oder nur zu rasch steigenden Grenzkosten auszudehnen vermögen. Jedoch auch unabhängig davon können die Preise steigen, wenn auf Grund veränderter Nachfrage das Angebot nicht ausreicht, diese zufriedenzustellen. Je weiter der Aufschwung sich entwickelt und je mehr die Grenzkosten steigen, um so gespannter wird die Lage und verletzbarer das System. Hat dann die Produktion ihre Grenzen erreicht und wird die expansive Wirtschaftspolitik weitergeführt, so werden nur noch die Preise steigen. Diesen Ent-

26) A. a. O., S. 186.

27) A. a. O., S. 256.

28) Vgl. F. A. Lutz, a. a. O., S. 256; V. F. Wagner, Quantitätstheorie und Geldpolitik, in: Festschrift für Alfred Amonn, S. 152 ff.

wicklungsprozess rechtzeitig zu bremsen, ist Aufgabe der später zu behandelnden restriktiven Geld- und Kreditpolitik, der die neoliberalen Ökonomen zur Erhaltung der Preisstabilität und Verhütung der Krise alle Aufmerksamkeit schenken.

Die staatlichen Ausgaben für Investitionen und Verbrauch haben den indirekt wirkenden geld- und kreditpolitischen Massnahmen gegenüber den Vorteil, dass sie unmittelbar Einkommen schaffen oder es erhöhen. Dabei wird die anregende Wirkung der Investition weitreichender und nachhaltiger sein als jene der konsumfördernden Aufwendungen; denn sie wirken direkt auf die Kapitalgüterproduktion ein und kommen nicht allein dem Zwangsbedarf zugute. Von niedrigen Löhnen darf aber keine ins Gewicht fallende Nachfragesteigerung erwartet werden. Denn diese Einkommen werden weitgehend zum Erwerb lebenswichtiger Güter verausgabt, so dass für den Wahlbedarf mit Sekundärwirkung wenig oder nichts übrigbleibt. Es ist daher richtig, wenn gefordert wird, dass die staatlichen Defizitausgaben bezüglich Mass und Richtung so zu verteilen sind, dass sie bei allem wertschaffenden Nutzen die grössten Aussichten bieten, die effektive Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern merklich zu erhöhen. Daher sollte alles unterbleiben, was geeignet sein könnte, die Stosswirkung dieser Kaufkraftinjektion herabzusetzen. So beispielsweise die Amortisation der entstandenen Staatsschuld, die vorteilhafterweise auf die folgende Phase des Aufschwungs verlegt wird. Des weitern können die im Zusammenhang mit der strukturellen Anpassung behandelten Massnahmen der Konsumlenkung und der Neuverteilung der Einkommen mittels redistributiver Besteuerung ergänzend und verstärkend angewandt werden.

Da die Neoliberalen im Konjunkturwechsel die Funktion sehen, Produktivkräfte von einer erledigten Aufgabe zu einer neuen umzudirigieren, empfehlen sie hinsichtlich des Zeitpunktes aktiven Eingreifens eine gewisse Zurückhaltung. Arbeitskräfte müssen freigesetzt, Maschinen stillgelegt und Rohstoffe verfügbar gemacht werden; denn andernfalls würde die Produktion in der alten Richtung weiterlaufen und die Produktionsmittel in ihrer falschen Verwendung festhalten, was notwendigerweise nach einiger Zeit doch misslingen müsste²⁹. „Es dürfte wohl zu riskant sein, ausge dehnte öffentliche Arbeiten durchführen zu wollen, solange das Missverhältnis zwischen den Produktionskosten und Preisen noch anhält. Unter diesen Begleitumständen würde eine Vermehrung der öffentlichen Ausgaben und des Kredites wahrscheinlich das Ergebnis zeitigen, die Senkung gewisser Preise hintanzuhalten und ungesunde wirtschaftliche und finan-

29) H. Gestrich, a. a. O., S. 162 f.

zielle Institutionen am Leben zu erhalten, die auszuschalten gewiss besser wäre“³⁰.

Diese Äusserungen entsprechen im grossen und ganzen der neoliberalen Auffassung, nach der es zweckmässiger ist, den Umschichtungsprozess der primären Krise abzuwarten als störend einzugreifen. „An einem bestimmten Punkt muss jedoch dem kumulativen Prozess des Preiszerfalls und Beschäftigungsrückganges ein Ende gemacht werden, weil die weitere Freisetzung von Produktivkräften sinnlos wäre“³¹. Es ist jene rein negative Dynamik der sekundären Depression, die rechtzeitig mit allen Mitteln verhindert werden soll. „Wo der Punkt zum Eingreifen liegt, lässt sich theoretisch nicht festlegen, ebensowenig wie sich theoretisch festlegen lässt, wo bei heraufgehender Konjunktur die Aufwärtsbewegung auszuarten droht und ein bremsendes Eingreifen nötig macht“³². Gestrich verweist dann auf ein als Richtlinie dienendes „mittleres Preisniveau“, das weder unter- noch überschritten werden darf³³.

In der theoretischen Begründung der kompensatorischen Kreditexpansion sind sich Neoliberale und Keynesianer einig. Diese Übereinstimmung verflüchtigt sich aber, wenn es auf Grund einer etwas anders gearteten Zielsetzung um die praktische Nutzenanwendung der gewonnenen Einsichten geht. So warten die Neoliberalen zunächst einmal die strukturelle Anpassung im Gefolge der primären Krise ab und beginnen erst dann mit einer expansiven Geld- und Kreditpolitik, wenn es gilt, ein weiteres Abgleiten in die sekundäre Depression zu verhindern und die Wirtschaft in den Zustand der Erholung überzuleiten. Ihre Eingriffe sind aber eher als einmalig gedacht, mehr auslösend oder initial und darauf gerichtet, den Bann zu lösen und die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. — „Die moderne Doktrin dagegen ist beherrscht von der Furcht vor einer deflationären Preissenkung und der Massenarbeitslosigkeit, hervorgerufen durch eine unzureichende Gesamtnachfrage“³⁴. Nach ihr sollen schon bei einem geringen und relativ kurzfristigen Absinken des Beschäftigungsgrades geldpolitische Massnahmen ergriffen werden. Sie ist durchwegs aktiv und expansiv, im Gegensatz zum neoliberalen Verhalten, das in der primären Krise passiv und in der Konjunktur restriktiv ist.

Die staatliche Finanzierung der Arbeitsbeschaffung und des Massenverbrauchs können erfolgreich sein, wenn sie grosszügig und nicht zaghaft durchgeführt wird. Sie muss mehr sein als blosser Initialzündung. Man

30) C. Bresciani-Turroni, a. a. O., S. 195.

31) H. Gestrich, a. a. O., S. 163.

32) Ebenda.

33) Ebenda.

34) V. F. Wagner, a. a. O., S. 157.

muss sich dabei bewusst sein, dass die Geldeinspritzung infolge der Schuldentilgung, der Aufnung reduzierter Sparguthaben und der Liquiditätsneigung wesentlich grösser sein muss, als für die Ankurbelung der Wirtschaft, gemessen am Wert der brachliegenden Produktionsmittel, erforderlich wäre.

Ferner ist es äusserst fraglich, ob jede primäre Krise reinigenden Charakter besitzt und ob es daher nicht gefährlich ist, sie unbehindert sich entwickeln zu lassen. So weist Jöhr darauf hin, dass die Konjunkturbe-
wegung ein sich selbst tragender Prozess sei, der auch ohne grössern Anlass seine Richtung ändern könne. „So kippte der amerikanische Aufschwung im Jahre 1937 um, obwohl die Wirtschaft vom Stande der Hochkonjunktur noch weit entfernt war und nach einer Reinigungskrise nicht das geringste ‚Bedürfnis‘ bestand“³⁵.

Ausserdem erhebt sich die Frage, „ob es nicht weniger verschwenderisch wäre, untaugliche Produzenten für einige Zeit mitzuschleppen, als die ganze Wirtschaft in eine Depression hineingleiten zu lassen. Der Prozess der Ausscheidung Unfähiger wird einfach nach und nach durchgeführt werden, wenn der bestehende Beschäftigungsgrad aufrechterhalten bleibt, wogegen er natürlich in eine kurze Zeitspanne zusammengedrängt wird, wenn das Beschäftigungsniveau fällt. Es darf kaum daran gezweifelt werden, dass die Verschwendung an Betriebsanlagen und Arbeitskräften bei Massenarbeitslosigkeit grösser ist als der Gewinn an Leistungsfähigkeit, der durch schnellere Eliminierung der Grenzproduzenten erzielt werden kann“³⁶. Zudem ist es unsicher, ob die primäre Krise die technisch am wenigsten leistungsfähigen Produzenten ausschaltet. Sie kann, besonders unter monopolistischen Bedingungen, die finanziell schwächsten Unternehmer treffen³⁷.

Diese Defizitpolitik des Staates muss von weitem, in gleicher Richtung wirkenden Massnahmen begleitet sein, wenn eine Atmosphäre des Vertrauens und der Zuversicht geschaffen und die Investitionslust der Unternehmer entfacht werden soll. Erst dann ist für die Neoliberalen die kompensatorische Kreditexpansion erfolgreich, wenn es gelingt, die staatliche durch die unternehmerische Tätigkeit abzulösen.

C. Monetäre und fiskalische Massnahmen

Der Staat beeinflusst das wirtschaftliche Geschehen nicht nur dadurch, dass er selbst als Wirtschaftender unmittelbar am Produktionsprozess teilnimmt, sondern dass er auch die private Wirtschaftsplanung vornehmlich

35) Die Politik der Vollbeschäftigung, in: Neue Zürcher Zeitung, 1946, Nr. 278.

36) F. A. Burchardt, a. a. O., S. 43 f.

37) Ebenda, S. 45.

indirekt mit dem Ziele lenkt, einen andern Ablauf des Wirtschaftsprozesses herbeizuführen, als er sich selbst überlassen genommen hätte. Dies geschieht neben seiner bereits besprochenen Einkommen schaffenden durch seine Einkommen anziehende Tätigkeit und durch Veränderung wirtschaftlicher Bedingungen. Damit der Wirtschaftsprozess den staatlichen Absichten und Zielen entsprechend abläuft, reguliert er mittelbar die zur Aufstellung der privaten Wirtschaftspläne wichtigen Grössen.

Es stehen hier vor allem seine monetären und fiskalischen Massnahmen in der Depression und im Aufschwung im Vordergrund. Dabei wirken die rein monetären Massnahmen allgemein, unpersönlich und nicht diskriminierend, währenddem die fiskalischen, je nach der Leistungsfähigkeit der Besteuereten, sich unterschiedlich, teils begünstigend, teils belastend auswirken. Ihrer verschiedenartigen Wirkungsweise nach Zeit, Ort und Intensität entsprechend, werden die monetären und fiskalischen Mittel je nach den Voraussetzungen und Zwecken in verschiedener Kombination eingesetzt.

Um die Liquiditätsneigung der Wirtschaftssubjekte zu befriedigen und den Preiszerfall aufzuhalten, wird die Zentralbank bestrebt sein, die Geldmenge zu vermehren. Sie kann dies dadurch erreichen, dass sie auf dem offenen Markt Wertpapiere kauft und den Diskontsatz senkt. Die Herabsetzung der Reservesätze und die Erleichterung der Kreditnahme wirken in derselben Richtung. Die genannten Massnahmen sind jedoch unterschiedlich in ihrer Wirkung und ungleich in ihrer Bedeutung.

Die Offen-Marktoperationen sind insofern wirkungsvoller, als die Zentralbank durch sie unmittelbar die Kassenbestände der Effektenverkäufer, seien es Banken oder Private, erhöhen kann. Demgegenüber hängt der Erfolg einer Diskontsatzsenkung von der Reaktion der Kreditbanken und ihrer Kunden ab. Koordiniert und sich ergänzend angewandt, sind beide Mittel geeignet, den Geldmarkt zu verflüssigen. Durch die Herabsetzung der Reservesätze erhält das Bankensystem zusätzliche Überschussreserven, welche die Grenzen möglicher Kreditausdehnung angemessen erweitern.

Die entscheidende Frage ist nun die, ob die infolge der vermehrten Geldmenge gedrückten Zinssätze auf die Kreditnachfrage eine anregende Wirkung auszuüben vermögen — oder knapper: Ist die Kreditnachfrage eine Funktion des Zinses? Um die Nachfrage nach Krediten auszuweiten oder zu beschränken, würde es demnach genügen, den Zinsfuss herabzusetzen oder zu erhöhen. Die Erfahrungen haben jedoch gezeigt, dass Zinsvariationen allein nicht ausreichen, das gestörte Gleichgewicht wieder herzustellen. Wohl ist der Zins als Kostenelement ein wesentlicher, jedoch nicht entscheidender Faktor für die Investitionsentschlüsse der Unternehmer. Selbst sehr niedrige Zinssätze können in einer schrumpfenden

Wirtschaft die Unternehmer nicht veranlassen, Kredit zu nehmen, wenn sie angesichts des Rückschlages in Umsatz und Preisen keine Chancen zur gewinnbringenden Verwendung der Kredite sehen³⁸. Die ungünstigen Erwartungen können stärker sein als die Reizwirkung der Zinssatzermässigung. Eine Investition wird für den Unternehmer erst vorteilhaft, wenn die aus ihr hervorgehenden Einnahmen in ihrer Gesamtheit die Ausgaben samt angemessener Verzinsung decken. Lutz stellt auf Grund dieses Sachverhaltes fest, dass niedrige Zinsen, wenn überhaupt, erst wirksam werden, wenn der Schrumpfungsprozess zu Ende ist und ein Zustand relativer Stabilität, wenn auch auf einem reduzierten Niveau der wirtschaftlichen Tätigkeit, eingetreten ist³⁹. „Bis dieser Punkt erreicht ist, ist es der Zentralbank in der Regel unmöglich, durch ihre Zinspolitik die Unternehmer zur Kreditentnahme zu veranlassen und auf diese Weise die Nachfrage nach Gütern in der Wirtschaft zu erhöhen“⁴⁰.

Diese Stabilisierung des Wirtschaftsverlaufes als Voraussetzung vermehrter privater Unternehmertätigkeit dienen die öffentlichen Investitionen und die Massnahmen zur Förderung der strukturellen Anpassung. Es ist in dieser Situation nicht unwahrscheinlich, dass in der Folge über eine Verminderung der Sparneigung die Verbrauchsneigung zunimmt. Dies um so mehr, als der reale Wert bestehender Kassenbestände infolge der deflationären Preisentwicklung gestiegen ist und die Sparneigung bei sinkendem Einkommen ohnehin abnimmt. Es darf nun wohl angenommen werden, dass infolge der staatlichen Defizit Ausgaben die wirksame Nachfrage erhöht wird, was dazu beiträgt, dass durch ihre multiplikativen Auswirkungen die Aussichten der Unternehmer verbessert und daher vermehrt Betriebskredite und mit zunehmender Kapazitätsausnutzung auch Anlagekredite nachgefragt werden⁴¹.

Soll der Zinsmechanismus zweckentsprechend funktionieren, so müssen bestimmte Voraussetzungen gegeben sein. Staatliche Ausgaben und eine auf Vermehrung der Kaufkraft hintendierende Fiskalpolitik müssen über eine Erhöhung der wirksamen Nachfrage den wirtschaftlichen Schrumpfungsprozess aufhalten und die Aussichten der Unternehmer verbessern. Eine zaghafte Zinssenkung vermag hingegen keine spontanen Reaktionen auszulösen. Demgegenüber würde eine übermässige Herabsetzung neue Schwierigkeiten schaffen, indem beispielsweise eine Grosszahl der Finanzinstitute, die auf eine langfristige und ertragreiche Anlage ihrer Kapitalien

38) F. A. Lutz, Geldpolitik und Wirtschaftsordnung, in: ORDO-Bd. II, S. 208.

39) Arbeitslosigkeit und Kreditexpansion, a. a. O., S. 247.

40) Ebenda.

41) Vgl. K. Gruber, Voraussetzungen der Vollbeschäftigung, S. 31 f.

angewiesen sind, in eine arge Notlage gebracht und zu langwierigen Anpassungsprozessen genötigt würden.

Diese Billig-Geld-Politik in der Depression, deren Erfolg, wie gesagt, von den Reaktionen der Wirtschaftssubjekte abhängt, kann noch durch Verminderung des Steuerdrucks ergänzt und verstärkt werden. In dieser Konjunkturlage ziehen die Neoliberalen fiskalische Massnahmen ihrer angeblich grösseren Wirksamkeit wegen sogar den rein monetären vor. Diese können nun darin bestehen, dass Verbrauchssteuern aufgehoben, zumindest aber spürbar herabgesetzt werden. Alsdann können die Einkommenssteuern modifiziert werden, so dass es möglich wird, neuen Unternehmungen Steuererleichterungen einzuräumen und Verluste zu verrechnen. Dadurch werden die Investitionen erleichtert und die Kaufkraft vermehrt.

Der Vorteil der Steuerherabsetzung gegenüber der Geldverflüssigung besteht darin, dass den Wirtschaftssubjekten unmittelbar mehr Geld in der Kasse verbleibt, womit sie ohne Kreditnahme ihre der Einkommenskontraktion wegen verminderte Nachfrage ausdehnen können. Nachteilig ist hingegen der Umstand, dass sich die fiskalischen Massnahmen nur langsam durchsetzen und sich daher erst allmählich auswirken.

Mit Hilfe einer progressiven Besteuerung kann ferner eine gleichmässige Verteilung der Einkommen herbeigeführt werden. Dementsprechend weisen die tarifarischen Steuersätze eine der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen angemessene Staffelung auf und führen somit zu einer nachträglichen Bereinigung der individuellen Besitzverhältnisse. Es handelt sich hier ohne Zweifel um einen Bruch mit dem liberalen Prinzip; denn es geht hier nicht mehr um einen minimalen Zwangsbeitrag zur Deckung der im Interesse aller gemachten staatlichen Ausgaben, sondern um ein Mittel zur Dämpfung konjunktureller Schwankungen bei unterschiedlicher Belastung des einzelnen. Die Auffassungen der Neoliberalen weichen denn auch stark voneinander ab, ja stehen sich sogar diametral gegenüber. So vertritt Hayek als Gegenpart die Meinung, „dass das ganze Prinzip der Steuerprogression seinem Wesen nach verderblich ist, ein Irrtum, der aus verschiedenen Gründen fast unvermeidlich zur Zerrüttung und Zerstörung des marktwirtschaftlichen Systems führt“⁴². Er sieht in den hohen Einkommen das Mittel zur Bestreitung kostspieliger, technischer Experimentation und somit eine Voraussetzung des wirtschaftlichen Fortschritts.

Die redistributive Besteuerungsart wird zweifelsohne zu wörtlich und absolut aufgefasst und in ihrer sozialen Begründung verkannt, wenn nicht gar übersehen. Die zustimmende Mehrheit übersieht die Gefahr einer Beeinträchtigung der Unternehmerinitiative keineswegs; im Gegenteil — sie

42) Die Ungerechtigkeit der Steuerprogression, a. a. O., S. 3.

machen ihre Zustimmung von der Berücksichtigung gerade dieser Beschränkung abhängig⁴³. — Die grundsätzliche Bevorzugung der Verbrauchsabgaben zur Förderung der Spartätigkeit und Verminderung des Konsums wird damit aufgegeben und das Postulat der Nachfragesteigerung weitgehend anerkannt.

Durch diese Einkommensnivellierung verbleibt den Wirtschaftssubjekten mit niedrigem Einkommen mehr Kaufkraft und den mit höhern weniger Ersparnisse als bei proportionaler Besteuerung. Man beruft sich dabei auf die höhere Verbrauchsneigung der ersteren, da der individuelle Grenznutzen der Geldeinheit höher ist und nimmt an, dass die gesparten Einkommensteile der letzteren nicht investiert worden wären. Es ergibt sich somit keine Kaufkraftumschichtung, die übrigens konjunkturpolitisch wenig Sinn hätte, sondern eine Kaufkraftvermehrung, wodurch die Gesamtkonsumtion steigt und die Erzeugung von Verbrauchs- und Kapitalgütern angeregt wird.

Das Problem der erfolgreichen Verwirklichung besteht im Finden des richtigen Masses und in der Beachtung der Grenzen, die, wenn einmal überschritten, neue Schwierigkeiten schaffen, die schwerwiegender sein können als jene, die man zu beseitigen hoffte. Jede Steuer erzeugt natürlich neue und abweichende Motive. So entmutigen überhöhte Steuersätze die wirtschaftliche Initiative, Arbeitsanstrengung und Kapitalbildung. Sie verhindern das Aufkommen neuer Konkurrenz und junger Firmen und sichern den etablierten Unternehmungen die Marktherrschaft⁴⁴. Damit erschöpfen sich die nachteiligen Auswüchse keinesfalls. Übermässig progressive Körperschaftssteuern und hohe fiskalische Beschneidung der Übergewinne können auf den Konsumenten abgewälzt werden. „Sofern die industrielle Anlage nicht verhindert wird, wird sie doch häufig fehlgeleitet durch übermässige Anhäufung von Lagern zum Zwecke der Steuervermeidung und Steuerumgehung, sowie durch übermässige repräsentative Ausgaben, welche sich auf Geschäftskosten abbuchen lassen . . .“⁴⁵. Selbst wenn es gelingen sollte, die negativen Auswirkungen durch massvolles Vorgehen zu vermeiden, bestehen doch Grenzen in bezug auf die Nützlichkeit redistributiver Besteuerung. Fliesst infolge einer hohen Staatsschuld ein grosser Teil der Steuereinnahmen als Zinsen in die Taschen einer kleinen Minderheit von Gläubigern, so erhalten diese offensichtlich mehr als sie zusätzlich steuern. Dieser Transfer vom Steuerzahler auf den Inhaber der Schuldverschreibung wird die Einkommensverteilung zweifellos behindern⁴⁶.

43) Vgl. A. G. B. Fisher, a. a. O., S. 187 ff.; W. Lippmann, a. a. O., S. 300 ff.; W. Röpke, *Lehre von der Wirtschaft*, S. 248 f.; *Die Gesellschaftskrisis . . .*, S. 306.

44) H. v. Beckerath, *Grossindustrie und Gesellschaftsordnung*, S. 171.

45) Ebenda, S. 170.

46) Vgl. G. N. Halm, a. a. O., S. 340; E. F. Schumacher, a. a. O., S. 169 f.

Die redistributive Besteuerung besitzt gegenüber den flexiblen Steuersätzen den Vorteil einer festen Ordnung und entspricht gerade deswegen dem neoliberalen Denken und Streben. Sie nimmt dem wirtschaftlich Leistungsfähigen absolut mehr, schont dadurch den wirtschaftlich Schwächern und ermöglicht ihm den erstrebten Aufstieg. Demgegenüber begegnet die ausgleichende Steuerpolitik mit ihren flexiblen Sätzen vor allem in der Hochkonjunktur, d. h. beim fälligen Übergang vom mittleren zum hohen Steuertarif, hemmenden Schwierigkeiten in einer wachsenden Interessenpolitik der davon hauptsächlich betroffenen politischen Gruppen und wirtschaftlichen Verbände. Die antizyklische Wirkung der redistributiven Besteuerung, die je nach der Schärfe der Progression verschieden ist, darf jedoch nicht übersehen werden. Im Aufschwung werden die stark steigenden Gewinne abgeschöpft und der Entwicklungsprozess damit verlangsamt, ohne die Steuersätze variieren zu müssen. In der Depression werden die mässigeren Geschäftseinkommen geschont, die gerade dann für die Aufrechterhaltung der Kapitalanlagen besonders wichtig sind. Die progressive Besteuerung hat demnach neben ihrer Kaufkraft steigernden eine nicht zu unterschätzende Konjunktur ausgleichende Funktion. Sie wirkt gleichsam automatisch in allen Perioden des Konjunkturwechsels und trägt dazu bei, die extremen Ausschläge zu verhindern. Auf Grund der zentralen Bedeutung und Funktion dieser Besteuerungsform ist es unerlässlich, dass alle übrigen Steuerarten sich nach ihr ausrichten, sich dadurch zu einem gegenseitig sich unterstützenden System formieren und so vereint auf dasselbe Ziel hinstreben.

Die drei Möglichkeiten behördlicher Eingriffe zur Bekämpfung der Depression in Gestalt erhöhter staatlicher Ausgaben, Zinssatzsenkungen und Neuverteilung der Steuerlasten widersprechen in dieser Reihenfolge dem neoliberalen Programm und muten eher keynesianisch an. Denn öffentliche Investitionen und Konsumsubventionierung gelten nach Röpke als ‚ultima ratio‘, so dass notgedrungen Zins- und Fiskalpolitik den Vorzug erhalten. — Für uns war die zeitliche Wirksamkeit bestimmend; denn je nachhaltiger die Produktion schrumpft, um so spontaner und stärker muss die gegenläufige Bewegung einsetzen. Ausserdem ist auf diese Weise eher ersichtlich, dass, in dieser Phase wenigstens, zwischen den beiden Theorien Berührungspunkte bestehen.

Die kompensatorische Kreditausdehnung, in welcher Art und Weise sie auch immer erfolgt, impliziert eine antizyklische Budgetpolitik, indem sie in der expansiven Phase zu Defiziten und in der restriktiven zu Überschüssen der Staatsrechnung führt. Mit dieser Budgetpolitik, wenn auch nicht geplant und nicht zum Angelpunkt der aktiven Konjunkturpolitik gemacht, ist doch die kurzfristig ausgeglichene Staatsrechnung aufgegeben

und den geld- und fiskalpolitischen Massnahmen ein grösseres Wirkungsfeld gegeben.

Das Ziel dieser Massnahmen besteht darin, die sich erholende Wirtschaft mittelbar so zu lenken, dass gerade soviel gespart und investiert wird, wie für die Erneuerung der Anlagen, den Bevölkerungszuwachs und den technischen Fortschritt an Bruttoinvestitionen erforderlich ist. Da es sich aber um eine kaum zu realisierende Ideallösung handelt, wird man sich damit begnügen müssen, den Prozess wenigstens vor Eintreten einer fühlbaren Verknappung der Rohstoffe, Kapitalausrüstungen und Arbeitskräfte in bestimmten Wirtschaftssektoren durch restriktive Massnahmen zu bremsen und damit eine inflationäre Ablösung der kompensatorischen Phase zu verhindern.

Die Untersuchung dreht sich hier nun um die Frage, welche budget-, geld- und fiskalpolitischen Mittel und Massnahmen dazu beitragen, leichte Störungen inflationärer oder deflationärer Art zu beseitigen und das wirtschaftliche Gleichgewicht bei hoher und stabiler Beschäftigung zu erreichen und zu erhalten. — Beginnen wir mit der Budgetpolitik, die mit ihrer automatischen Stabilisierung ein geeignetes Beispiel eines liberalen Programmes darstellt. Danach sind die öffentlichen Ausgaben und Einnahmen so zu planen, dass sich bei guter Konjunktur ein geringer Rechnungsüberschuss ergibt. Die Steuersätze sind dann unverändert auf der einmal festgesetzten Höhe zu halten, so dass im Falle einer Störung sich der Überschuss in der Richtung und im Ausmass des Ungleichgewichts entsprechend automatisch vergrössern, verkleinern oder in ein Defizit verwandeln würde. Die Höhe des Volkseinkommens bei Vollbeschäftigung und ein entsprechendes Preisniveau werden als Plandaten gleichsam vorweggenommen. Dies bedingt, dass monetäre und fiskalische Mittel sich dem System einfügen und dazu beitragen müssen, um einen Ausgleich sowohl gegenüber inflatorischen Tendenzen im Aufschwung als auch deflatorischen Erscheinungen im Abschwung herzustellen. Je schwerer und nachhaltiger Störungen irgendwelcher Art auftreten, um so bedeutungsvoller werden dann die finanzpolitischen Mittel. Darin zeigt sich aber auch die Schwäche dieses Programmes, indem die durch den Automatismus der Anpassung mit ihm verkoppelten finanzpolitischen Mittel dadurch eingeordnet, ausgerichtet und gebunden werden. Solange die auftretenden Störungen geringfügiger Art sind, mag dies angehen; je grösser sie aber werden, um so wichtiger werden die angeblich sekundären Werkzeuge des Programms, die gerade dann frei gehandhabt werden sollten. Es ist immer gefährlich, eines der vielen möglichen Mittel zum Eckstein eines Systems zu machen und alle übrigen unterzuordnen. Wäre dies aber tatsächlich möglich, so gäbe es auch eine monokausale Erklärung der umstrittenen Phänomene und keine Vielzahl zum Teil sich widersprechender Theorien.

Die kompensatorische Budgetanpassung wird unter den Neoliberalen insbesondere vom Amerikaner Milton Friedman vertreten⁴⁷, doch soll an der Ausarbeitung im Committee for Economic Development auch Jakob Viner sich beteiligt haben. — Die kontinentalen Neoliberalen nahmen diesen Gedanken wohl zur Kenntnis, ohne ihn aber weiter zu verfolgen. Röpke äussert sich in dieser Hinsicht recht unmissverständlich, indem er zum Ausgleich kurzfristiger Schwankungen Offen-Marktoperationen vorsieht und den fundamentalen Störungen mit restriktiver oder expansiver Regulierung der innern Kreislaufgrössen begegnen will. Er zieht damit die Kredit- der Budgetpolitik eindeutig vor⁴⁸.

Wir halten von derart qualifizierenden Unterscheidungen wenig; denn eine flexible und kräftige Geldpolitik im Verein mit fiskalen und andern Mitteln dürfte allein geeignet sein, je nach der gegebenen Lage entsprechend kombiniert, zum Ziel zu führen. Das eine Mittel ist gerade dort stark, wo das andere am schwächsten ist. Daher sollen sie sich ergänzen, nicht ersetzen.

Der zeitgerechte und massvolle Einsatz monetärer und fiskalischer Operationen hängt ausser der Zielsetzung von der richtigen Beurteilung der gegenwärtigen und der künftigen Entwicklung ab. Die Vorhersage wird stets unvollkommen und daher möglicherweise selbst Ursache neuer Schwierigkeiten sein. Gestrich empfiehlt, sich an Symptomen zu orientieren, die ausserhalb des Geldsystems liegen; denn Zinshöhe, Kursbewegungen und Depositenbildung sind weitgehend Produkte eigener monetärer Massnahmen. So verweist er denn in erster Linie auf die Güterpreise, nach deren Bewegungen sich auch der Wert vorhandener Ersparnisse bemisst. Des weitern sind alle Faktoren zu beachten, welche die volkswirtschaftlichen Daten beeinflussen können, wie bestehende und neue Investitionsgebiete, Aussenhandel, Auslandsinvestitionen, Bevölkerungsbewegung und möglicher technischer Fortschritt⁴⁹. Wann, wie und welche Mittel einzusetzen sind, richtet sich nach der Beurteilung der Lage und der sich bietenden Aussichten einer möglichen Weiterentwicklung. Was im weitern darüber gesagt werden kann, stützt sich auf bestimmte Annahmen in bezug auf die Bedingungen und Mittel und zeigt die dann möglicherweise zu erwartenden Auswirkungen.

47) A Monetary and Fiscal Framework for Economic Stability, in: The American Economic Review, June 1948, S. 245 ff.; vgl. ferner: R. Fischer, Das Stabilisierungsprogramm des Committee for Economic Development, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1951, S. 498 ff.; O. v. Mering, Steuerpolitik und Vollbeschäftigungspolitik, in: ORDO-Bd. III, S. 118 ff.; J. Viner, Vollbeschäftigung um jeden Preis, in: Vollbeschäftigung . . ., S. 325 f.

48) Wege zur Konvertibilität, in: Konvertibilität der europäischen Währungen, S. 89.

49) A. a. O., S. 157 f.

Wenn wir bei Behandlung der expansiven Kreditpolitik darauf hinwiesen, dass die Vermehrung der Geldmenge im Ausmass vorhandener Reserven an Produktivkräften ohne Gefahr einer inflationären Preisbewegung ausgedehnt werden könne, so dürfen wir diesen wirtschaftlichen Erholungs- und Aufschwungsprozess in Anlehnung an Röpke solange als kompensatorisch bezeichnen, als die stets steigende Nachfrage im Konsum- und Kapitalgüterangebot eine reale Entsprechung findet. Übertrifft die monetäre Nachfrage das monetäre Angebot, so wirkt die Kreditexpansion inflatorisch, selbst dann, wenn noch zu konstanten Grenzkosten produziert wird. Waren in der Depression die Investitionen geringer als die Ersparnisse, so wird jetzt infolge vermehrten Investierens die Höhe des Sparvolumens erreicht und möglicherweise überschritten. Es ist jener kritische Punkt in der Entwicklung des Aufschwungs, wo einige Produktionsmittel bei zunehmender Nachfrage knapp werden. Insbesondere in der Bereitstellung von Konsumgütern dürften sich Engpässe ergeben, da deren Produktion im Vergleich zur expandierenden Kapitalgüterindustrie und zur entsprechend steigenden monetären Nachfrage weniger rasch zunimmt. Wann dieser Punkt erreicht wird, hängt von der Quantität und Qualität der ungenutzten Produktionsreserven ab. Er wird zudem je nach Ware und Markt verschieden liegen.

Im Gegensatz zu den Anhängern der Keynes-Schule, die selbst in diesem Stadium ihre expansive Geldpolitik weiterführen und sich zur Vermeidung einer offenen Inflation direkt wirkender, quantitativer Kontrollen bedienen, befürworten nun die Neoliberalen eine restriktive Kreditpolitik. Sie wollen damit einen inflationären Preisauftrieb verhindern und jener Tendenz entgegenwirken, die aus dem allmählichen Verschwinden ungenutzter Kapazitäten über das Beschleunigungsprinzip stets neue Triebkraft empfängt. Selbst eine kleine Veränderung der Nachfrage vermag nun eine grössere Investitionsrate hervorzurufen, als dies in irgendeinem andern Zustand der Wirtschaft möglich wäre. Dies entspricht jener Situation, von der Röpke sagt, dass die Produktion aus sich selbst heraus kumulativ expandiere, ja sich übersteigere und über die Hochkonjunktur zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führe⁵⁰. Um dies zu verhüten, versuchen die Neoliberalen, das Kreditvolumen auf den Betrag freiwilliger Ersparnisse zu beschränken.

„In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage, inwieweit Vollbeschäftigung ein massgebliches Ziel des Kredit- und Konjunkturpolitikers sein muss und inwieweit diese Zielsetzung mit einer Lenkung des Kapitalbildungsprozesses übereinstimmt, die dem Sparzweck entspricht. Es ist ohne weiteres zu sehen, dass die Übereinstimmung vollständig sein kann

50) Die Lehre von der Wirtschaft, S. 266, 270.

und sein sollte. Jedoch wäre es eine gefährliche Verwischung möglicher Gegensätze, wenn man behaupten wollte, dass die Übereinstimmung immer bestehen muss. Vollbeschäftigung ist bei sehr verschiedenen Preisniveaus erzielbar, je nachdem, welcher Stand der Geldlöhne zugrunde gelegt wird. Man kann bei jedem Lohnniveau Vollbeschäftigung erzielen, wenn man nur die Preise genügend hinaufgehen lässt, indem man das Kreditvolumen und den Geldumlauf entsprechend ausdehnt... Nun gehört aber die Einhaltung eines bestimmten Preisniveaus, selbstverständlich innerhalb elastischer Schwankungsgrenzen, zum wesentlichen Inhalt einer Lenkung der Kapitalbildung, die den Wert der Ersparnisse erhalten will. Eine auf dieses Ziel gerichtete Politik kann daher nicht die Vollbeschäftigung unter allen Umständen als gleichzeitig ebenso verpflichtendes Ziel anerkennen. Sie muss verlangen, dass das Lohnniveau dem Preisniveau untergeordnet und angepasst wird, nicht umgekehrt. Nur dann ist das Ziel der Vollbeschäftigung mit dem der Preisstabilität vereinbar“⁵¹.

In seinem Kommentar zu Gestrichs Ausführungen stellt Eucken ergänzend fest, dass nur diejenige Beschäftigung von Arbeitskräften einen wirtschaftlichen Sinn habe, die zur Erzeugung nützlicher Güter führe und dadurch die Konsumgutversorgung steigere. „Indem die Vollbeschäftigungspolitik einseitig und mit aller Energie die Vollbeschäftigung und nicht die Verbesserung der Güterversorgung anstrebt, ergreift sie Massnahmen, die zwar Vollbeschäftigung herstellen können, die aber die Güterversorgung schwer bedrohen. Insofern ist die Vollbeschäftigungspolitik schon in ihrem Ansatz verfehlt. Nicht darauf kommt es an, dass alle Arbeiter beschäftigt werden, sondern darauf, dass alle Arbeiter in nützliche Verwendungen hereindirigiert werden... Auf ein falsches Ziel gerichtet, bewirkt die Vollbeschäftigungspolitik, dass die Menschen zwar beschäftigt, aber schlecht versorgt sind“⁵².

Die zitierten Stellen sind inhaltlich klar und unmissverständlich. Die Vollbeschäftigung als wirtschaftspolitisches Ziel wird bejaht, aber nur bei gleichzeitiger Verbesserung der Güterversorgung und relativ stabilem Preisniveau. Diese Zielsetzung begründet einerseits die restriktive Geld- und Kreditpolitik der Neoliberalen und zeigt andererseits die unvergleichlich schwierigere Aufgabe, die sie sich damit gestellt haben.

Das der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung gemässe kreditpolitische Lenkungsmittel ist die Variation der Zinssätze. Die Erhöhung des Diskontsatzes, der Reservesätze der Kreditbanken und die Verringerung der Geldmenge mittels Effektenverkäufe der zentralen Notenbank am offenen Markt erhöhen den Geldzins und gleichen diesen dem natürlichen

51) H. Gestrich, a. a. O., S. 158 f.

52) Ebenda, S. 206 f.

Zinssatz an, der nach Wicksell sich dem Preisstand gegenüber neutral verhält. Wie hoch er jedoch steigen muss, hängt von der erwarteten Rentabilität der geplanten Investitionen oder nach der Keynesschen Terminologie von der Grenzergiebigkeit des Kapitals ab. „Die Profitrate bestimmt die Intensität, mit der die konkurrierenden Unternehmer bestrebt sind, die notwendigen Kredite zu erhalten, sowie ihre Neigung, Zinssätze zu zahlen, die nur geringfügig niedriger sind als die erwarteten Profite, wenn sie die Konkurrenz dazu zwingen sollte“⁵³. Demnach werden bei steigendem Zins eine stets abnehmende Zahl von Unternehmern investierbare Fonds nachfragen. Auf diese Weise vermag der Zins eine qualitative Kontrolle als Regulator beabsichtigter Investitionen auszuüben — eine Funktion, die ihm die neoliberalen Nationalökonomien in Anlehnung an den Preismechanismus überbinden.

Dieser Zinsbewegung ist allerdings eine Grenze gesetzt. Der Staat, der sich im Verlauf der Depression notgedrungen verschuldet hat, ist an hohen Kursen und an möglichst niedrigen Zinssätzen interessiert. Diese Rücksichtnahme lässt die Anwendung monetärer Mittel in der Konjunkturpolitik fast unmöglich erscheinen⁵⁴. Zudem tragen hohe Zinsen dazu bei, ausländisches Kapital anzuziehen und dadurch das Kreditangebot auf dem heimischen Geldmarkt noch zu erhöhen. Sodann sind die Reaktionen der Quellen des Angebots von Krediten bei steigenden Zinssätzen nicht unerheblich. Die verlockende Zinshöhe könnte zu vermehrt freiwilligem Sparen anregen, was bei entsprechend abnehmender Liquiditätsneigung den Verbrauch jedoch kaum einschränken dürfte. Das Sparvolumen könnte möglicherweise auch abnehmen, sei es, weil bei zweckgebundenem Sparen infolge erhöhter Erträge die erstrebte Endsumme ohnehin erreicht würde oder aber, weil das Volkseinkommen, der restriktiven Geldpolitik wegen, relativ gesunken ist. Darin widerspiegelt sich die doppelseitige Abhängigkeit des Sparens von den Bewegungen des Einkommens und des Zinses. Zu welchem Ergebnis wir auch kommen, wir müssen doch voraussetzen, dass die Nachfrage sich dem Angebot von Krediten bei gewissen, infolge der Geldverknappung erhöhten Zinssätzen angleichen wird.

Es kann infolgedessen nur noch soviel investiert werden, als gleichzeitig freiwillig gespart wird. Die durch den Konsumverzicht freigesetzten Produktivkräfte werden dann von den Kapitalgüterindustrien übernommen. „Die Finanzierung neuer Anlagen muss ... ihre Mittel ... aus den Ersparnissen schöpfen, und darin auch ihre natürliche Grenze finden, die nicht überschritten werden darf“⁵⁵. Damit wäre der Expansionsprozess

53) G. N. Halm, a. a. O., S. 241.

54) Ch. La Roche, a. a. O., S. 267.

55) C. Bresciani-Turroni, a. a. O., S. 187.

abgeschlossen. Die Neuinvestitionen hätten keine multiplikativen Auswirkungen, da ihnen nun ein gleichwertiger Konsumverzicht gegenübersteht — Die Neoliberalen sind sich darüber im klaren, dass dieser Gleichgewichtsstand nicht unbedingt einer vollbeschäftigten Wirtschaft entspricht. Der möglicherweise noch vorhandene Prozentsatz unbeschäftigter Arbeitskräfte wäre dann mittels struktureller Interventionen dem Produktionsprozess einzugliedern. Eine Weiterführung der expansiven Geld- und Kreditpolitik in dieser Lage würde infolge des unelastischen Güterangebots und des dadurch erhöhten Kaufkraftvolumens einen inflationären Preisauftrieb verursachen und die Reallöhne senken.

Wenn in der Depression die wirtschaftlich anregende Wirkung einer Senkung des Zinssatzes in Zweifel gezogen werden konnte, so ist die hemmende Funktion einer Zinserhöhung allseitig anerkannt. Meinungsverschiedenheiten bestehen jedoch hinsichtlich des Wirkungsgrades und der jeweiligen Folgen. Die Keynesianer sind der Auffassung, dass nur ein stark erhöhter Zinsfuß wirksam sei, sich aber dann deflationär auswirke. Es ist einleuchtend, dass mit dem Abnehmen der Überschussreserven der Kreditbanken und der liquiden Kassenbestände der Wirtschaftssubjekte im Verlauf des Aufschwungs die Macht der Zentralbank zunimmt und demzufolge ihre Geld und Kredit einschränkenden Massnahmen unmittelbar und nachhaltig, möglicherweise sogar schockartig wirken. Wenn es ausserdem stimmt, dass die Ursachen der Krise und der folgenden Depression zeitlich nicht unmittelbar dem tatsächlichen Zusammenbruch vorangehen, sondern sich über den gesamten Zeitraum des Aufschwungs verteilen⁵⁶, dann könnten die restriktiv wirkenden Interventionen der Zentralbank zu spät erfolgen und die in Entwicklung begriffene Wirtschaft in einer empfindlichen Weise treffen. So haben sich bestimmt bereits disproportionale Strukturverschiebungen in Gestalt allzu weitreichender Produktionsumwege entwickelt, die nur solange weitergetrieben werden können, als der Kreditstrom fließt. „Eine staatliche Kreditpolitik, die die Entwicklung solcher Disproportionalitäten verhindern will, müsste also, wenn ein solches Ungleichgewicht vermieden werden soll, die Kreditinjektion genau da einsetzen, wo die Nachfrage gesteigert werden muss. Das ist natürlich in der Praxis ganz unmöglich. Man muss also damit rechnen, dass sich solche Disproportionalitäten immer entwickeln und früher oder später Anpassungen erforderlich machen, die immer mit Arbeitslosigkeit verbunden sein werden“⁵⁷.

Die Neoliberalen beschränken sich denn auch darauf, den inflationären Preisauftrieb zum Stillstand zu bringen oder zu verhindern, dass er wieder

56) O. Morgenstern, a. a. O., S. 88.

57) F. A. Lutz, Arbeitslosigkeit und Kreditexpansion, a. a. O., S. 258.

in Gang kommt. Sie weisen in diesem Zusammenhang, im Gegensatz zur ablehnenden Haltung der Keynesianer, auf den psychologischen Effekt relativ geringer Zinserhöhungen hin, die Unternehmern und Banken zum warnenden Signal möglicher Absichten der Notenbank werden und sie zu einer vorsichtigeren Kreditgebarung veranlassen; denn die damit verbundene Unsicherheit beeinflusst die Erwartungen und infolgedessen die Entscheidungen der Unternehmer und die Kreditbedingungen der Banken. Ausserdem nötigt die unsichere Lage, die Abschreibungssätze zu erhöhen, wodurch die davon betroffenen Produkte nur noch vermindert rentabel sind.

Wenn dies nun stimmt, dann ist aber nicht einzusehen, weshalb es zu einer Kreditkontraktion kommen muss. Das Geld- und Kreditvolumen wäre dann lediglich auf einen der Produktivitätssteigerung und Sparsumme entsprechenden Betrag hin auszurichten. Es ergäbe sich dann in der Folge eine Verminderung der Zuwachsrates der Investitionen und damit eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums. Damit würde einer übermässigen Ausdehnung der Kapitalgüterproduktion auf Kosten der Konsumgütererzeugung entgegengewirkt und eine gleichmässige, proportionale Entwicklung gefördert. Ein partieller Schrumpfungsprozess wäre allerdings überall dort nicht ausgeschlossen, wo überdimensionierte Investitionspläne infolge erhöhter Zinskosten nicht mehr vollendet werden können, was dann die von den Neoliberalen immer wieder erwähnten Anpassungsprozesse erfordert. Es ist allerdings noch zu sagen, dass es neben Zins empfindlichen auch Zins unempfindliche Wirtschaftszweige gibt, die auf Zinsvariationen wenig oder nicht reagieren, da der Zins im Gefüge ihrer Kosten eine nicht ins Gewicht fallende Grösse ausmacht.

Nun ist es aber nicht so, dass der Zinsmechanismus die Stabilisierung allein herbeizuführen hat. Der Staat als einer in grossem Ausmass am wirtschaftlichen Geschehen Beteiligter kann durch Erhöhung seiner Einnahmen, beispielsweise über eine Gewinnsteuer oder/und Kürzung seiner Ausgaben das Budget ausgleichen oder gar einen Rechnungsüberschuss erzielen. Damit würde er die Geldmenge im privaten Sektor der Wirtschaft vermindern, ohne seine eventuell in beschränkter Zahl vorhandenen Wertpapiere absetzen und Kursschwankungen in Kauf nehmen zu müssen. Wenn der Budgetüberschuss kontraktiv wirkt, wo wird mit der relativen Einkommensenkung auch die Nachfrage nach Geld zu Transaktionszwecken verhältnismässig zurückgehen. „Je nach dem Ausmass, in dem die Nachfrage nach Geld und die Geldmenge abnehmen, kann es zu einer Zinssenkung, zu einer Zinserhöhung oder zu einer Zinsänderung kommen. Kommt es zu einer Zinssenkung, und werden dadurch private Investitionen angeregt, so kann die durch den Budgetüberschuss ausgelöste Kontraktion neutralisiert werden. Soll eine kontraktive Wirkung erzielt werden, so muss die Zinssenkung durch eine entsprechende Offenmarktpolitik der

Zentralbank unmöglich gemacht werden. Kommt es zu einer Zinserhöhung, so trägt diese unter Umständen durch Reduktion der privaten Investitionstätigkeit zu einer Verstärkung der kontraktiven Wirkung des Budgetüberschusses bei“⁵⁸. — Der Staat kann ferner durch eine Steuervergünstigung dazu beitragen, dass zur Anlage drängende Unternehmergewinne statt investiert zur Äufnung von Investitionsreservefonds verwendet und dadurch zeitweilig inaktiviert werden.

Mit den monetären und fiskalischen Massnahmen wird versucht, eine doppelte Aufgabe zu lösen. Auf der einen Seite sollen mit ihrer Hilfe die für die Vollbeschäftigung günstigsten Voraussetzungen geschaffen und auf der andern Seite für die „Einhaltung eines bestimmten Preisniveaus, selbstverständlich innerhalb elastischer Schwankungsgrenzen“ gesorgt werden⁵⁹. Infolgedessen erhalten alle auf die Vollbeschäftigung hinzielenden Eingriffe in der Wahrung eines bestimmten Preisstandes ihre Beschränkung. Diese Interventionen sind denn auch solange konform, als sie die Preisstabilität wahren und den Preismechanismus wirken lassen. Daher hält Röpke die Kreditausweitung solange für zulässig, als ungenutzte Produktivkräfte vorliegen.

Demgegenüber ist jedoch ergänzend beizufügen, dass das Problem einer partiellen wie allgemeinen Preissteigerung immer, selbst bei Unterbeschäftigung, besteht. Die Ursachen hiefür liegen in den Veränderungen der Dispositionen der Anbieter und Nachfrager und bei voranschreitender Expansion in den vermehrt auftretenden Engpässen und den steigenden Grenzkosten. Diese Tendenzen werden verstärkt, wenn etwa zum Ausgleich steigender Kosten der Lebenshaltung und in Ausnützung der sich abzeichnenden Knappheit an Arbeitskräften die Arbeitnehmerorganisationen Lohnforderungen durchdrücken, welche die Produktivität der Arbeit übersteigen.

Durch diese leicht steigende Tendenz der Preise und dem infolge des ‚time lag‘ der Kosten entstehenden Unternehmergewinnes empfängt der Aufschwung Nahrung und Antrieb. Wenn auch nicht eigens darauf hingewiesen wird, so halten wir auch diese Phase leichten Preisanstieges für kompensatorisch und als solche mit der neoliberalen Auffassung vereinbar, korrigiert sie doch das in der Deflationsperiode stark gefallene Preisniveau. Das eigentliche Problem stellt sich erst dann, wenn bei annähernder Vollbeschäftigung das Güterangebot unelastisch wird und infolge einer expansiven statt restriktiven Finanzpolitik sich nur noch die Preise erhöhen.

Soll der Zinsmechanismus erwartungsgemäss funktionieren, so erfordert dies, dass ganz bestimmte Voraussetzungen und Bedingungen gegeben sind.

58) E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil, S. 212.

59) H. Gestrich, a. a. O., S. 158.

Eine rein funktionale Beziehung zwischen Zins und Geldmenge besteht demnach nur unter gewissen Einschränkungen. Dass der Mechanismus wirkt, anerkennen auch seine Gegner, jedoch lehnen sie seine Verwendung der deflationären Folgen wegen ab. Mit gleichem Recht könnte auch das Gegenteil behauptet werden, denn die angeblich nachteiligen Folgen ergeben sich nicht zwangsläufig, sondern sind das Resultat einer bestimmten Handhabung. Eine umsichtige und behutsam gelenkte Geld- und Kreditpolitik, deren Massnahmen unter sich und auf die Fiskalpolitik abgestimmt und den gegebenen Verhältnissen angemessen sind, kann den Aufschwung bremsen und den Preisauftrieb eindämmen, ohne zu den von den Keynesianern befürchteten unerwünschten Konsequenzen zu führen.

D. Zusammenfassung und Vergleich

Die von den Neoliberalen vertretene aktive Konjunkturpolitik will die zyklischen Wellenbewegungen dämpfen und ihre Folgen mildern; sie will die Depression überwinden und künftige vermeiden. Damit ist implizite auch gesagt, dass sie Arbeitslosigkeit nicht unter allen Umständen verhindern kann noch will, sondern in ihr die Folge eines Umschichtungsprozesses sieht, die nur durch Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit der Produktivkräfte erleichtert und verkürzt werden kann. Es handelt sich hier also um ein Problem, das der Strukturpolitik angehört. Die Konjunkturpolitik kennt infolgedessen neben den expansiv auch restriktiv wirkende Mittel und trifft daher die erforderlichen Massnahmen stets unter dem Gesichtspunkt eines zu wahrenden stabilen Preisstandes. Wenn die Neoliberalen die Vollbeschäftigung auch als erstrebenswertes Ziel anerkennen, so doch niemals auf Kosten der Gütererzeugung noch um den Preis einer Inflation.

Demgegenüber werten die Keynesianer die Vollbeschäftigung als Hauptziel ihres Strebens und betreiben daher selbst nach ihrer Erreichung eine permanente Vollbeschäftigungspolitik. Um die unvermeidlich inflationäre Preissteigerung einzudämmen, verwenden sie ein System direkt quantitativer Kontrollen — eine Einrichtung, die nach der Meinung der Neoliberalen zu einer Transformation der sozialen und politischen Ordnung führen muss. — In der restriktiven Geldpolitik der Neoliberalen und der expansiven Kreditpolitik der Keynesianer bei annähernder Vollbeschäftigung scheint uns der wesentliche Gegensatz der beiden Schulen zu liegen. Ein Gegensatz also im Bereich der Politik und nicht der Theorie; denn in dieser Beziehung bestehen keine allzu grossen Abweichungen. Die von den Neoliberalen vorgebrachten Einwände richten sich auch vornehmlich gegen

die Folgen dieser Politik und setzen sich weniger mit den theoretischen Grundlagen auseinander. Dieser Gegensatz offenbart auch eine Wandlung in der Betrachtungsweise und Wertung der Ziele. Das Beschäftigungsproblem tritt für die Befürworter der ‚neuen Theorie‘ auf Kosten der Preisstabilität in den Vordergrund.

Wenn wir zum Abschluss dieses Kapitels die Frage nach den Erfolgsaussichten der Konjunkturpolitik neoliberaler Observanz und damit der Beschäftigungspolitik aufwerfen, so kann wohl keine schlüssige Antwort erwartet noch verlangt werden. Die grundlegende Theorie ist weder einheitlich noch in ihren Teilen vollständig und befriedigend durchgebildet. Sie bietet daher für die politische Nutzenanwendung nicht die erwünschten Einsichten und lässt infolgedessen manche Frage offen, womit sich die Problematik in den politischen Bereich überträgt. Die Chancen erscheinen um so günstiger, je besser die gegebene Situation verstanden und je grosszügiger, bei aller Vorsicht, die zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt werden. Allerdings kann nicht gesagt werden, wie dies die Keynesianer zu tun pflegen, dass Vollbeschäftigung unter allen Umständen erreicht werde. Die Neoliberalen sprechen ja auch mit Vorliebe von hoher Beschäftigung oder Höchstbeschäftigung, um den für sie irreführenden Ausdruck ‚Vollbeschäftigung‘ zu vermeiden.

6. Kapitel

Lohnflexibilität

A. Lohntheoretische Grundlagen

Das hier zu lösende Problem besteht darin, den Anteil der Arbeit am Produktionsertrag so zu bestimmen, dass Vollbeschäftigung möglich ist. Wird das für den Konsum verfügbare Realeinkommen in Beziehung mit den verfügbaren Arbeitskräften gebracht, so ergibt sich eine ihrem Verhältnis zueinander und der jeweiligen Veränderung des einen oder andern entsprechende durchschnittliche Lohnhöhe je Arbeiter. Wenn nun aber die Angleichung der Lohnhöhe verhindert und der Lohnsatz beispielsweise auf einem zu hohen Stand festgehalten wird, dann werden bei gegebenem Gesamtprodukt Arbeitskräfte freigesetzt. Der Lohn als Arbeitsentgelt ist daher in seiner Höhe Ergebnis der Verhältnisse und Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Sein realer Wert hingegen hängt von den Güterpreisen ab, deren Höhe durch die nachfragenden Einkommensbezieher zum Teil mitbestimmt werden. Darin zeigt sich nun die doppelseitige Bedeutung des

Lohnes und die Schwierigkeit, eine allseits befriedigende Lösung des Problems zu finden. Er ist einmal Kostenfaktor für den Unternehmer und zum andern als Einkommen des Arbeiters wesentlicher Bestandteil des Kaufkraftvolumens.

Wenn nun die Neoliberalen flexible Löhne fordern, so beruht dies auf dem für sie bindenden Grundsatz freier Konkurrenz mit elastischer Anpassung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Sie stützen sich hierbei auf die Ergebnisse abstrakt-theoretischer Analyse und übersehen dabei, dass die in ihr tendenziell wirksamen Kräfte nicht die Realität schlechthin wiedergeben. So wird nach der neoklassischen Lohntheorie angenommen, dass der Unternehmer solange Arbeit nachfragen wird, als das Grenzprodukt der Arbeit die entstehenden Lohnkosten deckt. Der bei steigendem Arbeitseinsatz von einem bestimmten Punkt an fallende Grenzertrag wird daher zur Nachfragekurve des Unternehmers nach Arbeit. Da andererseits das Arbeitsangebot in Preis und Menge keineswegs eine konstante Grösse ist, sondern natürlichen und manipulierten Veränderungen unterliegt, entspricht der im Schnittpunkt der Angebots- und Nachfragekurve sich jeweils bildende Lohnpreis wohl immer dem Grenzprodukt, nicht aber dem Anteil an der „durchschnittlichen Produktivität“¹ — sei es, dass er diesen zu Lasten des Kapitalertrages übersteigt oder zu dessen Gunsten unterschreitet. Darin zeigt sich am deutlichsten der mehr normative Charakter und das bloss formale Prinzip der Grenzproduktivität.

Die Beweglichkeit der Löhne nach unten oder bei einer das Angebot übersteigenden Nachfrage nach oben ist ein von den Neoliberalen bevorzugtes Mittel, das wirtschaftliche Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung herbeizuführen und zu erhalten. Bei sinkenden Geldlöhnen fallen den Unternehmern je nach den Preisbewegungen mehr oder weniger gesteigerte Profite zu. Wenn nun diese Überschüsse die Unternehmer bestimmen, sofort ihre Investitionen zu vergrössern oder zumindest Produktion und Verbrauch auszudehnen, dann wird die Gesamtbeschäftigung zunehmen. Denn die Lohnreduktion hätte einen expansionistischen Einfluss, weil die verminderte Kaufkraft der Lohnbezieher durch die gesteigerte der Produzenten dermassen kompensiert würde, dass die effektive Gesamtnachfrage, ohne weitere Preisherabsetzungen zu verursachen, imstande wäre, nicht nur die laufende Produktion aufzunehmen, sondern auch deren Erweiterung anzuregen. Wenn hingegen die Arbeitgeber zögern, die Initiative zu ergreifen und die weitere Entwicklung abwarten, dann wird die Gesamtnachfrage um den Betrag der Lohnsenkung abnehmen und das Preisniveau proportional zu den gesunkenen Geldlöhnen fallen. Die wirtschaft-

1) E. Böhler, Probleme der Produktivitätsmessung, in: Industrielle Organisation, 1947, S. 73.

liche Lage wäre dann bestenfalls unverändert, möglicherweise hätte sie sich aber verschlechtert, so dass die Produktion weiterhin kontrahieren würde und der Prozess als deflationär bezeichnet werden müsste. Die klassische Lohntheorie stimmt somit nur unter der Voraussetzung, dass die gesamte Geldnachfrage von einer Reduktion der Geldlöhne nicht beeinflusst wird.

Die erwünschte Reaktion der Unternehmer ist allerdings nicht selbstverständlich. Trotz des positiven psychologischen Einflusses sinkender Lohnkosten dürfte in Wirklichkeit die Neigung, weiterhin zuzuwarten, stärker sein; denn die Erwartungen der Unternehmer richten sich weniger nach den gegenwärtigen als nach den erhofften und mutmasslichen künftigen Gewinnen, die aber gerade in diesem Augenblick keineswegs als sicher erscheinen. Sollte es zu einem wirtschaftlichen Auftrieb kommen, so wäre dies nach Harrod dem erhöhten Verbrauch der Rentner zu verdanken, die als Folge des Falles der Nominallöhne und Preise ein höheres Realeinkommen empfangen². Spielen diese eine wichtige Rolle, so mag das von ausschlaggebender Bedeutung sein. Es fragt sich aber, ob es recht und billig und daher gerechtfertigt ist, die Kaufkraft der Rentner auf Kosten der noch aktiv Tätigen zu vergrössern.

Wenn auch Lohn und Zins als Preise für Arbeits- und Kapitalnutzung nach Amonn in einem reziproken Verhältnis zueinander stehen³, so ist es dennoch möglich, dass bei sinkenden Löhnen und steigenden Unternehmergewinnen der Zinssatz ebenfalls fällt und beide infolge der dadurch verbesserten Rentabilitätsgrundlage die Investitionstätigkeit anzuregen vermögen⁴. Ausserdem haben fallende Preise eine die Ausfuhr begünstigende und die Aussenhandelsposition verbessernde Wirkung. Diese indirekten Rückwirkungen der Lohnkürzungen und Zinssenkungen lassen sich jedoch leichter durch andere Mittel erreichen. Zudem ist es fraglich, ob infolge der in der Depression durch verminderte Umsätze vermehrten liquiden Geldmenge der langfristige Zinssatz dermassen fallen wird, dass er das abwartende Verhalten der Unternehmer zu ändern vermag.

Die positive Wirkung fallender Lohnsätze auf die Höhe der Beschäftigung in einem sich im Zustand der Unterbeschäftigung befindlichen System ist nach all dem von der Art und Weise der Reagibilität der handelnden Wirtschaftseinheiten und der dadurch bedingten Veränderung in der effektiven Nachfrage für Konsum und Investition abhängig. Die Lohnsenkung in der Depression darf jedoch nicht von einer weiteren Preissenkung über-

2) Dynamische Wirtschaft, S. 116 ff.

3) Das Lohnproblem, S. 41.

4) Vgl. J. M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, S. 222.

holt werden, ansonst sich ein kumulativer Deflationsprozess mit einer Anpassung auf äusserst niedrigem Reallohniveau ergeben könnte.

Auf der andern Seite soll der Lohnsatz mit der Produktivität der Arbeit steigen. Da in diesem Fall die Lohnkosten je Produktionseinheit stabil bleiben, ergibt sich keine Preissteigerung. Eine Lohnerhöhung in dieser Situation trägt nun insofern zur Stabilisierung der Wirtschaft bei, als sie die im Aufschwung anschwellenden Unternehmergewinne kürzt und damit einer disproportionalen Entwicklung der Wirtschaft zur Überinvestition entgegenwirkt. Wenn jedoch die Lohnsätze mehr steigen als die Arbeitsproduktivität, so müssen Massnahmen getroffen werden, die verhindern, dass der das Grenzprodukt übersteigende Teilbetrag des Lohnes von den Unternehmern auf den Preis geschlagen wird. Der Kapitalertrag würde dadurch vermindert und eine mögliche Produktivitätssteigerung angeregt. Eine damit verbundene Rationalisierung des Betriebes könnte allerdings den Ersatz von Arbeit durch Kapital zur Folge haben⁵.

B. Unvollkommener Arbeitsmarkt

Die jeweilige Höhe der Löhne und damit deren Biegsamkeit ist nach dem Gesagten durch den produktiven Beitrag der Arbeit und die herrschenden Marktverhältnisse bestimmt, zudem aber orientiert an der relativen Stabilität der Preise; denn eine auf Vollbeschäftigung gerichtete Politik muss verlangen, „dass das Lohnniveau dem Preisniveau untergeordnet und angepasst wird, nicht umgekehrt“⁶. Das Verhältnis flexibler Löhne zu stabilen Preisen ist nun aber keineswegs ein direktes, sondern hängt von einem entsprechenden Ausmass der effektiven Nachfrage der Wirtschaftssubjekte ab, deren Verhalten wohl beeinflusst, nicht aber gelenkt werden kann. Wenn also der Preisstand gewahrt werden soll, muss gerade auf die mögliche Reaktion der Nachfrager Rücksicht genommen werden. Nun herrscht aber ziemlich übereinstimmend die Auffassung, dass sich Preise und Löhne jeweils in gleicher Richtung bewegen, wenn auch je nach Konjunkturlage in zeitlicher und gradueller Abstufung. Immerhin ergibt sich aus dieser Beziehung und Unterordnung für das Postulat der Lohnflexibilität eine nicht zu übersehende Einschränkung, die in unsern folgenden Ausführungen stets mitberücksichtigt werden muss.

5) Vgl. A. Amonn, a. a. O., S. 64 ff.; V. F. Wagner, Kollektive und kollektivvertragliche Lohnbildung, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1947, S. 399; M. Weber, Volkswirtschaftliche Probleme der Produktivität und der Lohnpolitik, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1954, S. 286 f.

6) H. Gestrich, a. a. O., S. 159.

Da auch der Arbeitsmarkt selbst beim Bestehen freier Konkurrenz höchst unvollkommen funktioniert, indem nebst andern institutionellen Faktoren der Arbeiter sich gegenüber dem Unternehmer beim Abschluss des Arbeitsvertrages in einer wesentlich schwächeren Stellung befindet, so ist infolgedessen die geforderte Anpassungsfähigkeit der Löhne nur in beschränktem Ausmass gegeben.

Um die daraus für den Arbeitnehmer ergebenden Nachteile zu beheben und insbesondere die anomale Reaktion des Arbeitsangebotes bei sinkenden Löhnen aufzufangen, zieht Eucken eine an sich nicht konforme Festsetzung von Mindestlöhnen in Erwägung⁷. Ein angemessenes und existenzsicherndes Einkommen des Arbeiters durch gesetzlich festgelegte Minimallöhne erreichen zu wollen, ist für Alexander Rüstow aber „Kommandowirtschaft“ und Ausdruck einer „puerilen Lohnpolitik“⁸. Vernünftig wären nach seiner Auffassung statt dessen „staatliche Lohnzuschüsse bei konjunktureller Unterschreitung der Mindestlohngrenze, Aufbringung dieser Zuschüsse und der Arbeitslosenunterstützungen nach dem Versicherungsprinzip durch teilweise Abschöpfung der Überlöhne bei Hochkonjunktur“⁹.

Nun gilt aber auch für die Arbeitsmärkte das neoliberale Prinzip des ‚wettbewerbsanalogen‘ Verhaltens der dort auftretenden monopolistischen Gruppen und Verbände. „Gerade, wenn man dem Gedanken zustimmt, dass menschliche Arbeitskraft nicht als Ware behandelt werden darf, muss man monopolistische Missbräuche auf den Arbeitsmärkten zu vermeiden suchen. Sobald z. B. Gewerkschaften ihre eigentliche Funktion verlassen und durch solche Einrichtungen wie den ‚closed shop‘ den Zugang zum Arbeitsmarkt für Nicht-Mitglieder sperren, sollten sie unter Kontrolle gestellt werden“¹⁰. Es geht den Neoliberalen in allererster Linie um die Schaffung einer richtigen Form des Arbeitsmarktes. Jeder, der tauschen will, soll zum Zuge kommen. Ausbeutung und Ausschluss sollen verhindert und jeder Vermachtung soll entgegengewirkt werden, weil sie sich nur um des eigenen Vorteils willen breitmacht. Zwischen den Partnern herrsche ein Gleichgewicht, dass eine allseits befriedigende Vereinbarung ermöglichen soll.

Eucken billigt den Gewerkschaften auch grosse Verdienste zu. Das Angebot an Arbeit wurde verringert und dessen Elastizität erhöht. „Damit sind auch gewisse strukturelle Nachteile wie fehlende untere Kostengrenze des Lohnes und anomale Reaktion des Angebots von Arbeit beseitigt oder doch wenigstens abgeschwächt worden“¹¹. Die positive Funk-

7) Grundsätze ..., S. 304, 322.

8) Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, a. a. O., S. 136.

9) A. a. O., S. 137.

10) W. Eucken, a. a. O., S. 295.

11) Ebenda, S. 322.

tion der Gewerkschaften als monopolartige Organisationen wird keineswegs übersehen. Sie können, wie Eucken sagt, im Rahmen einer Wettbewerbswirtschaft Institutionen eines wirklichen Ausgleichs sein¹². Dies bedingt aber eine ordnungspolitische Entscheidung zugunsten der Wettbewerbswirtschaft und ein Handeln, das die eigenen Postulate unter dem gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkt vertritt und der Interdependenz des wirtschaftlichen Geschehens Rechnung trägt. „Hier tritt die wirtschaftliche Macht nicht in Widerspruch zur Wettbewerbsordnung. Aber Gewerkschaften werden zu Machtkörpern, welche die Wettbewerbsordnung gefährden, wenn sie die Löhne darüber hinaus zu treiben versuchen oder die Beweglichkeit der Arbeiter beeinträchtigen“¹³.

Die Flexibilität der Löhne nach oben erscheint daher ausgeprägter als diejenige nach unten. Mit dem konjunkturellen Aufschwung und dem Steigen der Preise infolge Verknappung der Produktionsmittel erstarkt die Machtstellung der Gewerkschaften und die Gefahr ihrer Ausnützung. Gleichzeitig erlahmt auch der Widerstand der Unternehmer angesichts ihrer erhöhten Gewinne und dem Bestreben, Lohnstreitigkeiten aus dem Wege zu gehen¹⁴. „Solange die Industrie glaubt, dass, wenn nötig, eine inflationistische Geldpolitik die Weiterwälzung erhöhter Arbeitskosten auf den Konsumenten auch ohne Absatzverminderung erleichtern wird, wird sie wenig Veranlassung sehen, die Kosten und Unbequemlichkeiten von Lohnkämpfen auf sich zu nehmen“¹⁵. Wenn die Arbeit knapp ist, sind nicht nur die Gewerkschaften sehr mächtig, sondern auch die Arbeitgeber werfen ihr Gewicht in die Waagschale steigender Löhne¹⁶, indem sie mittels Lohnüberbietungen ihren Arbeiterbestand zu erhöhen versuchen. Dadurch wird aber die inflationäre Tendenz verstärkt, weil mit dem Geldlohn die Preise steigen und sich infolgedessen der reale Effekt verflüchtigt, so dass die Arbeiter daraus kaum einen Vorteil ziehen, es sei denn auf Kosten all jener, die Renten und feste Einkommen beziehen und deren Kaufkraft dadurch absolut reduziert wird¹⁷.

Da die Neoliberalen bestrebt sind, eine gewisse Preisstabilität zu wahren, befürchten sie insbesondere im konjunkturellen Aufschwung von der gewerkschaftlichen Lohnpolitik, dass diese durch ihre Forderungen die Preise der Lohngüter in die Höhe treibe und damit die Inflation herbeiführe. Bei der einmal unvermeidlich rückläufigen Bewegung der konjunkturellen Wechsellaage mit sinkenden Preisen dürften sich dann die Löhne,

12) Ebenda.

13) Ebenda, S. 323.

14) H. Gestrich, a. a. O., S. 158.

15) H. v. Beckerath, a. a. O., S. 123.

16) J. Robinson, *Essays in the Theory of Employment*, S. 15.

17) Vgl. M. Kalecki, a. a. O., S. 84.

die üblicherweise nur langsam und erst allmählich zu folgen pflegen, als zu hoch erweisen und damit die Konkurrenzfähigkeit der davon betroffenen Wirtschaftszweige, besonders die des Aussenhandels, ernstlich gefährden¹⁸.

Diese relative Starrheit der Löhne nach unten ist denn auch der Stein des Anstosses und infolgedessen Gegenstand heftiger Kritik von neo-liberaler Seite. Wenn sie auch nicht mehr als die Ursache der Arbeitslosigkeit gilt, so doch als ein die Anpassung verzögerndes Hindernis auf dem Weg zum Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung. Die Neoliberalen vertreten denn auch folgerichtig die Auffassung, dass, wenn eine genügende Beweglichkeit der Produktionsfaktoren und die nötige Elastizität der Löhne und Preise gegeben wären, die Nachfrage auf lange Sicht hinreichen würde, alle überhaupt Beschäftigung suchenden Produktivkräfte in den Produktionsprozess einzugliedern. Sie vereinfachen jedoch die realen Probleme allzusehr und werden daher in ihren theoretischen Lösungsversuchen den sich zeigenden Schwierigkeiten keineswegs gerecht; denn derartige Anpassungsprozesse nach unten dürften unter Umständen langwierig und ausserordentlich verlustreich sein und zweifelsohne die Gefahr einer politischen und soziologischen Transformation der bestehenden Ordnung und Verhältnisse heraufbeschwören.

Diese Gefahr bestünde insbesondere dann, wenn die Lohnreduktion von einer entsprechenden Verminderung der effektiven Gesamtnachfrage gefolgt wäre. Pigous Modell¹⁹, das diesen Sachverhalt berücksichtigt und dem nach seines Verfassers eigener Meinung bloss theoretische Bedeutung zukommt, ist nun die Besonderheit eigen, dass es einen Gleichgewichtsstand bei allgemeiner Unterbeschäftigung verneint und den Ausgleich über eine im Verlauf des deflationären Prozesses abnehmende Sparneigung bei gleichzeitig zunehmender Konsumquote wieder herstellt. Hierbei setzt Pigou voraus, dass durch eine entsprechende Bankpolitik die Geldmenge konstant gehalten werde. Wenn nun das Einkommensniveau sinkt, so nimmt der reale Wert der Spar- und Kassenbestände zu, weil die Preise stärker und rascher fallen. Da die Erlöse die Kosten nicht mehr zu decken vermögen, werden weitere Arbeitskräfte freigesetzt, die infolge der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt die Lohnsätze und damit die Preise weiter herabdrücken. Die normalerweise wirksamen Sparmotive treten nun aber unter dem Druck subsistenzuell notwendiger Bedürfnisbefriedigung und dem Kaufanreiz des erhöhten Realwertes der Kassenbestände und Sparguthaben der Wirtschaftssubjekte immer mehr zurück. Es wird in der Folge immer

18) Vgl. V. F. Wagner, a. a. O., S. 394.

19) The Classical Stationary State, in: Economic Journal, December 1943, S. 343 ff.; vgl. H. G. Bieri, Entwicklung und Stand der Theorie von Keynes, in: Festschrift für A. Amonn, S. 376 ff.; E. Schneider, a. a. O., S. 159.

weniger gespart werden können und infolgedessen konsumiert werden müssen, was letztlich den Umschwung herbeiführt, indem über die vermehrten Verbrauchsausgaben ein expansiver Effekt ausgelöst wird.

Haberler erklärt den an sich gleichen Vorgang deflationärer Preis-Lohn-Spirale auf dem Umweg über die Liquiditätspräferenz, indem er darauf hinweist, „dass mit dem Fortschreiten der Kontraktion die Banken und Einzelunternehmen immer liquider werden. Die Geldhorte wachsen sowohl ausgedrückt in Geld als auch noch mehr — da die Preise sinken — in Kaufkraft ausgedrückt. Es ist jedoch klar, dass dieser Prozess beschleunigt werden wird, wenn die Löhne reduziert werden und die Preise um mehr fallen, als sie es ohne Senkung der Löhne tun würden. Mit andern Worten: Das Sinken der Geldlöhne und Preise reduziert das Umsatzvolumen, welches das Geld in der Vermittlung des Austausches von Gütern und Diensten auf den verschiedenen Produktionsstufen zu vollführen hat. In dieser Hinsicht wird das Geld in seiner Beschäftigung freigesetzt und für das Horten verfügbar. *Pari passu* mit dem Sinken der Preise steigen die bestehenden Geldhorte, und der Punkt wird früher oder später erreicht werden, wo sogar die vorsichtigsten Individuen eine unwiderstehliche Versuchung ankommen wird, mit Horten aufzuhören und zu enthorten“²⁰.

Es wird ferner angenommen, dass die Zinssätze in der Folge dermassen fallen werden, dass nach Überschreiten des konjunkturellen Tiefpunktes mit einer anregenden Wirkung auf die Investitionstätigkeit gerechnet werden darf. Es liegt nun nahe, daraus zu folgern, dass je schneller Löhne und Preise sinken, der untere Wendepunkt erreicht und die Deflation überwunden wird. Da jedoch selbst starke Preisniveausenkungen, die übrigens gegen das neoliberale Prinzip der Wahrung eines gewissen Preisstandes verstossen, keinesfalls sicher die Liquiditätsneigung zu befriedigen vermögen und infolgedessen auch geringe Verschiebungen um so weniger in Betracht fallen, ist der praktische Wert darauf basierender wirtschaftspolitischer Schlüsse und Empfehlungen gering, wenn nicht gar illusorisch.

Dieser sich automatisch abwickelnde Prozess wird ohne Zweifel irgendwo und irgendwann zur Ruhe kommen. Es fragt sich aber, ob nicht auch ein kürzerer und bequemerer Weg zum Ziele führt, ohne dabei den Wettbewerb zu verfälschen und die Wirtschaftsordnung zu verletzen. Röpkes kompensatorische Kreditexpansion im Falle einer sekundären Deflation ist beispielsweise eine der möglichen Interventionen, mit der dieser kumulative Schrumpfungsprozess aufgehalten und umgebogen werden soll. Ein gewisses Mass von Biegsamkeit wird wohl allgemein gewünscht, denn es wird als recht und billig empfunden, dass all jene, die während der Konjunktur am Zuwachs des Sozialprodukts partizipieren, im Niedergang sich

20) Prosperität und Depression, S. 384 f.

der Kontraktion entsprechend bescheiden und so an der Einkommensschrumpfung ebenfalls teilhaben.

Die institutionell bedingten Unvollkommenheiten des Arbeitsmarktes tragen wesentlich dazu bei, diesen bei voller Flexibilität der Löhne und Preise möglicherweise unvermeidlichen kumulativen Deflationsprozess, der auch auf neoliberaler Seite als unerwünscht und sinnlos gilt, zu verhindern. Die Neoliberalen halten aber die vorhandenen Hemmungen auf dem monopolistisch durchsetzten Arbeitsmarkt oft als zu weitgehend und bangen deshalb um den konkurrenzmassig funktionierenden Preismechanismus, dem sie bekanntlich als Koordinationsstelle der Marktwirtschaft primäre Bedeutung beimessen.

C. Kollektive Lohnbildung

Es mag ein Nachteil der organisierten Interessenpolitik sein, dass sie der postulierten Lohnflexibilität zu sehr entgegenarbeitet. Dennoch sind in Wirklichkeit die Löhne nicht völlig starr, wie schlechterdings angenommen wird. „Unter dem Druck der Arbeitslosigkeit werden die Lohnsätze, wenn auch nicht in einheitlicher Weise, herabgesetzt, und die Preise passen sich wahrscheinlich an. Das Gleichgewicht wird dann teils durch eine Verminderung der Beschäftigung, teils durch ein von dieser Verminderung selbst hervorgerufenen Sinken der Geldvergütungen an die Produktionsfaktoren wieder hergestellt“²¹. Dies erklärt sich auch aus der Tatsache, dass die Tariflöhne in der Regel Minimalsätze sind, die im Aufschwung überschritten und im Rückschlag sukzessive wieder abgebaut werden, ohne diese faktische Senkung in den Tariflöhnen selbst sichtbar zu machen²². Es handelt sich hierbei um Zulagen, die je nach der Lage mehr oder weniger freigiebig zugebilligt werden können. Darunter fallen auch die Sozialleistungen und die Verkürzungen der Arbeitszeit, soweit diese die Arbeitskosten erhöhen²³.

Es lässt sich jedoch nicht leugnen, dass die Löhne nach unten weniger beweglich sind als nach oben²⁴. Dies ist sicher eine Folge dieser Tariflöhne, die in Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften auf der einen Seite und den Unternehmerverbänden auf der andern Seite, möglicherweise unter Mitwirkung der öffentlichen Hand, vertraglich festgesetzt werden.

21) F. A. Burchardt, a. a. O., S. 33.

22) V. F. Wagner, a. a. O., S. 403.

23) M. Weber, a. a. O., S. 278.

24) Vgl. G. Haberler, Bemerkungen zum gegenwärtigen Stand der Konjunkturtheorie, in: Festschrift für A. Amonn, S. 228; Prosperität und Depression, S. 229.

Gerade weil der marktkonforme Lohn nichts darüber aussagt, ob er auch ein auskömmlicher Lohn ist, kann hier der Entwicklung gar nicht völlig freier Lauf gelassen werden. Es wird sich denn auch darum handeln müssen, einerseits ausreichende Sicherheit zu gewähren, ohne andererseits den Willen zur Anpassung an veränderte Situationen zu lähmen²⁵.

Die Grenzproduktivität der Arbeit ergibt nach v. Stackelberg einen „Normallohn“ als „Vergleichsgrösse, deren auch die Politik nicht entraten kann, wenn sie über die Lohngestaltung Entscheidungen zu treffen hat“²⁶. Daher wird auch „bei freien Verhandlungen . . . der Druck beschäftigungsloser Arbeitssuchender im Falle der Arbeitslosigkeit und die Dringlichkeit der Nachfrage nach Arbeitskräften im Falle eines Arbeitermangels dafür sorgen, dass die Tariflöhne in ihrer Höhe nicht wesentlich von den Löhnen abweichen, die bei völliger Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zustande kämen. Das gilt auch dann, wenn die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter staatlicher Aufsicht und unter gewisser staatlicher Einflussnahme stattfinden“²⁷. Marbach bezeichnet diesen Vorgang als „Seilziehen“ im „intermarginalen Raum“ zwischen „Existenzminimum“ und „Grenzproduktivität um den Anteil am Totalprodukt der Wirtschaft an Waren und Leistungen“²⁸.

Damit ist keineswegs alles gesagt; denn beide Äusserungen beziehen sich auf eine bestimmte wirtschaftliche Lage und die ihr entsprechenden Verhältnisse. Was für uns hier wichtig ist, besteht in der Tatsache, dass auf diese Weise die kollektive Lohnbildung dazu beiträgt, stärkere Lohnsenkungen im Falle von Arbeitslosigkeit zu verhindern. Gerade „diese Tatsache ist aber für das Funktionieren des Gleichgewichtsmechanismus positiv zu bewerten, weil ohne die Einschaltung hemmender Faktoren für die Abwärtsentwicklung der Löhne bei jeder grösseren Arbeitslosigkeit, deren Aufsaugen Zeit in Anspruch nimmt, ein Abgleiten des Lohn- und Preisniveaus in bedenklichem Ausmass zu befürchten wäre“²⁹.

D. Begrenzte Lohnflexibilität

Wenn Keynes nun demgegenüber die Erhöhung und Erhaltung der wirksamen Gesamtnachfrage befürwortet und dies durch eine expansive Geld- und Kreditpolitik zu erreichen versucht, so muss das bei unvermeid-

25) E. Dürr, a. a. O., S. 124.

26) Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, S. 277.

27) H. Rüstow, a. a. O., S. 255.

28) Verhandlungsbericht der Tagung der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft vom 19./20. September 1947 in Montreux, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1947, S. 442.

29) H. Rüstow, a. a. O., S. 256.

lich steigenden Preisen im Aufschwung zu sinkenden Reallöhnen führen. Demnach ist die Nachfrage nach Arbeit eine Funktion der Reallöhne, nicht aber der Geldlöhne, die angesichts der Gewerkschaften nach unten wenigstens für nicht beweglich genug gehalten werden³⁰. „Ob der Arbeiterklasse das Zwangssparen aufgebürdet werden kann, hängt allerdings davon ab, ob der Lebensstandard der Arbeiterklasse bei Beginn der Inflation so hoch war, dass er eine Senkung zulässt, ohne die Arbeitsfähigkeit der besagten Klasse zu ungünstig zu beeinflussen“³¹.

Wenn wir aber annehmen, dass die Arbeiter nicht auf ihren Geldlöhnen, sondern auf den Reallöhnen bestehen, so folgt daraus, dass die Erhaltung oder Erhöhung der monetären Gesamtnachfrage sich in einer inflationären Preissteigerung erschöpft, ohne dadurch den Beschäftigungsstand merklich zu heben. Je mehr Löhne und Gehälter sich durch Bindung an den Kostenindex der Lebenshaltung automatisch mit den erhöhten Preisen verändern, um so weniger zusätzliche Beschäftigung wird eine gegebene Geldinjektion mit sich bringen. Die gleitende Lohnskala stellt dann die Anpassung der Nominallöhne an die Preisbewegung her und vereitelt dadurch die über eine Reallohnsenkung mittels Zwangssparen erstrebte Kapitalvermehrung. Um aber die weitere Steigerung der Indexziffern zu vermeiden und damit möglichen Lohnforderungen von seiten der Gewerkschaften zuvorzukommen, erscheinen Preiskontrollen und Rationierung der Lohngüter als unumgänglich³². Durch eine verschärfte Mengenkontrolle kann der Reallohn gar noch gesenkt werden, wenn dies zur weiteren Ausdehnung der Kapitalgüterindustrie erforderlich sein sollte. Die dank direkt quantitativer Kontrollen zurückgestaute Inflation ist dann Ergebnis und Ausdruck dieser Politik der ‚Vollbeschäftigung um jeden Preis‘.

Diese relative Erstarrung der Geldlöhne und mögliche Fixierung der Reallöhne im Gefolge der Vollbeschäftigungspolitik verhindert nach der Auffassung der Neoliberalen die von ihnen stets als notwendig hervorgehobene Möglichkeit der Anpassung der Produktionsfaktoren an die sich verändernden wirtschaftlichen Verhältnisse und Bedingungen. Denn „solange der Arbeiter in seiner laufenden Beschäftigung mit seinem gewohnten Geldlohn rechnen kann, wird er verständlicherweise zögern, sich zu verändern. Selbst wenn die gleichbleibenden Löhne ein geringeres Realeinkommen bedeuten, wie es unter einer Expansionspolitik, die die Anpassung völlig durch Erhöhung mancher Löhne ohne gleichzeitige Erniedrigung anderer zustande zu bringen sucht, unvermeidlich wäre, würde die Ge-

30) Vgl. J. M. Keynes, a. a. O., S. 7 ff., 12 f., 223, 245; F. A. Lutz, a. a. O., S. 254 f.

31) C. Bresciani-Turroni, Der Meinungsstreit um die italienische Wirtschaftspolitik, a. a. O., S. 90.

32) F. A. Lutz, a. a. O., S. 255 ff.

wohnheit, in Geldlöhnen zu denken, ein solches Sinken der Reallöhne seiner Wirksamkeit grösstenteils berauben“³³.

Die allmähliche Neuverteilung der Produktionsmittel auf die veränderten Verwendungsmöglichkeiten wird damit also verzögert und auf einen spätern Zeitpunkt hinausgeschoben, wodurch die mit der Umschichtung verbundene Arbeitslosigkeit der Stärke der Störung entsprechend grösser im Ausmass und länger in der Dauer sein dürfte. Der einzige Weg, diese immer fällige Verteilung zu ermöglichen, führt daher für die Neoliberalen über den unbehinderten Markt, der unter Bedingungen funktionieren soll, die ein stabiles Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot herbeizuführen vermögen. Es versteht sich daher, dass eine gewisse Biegsamkeit der Löhne und Preise für unumgänglich notwendig gehalten wird. „Es wäre jedoch falsch“, sagt Haberler, „jede Form von Monopol oder jede Abweichung von freier Konkurrenz als mit Preis- und Lohnbeweglichkeit unvereinbar zu erklären“³⁴.

Diese Marktsituation, die wohl in gewisser Hinsicht geordnet und reguliert werden kann, in einem gewissen Sinne dennoch unvollkommen bleiben wird, erklärt auch, dass von einer weitreichenden und kurzfristigen Flexibilität der Löhne nicht gesprochen werden kann. Sie ist aber in einem Ausmass erwünscht, die es dem Markt erlaubt, seine zentrale Funktion unverfälscht zu erfüllen. „Einer freien Lohnentwicklung kommt in jedem Falle eine positive Bedeutung zu, gleichviel, ob es sich um die Aufwärtsentwicklung der Löhne bis zur äussersten für das wirtschaftliche Gleichgewicht tragbaren Grenze oder um einen Lohndruck in entgegengesetzter Richtung bei Überschreitung dieser Grenze handelt. Dass nämlich die Investition nicht nur den zur Vollbeschäftigung erforderlichen Grad erreicht, sondern anderseits auch nicht über dieses Mass hinaus gesteigert wird, setzt voraus, dass die Arbeitgeber durch die Lohnforderungen der Arbeitnehmer gezwungen werden, stets den höchsten Lohn zu zahlen, der, ohne Arbeitslosigkeit zu verursachen, möglich ist“³⁵.

Als gefährlich, weil investitionshemmend, wird eine, verglichen mit der durchschnittlichen Produktivitätssteigerung, zu starke Erhöhung der Löhne im konjunkturellen Aufschwung angesehen. Es ist nun aber schwer zu sagen, ob in Wirklichkeit die unbehinderte oder manipulierte Lohnbildung mehr zu dieser Entwicklung beiträgt oder beitragen würde. Die kollektivvertraglichen Lohnvereinbarungen besitzen ohne Zweifel ihrer zeitlichen

33) F. A. Hayek, Vollbeschäftigung, Planwirtschaft und Inflation, a. a. O., S. 190.

34) Bemerkungen zum gegenwärtigen Stand der Konjunkturtheorie, a. a. O., S. 240.

35) H. Rüstow, a. a. O., S. 256 f.

Befristung wegen eine gewisse stabilisierende Wirkung. Ob und inwieweit dieses jedoch in spätern Abmachungen durch erhöhte Forderungen wettgemacht wird, ist eine Tatbestandsfrage. Wie dem auch sei, die Nachfrageseite ist am Endergebnis nicht unbeteiligt.

Es geht auch hier nicht um ein Entweder-Oder, sondern um das Ausmass der postulierten Lohnflexibilität. Daher ergibt sich die scheinbar paradoxe Situation, dass gerade in dieser Phase die Neoliberalen die Beweglichkeit der Löhne als zu stark und weitreichend betrachten und dementsprechend ihre zeitgerechte und angemessene Eindämmung anstreben. „Im langfristigen Durchschnitt ... kann und soll der Nominallohn im Interesse der Preisstabilität ungefähr der Produktivität der Arbeit entsprechend steigen. Unter der notwendigen Elastizität des Lohnes ist also bei einem einigermaßen kontinuierlichen Verlauf der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung nur ein mehr oder weniger schnelles Tempo des Lohnanstieges zu verstehen, der je nach der Situation beschleunigt oder verlangsamt und manchmal durch verstärkten Lohndruck ganz abgestoppt werden muss“³⁶.

Es ist bestimmt richtig, dass Lohnerhöhungen im Ausmass der Produktivitätssteigerung dazu beitragen, den Preisstand zu wahren und eine „Hypertrophie der Investitionen“ zu verhindern³⁷. Es mutet aber etwas zu optimistisch an, wenn Hanns Rüstow meint, dass unter der notwendigen Flexibilität im allgemeinen nur eine den Umständen entsprechende Verlangsamung oder Beschleunigung des Lohnanstieges zu verstehen sei. Die Lohnsenkung wäre dann eine bloss relative, indem die Zuwachsrates des Lohnsatzes den gegebenen Verhältnissen entsprechend vermindert oder für bestimmte Perioden gar ausbleiben würde. „Aber selbst durch die geschickteste Politik ist eine Senkung des Niveaus der Reallöhne nicht immer zu vermeiden, wenn man nicht Arbeitslosigkeit in gewissem Umfang in Kauf nehmen will“³⁸. Die Reallohnsenkung kann beispielsweise dadurch verursacht sein, dass sich die Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland verschuldet hat und dies nun durch gesteigerte Exporte, verminderte Importe oder beides zusammen wieder auszugleichen versucht. Für den heimischen Bedarf sind infolgedessen weniger Güter verfügbar, was einer absoluten Lohnsenkung gleichkommt. Röpke hält fallende Lohnsätze allerdings nur dann für zumutbar, wenn der Arbeiter durch eine entproletarisierte oder verbäuerlichte, einigermaßen standfeste Existenz gesichert ist³⁹.

Die Löhne brauchen jedoch nicht allzu tief zu fallen, wenn das vermehrte Arbeitsangebot durch öffentliche Arbeiten wieder in den Pro-

36) Ebenda, S. 258.

37) Ebenda, S. 268; vgl. G. Haberler, Prosperität und Depression, S. 137.

38) G. Haberler, Konvertibilität der Währungen, a. a. O., S. 37.

39) Die Gesellschaftskrisis ..., S. 86.

duktionsprozess eingegliedert und dadurch der Druck auf den Markt vermindert wird. Auf diese Art und Weise wäre es möglich, „die günstigen Wirkungen einer Politik der Lohnreduktion in ihrem Kostenaspekt zu konservieren und gleichzeitig die ungünstigen Wirkungen auszuschalten“, indem durch eine staatliche Defizitfinanzierung der deflationäre Prozess abgeschwächt oder verhindert würde und das Kaufkraftvolumen erhalten bliebe⁴⁰. Das, worauf es in erster Linie ankommt, ist somit die Stabilisierung der Lohnsumme, nicht die der Lohnsätze⁴¹.

Die Lohnflexibilität vermag einen Beitrag zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts bei Vollbeschäftigung zu leisten, keinesfalls aber das Problem allein zu lösen. „Vollkommene Flexibilität, die eine unmittelbare Angleichung der Löhne und Preise nach unten voraussetzt, sobald die Nachfrage sinkt, kann ein Unglück heraufbeschwören. Eine verzögerte, auswählende und gemässigte Angleichung würde jedoch genügen, um die strukturelle Preisflexibilität sicherzustellen, ohne schwerwiegende Unstabilität hervorzurufen“⁴².

Es dürfte klar geworden sein, dass die Lohnflexibilität nie eine absolute sein kann noch will. Ihre bloss relative Gültigkeit entspricht denn auch ganz den neoliberalen struktur- und konjunkturpolitischen Mitteln und Massnahmen, denen sie sich einordnet und durch die sie unterstützt wird. Eine isoliert-abstrakte, zu sehr an ein Modell gebundene Betrachtung vermag kaum die Komplexität und Problematik der realen Sachverhalte zu klären. Um so mehr ist es notwendig, gerade dieses Phänomen in seinen wirklichen Beziehungen zu sehen und zu verstehen. — Damit erübrigt sich auch eine bejahende oder verneinende Antwort auf die eingangs gestellte Frage, ob die Nachfrage nach Arbeit eine Funktion des Lohnes sei; denn es gibt keine, zumindest keine eindeutige.

7. Kapitel

Aussenhandel

Wenn wir bisher die wirksame Nachfrage nach Verbrauchs- und Investitionsgütern der Privaten und des Staates als einen der wesentlichen Bestimmungsgründe des Beschäftigungsgrades erkannten, so gilt es nun, diesen Begriff um den Export zu erweitern und diesen in Beziehung zum

40) G. Haberler, *Prosperität und Depression*, S. 233 f.; ferner ebenda, S. 386, 479 f.

41) A. Amonn, *Lohntheorie und Lohnpolitik*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 1947, S. 390.

42) G. Haberler, a. a. O., S. 480 f.

Import zu bringen. So wenig die Ersparnisse den Investitionen und die Staatseinnahmen den -ausgaben grössenmässig immer entsprechen, so wenig brauchen sich Ein- und Ausfuhr wertmässig zu decken. Je nach dem Überwiegen der einen über die andere und den Verschiebungen in andern Sektoren, die sich ausgleichend oder überkompensierend auszuwirken vermögen, kann das Beschäftigungsniveau steigen, fallen oder gleichbleiben. Isoliert betrachtet, kann der Aussenhandel sowohl beschäftigungsfördernd wie -hemmend wirken. Wie er der Vollbeschäftigung dienstbar gemacht werden soll, wird uns in diesem Kapitel beschäftigen.

A. Problem der Integration

Es ist folgerichtig, dass der Reformliberalismus an den Grenzen der marktwirtschaftlich geordneten Volkswirtschaft nicht haltmachen kann, sondern bestrebt sein muss, die Prinzipien seiner Wirtschaftsordnung auch im zwischenstaatlichen Güter-, Leistungs- und Kapitalverkehr zur Geltung zu bringen; denn die industrielle Wirtschaft, sagt Eucken, dränge zu grossen Märkten und zur internationalen Arbeitsteilung¹. Auch Röpke ist der Meinung, „dass eine Wirtschaftspolitik der Markt- und Wettbewerbswirtschaft den regulierenden Einfluss des ausländischen Wettbewerbs schlechterdings nicht entbehren“ könne². So „kann ein Land, das in der Marktwirtschaft die allein in Frage kommende Wirtschaftsordnung erkannt hat, auf die Dauer den Bereich des Aussenhandels von einer solchen Politik nicht ausschliessen, ohne dass angesichts der zentralen Bedeutung dieses Bereichs der marktwirtschaftliche Kurs auch im Innern immer unhaltbarer wird“³. Es ist demnach eine unerlässliche Bedingung, „dass einer Politik der Marktwirtschaft im Innern ein bestimmter Typus der Wirtschaftspolitik nach aussen entsprechen muss, der die Grundsätze der freien Marktwirtschaft auf den Aussenhandel überträgt...“⁴.

„Wenn wir sagen, dass die Marktwirtschaft internationale Weltwirtschaft bedeutet, so ist darunter diejenige internationale Wirtschaftsordnung zu verstehen, die allein dieses Namens würdig ist, d. h. eine solche, die die ‚Multilateralität‘, die ‚Interdependenz‘, die grundsätzliche Freiheit und Gleichheit, die innerhalb der Volkswirtschaften herrschen, auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen überträgt“⁵. Das bedeutet, dass eine Weltwirtschaft nur in der Form einer wirklichen internationalen Markt-

1) Grundsätze ..., S. 243.

2) Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?, S. 82.

3) Ebenda.

4) W. Röpke, Das deutsche Wirtschaftsexperiment, a. a. O., S. 288.

5) W. Röpke, Civitas humana, S. 388.

und Zahlungsgemeinschaft bestehen kann, mit einem Minimum an Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen und mit grundsätzlich freiem internationalen Verkehr, für Kapital und Arbeit.

Diese wirtschaftliche Integration bedeutet die Verknüpfung der wirtschaftlichen Tätigkeiten aller Einzelwirtschaften verschiedener Volkswirtschaften zu einem weitem übernationalen Verband mit gemeinsamen Interessen⁶. Es geht also um den Zusammenbau getrennter Teile zu einer Einheit⁷, die es ermöglicht und vorteilhaft macht, dass jedes Land und jedes Gebiet sich auf diejenigen Produktionszweige spezialisiert, für die es die relativ grösste Produktionsüberlegenheit besitzt und diejenigen Güter importiert, die andere Länder billiger, d. h. unter günstigeren Produktionsbedingungen produzieren können⁸. Dadurch kann jeder auf dem billigsten Markt einkaufen und auf dem teuersten verkaufen — getreu nach dem Grundsatz, dass die Mittel stets dort einzusetzen sind, wo die grössten Marktchancen bestehen.

„Dieser Gemeinschaft der Märkte, wie sie innerhalb einer Volkswirtschaft als selbstverständlich vorausgesetzt wird, entspricht im internationalen Wirtschaftsverkehr der Multilateralismus. Aber wie die in der Marktgemeinschaft zum Ausdruck kommende volkswirtschaftliche Integration eine freie Zahlungsgemeinschaft voraussetzt, so ist die oberste Bedingung des internationalen Multilateralismus eine internationale Zahlungsgemeinschaft, die durch die freie Konvertibilität der Währungen gewährleistet ist“⁹. Wirtschaftliche Integration manifestiert sich demnach in einem multilateralen Handelsverkehr mit konvertiblen Währungen. „So ist die Konvertibilität eine unerlässliche Voraussetzung für die Erreichung eines Maximums an Arbeitsteilung zwischen den handeltreibenden Staaten und somit auch für die Erreichung einer maximalen Weltproduktion“¹⁰.

Um diesen Zustand zu erreichen, fordern die Neoliberalen die Beseitigung der handelspolitischen Beschränkungen und über den gleichzeitigen Abbau der Devisenbewirtschaftung die Herstellung der integralen Konvertibilität. Sie weisen ferner darauf hin, dass mit der Ausdehnung des integrierten Wirtschaftsgebietes und der wachsenden Zahl gegenseitig tauschender Volkswirtschaften die jedem der Beteiligten zufallenden Vorteile — Steigerung der Produktivität und damit des Realeinkommens und die Hebung und Sicherung des Beschäftigungsgrades — grösser werden.

Die Neoliberalen sind offensichtlich der Auffassung, die reinen Wettbewerbsbedingungen auf den internationalen Handel übertragen zu kön-

6) Vgl. A. Amonn, Volkswirtschaftliche Grundbegriffe..., S. 31.

7) W. Taucher, Beschäftigungspolitik, S. 74.

8) G. Haberler, Konvertibilität der Währungen, a. a. O., S. 24.

9) W. Röpke, Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?, S. 83.

10) G. Haberler, a. a. O., S. 24.

nen. Sie haben dabei die klassische Aussenhandelstheorie vor Augen, die in ihrem automatischen Funktionieren sich kaum wesentlich vom Ablauf des Binnenhandels unterscheidet und messen demzufolge den realen Gegebenheiten eine zu geringe Bedeutung bei. So wird allzu leicht übersehen, dass die zu integrierenden nationalen und regionalen Wirtschaftseinheiten von verschiedener wirtschaftlicher, sozialer und politischer Verfassung und Struktur sind, die auch in ihrer technischen Entwicklung auf unterschiedlicher Stufe stehen¹¹. Was aber noch mehr ins Gewicht fallen dürfte, ist der Umstand, dass im internationalen Wirtschaftsbereich neben wirtschaftlichen auch politische Faktoren mitwirken, die zu beeinflussen dem Partner nicht möglich ist.

Da in Ermangelung einer zuständigen Exekutive für die Handeltreibenden zudem keine verbindlichen Massnahmen getroffen werden können, ist selbst die marktkonforme Intervention unmöglich und das regelrechte Funktionieren dieses Prozesses daher von der freiwilligen Kooperation der Beteiligten abhängig. Daher lässt sich für Hayek eine liberale Wirtschaftsordnung nur unter Berücksichtigung des strikten Zuordnungsverhältnisses wiederherstellen, was bedeutet, dass sich auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen und im politischen Leben ein liberaler Geist durchsetzen sollte¹².

Wenn aber selbst im volkswirtschaftlichen Bereich zur Erreichung der gesteckten wirtschaftspolitischen Ziele staatliche Interventionen unerlässlich sind, wieviel mehr dann im weltwirtschaftlichen. Es erscheint daher als inkonsequent, wenn hier die Neoliberalen auf freiwillige Zusammenarbeit vertrauen und allein bauen. Wir halten daher Tauchers Lösung¹³ für realistischer und aussichtsreicher. Nach ihr hat nur ein geplantes, zielstrebiges Handeln, bei einer entsprechend eingeschränkten Souveränität der einzelnen beteiligten Staaten, Aussicht auf Erfolg. Die Schaffung übernationaler Exekutivorgane als politische Verbindung könnte die wirtschaftliche vorantreiben und damit den Weg zur Integration verkürzen und die Umstellung erleichtern.

11) Vgl. T. Balogh, Die intern. Aspekte der Vollbeschäftigung, in: Vollbeschäftigung, S. 206. — Wir erinnern in diesem Zusammenhang an das Problem der aktiven und passiven Alimentierung, das von J. Schumpeter, Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte, in: Grundriss der Sozialökonomik, Abt. 1., 2. erw. Aufl., Tübingen 1924, S. 45, behandelt und neuerdings von A. Forstmann, Zur ausserwirtschaftlichen Nachkriegsproblematik, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 67, II, 1951, S. 68, 73, 93, wieder aufgegriffen wurde und verweisen auf die daraus sich ergebenden einseitigen Wertübertragungen zur Ausnützung der nationalen Produktivkräfte.

12) Neue Zürcher Zeitung, 1945, Nr. 1543.

13) A. a. O., S. 83 ff.

Die Neoliberalen übergehen ausserdem die Schwierigkeiten, die sich bei den Integrationsbestrebungen aus der Artverschiedenheit der Volks- und Weltwirtschaft zwangsläufig ergeben müssen. Während sich die eine aus sich selbst heraus gestaltet und bildet, wird die andere zusammengefügt und genormt¹⁴. Der Übergang von der einen zur andern ist daher weder fliessend noch reibungslos, weil er nicht bloss auf einer erweiterten Anwendung der für die Volkswirtschaft geltenden Prinzipien beruht. Denn im internationalen Bereich verbinden sich mit den wirtschaftlichen auch nationale Interessen, die dann der Integration eher entgegenwirken als ihr entsprechen. Es dürfte infolgedessen kaum genügen, das Problem durch eine übereinstimmende inländische Wirtschaftspolitik der am System beteiligten autonomen Länder zu lösen versuchen, wenn nicht gleichzeitig eine wirtschafts-politische Verbindung beschränkt-selbständiger Teile zu einem funktionsfähigen Ganzen einhergeht.

Die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Integrierung des Westens steht ausser Zweifel — um so mehr ihr auch im Rahmen einer Beschäftigungspolitik entscheidende Bedeutung zukommt. Hüben und drüben hat man dies erkannt und ihre Verwirklichung zur Aufgabe gemacht. Strittig ist jedoch das Vorgehen, nicht bloss in grundsätzlicher Hinsicht, sondern ebenso sehr bezüglich der Art und Wahl der Mittel, welchen wir uns im weitem zuwenden wollen.

Die hier angestrebte Ausführlichkeit in der Darstellung soll dazu beitragen, den Schritt von der theoretischen Erkenntnis zur praktischen Nutzanwendung, der zumeist grösser ist als schlechthin angenommen wird, als Realisation der neoliberalen Postulate in der aktuellen Auseinandersetzung mit den Gegebenheiten verstehen und würdigen zu können. Sie soll aber ausserdem den ordnenden Charakter der weltwirtschaftlichen Integrationsbestrebungen in Gestalt einer räumlichen Erweiterung der in der Marktwirtschaft geltenden Prinzipien aufzeigen und verständlich machen.

B. Liberalisierung des Aussenhandels

Unter Liberalisierung verstehen wir die Bestrebungen zur fortschreitenden Abschaffung der den internationalen Handel hemmenden wirtschafts-politischen Beschränkungen quantitativer, monetärer und administrativer Art. Es geht hierbei insbesondere um die Aufhebung von Einfuhr- und Ausfuhrverboten, die Erweiterung von Einfuhr- und Ausfuhrquoten, die Erleichterung von internationalen Zahlungen, die Ermässigung von Zöllen und die Abschaffung von diskriminierenden Verfahren aller Art im Grenz-

14) Vgl. E. Salin, Geschichte der Volkswirtschaftslehre, S. 187 f.

und Verwaltungsprotektionismus¹⁵. Die freiere Gestaltung der Aussenhandelsbeziehungen soll dazu beitragen, aus den Vorteilen der internationalen Arbeitsteilung den optimalen Nutzen ziehen zu können. Sie allein kann aber nicht zu einem multilateralen Handel führen; denn Liberalisierung und Konvertibilität müssen gleichzeitig erfolgen, indem sie sich gegenseitig stützen und einander als Voraussetzung dienen. Die Liberalisierung wäre solange fiktiv als der Devisenmarkt bewirtschaftet wird und die Konvertibilität wäre eine rein technische, nicht wirtschaftliche und daher ohne Einfluss auf die Güterströme, solange der Handel nicht liberalisiert ist.

Die Liberalisierung wird folglich in verschiedenen, den Aussenhandel erleichternden und fördernden Massnahmen bestehen und der Herstellung der Konvertibilität entsprechend stufenweise erfolgen. Insbesondere werden die Länder mit starker Zahlungsbilanzposition vorangehen müssen; denn je mehr diese die Einfuhr liberalisieren, um so leichter wird es für die übrigen, ihre Ausfuhr zu steigern und dadurch ihre Defizite zu mindern. Eine allgemeine Beseitigung der Restriktionen würde hingegen die Zahlungsbilanzungleichgewichte gerade dieser schwächeren Länder verschärfen, da voraussichtlich ihre Einfuhr stärker steigen würde als ihre Ausfuhr, so dass es für sie nicht leichter, sondern schwerer würde, die Konvertibilität einzuführen¹⁶.

Um diesen Übergang zu erleichtern, wird für die integrationswilligen Volkswirtschaften die Einführung eines „Präferenzzollsystems“ als zweckmässig gehalten¹⁷. Dadurch könnten nicht nur die noch verbliebenen „Zwischenzölle“ weiter abgebaut werden, sondern auch die verschiedenen Produktionszweige auf den gemeinsamen Markt ausgerichtet und den neuen Verhältnissen angepasst werden¹⁸.

Dennoch werden die Schuldnerländer weder um eine strukturelle Veränderung in der Produktion und im Güteraustausch noch die Gläubigerländer um ein diese Anpassung erleichterndes Verhalten herumkommen, weswegen Küng auch von einer „Symmetrie der Anpassungsmassnahmen“ spricht¹⁹.

So wird beispielsweise von den Vereinigten Staaten die Vereinfachung der Zollpraxis, die Abschaffung oder radikale Einschränkung der Ausweichklauseln (escape clauses) und ein jährlicher Abbau der Zölle um einen ge-

15) H. v. Beckerath, a. a. O., S. 214 f.

16) F. A. Lutz, Die Konvertibilitätsdiskussion, in: Die Konvertibilität der europäischen Währungen, S. 306 f.

17) W. Taucher, a. a. O., S. 82.

18) Ebenda, S. 83.

19) Wiederherstellung der Goldwährung?, in: Privat-Kommerzbank AG., Zürich Januar 1954, S. 23.

wissen Prozentsatz erwartet²⁰. Es versteht sich, dass Ausgleichszölle und Einfuhrquoten in einem minimalen Ausmass als unvermeidlich hingenommen werden müssen, da sie irgendeinem andern Zwecke dienen und mit dem Zahlungsbilanzausgleich nicht direkt zusammenhängen.

„Wesentlich aber scheint mir, dass bei Einführung der Konvertibilität zum mindesten der dann herrschende Stand der Liberalisierung beibehalten und in Richtung auf eine weitere Liberalisierung vorgegangen wird“²¹. Diese an sich bescheidene Zielsetzung wird dann verständlich, wenn man berücksichtigt, dass innerhalb der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) die Liberalisierung sich im erreichten Ausmass nur verwirklichen konnte, weil sie durch den Kreditmechanismus der Europäischen Zahlungsunion (EZU) gestützt wurde. Ausserdem verschieben die Regierungen bei Zolltarifermässigungen und Liberalisierung von Quoten nicht selten die Behinderung der Einfuhren auf das Gebiet der internationalen Zahlungen, um auf diese Weise die gefährdeten Zahlungsbilanzen im Gleichgewicht zu erhalten²².

Wo immer möglich ist die Erhebung von Zöllen der mengenmässigen Begrenzung der Einfuhr vorzuziehen. Der Staat erhöht dadurch nicht nur seine Einnahmen, sondern er begrenzt zugleich den Ermessensbereich der Verwaltung und ermöglicht ein freieres Handeln der Unternehmer. Diesem Sachverhalt gelten auch die Bestrebungen zur Ersetzung des bisherigen Liberalisierungskodex der OEEC durch eine neue Ordnung des Allgemeinen Zolltarif- und Handelsabkommens (GATT), welche Restriktionen und Diskriminierungen nur noch zum Schutz von militärisch wichtigen Produktionszweigen, gegen Länder mit chronischen Zahlungsbilanzüberschüssen und all jene vorsieht, die die geltenden Regeln missachten.

Aber selbst eine volle Liberalisierung gibt natürlich keine Garantie, dass die Zahlungsbilanz sich ausgleichen wird. Währungskonvertibilität und flexible Wechselkurse sollen das Ihrige beitragen, um auch im externen Bereich der Wirtschaft eine Gleichgewichtslage zu erreichen.

C. Herstellung der Konvertibilität

Die Konvertibilität gilt nach dem Gesagten als unerlässliche Voraussetzung eines multilateralen Weltwirtschaftssystems marktwirtschaftlicher Prägung mit unbehindert funktionierendem Preismechanismus und bedeutet

20) Vgl. P. Jacobsson, Die Konvertibilität der Währungen als realisierbares Ziel, in: Die Konvertibilität der europäischen Währungen, S. 72.

21) F. A. Lutz, Das Problem der Konvertibilität europäischer Währungen, in: ORDO-Bd. VI, 1954, S. 83.

22) H. v. Beckerath, a. a. O., S. 215.

heute allgemein, dass es jedem Besitzer von Devisen freistehen sollte, diese zum geltenden Wechselkurs in irgendeine andere Währung eintauschen und über sie frei verfügen zu können²³. Vollkommene, uneingeschränkte Konvertibilität behandelt In- und Ausländer gleich und differenziert auch nicht zwischen laufenden Transaktionen und Kapitalverkehr. Haberler weist darauf hin, dass nur eine integrale Konvertibilität die Vorteile einer möglichst freien Weltwirtschaft gewährleisten könne. Eine beschränkte wäre zwar besser als gar keine, schliesse aber die Gefahr eines Missbrauchs durch staatliche Übergriffe nicht völlig aus, da sie gezwungen sei, die Kontrollapparate beizubehalten²⁴.

Ausländer könnten dann ihre durch sichtbare und unsichtbare Exporte nach dem betreffenden Land erworbenen Guthaben jederzeit in jede andere Währung umtauschen. Dabei wird sich die Ausländerkonvertibilität zunächst auf die laufend erworbenen Guthaben beschränken müssen, währenddem die bereits bestehenden konsolidiert und einem Amortisationsplan unterworfen werden könnten. — Demgegenüber kann der Inländer jede andere Währung frei erwerben und ausführen. Die Inländerkonvertibilität erlangt aber erst dann reale Bedeutung, wenn die Einfuhr von quantitativen Restriktionen befreit ist²⁵.

Die Gelegenheit zur Einführung der Konvertibilität wird nun von den Neoliberalen übereinstimmend als günstig bezeichnet, da sich die wirtschaftliche Lage in der Nachkriegsperiode weitgehend normalisiert und stabilisiert hat. Der Nachholbedarf konnte gedeckt, die starke Liquidität daher, wenn auch bei steigenden Preisen, absorbiert und die Rationierung wie die Bewirtschaftung durch den Marktmechanismus ersetzt werden²⁶. Ausserdem sind die zur Überbrückung vorübergehender Zahlungsbilanzungleichgewichte erforderlichen Währungsreserven an Gold und Dollars ausserhalb der Vereinigten Staaten beträchtlich gestiegen²⁷. Sie nehmen sich jedoch — verglichen mit den Aussenhandelsvolumina — noch immer bescheiden aus.

Um die internationale Liquidität daher noch zu erhöhen, wurde auch vorgeschlagen, die Goldpreise in Dollars und andern Währungen hinaufzusetzen. Wenn es auch stimmt, dass die Kaufkraft des Goldes infolge der Preissteigerungen erheblich gesunken ist, so wäre damit den an Reserven schwachen Ländern wenig geholfen; denn die Stärkung käme beinahe ausschliesslich den Gold produzierenden und Gold besitzenden Staaten

23) Vgl. G. Haberler, a. a. O., S. 18.

24) Ebenda, S. 26.

25) Vgl. F. A. Lutz, a. a. O., S. 298 ff.

26) Dies gilt für eine Anzahl westeuropäischer Staaten, die unter Führung Grossbritanniens und mit Unterstützung der Vereinigten Staaten die Konvertibilität der Währungen anstreben.

27) Vgl. G. Haberler, a. a. O., S. 47; P. Jacobsson, a. a. O., S. 66.

zugute²⁸. Um so notwendiger erscheint daher die Äufnung eines Stabilisierungsfonds durch Beiträge der Vereinigten Staaten, des Internationalen Währungsfonds und eventuell anderer über hohe Reserven verfügender Länder²⁹.

Es wird allerdings auch die Meinung vertreten, dass nicht die Erfüllung aller Voraussetzungen abgewartet werden müsse, um die Konvertibilität einzuführen, da diese selbst ein Instrument des Zahlungsbilanzausgleichs darstelle. Immerhin muss gesagt sein, dass ohne genügende Aussicht auf Erfolg der Übergang zur Konvertibilität nicht gewagt werden darf. Hingegen gilt eine inflationsfreie Wirtschaftspolitik genereller, nicht physischer Massnahmen und eine interne finanzielle Stabilität als unbedingte Voraussetzung, auf die keinesfalls verzichtet werden kann. Dies bedeutet nun allerdings eine Beschränkung der Auswahl konjunkturpolitischer Mittel im Hinblick auf die zu gewährleistende Vollbeschäftigung.

Der Übergang zur Konvertibilität sollte auf breiter Front erfolgen. Dadurch würden die unvermeidlich eintretenden diskriminierenden Reaktionen und die möglichen Konvertierungsbegehren der Handelspartner mit inkonvertibler Währung in ihrer die Zahlungsbilanz belastenden Wirkung für jedes einzelne der daran beteiligten Länder vermindert. Die Gefahrenquellen für den Devisenbestand eines zur Konvertibilität übergehenden Landes bestehen in verschärften Einfuhrbeschränkungen und Nachfrageverschiebungen durch Länder mit weicher Währung und im Anwachsen der durch die eigene Liberalisierung ermöglichten Einfuhr fremder Güter³⁰.

Um diesen Schwierigkeiten besser begegnen zu können, wird es für zweckmässig gehalten, etappenweise vorzugehen und so eine wachsend vollkommener Konvertibilität zu realisieren. Auf eine solche Methode der Etappenfolge laufen in der Tat die meisten Pläne und Vorschläge hinaus, die Anspruch auf Wirklichkeitssinn erheben. — So verweist Röpke auf das schweizerische Beispiel, nach welchem dem Deviseninländer volle Konvertibilität gewährt wird, währenddem man die äussere Konvertibilität überall dort beschränkt, wo es sich um Angehörige von Staaten mit weicher Währung handelt³¹, mit denen die Schweiz infolgedessen in bi- oder plurilateralem Zahlungsverkehr steht.

Diese Bindung der Zahlungsmittel war notwendig, um die wirtschaftspolitische Diskriminierung abzuwehren und die eigene Exportkapazität

28) Vgl. G. Haberler, a. a. O., S. 33; W. Röpke, Wege zur Konvertibilität, in: Die Konvertibilität . . . , S. 108.

29) Vgl. F. A. Lutz, Geldpolitik und Wirtschaftsordnung, in: ORDO-Bd. II, 1949, S. 213 f.

30) Vgl. F. A. Lutz, Das Problem der Konvertibilität europäischer Währungen, a. a. O., S. 117.

31) A. a. O., S. 96 ff.

besser ausnützen zu können. Diese Abwehrmassnahmen fallen jedoch dahin, wenn immer ein solches Land die Diskriminierung seinerseits aufgibt und seine Währung härtet. — Es müsste aber ausserdem geprüft werden, wie das durch die ausgeprägte Gläubigerstellung verschiedener Staaten der EZU entstandene Problem der Schuldentilgung gelöst und wie durch eine Änderung der Statuten die Organisation zur Konvertibilität übergeführt werden kann³².

Ist die Währung einmal konvertibel und soll sie es bleiben, dann ist jede Form von Inflation zu bekämpfen, da diese zu einem Zahlungsbilanzungleichgewicht und zu einer Entwertung der Währung führen müsste. Dennoch sind Zahlungsbilanzschwierigkeiten kaum vermeidbar. Sie haben ihre Ursachen in Nachfrageverschiebungen, Verlust von Exportmärkten, Missernten und daher vergrösserten Importen. Da Preise und Kosten nicht die erforderliche Beweglichkeit besitzen, müssen zum Ausgleich auftretender Diskrepanzen die Wechselkurse flexibel gemacht werden³³. Haberler versteht darunter einen „frei schwankenden Wechselkurs, der durch Angebot und Nachfrage auf den freien Devisenmärkten bestimmt wird“³⁴. Da sich der richtige Wechselkurs nur annähernd durch Kaufkraftparitätenvergleiche errechnen lässt und auch ‚verschiebbare Festkurse‘, die bei fundamentalen Ungleichgewichten der Zahlungsbilanz verändert, im übrigen aber als starr verteidigt werden, das Gleichgewichtsproblem nur unbefriedigend zu lösen vermögen³⁵, muss er sich auf dem Markt frei einspielen können³⁶. Denn jeder irgendwie festgesetzte Wechselkurs wäre bestenfalls nur momentan richtig, nämlich genau solange als die zu seiner Berechnung verwendeten Daten gelten.

Wenn die Neoliberalen einen relativ stabilen Preisstand zu wahren wünschen, ist es nicht mehr als folgerichtig, dass sie die Wechselkurse als veränderlich annehmen³⁷. Da nun die Wechselkursfluktuationen vom jeweiligen Verhältnis des innern zum äussern Preisniveau abhängen, können diese indirekt zur relativen Stabilität des nationalen Preisgefüges beitragen³⁸. Es ist dabei ganz natürlich und selbstverständlich, dass saison-

32) Vgl. F. A. Lutz, a. a. O., S. 112 f.

33) Vgl. C. Bresciani-Turroni, a. a. O., S. 257; E. Küng, a. a. O., S. 22, nimmt den Wechselkurs als Aktionsparameter; F. A. Lutz, Die Konvertibilitätsdiskussion, a. a. O., S. 309 f.; H. Rittershausen, Vollbeschäftigung und Aussenhandelspolitik, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Neue Folge, Band 3, 1951, S. 177 f.; W. Röpke, a. a. O., S. 84, 89, 106.

34) A. a. O., S. 38.

35) Vgl. G. Haberler, a. a. O., S. 38; F. A. Lutz, Das Problem der Konvertibilität europäischer Währungen, a. a. O., S. 122; ferner: G. N. Halm als Gegenpart, a. a. O., S. 167 ff., 173 ff.

36) Vgl. C. Bresciani-Turroni, a. a. O., S. 261.

37) Ebenda, S. 247.

bedingte Verschiebungen der internationalen Güternachfrage durch Reserven ausgeglichen und neutralisiert werden³⁹, um damit zumindest eine kurzfristige Wechselkursstabilität zu gewährleisten⁴⁰. Andernfalls muss das Bilanzdefizit durch fallende Wechselkurse und je nach der Elastizität der auswärtigen Nachfrage mehr oder weniger steigende Exporte bei gleichbleibenden Importen ausgeglichen werden.

Die gegen flexible Wechselkurse erhobenen Einwände, wonach diese zu spekulativen Kapitalübertragungen anreizen und den Handel stören würden, werden nicht für stichhaltig genommen⁴¹. „Stabile Wechselkurse sind zweifellos eine Erleichterung für den Handel. Aber geringe Schwankungen — und mehr wäre (ausser in seltenen Notfällen) bei vernünftiger Währungs- und Wirtschaftspolitik nicht notwendig — sind für den Handel weit weniger unangenehm und störend als eine strenge Devisenzwangswirtschaft, die der einzige Ausweg wäre“⁴². Selbst um Erschütterungen, die eine rückläufige Konjunkturbewegung in den Vereinigten Staaten mit sich brächten, aufzufangen und auszugleichen, wären nach Haberler Wechselkurse, die im Verhältnis zum Dollar und Gold frei schwanken, die einfachste und wirksamste Politik⁴³. Es müsste dann allerdings verhindert werden, dass sich die Löhne bei fallenden Wechselkursen, der erhöhten Importgüterpreise wegen, ebenfalls anpassen, weil dadurch der auf die Verbesserung der Zahlungsbilanz zielende Effekt verringert würde. „Aber selbst wenn es nicht gelänge, Lohnerhöhungen ganz zu vermeiden, so werden sie doch nie die günstigen Wirkungen der Kursveränderungen auf die Ausfuhr ganz aufheben, da der Lebenshaltungskostenindex niemals um den ganzen Betrag der Kursänderung steigen wird, weil nur ein Teil der Waren, die im Budget des Arbeiters figurieren, aus dem Ausland kommt“⁴⁴.

Um die Gefahr einer unberechenbaren Kapitalflucht zu bannen, wird auch empfohlen, die Konvertibilität auf den Leistungsverkehr zu beschränken und die Kontrolle des Kapitalverkehrs beizubehalten. Eine Wirtschaftslage aber, die es erlaubt, zur Währungskonvertibilität überzugehen, sollte wenig Anlass bieten, Kapitalien in grossem Ausmass zu transferieren, es sei denn, ausserwirtschaftliche Beweggründe wären hiefür be-

38) A. Bosshardt, Von der Stabilität zur Flexibilität der Wechselkurse, in: Festschrift für A. Amonn, S. 201 f., 205.

39) C. Bresciani-Turroni, a. a. O., S. 247.

40) A. Bosshardt, a. a. O., S. 207.

41) Vgl. F. A. Lutz, Die Konvertibilitätsdiskussion, a. a. O., S. 322 f; ferner: R. Fischer, a. a. O., S. 68 f.

42) G. Haberler, a. a. O., S. 40.

43) Ebenda, S. 54; vgl. ferner: F. A. Lutz, Das Problem der Konvertibilität europäischer Währungen, a. a. O., S. 123 f.

44) F. A. Lutz, Die Konvertibilitätsdiskussion, a. a. O., S. 310 f.

stimmend. Sollte hingegen eine Kontrolle nötig sein, so könnte diese nach Eucken vom Bankensystem vorgenommen werden⁴⁵. Ohne näher auf das Problem der Kapitalflucht eingehen zu können, möchten wir doch darauf hinweisen, dass diese Art der Kontrolle nicht befriedigen kann, da diese Kapitalien gewöhnlich in Form von Unterfakturierungen im Warenverkehr abfließen⁴⁶, was daher nur durch einen speziellen Kontrollapparat bekämpft werden könnte.

Ausserdem ist gerade der kurzfristige internationale Kapitalverkehr einer der wesentlichen Mechanismen für das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz, ohne den der jeweilige Ausgleich durch Reservepolitik und Leistungsverkehr getragen werden müssten. Der internationale Kapitalverkehr ist auch für all jene von Nutzen, deren Ersparnisse zur Finanzierung der für Fortschritt und Beschäftigung erforderlichen Investitionen nicht mehr ausreichen und daher genötigt wären, diese durch inflationär wirkende Kreditexpansion decken zu müssen⁴⁷. Daher muss „die Wiederherstellung eines neuen internationalen Gleichgewichts auf Grundlage freier Konvertibilität ... die Freiheit des internationalen Kapitalverkehrs als schlechthin wesentliche Bedingung einschliessen“⁴⁸. Um jedoch den realen Gegebenheiten gerecht zu werden, sind für Sonderprobleme entsprechend gangbare Lösungen zu suchen.

Auch hier besteht die Einigkeit unter den Neoliberalen nur in bezug auf das Endziel, während über den zu beschreitenden Weg zur vollen Konvertibilität voneinander abweichende Auffassungen bestehen. Es ist daher nicht möglich, auf die Unzahl von geplanten und bereits realisierten Spielarten echter und unechter Konvertibilität einzugehen und die verschiedenen Stadien phänomenologisch zu beschreiben. Es sollte genügen, das Problem als solches im Rahmen des neoliberalen Systems beleuchtet zu haben, um die damit verbundenen Erwartungen, die insbesondere mit unserer Problemstellung zusammenhängen, im folgenden Abschnitt auf den Grad ihrer Erfüllbarkeit hin untersuchen zu können.

D. Multilateralität und Beschäftigungsgrad

Im Multilateralismus vervielfachen sich die Handelsbeziehungen und erweitert sich der Wirkungsbereich des Marktpreises. Dadurch wird der Zusammenhalt unter den am System beteiligten Volkswirtschaften geför-

45) Deutschland vor und nach der Währungsreform, in: Vollbeschäftigung..., S. 162.

46) R. Kamitz, Wirtschaftspolitik und Kollektivismus, in: Schweizer Monatshefte, Juni 1954, Heft 3, S. 132.

47) Vgl. P. Jacobsson, a. a. O., S. 63; W. Röpke, a. a. O., S. 80.

48) W. Röpke, a. a. O., S. 105.

dert, zugleich aber eine gegenseitige Abhängigkeit geschaffen. Aus dieser wirtschaftlichen Integrierung erwächst den nationalen Volkswirtschaften als Teile dieses neugebildeten Ganzen daher die Verpflichtung zur internationalen Zusammenarbeit und zur gegenseitigen Abstimmung ihrer wirtschaftspolitischen Massnahmen. Damit fallen Diskriminierungen und eine ‚Beggar my Neighbour Policy‘ als Ausdrucksformen einer nationalen Aussenhandelsautonomie aus dem Bereich wirtschaftspolitischer Methodik.

Es fragt sich nun, unter welchen Bedingungen und in welcher Weise der internationale Handel die Beschäftigung fördert und erhält. Dass der Aussenhandel für eine Volkswirtschaft lebenswichtig sein kann, zeigt sich deutlich und einleuchtend am Beispiel der Schweiz. Für sie bildet er eine der entscheidenden Bedingungen der Vollbeschäftigung. Die staatliche Förderung der Exportindustrie, sichtbar am Guthaben des Bundes gegenüber der EZU, kommt einer kompensatorischen Kreditexpansion zum Zwecke der Erhaltung des bestehenden Beschäftigungsgrades gleich. Da die Schweiz als betont aussenhandelsorientiert gilt, soll damit noch nichts bewiesen sein. Es geht aber auch nicht an, im umgekehrten Fall, auf die beinahe Bedeutungslosigkeit des Aussenhandels zu schliessen und infolgedessen eine binnenwirtschaftlich geförderte und begründete Vollbeschäftigung zu fordern.

Dieser Schluss zeigt sich auch dann als verfehlt, wenn bei betont binnenwirtschaftlicher Vollbeschäftigungspolitik die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen die gewünschten multiplikativen Konsekwitativwirkungen aufweisen, der endgültige Erfolg dieser Methode jedoch ausbleibt, weil es unterlassen wurde, für die Reproduktion und die Einfuhr der zur Weiterführung der Produktionsausdehnung erforderlichen Güter zu sorgen und hierfür ein angemessenes Gütersortiment für den Export bereitzustellen und abzusetzen⁴⁹. Die vor Erreichen des Vollbeschäftigungsniveaus auftretenden technischen Engpässe manifestieren sich dann in rasch steigenden Grenzkosten — ein Zustand, der, wie man annimmt, durch eine international ausgerichtete Wirtschaftspolitik sich je nach dem Mangelprodukt mehr oder weniger rasch bereinigen und möglicherweise sogar vermeiden liesse. Dadurch würde der Zeitpunkt des Überganges von der expansiven zur restriktiven Wirtschaftspolitik weiter hinausgeschoben und immer mehr Produktivkräfte könnten in den Wirtschaftsprozess eingegliedert werden⁵⁰.

Partielle Preissteigerungen als Folge knapp gewordener Produktionsfaktoren sind in der Marktwirtschaft nun gerade das Mittel, zusätzliche

49) Vgl. A. Forstmann, a. a. O., S. 112.

50) H. Rittershausen, a. a. O., S. 171; E. Schneider, Der gegenwärtige Stand der Theorie der Beschäftigung, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Neue Folge, Band 3, 1951, S. 30 f.

Produktivkräfte in die Engpassbereiche zu ziehen und sie zu erweitern. Theoretisch ist diese Beweisführung unbestritten. Es ist jedoch fraglich, ob die der Knappheit wegen erhöhte Nachfrage mengenmässig und rechtzeitig genug befriedigt werden kann.

Ganz allgemein darf wohl gesagt werden, dass für Länder mit hochentwickelter Industrie und begrenztem Inlandmarkt der Export zum Hauptträger der Konjunktur und Beschäftigung wird. Wenn Arbeitsteilung und Welthandel die Entstehung der Industriestaaten ermöglichten, können dann diese nicht durch Förderung gerade dieser ihrer Voraussetzungen erhalten und weiter entwickelt werden? Daher stützt sich die neoliberale Wirtschaftspolitik auf die internationale Arbeitsteilung und versucht, durch einen regen und ungehemmten Güter- und Leistungsaustausch deren Möglichkeiten auszuschöpfen. Deswegen ist sie übernational ausgerichtet und primär an der Steigerung des Volkswohlstandes interessiert und sekundär nach der Vollbeschäftigung orientiert.

Wäre es dann nicht folgerichtig, einen höhern Volkswohlstand auf Kosten einer gewissen Arbeitslosigkeit anzustreben, wenn bei Vollbeschäftigung ein relativ geringeres Ergebnis resultieren würde? Für Fisher ist dieses Problem ein Dilemma zwischen Fortschritt und Sicherheit. Er wählt dann auch die erste der beiden Möglichkeiten und verweist auf die organische Verbindung, die Sicherheit durch Fortschritt als Lösung schafft und gewährleistet⁵¹. Demgegenüber betont Beveridge, dass es in der Tat sinnlos wäre, durch den internationalen Handel Kräfte zu sparen, nur um sie in Arbeitslosigkeit zu vergeuden⁵².

Wir halten diese Formulierungen für überspitzt und daher gefährlich; denn auch für die Neoliberalen gibt es kein Entweder-Oder, sondern vielmehr ein Sowohl-als-auch. Es gibt auch in dieser Beziehung keine allgemeingültigen Aussagen für jede Lage. Daher ist auch die angeblich einzige mögliche „Wahl zwischen Vollbeschäftigung mit Aussenhandelskontrollen und Arbeitslosigkeit bei Freihandel“ eine recht fragwürdige wenn nicht gar verfehlte Alternative⁵³.

Nimmt die neoliberale Auffassung eine kausale Beziehung zwischen Aussenhandel und Vollbeschäftigung an, so kehren die Keynesianer das Verhältnis um und erklären den internationalen Handel als Wirkung der Vollbeschäftigung⁵⁴. Ergibt sich nun im konjunkturellen Verlauf des Wirtschaftsprozesses eine rückläufige Bewegung, so wird es kaum zu einem

51) A. a. O., S. 276.

52) Full Employment in a Free Society, S. 221.

53) Folgerungen, in: Vollbeschäftigung, S. 321.

54) T. Balogh, a. a. O., „Der Erfolg des Multilateralismus hängt von der Vollbeschäftigung ab, und nicht umgekehrt“, S. 245.

Konflikt zwischen multilateralem Handel und nationaler Vollbeschäftigungspolitik kommen, wie oft angenommen wird. Für diese darf die Aussenhandelsbilanz, die in diesem Fall defizitär würde, die Fortführung der Vollbeschäftigungspolitik nicht hindern⁵⁵, währenddem jenen dieser Vorgang ein Prozess der Anpassung und Umstellung ist, welcher mit der Veränderung der produktiven Kombination auch den Beschäftigungsgrad senkt. Doch auch der Anhänger der ‚neuen Theorie‘ „muss natürlich im Auge behalten, dass es auf längere Sicht wichtiger und nötiger sein wird, eine Verschiebung von Produktionsfaktoren aus veralteten in moderne Industrien herbeizuführen, als solche Verschiebungen wegen ihrer deflationistischen Wirkung zu verhindern“⁵⁶.

Die voneinander abweichenden Auffassungen beruhen auf der verschiedenartigen Definition der Arbeitslosigkeit — für die einen ist sie friktionell, für die andern hingegen strukturell bedingt. Entsprechend verschieden ist die Wertung, so dass der Begriff der Vollbeschäftigung je nach der Auffassung enger oder weiter zu interpretieren ist.

Selbstverständlich werden auch die Neoliberalen versuchen, die ausfallende auswärtige Nachfrage und die infolge ihrer multiplikativen Wirkungen damit verbundene Verminderung der effektiven Gesamtnachfrage durch eine Steigerung der heimischen Ausgaben für Konsum- und Kapitalgüter wettzumachen. Ausserdem entspräche es weltwirtschaftlicher Solidarität, die Importe uneingeschränkt beizubehalten und die eigenen Zahlungsbilanzdefizite durch vorhandene Reserven zu decken, um dem unter einer Depression leidenden Handelspartner wieder auf die Beine zu helfen. Defizite wären demnach nicht restriktiv über die Importe, sondern expansiv über den Export auszugleichen. Durch die Verlagerung der Ausfuhr auf Produkte mit preiselastischer Nachfrage liessen sich die Reserven erhalten, ohne das Schuldnerland unter Druck zu setzen und zum Widerstand in Gestalt von Vergeltungsmassnahmen zu reizen. Bestehende Diskrepanzen in der Zahlungsbilanz können zudem durch Kreditgewährungen des Gläubigerlandes überbrückt werden. Jedenfalls ist alles zu unterlassen, was auf lange Sicht zu einer Verminderung des Handelsvolumens, des Realeinkommens und damit der Beschäftigung beitragen könnte — insbesondere jede Einfuhrbeschränkung bei gleichzeitiger Exportsteigerung; denn „diese St. Florianspolitik wird den Bereich des deflationistischen Drucks auf immer mehr Länder ausdehnen und den maximalen Bereich der internationalen Arbeitsteilung bei Vollbeschäftigung verkleinern“⁵⁷.

55) Ebenda, S. 262.

56) T. Balogh, a. a. O., S. 220.

57) T. Balogh, a. a. O., S. 211; vgl. ferner: G. Haberler, *Der internationale Handel*, S. 127; J. Robinson, *Essays in the Theory of Employment*, S. 210 ff.

Inwieweit der Aussenhandel die Beschäftigung eines Landes zu beeinflussen vermag, hängt von der Gestaltung seines Preisgefüges im Verhältnis zu dem seiner Partner ab. Das Bestreben der Neoliberalen, jeder inflationären Tendenz entgegenzuwirken und ein relativ stabiles Preisniveau zu wahren, schafft hier nun eine der unerlässlichen Voraussetzungen, die weltwirtschaftliche Verflechtung beschäftigungspolitisch bestmöglich auszunutzen.

Deswegen ist für die Neoliberalen die Konvertibilität nur dann von Belang, wenn sie die Güterströme erweitert und damit die Beschäftigungsmöglichkeiten vermehrt und die Versorgungslage hebt. So sollte im Endeffekt jede Volkswirtschaft innerhalb einer bestimmten Periode einen dem Wert der exportierten Güter entsprechenden Import zulassen. Es stimmt nun ohne Zweifel, wenn Balogh sagt, dass ein Austausch von Gütern und Diensten, der sich im Gleichgewicht befinde, als solcher noch keine Beschäftigung schaffe⁵⁸. Was aber wesentlicher und für uns wichtiger ist, besteht im Niveau dieses Austausches, das in seiner optimalen Höhe einer vollbeschäftigten Wirtschaft entspricht und zudem einer rein binnenwirtschaftlich entwickelten Konjunktur und Vollbeschäftigung durch eine höhere Produktivität überlegen ist.

58) A. a. O., S. 271 f.

Dritter Teil

Würdigung und Ausblick

Bei der Darstellung der neoliberalen Beschäftigungstheorie sind wir von den Prinzipien der entsprechenden Wirtschaftsordnung ausgegangen. Ihre Würdigung muss daher in gleicher Weise von der ihr zugrunde liegenden Ideologie der liberalen Wirtschaft aus erfolgen; denn eine isolierte Betrachtung des beschäftigungstheoretischen Problems wäre ein in jeder Hinsicht unfruchtbares Unterfangen.

Das Verständnis der neoliberalen Wirtschaftslehre setzt die Kenntnis ihrer philosophischen Grundlagen voraus. Ohne dieses Wissen bleibt die Konzeption ihrer Theorie und der Anwendungsbereich der Mittel im wesentlichen unklar. Ein Vergleich dieses Systems mit der aktuellen Situation wird gewisse Abweichungen offenbar werden lassen. Hier nunmehr die Möglichkeiten einer Synthese als Folge einer Annäherung der unterschiedlichen Ausgangspunkte aufzuzeigen, ist das Ziel des folgenden Kapitels.

Diese mehr ergänzende Untersuchung soll dazu beitragen, hernach das Beschäftigungsproblem in grundsätzlicher Hinsicht klären und die Aussichten seiner Lösung leichter abstecken zu können. Sie dürfte insbesondere dazu beitragen, die beschäftigungstheoretischen Auffassungen der Neoliberalen und ihre Vorbehalte gegenüber der herrschenden Theorie und Politik der Vollbeschäftigung verständlich zu machen. Überdies bietet sie eine Gelegenheit, bestehende Meinungsverschiedenheiten unter den rivalisierenden Schulen herauszuarbeiten.

In einem letzten Kapitel wollen wir versuchen, im Hinblick auf das wirtschaftspolitische Ziel der Vollbeschäftigung der vorhandenen Produktionsfaktoren das theoretische und wirtschaftspolitische Instrumentarium der Neoliberalen auf seine Verwendungsfähigkeit und Ergänzungsmöglichkeit hin zu überprüfen. Wir werden uns hierbei auf jene Theorien beschränken, denen unter Berücksichtigung unserer Problemstellung eine wesentliche Bedeutung zukommt.

Es wird sich in der Folge zeigen, dass die Sicherung der Vollbeschäftigung vorerst eine philosophische Frage ist. Erst nach ihrer grundsätzlichen Beantwortung wird die Beschäftigungspolitik zum sozialökonomischen Problem an sich. Die Art und das Ausmass der Schwierigkeiten, welche sich bei einem Lösungsversuch stellen, sind weitgehend eine Konsequenz der prinzipiellen Entscheidung.

8. Kapitel

Ordnungsprinzipien der Wirtschaft

A. Ideen des Neoliberalismus

Wenn wir annehmen, die Wirtschaft leiste einen Beitrag zur Sinn-erfüllung des Menschen, dann ist sie nur aus einem grösseren Zusammen-
hang zu begreifen. Das betrachtende Durchdenken ökonomischer Zusammen-
hänge setzt demzufolge ein bestimmtes Weltbild voraus. Wohl kann
man den Wirtschaftsprozess ohne Berücksichtigung ethischer Normen ana-
lysieren, hingegen lässt sich kein Ordnungssystem für die Wirklichkeit er-
sinnen, ohne dass über die Wertung und Stellung des Menschen Klarheit
herrscht¹. Wir haben daher die Absicht, die ideellen Grundlagen der neo-
liberalen Wirtschaftslehre freizulegen und die gewonnenen Einsichten fall-
weise in die Würdigung ihrer Theoreme einzubeziehen.

Wie aus dem ersten Teil unserer Arbeit zu ersehen war, gehen die
Neoliberalen darauf aus, in erster Linie eine Marktordnung zu schaffen,
welche einen möglichst vollkommenen Wettbewerb unter den Beteiligten
gewährleistet. Sie ist institutionell zu verankern und soll in einem ge-
sicherten Bereich die ungehemmte Entfaltung der produktiven Kräfte er-
möglichen². Die Koordination der autonomen Wirtschaftspläne und die
Steuerung von Angebot und Nachfrage wird vom Preismechanismus vor-
genommen. Die Neoliberalen sprechen der so veranstalteten Konkurrenz
dynamische Kräfte zu, durch welche eine optimale Bedarfsdeckung erreicht
und das sozialökonomische Gleichgewicht hergestellt wird³.

Im weiteren befürworten einzelne Vertreter der neoliberalen Lehre
auch konjunktur- und beschäftigungspolitische Eingriffe des Staates. Sie
sind der Meinung, die öffentliche Hand habe einer voraussehbaren Wirt-
schaftskrise rechtzeitig entgegenzuwirken und jede Form der Arbeitslosig-
keit zu bekämpfen. Dass sich hieraus staatliche Aufgaben der volkswirt-
schaftlichen Planung und Lenkung ergeben, wird richtig gesehen. Wie
Leonhard Miksch einmal sagte, geht es nicht darum, zu fragen, ob man
lenken will oder soll, sondern in welchem Ausmass und mit welchen Mitteln
dies geschehen kann; denn „lenken wollen wir alle“⁴.

1) Vgl. B. Kunze, Wirtschaftsethik und Wirtschaftsordnung, in: Der Christ
und die soziale Marktwirtschaft, Stuttgart 1955, S. 37.

2) Vgl. A. Rüstow, Wirtschaftsethische Probleme und soziale Marktwirtschaft,
in: Der Christ und die soziale Marktwirtschaft, Stuttgart 1955, S. 63.

3) Vgl. L. Erhard, Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957, S. 180.

4) Zit. nach O. v. Nell-Breuning, Neoliberalismus und katholische Sozial-
lehre, in: Der Christ und die soziale Marktwirtschaft, Stuttgart 1955, S. 102.

Soweit Meinungsverschiedenheiten bestehen, beziehen sie sich auf das Mass und die Verfahrensweise der Lenkung, aber auch hier sind sie weit mehr technischer als grundsätzlicher Natur. Die Dosierung der Eingriffe ist keine Grundsatzfrage, sondern eine Tatfrage. Dies zeigt sich auch darin, dass die Neoliberalen wenn nötig in ihrer Wirtschaftspolitik weitergehen, als sie in ihrer Theorie für angemessen lehren. Um jedoch die Übereinstimmung mit dem freiheitlich geordneten Wirtschaftssystem zu wahren, wollen sie die erforderlichen Interventionen jeweils auf ein Mindestmass beschränkt wissen und fordern darüber hinaus deren Konformität mit dem Marktmechanismus.

Wenn auch im revisionistischen Liberalismus klassisches Gedankengut erhalten blieb, so gehen seine Vertreter doch von andern Voraussetzungen aus⁵. Die kritische Analyse und negative Bewertung des extremen Manchesterliberalismus auf der einen und der Zentralverwaltungswirtschaft auf der andern Seite veranlasste sie, sowohl den Wettbewerb als Organisationsprinzip der Wirtschaft wie auch die öffentliche Verwaltung durch eine Marktordnung zu binden. „Dazu bedarf es eines starken und neutralen Staates, der die Marktpolizei in die Hände nimmt... Zu diesem Zweck darf und muss der Staat auch in die Wirtschaft eingreifen. Der altliberale Nachtwächterstaat ist dazu nicht in der Lage; nur ein starker und neutraler Staat kann das leisten“⁶.

Von der Auffassung Euckens, der Staat habe nur eine Wettbewerbsordnung zu schaffen und zu sichern, bis zur Bejahung eines ‚liberalen Interventionismus‘ durch Rüstow⁷ finden sich mannigfache Übergänge. Wie seltsam wäre es, wenn liberale Theoretiker in ihren Darstellungen sich dogmatisch gebunden fühlten. Wenn auch kein einheitliches und verbindliches Programm vorliegt, so lässt sich eine wegweisende und fast allgemein vertretene Leitidee feststellen⁸. Dies will nun aber nicht bedeuten, dass die entsprechenden Forderungen mit der gleichen Kraft und Überzeugung verfochten werden. Vielmehr weichen sie auch hierin in erheblichem Mass voneinander ab, so dass sich die Übereinstimmung auf die tragenden Grundgedanken ihrer Lehre beschränkt.

Das Hauptanliegen der Neoliberalen ist wohl die Erhaltung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Freiheit, welche im wesentlichen darin besteht, dem einzelnen in einem rechtlich gesicherten Bereich, die un-

5) Vgl. A. Müller-Armack, Wirtschaftspolitik in der sozialen Marktwirtschaft, in: Der Christ und die soziale Marktwirtschaft, Stuttgart 1955, S. 82.

6) A. Rüstow, a. a. O., S. 63.

7) A. a. O., S. 63.

8) Vgl. H. J. Seraphim, Kritische Bemerkungen zur Begriffs- und Wesensbestimmung der sozialen Marktwirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 188.

gehemmte Entfaltung und Bestätigung seiner Kräfte zu ermöglichen. Hierbei soll der Spielraum des innern Entscheids und des äussern Handelns nur soweit beschränkt sein, als dies für die freie Betätigung der andern erforderlich ist. Wo durch das soziale Zusammenleben die Einschränkung der Freiheit unvermeidlich wird, hat dies gleichmässig für alle zu geschehen⁹. Der Einzelmensch wird in seiner Bedeutung aus der Gesellschaft herausgehoben, welche folgerichtig auch vom Individuum her begriffen wird. Somit steht der Mensch im Zentrum des gesellschaftlichen Handelns.

Die hier vertretene Freiheit ist individualistisch und negativer Art, denn die zwischen dem Einzelwesen und der Gesellschaft gezogene Grenze schafft nur einen Bereich der freien Wirkungsmöglichkeit. Der positive Begriffsinhalt, welcher angesichts der zu erfüllenden Lebensaufgabe in der individuellen Selbstbestimmung und Verantwortung besteht, fehlt indessen gänzlich. Es werden somit zwei Dinge zu wenig berücksichtigt: Die Sozialnatur und die existenzielle Sinnerfüllung des Menschen. Freiheit bedeutet sowohl Lösung und Selbstentfaltung wie Bindung und Verantwortung. Es genügt daher nicht, nur die Freiheit zu sichern; es sind gleichzeitig die entsprechenden Voraussetzungen und Bindungen zu schaffen, welche die Verwirklichung konkreter Werte ermöglichen¹⁰.

Die wirtschaftliche Freiheit findet im Wettbewerb ihren sichtbaren Ausdruck. Er beruht auf dem Antrieb des Individuums, das Eigenwohl im Rahmen seiner Möglichkeiten zu erreichen. Sofern dies innerhalb bestimmter Grenzen geschieht, wird nach Rüstow das Gemeinwohl nicht beeinträchtigt, denn durch die Wirkungsweise der Marktgesetze werde dafür gesorgt, dass sich der Wettbewerb zum Wohle aller auswirke¹¹. In der Leistungskonkurrenz der Marktwirtschaft, so wird gesagt, sei das Einzelinteresse und das Gesamtinteresse gleichgeschaltet¹².

Der pseudo-theologische Harmoniegläubige gilt heute als überwunden. Und doch lebt seine Idee in der Annahme weiter, die vollständige Konkurrenz verwirkliche in ihrer Selbstregulierung die Sozialfunktion der Wirtschaft. Wenn nun aber auf dem Markt ein jeder nach egoistischen Motiven handelt, so sind die volkswirtschaftlichen Ergebnisse und gesellschaftlichen Auswirkungen ungewiss. Wohl werden sich durch die Wettbewerbsordnung missbräuchliche Verwendungen wirtschaftlicher Machtpositionen unter Umständen verhindern lassen, es wird ihr indessen nicht gelingen, die Wirtschaft sozialer zu gestalten.

9) K. R. Popper, Öffentliche Meinung und Liberalismus, in: ORDO-Bd. VIII, Düsseldorf und München 1956, S. 12.

10) O. v. Nell-Breuning, a. a. O., S. 115.

11) A. a. O., S. 57 f.

12) A. Rüstow, a. a. O., S. 58.

Rüstow versucht nun allerdings, diese Bemängelung abzuschwächen, wenn er sagt, die Triebkraft der Marktwirtschaft sei nicht der Egoismus in dem negativen und tadelnden Sinn einer sündhaften Selbstsucht, sondern die erlaubte Sorge des Menschen für sich und die Seinen¹³. Er wird hierin von Müller-Armack unterstützt, welcher nachweist, dass die Wettbewerbswirtschaft schon durch ihre Produktivitätssteigerung sozial wirke, da erfahrungsgemäss mit wachsendem Sozialprodukt sich auch die proportionalen Anteile erhöhen¹⁴. Immerhin äussert auch er den Wunsch, „eine echte neue Ordnungsform finden zu können, die innerhalb des Liberalen auch das Soziale entwickelt“¹⁵.

Wieweit diese Berichtigung zutreffend ist, bleibe dahingestellt. Eine Verbesserung der Versorgungslage ist gewiss eine erfreuliche Tatsache und als solche geeignet, soziale Übelstände zu mildern und Spannungen zu vermindern. Die soziale Frage ist damit aber nicht gelöst. Die allgemeine Wohlfahrt ist ein quantitatives wie qualitatives Problem und bedeutet daher mehr als nur Güterfülle. Es genügt deshalb nicht, eine möglichst grosse Warenmenge bereitzustellen und dabei anzunehmen, deren Verteilung ergebe sich von selbst.

Die spätere Korrektur der Marktergebnisse durch sozialpolitische Massnahmen ist ein Notbehelf. Wer das Sozialprinzip der Solidarität nur ausserhalb des Marktbereiches gelten lässt, verkennt den gesellschaftlichen Charakter des wirtschaftlichen Geschehens und überschätzt die mechanistische Seite des Marktvorganges. Zudem erhält der wirtschaftliche Prozess hierdurch den Anstrich der Eigengesetzlichkeit, welche einem fatalen Vertrauen in die Selbstregulierung der Wirtschaft Vorschub leistet.

Wenn dem Staat nunmehr die Aufgabe überbunden wird, den regellosen Wettbewerb zu verhindern und die wirtschaftliche Freiheit zu sichern, so geschieht dies in der folgerichtigen Anwendung der neoliberalen Grundsätze. Die ordnungspolitische Tätigkeit steht hierbei im Vordergrund, ohne dass jedoch auf die wirtschaftspolitischen Eingriffe in der Wirkungsrichtung der Marktgesetze verzichtet würde; denn sie sollen das vorwegnehmen, was bei voller Wirtschaftsfreiheit verspätet und unter sozial unerträglichen Reibungsverlusten eintreten würde. Die öffentliche Hand steht hier gleichsam im Dienste der Wirtschaft, was sie jedoch nicht hindern wird, zugleich eine Kontrolle der individuellen wirtschaftlichen Betätigung auszuüben.

Um zu erkennen, ob die Thesen der neoliberalen Konjunktur- und Beschäftigungstheorie aktuell und politisch verwertbar sind, wollen wir im

13) A. a. O., S. 57 f.

14) A. a. O., S. 85.

15) A. a. O., S. 84.

folgenden Abschnitt auf die Bedingungen und Forderungen der Gegenwart eingehen.

B. Forderungen der Gegenwart

Die Ideologie der liberalen Wirtschaft hat gesamthaft betrachtet im Verlauf der letzten Jahrzehnte an Stosskraft verloren. Andere Gesellschafts- und Wirtschaftsauffassungen haben an Bedeutung gewonnen und beeinflussen nunmehr das soziale, ökonomische und politische Leben. Das kapitalistische System, welches selbst eine wesentliche Wandlung durchmachte, sieht sich heute einer neuartigen Situation gegenüber. Die Kräfte der Auflehnung gegen die herrschende Ordnung und deren Träger sind äusserst rege am Werk. Sie „alle bekämpfen ... die gleichen Feinde, den Individualismus des homo oeconomicus, die Rivalität der Interessen, das grausame Konkurrenzsystem, die wirtschaftlichen Verträge und Prozesse“¹⁶.

Die individualistische Gesellschaftsauffassung musste zu dieser innergesellschaftlichen Problematik führen und mit einer gesetzmässigen Folgerichtigkeit auf eine gemeinwirtschaftliche Lösung hintreiben. Die Disziplinierung des täglichen Arbeitsablaufes und die Abhängigkeit des Arbeitnehmerdaseins in der Wirtschaft erzeugen starke und einseitige kollektivistische Bindungen und Strömungen. Sie werden nicht selten durch eine mechanistische und technokratische Einstellung der Arbeitgeber gegenüber dem Produktionsprozess gesteigert¹⁷.

Die soziologische Wirklichkeit zeigt denn auch eine Zusammenballung kollektiver Interessenmächte und Sozialkräfte, welche darnach streben, den Wirtschaftsprozess unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie bedienen sich hierbei des demokratisch organisierten Staates als Mittel zur Erreichung ihrer Ziele. Die Ausdehnung des staatlichen Machtbereiches kann unter dieser Voraussetzung ein Zeichen der erwähnten Wandlung sein. Machtpositionen können jedoch auch dem Ausgleich dienen und bei richtiger Verteilung der Aufgaben zwischen dem privaten und öffentlichen Sektor der Wirtschaft eine loyale Zusammenarbeit herbeiführen¹⁸.

Die entsprechenden Rückwirkungen auf den ökonomischen Prozess blieben nicht aus. Immer weniger wurden in der Folge die Spielregeln der Klassik beachtet. Schliesslich verlor auch die Lehre des „Laissez-faire“,

16) R. Aron, Deutsche Soziologie der Gegenwart, Stuttgart 1953, S. 20.

17) H. J. Seraphim, a. a. O., S. 188.

18) Vgl. H. v. Beckerath, Freiheit und Bindung in der modernen Volkswirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 84.

wonach der grösstmögliche Wohlstand der grössten Zahl erreicht werde, ihre Überzeugungskraft; denn die Vernichtung des Einkommens durch periodisch wiederkehrende Arbeitslosigkeit wurde als „grausamstes Schicksal“¹⁹ empfunden und als grösster Mangel des kapitalistischen Systems bezeichnet.

Mit der Demokratisierung des politischen Lebens gewann ein neues Element an Einfluss auf die Gestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft. Ihre Ziele und die Mittel ihrer Politik wurden gleichsam sozialisiert. Die Wirtschaft büsste dadurch ihre unabhängige und auf sich selbst bezogene Stellung ein und wurde mehr und mehr den staatlichen Zwecken dienstbar gemacht. Der Staat als Hüter der Ordnung und Förderer des Gemeinwohls ist nunmehr am Gedeihen der Wirtschaft unmittelbar beteiligt und für die allgemeine Wohlfahrt mitverantwortlich; daher wird er auch mitschuldig am Scheitern der entsprechenden Politik.

Der Zustand der materiellen Existenzunsicherheit und das Ausgeliefertsein an die Konjunktur wird mit Fug und Recht als Zeichen einer „sozialen Unfreiheit“ erkannt²⁰, welche mit den Errungenschaften der modernen Demokratie — der rechtlichen und politischen Gleichheit — als im Widerspruch stehend betrachtet wird. Die wirtschaftspolitische Forderung nach Vollbeschäftigung ist Ausdruck dieser Neuorientierung und des Willens, die Wirtschaft künftig dem Gesamtinteresse unterzuordnen.

Wenn unter den wirtschafts- und sozialpolitischen Postulaten die dauernde Sicherung des Arbeitsplatzes vor der Senkung der Lebenskosten und der Erhöhung des Lohnes die erste Stelle einnimmt, so darf dies als ein Hinweis dafür gelten, dass die Mehrheit der Arbeitenden sich selbst helfen und nicht der öffentlichen Fürsorge anheimfallen will. Diese Denkart entspricht auch der Obliegenheit des Staates, die existenziellen Bestrebungen des einzelnen zu ergänzen und nicht zu einer Versorgungsanstalt zu entarten.

Die hier in Frage stehende Auffassung setzt voraus, dass die Lebensfristung normalerweise aus dem Ertrag der Arbeit erfolgt und dass diese ihrerseits zur Entfaltung der Persönlichkeit beiträgt. Wenn wir den Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben als grundlegend annehmen, dann muss die Gewährleistung der geistigen und materiellen Existenz dem Streben nach betont individueller Wohlfahrt vorgehen. Wir können auch sagen, das Gemeinwohl sei das Ziel der Wirtschaft.

Um zu verhindern, dass die Arbeit in ihrer vom Kapital abhängigen Stellung unfreiwillig brachliegt, wurde dem Staat schon in der Krisenzeit der Dreissigerjahre die Verpflichtung auferlegt, für die Erhaltung einer

19) E. Heimann, Soziale Theorie des Kapitalismus, Tübingen 1929, S. 89.

20) E. Heimann, a. a. O., S. 83.

guten Beschäftigungslage zu sorgen. Er handelt hierbei subsidiär, indem er nur soweit in den Wirtschaftsprozess eingreift, als einzelne oder Gruppen sich selbst nicht zu helfen wissen. Die Gesellschaft hat demnach durch ihre Einrichtungen lediglich die Bestrebungen und Tätigkeiten ihrer Glieder bei der Erfüllung ihrer Lebensaufgabe so zu unterstützen, dass sich die organische Arbeitsteilung zum Wohle aller auswirken kann.

Ein Recht auf Arbeit kann indessen nicht garantiert werden; es sei denn, es würde der öffentlichen Hand die zentrale Leitung über alle Produktionsmittel zugestanden. In diesem Falle hätte sie darüber zu befinden, wo und wie die Arbeitskräfte einzusetzen wären. Diese sozialistische Lösung des Beschäftigungsproblems drängt sich nun aber keineswegs auf, da auch eine zweckmässig gelenkte Marktwirtschaft, ohne einen entsprechenden Freiheitsverlust zu erleiden, die Vollbeschäftigung der Produktionsfaktoren erreichen kann²¹.

Der Staat bewältigt heute wohl eine erhöhte Anzahl von Aufgaben, er stellt jedoch auch neue Probleme; denn seine Macht strebt nach Geltung und Erweiterung ihres Wirkungsbereiches. Um die Gefahr unzulässiger Übergriffe der Bürokratie und Verwaltung in die Rechte der menschlichen Persönlichkeit zu bannen, wird ein vermehrter Schutz des Individuums und seiner Unabhängigkeit gefordert. Auch die kleinen Freiheiten, so bescheiden sie sein mögen, wiegen schwer in ihrer Gesamtheit. Es bedarf daher der Schaffung einer Rechtsordnung, welche die gegenseitigen Beziehungen regelt und damit Friktionsmöglichkeiten vermeidet.

Wenn es gelingt, ein gewisses Mass wirtschaftlicher Sicherheit zu gewährleisten und das Sozialprodukt in gerechter Weise aufzuteilen, dann kann die vom Staat gesicherte Freiheit als positiv bezeichnet werden; denn sie schafft nicht nur die formale, sondern auch die tatsächliche Möglichkeit, nach eigenem Entschluss und Vermögen zu handeln. Sicherheit und Freiheit schliessen sich nur in ihrer extremen Deutung aus. Bei einer realistischen Betrachtungsweise wird klar, dass die beiden Begriffe sich ergänzen. Da die Ausübung der Freiheit und das Streben nach Sicherheit begrenzt sind, kann keine Antinomie bestehen. Das eigentliche Problem liegt auch hier in der Festlegung der zu ziehenden Grenzen und des zu wählenden politischen Vorgehens.

Die Politik, welche sich in einem elastischen Rahmen alternativer Möglichkeiten bewegt und weitgehend von Zweckmässigkeitserwägungen bestimmt ist, kann dem natürlichen Lauf der Dinge nicht unvermittelt ein Ende setzen. Sie wird auf die jeweils bestehenden objektiven Verhältnisse eingehen müssen. Nur dann ist sie der Zeit gemäss, wenn sie die in ihr wirksam werdenden Tendenzen erkennt und berücksichtigt. Politisches

21) W. A. Jöhr, Ist ein freiheitlicher Sozialismus möglich?, Bern 1948, S. 73 f.

Handeln ist daher ein Wählen und Abwägen, ein Fördern und Hemmen. Politik ist jedoch mehr als eine reine Technik, weil sie als Wissenschaft der die Gesellschaft bestimmenden Gesetze auch dem Zweck und der Natur des Menschen Rechnung tragen muss.

Im demokratisch organisierten Staat streiten sich jeweils unterschiedliche Meinungen um die Lösung der in Frage stehenden Probleme. Der Ausgleich der voneinander abweichenden Ansichten erfolgt in der Regel durch beidseitige Zugeständnisse, durch welche jedoch nicht selten die ökonomische Sachgesetzlichkeit verletzt wird. Ein zielstrebiges wirtschaftspolitisches Handeln kann dadurch verzögert und in seiner Wirkung beschränkt werden. Dieser Umstand schützt wohl vor übereilten Entschlüssen der zuständigen Instanzen, er erschwert indessen die Führung einer aktiven Konjunkturpolitik, welche allein Aussicht hat, den gestellten Forderungen gerecht zu werden. Dabei ist es nicht ausgeschlossen, dass zufolge mangelnder Sachkenntnis oder egoistischer Gruppeninteressen falsche Entscheide getroffen oder mittelmässige Lösungen verwirklicht werden.

Die aktuelle Situation ist von einem Dualismus individualistischer und kollektivistischer Wirtschaftsformen beherrscht, welcher sich zu einem verhängnisvollen Gegensatz auswachsen kann, wenn es nicht gelingt, die neoliberalen Theorien zu modifizieren und damit die positiven Elemente beider Systeme zu einer Synthese zu vereinigen. Denn auf beiden Seiten herrscht Wahrheit und Irrtum, Licht und Dunkel, wenn auch in je einem andern Mischverhältnis. Das Mehr an Wahrheit und Licht muss die Entscheidung lenken. Deshalb ist nicht ohne weiteres das Gegenteil dessen wahr, was die einen oder andern vertreten. Dem schablonenhaften Denken wird es versagt bleiben, hier einen Ausweg zu finden.

C. Ausgleich der Gegensätze

Das menschliche Leben vollzieht sich in individueller Freiheit und gesellschaftlicher Gebundenheit. Aus dieser polaren Beziehung resultiert ein Spannungsverhältnis, welches im konkreten Fall immer wieder in einem Kompromiss seine Lösung finden muss. Dieser Sachverhalt ist aufschlussreich, erklärt er doch die Misserfolge extrem organisierter Sozial- und Wirtschaftskörper und die fragwürdigen Aussichten solcher Bestrebungen in der Gegenwart. Er bietet ferner gewisse Anhaltspunkte für eine realistische und mögliche Neuordnung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbereiche.

Eine sozialistisch-kollektivistische Ordnung würde die politischen und wirtschaftlichen Freiheiten schmälern²², währenddem es der individuali-

22) W. A. Jöhr, a. a. O., S. 62.

stisch-liberalen Lösung abgesprochen wird, wirtschaftliche wie soziale Sicherheiten und eine inhaltsreiche Freiheit zu gewährleisten. Zwischen den beiden Extremen gibt es eine Skala möglicher Lösungen²³, welche einen gewissen Schutz bieten, ohne jedoch die Freiheit wesentlich zu beschränken. Es wird daher nach einer Wirtschaftspolitik gefragt, welche unter Beachtung der marktwirtschaftlichen Funktionsweise die Erreichung dieses Zieles gestattet.

Wie lässt sich nun aber eine Sozialordnung herstellen, in welcher die Freiheit sich nicht selbst aufhebt und die Gerechtigkeit nicht in einer geistlosen Gleichmacherei endet? Denn sich selbst überlassen, ohne jedes andere Gesetz als das der eigenen Entscheidung, mündet die Selbstbestimmung in Anarchie und Tyrannei. Solche Auswüchse sind durch ein wohl abgewogenes Ordnungssystem zu verhindern, welches weder die Last der Kollektivität noch die Eigenwilligkeiten eines überspitzten Individualismus duldet, sondern vielmehr durch die Berücksichtigung der Individual- und Sozialnatur des Menschen eine personale Gemeinschaft herbeizuführen vermag.

Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung wird auf die Dauer nur bestehen können, wenn sie als gerecht erscheint, die private Initiative fördert und der Wille zur individuellen Selbstvorsorge allgemein vorhanden ist. Das Verlangen nach einer gewissen materiellen Sicherheit braucht nicht eine Flucht aus der eigenen Verantwortung zu bedeuten, sondern kann auch als eine Voraussetzung freiheitlicher Betätigung gewertet werden. Dann ist sie weder absolut noch quantitativ, vielmehr relativ zu verstehen. Daher gilt sie denn auch in erster Linie als das Ergebnis der eigenen Leistung, welche aber ermöglicht und geschützt werden sollte.

Die Neoliberalen zeigen sich den erwähnten Bestrebungen gegenüber nicht abgeneigt, lehnen jedoch eine Erweiterung der schon bestehenden „Sozialversicherung für alle“ ab²⁴. Sie suchen indessen nach einer Formel, welche ohne Preisgabe der Vorteile des Konkurrenzsystems den sozialen Erfordernissen gerecht wird. Wenn aber gesagt wird, es seien um so weniger sozialpolitische Eingriffe und Hilfsmassnahmen notwendig je erfolgreicher die Wirtschaftspolitik geführt werde²⁵, so muss dieser Auffassung entgegengehalten werden, dass eine solche Wertung sich nur nach der entsprechend günstigen Gestaltung des sozialen Lebens richten darf.

Zwischen der Wirtschafts- und Sozialpolitik besteht ein enger Zusammenhang; denn das wirtschaftliche Geschehen ist ein Teil des gesellschaft-

23) Vgl. H. Ritschl, *Gemeinwirtschaft und kapitalistische Marktwirtschaft*, Tübingen 1931, S. 141; ferner: Franz Böhm, *Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung*, in: *Recht und Staat*, Tübingen 1950, Nr. 153/154, S. 5 f.

24) L. Erhard, a. a. O., S. 273.

25) L. Erhard, a. a. O., S. 257; vgl. ferner: A. Müller-Armack, a. a. O., S. 85.

lichen Lebens. Das sozialpolitische Handeln darf sich daher nicht auf eine metaökonomische Verteilung des restlichen Sozialprodukts beschränken; sie sollte vielmehr als „Vitalpolitik“ verstanden werden, die es sich zur Aufgabe macht, den Wirtschaftsprozess entsprechend zu gestalten und dabei „alle Faktoren in Betracht zieht, von denen in Wirklichkeit Glück, Wohlbefinden und Zufriedenheit des Menschen abhängen“²⁶.

Auch die Neoliberalen sind nunmehr der Meinung, dass zur Gewährleistung wirtschaftlicher Freiheit und eines funktionsfähigen Marktes die institutionelle Hilfe des Staates unerlässlich ist. Sie wollen eine vom Staat grundsätzlich unabhängige Wirtschaft, beanspruchen indessen seine Machtmittel. Solange er sich darauf beschränkt, dem einzelnen beizustehen, ohne ihn zu bevormunden und abhängig zu machen, fördert er das Gemeinwohl. Er würde jedoch gegen die Individualnatur des Menschen verstossen, wenn dadurch die personale Entfaltung behindert würde. Es genügt folglich nicht, nur die Beziehungen der Wirtschaftssubjekte unter sich zu ordnen, auch das Verhältnis zwischen ihnen und der staatlichen Gewalt bedarf der rechtlichen Regelung und institutionellen Gestaltung.

Wenn wir bedenken, dass die Arbeitsteilung organischer und technischer Natur ist, so dürfte es naheliegend sein, eine dieser Aufgliederung entsprechende Koordination und Integration zu suchen. Da die Analyse empirischer Märkte gezeigt hat, dass dem Wettbewerb als Ordnungsprinzip der Wirtschaft nur eine variable und bedingte Kontrollmacht zukommt²⁷ und eine staatliche Überwachung nicht opportun ist, sollte erwogen werden, ob nicht eine ergänzende ‚gesellschaftliche Wirtschaftskontrolle‘ den Gegebenheiten und Erfordernissen angemessen wäre²⁸. Weil Macht nur durch Macht in Zaun gehalten werden kann, bedarf es zur Erhaltung des gesellschaftlichen Gleichgewichts mehrerer Sozialkräfte²⁹.

Menschliche Freiheit, im Sinne echt personenhafter Selbständigkeit und Verantwortung, kann sich in doppelter Form bewähren: Einmal indem der Mensch allein entscheidet und handelt, sodann indem er mit andern gemeinsam plant und überlegt, beschliesst und verwirklicht. „Eine solche demokratische Kontrolle und Steuerung des Wirtschaftssystems würde die gegenseitige Zuordnung von Freiheit und Allgemeininteresse herbeiführen, ohne die Freiheit zu beeinträchtigen, und zugleich die zentralistische staatliche Allzuständigkeit ausschliessen, ohne der Ordnungsfunktion des Staates

26) A. Rüstow, a. a. O., S. 70.

27) G. Briefs, Grenzmoral in der pluralistischen Gesellschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 98.

28) J. Messner, Das Naturrecht, Innsbruck - Wien, 2. A., S. 800 ff.

29) G. Mosca, zit. von: W. Theimer, Geschichte der politischen Ideen, Bern 1955, S. 412 f.

dadurch Abbruch zu tun“³⁰. Wir würden auf diese Weise zu einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung gelangen, wie sie Keynes in den Zwanzigerjahren folgendermassen umschrieben hat:

„I believe that in many cases the ideal size for the unit of control and organisation lies somewhere between the individual and the modern State. I suggest, therefore, that progress lies in the growth and the recognition of semi-autonomous bodies within the State-bodies whose criterion of action within their own field is solely the public good as they understand it, and from whose deliberations motives of private advantage are excluded, though some place it may still be necessary to leave, until the ambit of men's altruism grows wider, to the separate advantage of particular groups, classes, or faculties-bodies which in the ordinary course of affairs are mainly autonomous within their prescribed limitations, but are subject in the last resort to the sovereignty of the democracy expressed through Parliament.

I propose a return, it may be said, towards mediaeval conceptions of separate Autonomies. But, in England at any rate, corporations are a mode of government which has never ceased to be important and is sympathetic to our institutions. It is easy to give examples, from what already exists, of separate autonomies which have attained or are approaching the mode I designate-the Universities, the Bank of England, the Port of London Authority, even perhaps the Railway Companies. In Germany there are doubtless analogous instances“³¹.

Keynes hat im Rahmen einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung den Schwerpunkt der Kontrollfunktionen in den Bereich dezentralisierter Körperschaften verlegt und damit eine gesellschaftliche Überwachung der Wirtschaft geschaffen. Wenn er auch in der Folge von dieser Idee abkam und mit seiner ‚allgemeinen Theorie‘ einer staatlichen Interventionspolitik das Wort sprach, so ist dies nur aus der besondern Situation der grossen Weltwirtschaftskrise verständlich. Es ist nun aber gerade im Hinblick auf die offensichtlichen Mängel staatlich-zentraler Kontrollen angebracht, an der erwähnten Vorlage anzuknüpfen und die Anwendungsmöglichkeiten anzudeuten.

Die zu bildenden Körperschaften sollten der vertikalen und horizontalen Wirtschaftsverbindungen entsprechend sowie der Trennung von Kapital und Arbeit gemäss paritätisch zusammengesetzt sein und über eine hinreichende Zuständigkeit verfügen können. Ferner wäre dafür zu sorgen, dass die staatliche Autorität stark genug ist, um allfällige Sonderwünsche einzelner Wirtschaftssubjekte und von Gruppen dem allgemeinen Interesse

30) J. Messner, a. a. O., S. 328.

31) The End of Laissez-faire, London 1926, S. 41 f.

unterzuordnen. Durch diese Institution liessen sich Spannungen lösen und Gegensätze beheben. Zugleich würde hierdurch die Arbeit zu einem gleichberechtigten Faktor in der Produktionsgemeinschaft³².

Der Staat hätte hierfür die erforderliche Rahmenordnung zu schaffen und durch seine Justiz und Verwaltung alle normverletzenden Praktiken der an der Wirtschaft beteiligten Individuen und Gruppen zu ahnden und aussichtslos zu machen. Die ordnungsgestaltende Tätigkeit besteht grundsätzlich darin, die Befolgung der Einzelinteressen soweit zuzulassen, als sie den Interessen des Ganzen nicht abträglich sind. „Es kommt eben nur darauf an, den Ausgleich dieser Interessen in Bahnen zu zwingen, die mit dem Wohl aller letztlich in Einklang stehen“³³.

Auf diese Weise kann vielleicht vermieden werden, dass schwerwiegende gesellschaftliche Aufgaben in den ‚Rahmen‘ verdrängt werden, wo sie als ‚soziale Frage‘ der Lösung harren. Was dem Markt gegenüber ‚Rahmen‘ ist, bedeutet jedoch in Wirklichkeit das Zentrum des menschlichen Strebens und dementsprechend wird umgekehrt die Mitte der Marktwirtschaft für den Menschen zur Peripherie³⁴.

Am Wirtschaftsprozess sind demnach drei artverschiedene Faktoren massgebend beteiligt: Das egoistische Streben nach Gewinn als Triebfeder des wirtschaftlichen Handelns, die institutionellen Hilfen des Staates und ein System gesellschaftlicher Kontrollen in Gestalt halbautonomer Körperschaften, welche elastisch in der Form und sachkundig im Inhalt sowie an der Aufrechterhaltung einer geordneten Konkurrenz direkt interessiert wären.

Irgendwelche Bedenken, der gemeinwirtschaftliche Bereich der Sozialökonomie könne hierdurch eine nachteilige Ausdehnung erfahren, sind unbegründet; denn es sind keine Kräfte zu erkennen, welche zwangsläufig auf eine Zentralverwaltungswirtschaft hinlenken. Eine grundsätzlich freie Wirtschaft schliesst eine partielle staatliche Planung und Lenkung nicht aus³⁵. Der bereits in der Epoche des Interventionismus erreichte Grad der Sozialisierung hat die Freiheit in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht nicht wesentlich beeinträchtigt³⁶.

Es wird nicht genügen, lediglich die Funktionsmängel der Marktwirtschaft zu beheben; denn das kapitalistische System hat im Verlauf seiner Herrschaft wirtschaftlich und sozial einen Strukturwandel bewirkt und damit seine eigenen Grundlagen und Bedingungen verändert. Da ein lebendiger Strom von Ideen und Taten diesen einzigartigen Prozess hervor-

32) J. Messner, Die soziale Frage, Innsbruck - Wien - München, 6. A., 1956, S. 389 ff.

33) L. Erhard, a. a. O., S. 137.

34) Vgl. A. Rüstow, a. a. O., S. 118.

35) Vgl. L. Erhard, a. a. O., S. 60.

36) W. A. Jöhr, a. a. O., S. 118.

gerufen hat, bedarf die Ideologie und das System der liberalen Wirtschaft einer der aktuellen Vitalsituation gemässen Neuorientierung und Anpassung.

9. Kapitel

Vollbeschäftigung als Aufgabe

A. Grundsätzliche Zustimmung

Eine in erheblichem Umfang auftretende Arbeitslosigkeit wird allgemein als ein übler Zustand und eine ernst zu nehmende Beeinträchtigung des Gemeinwohls empfunden. Man ist sich einig im Willen, Krisen mit Massenarbeitslosigkeit zu überwinden und nicht zuzuwarten, bis sich durch eine Radikalisierung arbeitsloser Massen eine politische Entwicklung anbahnt, deren innere Dynamik den Zusammenbruch des liberalen Wirtschaftssystems bewirken könnte¹.

Für die Neoliberalen äussert sich hierüber Müller-Armack klar und unmissverständlich: „Kein Mensch wird bestreiten, dass man Vollbeschäftigung zu erreichen trachten muss“ ... „Das Ziel der Vollbeschäftigung wird von uns durchaus akzeptiert“². Hingegen ist „ein gewisses Minimum an Arbeitslosen ... in einer dynamischen Wirtschaft wie der unsrigen unvermeidlich, weil es immer wieder einzelne Arbeiter geben wird, die ihren alten Arbeitsplatz aufgeben und einen neuen noch nicht angetreten haben“³. „Es wird immer einen Rest geben, der sich in einer Wirtschaft nicht eingliedern lässt“⁴.

Die Stellungnahme der Neoliberalen zum Problem der Vollbeschäftigung ist eine positive. Sie vertreten auch die Meinung, es sei möglich, die zyklischen Wirtschaftsabläufe zu beeinflussen und so die Schwankungen des Beschäftigungsvolumens zu glätten. Die Nutzenanwendung dieser Einsicht besteht im Versuch, die Hebung des Volkswohlstandes über eine Expansion der Güterproduktion und die Steigerung des Beschäftigungsgrades zu erreichen. Die Beschäftigungspolitik wird hier richtigerweise im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang gesehen und als Teil einer entsprechenden Wirtschaftspolitik verstanden.

1) Vgl. hierzu Art. 31quinquies der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft: „Der Bund trifft in Verbindung mit den Kantonen und der privaten Wirtschaft Massnahmen zur Verhütung von Wirtschaftskrisen und nötigenfalls zur Bekämpfung eingetretener Arbeitslosigkeit. Er erlässt Vorschriften über die Arbeitsbeschaffung.“

2) A. a. O., S. 89; vgl. ferner: L. Erhard, a. a. O., S. 355.

3) A. Rüstow, a. a. O., S. 56.

4) A. Müller-Armack, a. a. O., S. 87.

Das Ziel einer solchen Politik ist die Erreichung eines Beschäftigungsgrades, bei welchem die noch bestehende Arbeitslosigkeit weder in materieller noch in sozialer Hinsicht ein Problem darstellt. Vollbeschäftigung heisst somit nicht etwa keine Arbeitslosigkeit. Es soll lediglich eine dauernde Erwerbslosigkeit für den einzelnen verhindert werden. Der Begriff der Vollbeschäftigung impliziert demnach eine gewisse Elastizität des Arbeitsmarktes, welche zur Stabilität der Wirtschaft wesentlich beiträgt. Eine minimale Arbeitslosigkeit ist daher mit Vollbeschäftigung vereinbar.

Die Vollbeschäftigung ist nun aber für die Neoliberalen keine Aufgabe, die um jeden Preis gelöst werden müsste; denn es steht erwiesenermassen fest, dass eine entsprechende Politik Auswirkungen hat, welche sich mit den liberalen Grundsätzen nicht vereinbaren lassen. Sie sind daher im Gegensatz zu den eigentlichen Vollbeschäftigungstheoretikern nicht bereit, eine mögliche Minderung des Sozialproduktes als Preis in Kauf zu nehmen, um so mehr sich mit dem Begriff der Vollbeschäftigung die Vorstellung einer Politik quantitativer Massnahmen und direkt wirkender Eingriffe verbindet.

Die Vollbeschäftigungspolitik wird üblicherweise als eine nationale Aufgabe angesehen; denn die für das Zusammenleben der Menschen grundlegende Form ist die politische Einheit im Staat. Den lokalen und regionalen Wirtschaftskörpern wird des engen Wirkungskreises wegen eine entsprechende Erfolgsmöglichkeit abgesprochen. Auch ein Zusammenschluss mehrerer Volkswirtschaften sei hierfür ungeeignet, weil ein grosses Gebilde zu umfassend und strukturell verschieden wäre, um sich der erwähnten Zielsetzung gemäss harmonisch einzuspielen.

Diese Darstellung ist den Neoliberalen nicht ganz fremd, denn auch sie sind geneigt, staats-theoretisch und sozialökonomisch nur zwei Komponenten — das Individuum und den Staat — zu sehen und die Zwischenglieder im gesellschaftlichen Aufbau zu vernachlässigen. Im vorliegenden Fall geht es ihnen mehr um die Gestaltung der Ordnung als um eine solche des Prozesses, bei welchem sie sich der weltweiten Verbindungen wegen offene Türen wünschen. Die Frage der beschäftigungspolitischen Zweckmässigkeit wird für sie daher nicht ausschlaggebend sein können, sind sie doch weit davon entfernt, die Vollbeschäftigungspolitik um ihrer selbst willen zu betreiben.

Es wäre indessen ein fataler Irrtum, wenn jemand annehmen sollte, die erstrebte Höchstbeschäftigung sei ein Nebenprodukt einer guten Wirtschaftspolitik. Man wird im Gegenteil nicht darauf verzichten können, über die ordnungspolitischen Massnahmen hinaus, den Wirtschaftsablauf dauernd zu überwachen sowie den Zielen und marktwirtschaftlichen Gesetzen entsprechend zu regulieren⁵. Ebenso lassen sich die strukturpoliti-

schen Massnahmen nur auf Grund einer gesamtwirtschaftlichen Analyse richtig treffen; denn auch sie erfordern ein Zentrum, von dem aus die Verhältnisse und Bedingungen überblickt und beurteilt werden können.

Diese Betrachtungsweise, welche die Wirtschaft in ihrer Differenziertheit zu erfassen sucht, entspricht auch dem Bestreben, die wirtschaftspolitischen Ziele aufeinander abzustimmen; denn je grösser deren Zahl ist, desto schwieriger gestaltet sich das Vorgehen, weil dadurch die Wahrscheinlichkeit ihrer Vereinbarkeit in einer funktionsfähigen Ordnung abnimmt⁶. Praktische Erfahrungen wie theoretische Überlegungen zeigen, dass bestimmte Aufgaben nur auf Kosten anderer gelöst werden können. Eine Konkurrenzierung kann indessen vermieden werden, wenn es gelingt, sich auf Ziele mit relativ schwacher Antinomie und eine entsprechende Rangordnung zu einigen.

Typische Beispiele für den hier in Frage stehenden Sachverhalt gibt die Diskussion über das Mass der Vereinbarkeit von Produktionssteigerungen und Vollbeschäftigung sowie von Freiheit und Gerechtigkeit. Es kann sich hier nicht darum handeln, den Punkt zu bestimmen, wo die Verwirklichung des einen Zieles die des andern beeinträchtigt. Jedenfalls ist es sicher, dass eine Vollbeschäftigungspolitik nur dann sinnvoll sein kann, wenn ein vernünftiges Verhältnis besteht zwischen dem erzielbaren Ergebnis auf der einen und der Einbusse an Freiheit und den übrigen Nachteilen auf der andern Seite. Im wesentlichen kommt es doch darauf an, „sichere, d. h. rationelle Arbeitsplätze zu schaffen“; denn mit blosser Beschäftigung wäre weder dem einzelnen noch der Gesellschaft gedient⁷.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass die Neoliberalen eine bevorzugte und absolute Vollbeschäftigungspolitik ablehnen und stattdessen den Zustand einer relativen und tendenziellen Vollbeschäftigung anstreben. Sie betrachten einen hohen Beschäftigungsgrad als ein Mittel, den Wohlstand für alle zu mehren und dadurch die Voraussetzungen für den Dienst an den kulturellen und geistigen Werten zu schaffen. Die Erhaltung und Sicherung eines möglichst weiten Bereiches freier Lebensentfaltung ist wohl zu recht eine ihrer unabdingbaren Forderungen.

5) Vgl. F. Neumark, Interventionistische und dirigistische Steuerpolitik, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 452.

6) T. Pütz, Die wissenschaftliche Diskussion um das Problem der Wirtschaftsordnung, in: Wirtschaft und Recht, 1953, Heft 2, S. 123.

7) L. Erhard, a. a. O., S. 41; vgl. ferner: F. Terhalle, Einige Anmerkungen zu unserem heutigen Nebeneinander von sozialer Markt- und öffentlicher Finanzwirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 444.

B. Einschränkende Vorbehalte

Für die Neoliberalen ist die Vollbeschäftigung ein wirtschaftspolitisches Ziel neben andern. Sie schenken ihr wohl eine gewisse Aufmerksamkeit; hüten sich jedoch, ihr eine Vorrangstellung einzuräumen. Diese begrenzte Zielsetzung erfordert nun auch eine beschränkte Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel. Die Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik genießt keine autonome Stellung, sondern besteht nach ihrer gesamtwirtschaftlichen Ausrichtung in differenzierten und abgewogenen Massnahmen.

Der Wille zur Gewährleistung der Freiheit, zur Steigerung des allgemeinen Wohlstandes und zur Wahrung der Kontinuität in der wirtschaftlichen Entwicklung bildet letztlich die Schranke dieser Politik. Mit einem solchen Vorgehen soll zugleich der radikale Bruch mit der historisch gewordenen Wirtschaftsordnung vermieden werden, was indessen nicht heissen will, dass die bestehenden ökonomischen und sozialen Verhältnisse unverändert weiterdauern müssen. Vielmehr wird erwartet, dass sie evolutionär aus den ideellen Grundlagen des Systems und den realen Gegebenheiten der heutigen Wirtschaft herauswachsen werde.

Die Neoliberalen rechnen folgerichtig nicht allein mit makroökonomischen Grössen — wie Verbrauchs-, Investitions- und Sparvolumen-, sondern halten es für unerlässlich, in ihren mikroökonomischen Analysen auch den konkreten Aufbau der Wirtschaft zu durchleuchten. Wer das Ganze und seine Teile sieht sowie deren Beziehungen und Antriebskräfte zu erkennen versucht, dürfte wohl am ehesten in der Lage sein, den ökonomischen Gegebenheiten und sozialen Forderungen gerecht zu werden.

Die Vielgestaltigkeit des wirtschaftlichen Lebens sowie die ihm zugrunde liegenden mannigfachen Interessenunterschiede machen eine widerspruchsfreie Wirtschaftspolitik im allgemeinen wie im Hinblick auf das in Frage stehende Postulat der Vollbeschäftigung beinahe undenkbar. Wohl handelt es sich bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit um ein sozial-ökonomisches Problem; es wird aber zu einer politischen Aufgabe im eigentlichen Sinne, welche jeweils auf demokratischem Wege gestellt und mit Hilfe der öffentlichen Hand gelöst werden muss. Das volkswirtschaftlich Rationale stösst hierbei nicht selten auf den Widerstand irrationaler Kräfte, welche seine Verwirklichung verhindern oder im Endergebnis verfälschen⁸.

Weil hier die Vollbeschäftigung als ein zweitrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik gilt, werden mannigfache Vorbehalte angebracht und Einwendungen erhoben. Sie beziehen sich sowohl auf die Art des Vorgehens

8) E. v. Beckerath, Wissenschaft und Wirtschaftspolitik, in: *Wirtschaftsfragen der freien Welt*, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 14.

als auch auf die nachteiligen Folgen des erstrebten Zustandes. So wird insbesondere eine monetäre Expansionspolitik verurteilt, welche die Stabilität der Währung gefährden und den Ausgleich der Zahlungsbilanz verunmöglichen würde. Es lässt sich auch nicht bestreiten, dass eine solche Politik kaum in der Lage sein dürfte, hinsichtlich der Beschäftigung auf die Dauer einen positiven Nettoeffekt herbeizuführen.

Den Bewegungen des Preisniveaus wird eine grosse Aufmerksamkeit geschenkt. Insbesondere die preistreibenden Kräfte, welche in der Wirtschaftsexpansion wirksam sind, werden misstrauisch verfolgt. Nach ihrer Auffassung sollten daher die Lohnerhöhungen und Preissteigerungen die durchschnittliche Zuwachsrate der Produktivität nicht überholen. Selbst wenn dies gelänge, bestünde infolge der branchenmässigen Differenziertheit keine Gewähr für die Stabilhaltung des Preisgefüges. Eine inflationäre Entwicklung lässt sich nur verhüten, wenn sich die Güternachfrage im Rahmen der Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates bewegt.

Eine aktive Konjunktur- und Beschäftigungspolitik dieser Art wird sich auf einem schmalen Pfad zwischen Inflation und Deflation bewegen. Die Hauptschwierigkeit wird erfahrungsgemäss darin bestehen, den Wirtschaftsaufschwung von inflationistischen Tendenzen freizuhalten. Die Wahrung des Geldwertes gilt für den Neoliberalismus als eine wesentliche Voraussetzung für ein gleichgewichtiges wirtschaftliches Wachstum und für einen echten sozialen Fortschritt. Hierdurch lässt sich, so wird angenommen, auch der Beschäftigungsgrad und der Gesamtertrag der Volkswirtschaft steigern. Dieser „dynamische Durchbruch nach vorne“ sichert nach Erhard⁹ den Erfolg der Wirtschaftspolitik und die Lösung der sozialen Spannungen.

Die neoliberale Geld- und Kreditpolitik hat „die monetär bedingten Ausschläge deflationistischen und inflationistischen Charakters abzuschwächen und damit das Beschäftigungsproblem wenigstens insoweit zu lösen, als es sich in einer Wettbewerbsordnung überhaupt lösen lässt“¹⁰. Das Mittel hierfür ist nach Böhm eine „instrumental vervollkommnete Wettbewerbswirtschaft“¹¹, welche durch indirekt wirkende Ordnungseinrichtungen die Konkurrenz intensiviert und dadurch die wirtschaftlichen Leistungen erhöht. Symbol und Wirkung dieser Ordnung und Stabilität sind der Marktpreis, das freie Sparen und ein zunehmendes individuelles Eigentum.

Wenn Böhm für den Kreis der Neoliberalen auch nicht repräsentativ ist, so spiegelt sich doch in seinen Ausführungen die ursprüngliche Absicht

9) A. a. O., S. 236.

10) F. Böhm, Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung, in: Recht und Staat, Tübingen 1950, Nr. 153/154, S. 61.

11) A. a. O., S. 62.

der neuen Richtung wider, nämlich den Wettbewerb zu ordnen, auf den Wirtschaftsablauf nur mittelbar einzuwirken und dabei systemgerecht zu handeln. Eine direkte Lenkung der Wirtschaft wird entschieden abgelehnt. Die staatliche Wirtschaftspolitik soll marktkonform sein und indirekt eingreifen. So verständlich die Beweggründe auch sind, so problematisch ist doch die praktische Nutzenanwendung dieser Grundsätze. Wer die Marktkonformität zur Norm erhebt, überschätzt ihren Wert und übersieht den eigentlichen Zweck einer bestimmten wirtschaftspolitischen Massnahme¹². Der richtungsweisende Charakter dieses formalen Prinzips soll unangefochten bleiben; doch könnte seine engherzige Auslegung mehr schaden als nützen.

Im folgenden Abschnitt soll nunmehr versucht werden, eine entsprechend modifizierte Vollbeschäftigungstheorie artmässig zu skizzieren und ihre Aussichten abzuschätzen. In einem diese Studie abschliessenden Kapitel werden hernach die wesentlichen Teile dieser Theorie in ihrem Zusammenhang betrachtet und mit den übrigen Auffassungen verglichen.

C. Relative Vollbeschäftigung

Nach dem bisher Gesagten dürfte feststehen, dass von der Verwirklichung einer absoluten Vollbeschäftigung in einem liberalen Wirtschaftssystem nicht die Rede sein kann. Wenn es die Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist, den Beschäftigungsgrad auf den höchstmöglichen Stand zu heben, so wird das Ziel nur eine relative Vollbeschäftigung sein können. Der Grund hierfür liegt in der Ideologie des Systems; sie setzt die Ziele und bestimmt die Mittel der Wirtschaftspolitik.

Die entsprechenden Massnahmen der Neoliberalen bezwecken die Schaffung nützlicher und volkswirtschaftlich wertvoller Arbeitsmöglichkeiten sowie die Förderung des Gemeinwohls. Der hier angestrebte Zustand einer beinahe vollbeschäftigten Wirtschaft weist noch brachliegende Arbeitskräfte auf, welche dem Arbeitsmarkt die erforderliche Elastizität verleihen. Eine Volkswirtschaft, welche sich den wechselnden Gegebenheiten anpassen soll, wird gewisse Reservekapazitäten nicht entbehren können. Wenn auch

12) Vgl. T. Pütz, Die wissenschaftliche Diskussion um das Problem der Wirtschaftsordnung, in: *Wirtschaft und Recht*, 1953, Heft 2, S. 120: „Die Wissenschaftler sind sich keineswegs völlig einig über die Frage, von welchem kritischen Punkt an bestimmte staatliche Interventionen die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft ausser Kraft setzen. Wahrscheinlich gibt es keinen kritischen Punkt..., sondern einen mehr oder weniger breiten Spielraum, in welchem vielleicht mehr stabile Realisationsmöglichkeiten liegen als die Vertreter alternativen Denkens wahrhaben möchten.“

nicht alle Arbeitswilligen vermittelt sind, so hat der Beschäftigungsgrad doch das wünschbare Höchstmass erreicht. Die noch vorhandene Arbeitslosigkeit ist friktioneller Art und sozial nicht von Belang.

Die wesentliche Aufgabe besteht nunmehr darin, die einer freiheitlich geordneten Wirtschaft entsprechende Regulationsmöglichkeit durch die öffentliche Hand einzurichten. Jede Organisation bedarf gewisser Sicherungen, wenn allfällig zersetzende Gegenströmungen nicht die Oberhand gewinnen sollen. Werden diese zentrifugal wirkende Kräfte nicht rechtzeitig gebannt, so kann dies leicht zu sekundären Störungen mit krisenhaften Zuständen und einer Transformierung des bestehenden Systems führen. Man sollte daher richtigerweise die Ordnungsherstellung von der Prozessgestaltung unterscheiden.

Wer die Marktwirtschaft nicht sich selbst überlassen will, wird dem Gemeinwesen ein erhebliches Mass an Eigengesetzlichkeit mit allen Folgerungen für die öffentlich-wirtschaftliche Bedarfsdeckung einräumen müssen. Eine gewisse Kontrolle ist zweifelsohne notwendig, weil die „Konkurrenz ... von sich aus keine aktive Integrationskraft darstellt“¹³ und den Ausgleich zwischen der Gemeinwirtschaft und Privatwirtschaft nicht zu vollziehen vermag. Um so unerlässlicher ist es, dass die Nachteile der freien Marktwirtschaft — die ungerechte Verteilung des Einkommens, die Anarchie der Produktion und die Wirtschaftskrisen mit Absatzstockungen und Arbeitslosigkeit — aufgehoben werden.

Besteht eine staatliche Wirtschaftslenkung der ‚leichten Hand‘ und eine Wettbewerbswirtschaft, dann können die erwähnten Mängel unter Beibehaltung der Vorzüge weitgehend ausgeschaltet werden. Es dürfte somit feststehen, dass nur eine geordnete Volkswirtschaft, welche ein tragfähiges Gefüge mit aufeinander abgestimmten Elementen aufweist, als Grundlage für eine befriedigende Beschäftigungslage und eine gedeihliche Entwicklung dienen kann.

Die Erfahrung lehrt, dass dort, wo das private Gewinnstreben durch eine überwachende und lenkende staatliche Wirtschaftspolitik gezähmt wird, auf Grund der Verbindung von Gewinnerwartung und ökonomischem Erfolg, die relativ beste Güterversorgung erreicht wird, wobei der Lebensbereich des Menschen weitgehend frei und für die persönliche Entfaltung günstig bleibt. Soweit die Wirtschaftslenkung überhaupt in Frage steht, ist zu bemerken, dass die hier verstandene Lenkung begriffsnotwendig die Anerkennung der Eigenständigkeit der Persönlichkeit, der Legitimität individueller Zielsetzungen und eine Freiheitssphäre voraussetzt und in folgedessen im Rahmen marktwirtschaftlicher Ordnungsgestaltung der Wirtschaft zwanglos anwendbar ist.

13) A. Rüstow, Vitalpolitik gegen Vermassung, in: Masse und Demokratie, Erlenbach - Zürich 1957, S. 229.

Eine systematische Analyse wirtschaftspolitischer Mittel kann keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, dass es eine Fülle von Lenkungsmöglichkeiten gibt, die im strengsten Sinne marktkonform sind¹⁴, so dass eine entsprechend gesteuerte Marktwirtschaft durchaus möglich ist. Die wirtschaftspolitische Konzeption kann, da sie ein langfristiges und grundsätzliches Leitbild darstellt, indessen keinen Katalog konkret definierter Einzelmassnahmen geben, sondern nur eine ‚qualitative Systematik‘ jener Typen von Massnahmen, welche mit den Zielen und Prinzipien der Wirtschaftspolitik vereinbar sind und die vergleichsweise besten Haupt- und Nebenwirkungen, Nah- und Fernreaktionen erwarten lassen¹⁵.

Die in Aussicht genommenen Massnahmen sind sowohl allgemeiner wie spezieller Art, wobei sich insbesondere drei Problemkreise abzeichnen: Jener der Struktur, der Konjunktur und der Integration. Nicht zu Unrecht steht die strukturelle Arbeitslosigkeit bedeutungsmässig an der ersten Stelle. Sie ist ohne Zweifel auch am schwierigsten zu beseitigen. Je nach dem Charakter der Störung ist sogar ein Umbau der Volkswirtschaft erforderlich. Der Aufbau eines funktionsfähigen Wirtschaftsgefüges kann daher Jahre dauern und grosse Aufwendungen erfordern.

Eine Beschäftigungspolitik zur Überwindung der konjunkturellen Arbeitslosigkeit bedeutet nicht eine Beseitigung der wirtschaftlichen Wechsellagen, sondern ihre Beschränkung auf ein erträgliches Mass und eine zielstrebige Ausrichtung ihrer Antriebskräfte zur gleichgewichtigen Wirtschaftsexpansion. Dies erfordert einen obersten Träger der Wirtschaftspolitik und die Verwendung eines entsprechenden Instrumentariums, mit dessen Hilfe der volkswirtschaftliche Gesamtkreislauf beeinflusst und gesteuert werden soll.

Wenn das öffentliche Interesse an der Lösung struktureller und konjunktureller Probleme den staatlichen Eingriff rechtfertigt und notwendig macht¹⁶, dann ist es zugleich unerlässlich, dass dieser Interventionismus durch eine liberale Handhabung und institutionelle Verankerung die Integration der wirtschaftlichen Kräfte und aller entsprechenden Bestrebungen nicht nur nicht behindert, sondern im Sinne überstaatlicher Zusammenhänge fördert.

Der revisionistische Liberalismus weiss, dass zur Herstellung einer relativen oder tendenziellen Vollbeschäftigung die Kenntnis der funktionellen Seite des Wirtschaftsprozesses allein nicht genügt, sondern dass auch die Ursachen der strukturellen Disparitäten behoben werden müssen. Eine

14) H. J. Seraphim, a. a. O., S. 193.

15) T. Pütz, Die wirtschaftspolitische Konzeption, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 46.

16) Vgl. H. Peter, Öffentliche Grossaufgaben in der freien Wirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 165 ff.

formelhafte Vollbeschäftigungspolitik kann der Komplexität des Beschäftigungsproblems in einer grundsätzlich freien Wirtschaft nicht gerecht werden. Aber auch die Neoliberalen sind nicht im entferntesten bis zu einer gründlichen Behandlung der Gestaltungsfragen vorgedrungen. Sie bieten nur Ansätze und Skizzen, kein Programm oder System in einer einheitlichen substanziellen Ausgestaltung.

Eine Wirtschaftspolitik, welche die arteigene Sachgesetzlichkeit berücksichtigen und ‚aus einem Guss sein‘ will, erfordert entsprechende Einrichtungen. Selbst eine Wirtschaftsplanung ist mit Marktwirtschaft und Freiheit vereinbar, es kommt nur darauf an, wer die Pläne entwirft und durchführt. Jedenfalls bleibt Raum für die freie Entscheidung des einzelnen in der Erzeugung, Verteilung und im Verbrauch; denn ein System behält auch dann seine Gültigkeit und Wirksamkeit, wenn einmal davon abgewichen werden muss¹⁷. Die Praxis geht hierin heute schon weiter als die Theorie für richtig hält.

Nachdem wir unsere Würdigung mit einer Analyse der wirtschaftlichen Grundprinzipien einführten und die grundsätzliche Einstellung der Neoliberalen zum Problem der Vollbeschäftigung klärten, wollen wir uns nunmehr auf Grund der in ihnen wurzelnden Entscheidungen mit den Mitteln und ihren wirkfähigen Massnahmen befassen.

10. Kapitel

Mittel und Methode

A. Strukturelle Anpassung

Die wirtschaftlichen Vorgänge lassen sich jeweils auf verschiedenartige Ursachen zurückführen. Zudem sind an ihrer Entwicklung mehrere Faktoren beteiligt, welche sich gegenseitig beeinflussen und deren Kombinationen sich von Fall zu Fall ändern können. In richtiger Einschätzung dieses Sachverhaltes und seiner Bedeutung für die Führung einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik bevorzugen die Neoliberalen anstelle der allgemein wirkenden Eingriffe die gezielten Massnahmen.

So versuchen sie in ihren Theorien, sowohl die Vielschichtigkeit der sozialökonomischen Lebensverhältnisse zu erfassen wie dessen Hintergründigkeit zu erhellen. Ob sie erfüllen, was sie versprechen, darf füglich bezweifelt werden; doch wer kann schon den Anspruch erheben, mit dieser Aufgabe restlos fertig zu werden. Immerhin steht fest, dass dem kompli-

17) Vgl. L. Erhard, a. a. O., S. 138.

zierten Charakter dieser vielfältigen Wirklichkeit nur ein partielles und tiefgründiges Wissen gerecht werden kann, welches die herrschenden Prinzipien erkennt und das Gefüge aufzeigt.

Eine entsprechende Strukturpolitik wird demzufolge nicht nach einem bestimmten Schema geführt werden können, sondern wird an den bestehenden Kräften und Gegebenheiten anknüpfen müssen. Die hier zur Diskussion stehende Vollbeschäftigung wird in folgerichtiger Weise als ein Problem der Gesamtwirtschaft und ihrer Bestandteile gesehen. Deshalb sind aus der Fülle der wirtschaftspolitischen Massnahmen jene auszuwählen, welche genau dort einsetzen, wo der zu behebende Strukturfehler liegt.

Gegen die strukturpolitischen Eingriffe des Staates werden keine Einwendungen erhoben, vielmehr werden sie als unumgänglich und notwendig empfohlen; denn auch einer liberal konzipierten Politik ist es heute versagt, gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung und den konjunkturellen Schwankungen passiv zu bleiben. Die orthodox-liberale Doktrin wird wohl beachtet, allerdings nur in dem Masse, als es die aktuellen Verhältnisse erlauben¹.

Für den Wirtschaftspolitiker, welcher auf Grund einer gegebenen Situation bestimmte Ziele erreichen will, bedeutet die politische Realisierung zumeist eine zwischen den widerstreitenden Auffassungen vermittelnde Tätigkeit, wobei die strenge Sachgesetzlichkeit nicht selten missachtet wird. Es lässt sich nicht übersehen, dass erst die Auseinandersetzung mit all den das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben mitgestaltenden Kräften eine allseits befriedigende Lösung der sich stellenden Probleme fördert, ohne dass die zu beachtenden marktwirtschaftlichen Prinzipien hierdurch verletzt zu werden brauchen.

Den liberalen Interventionen zugunsten erhaltenswerter oder erziehungsbedürftiger Unternehmungen steht grundsätzlich nichts entgegen. Ob indessen die staatlichen Instanzen die hierfür beste Gewähr bieten, darf wohl in Frage gestellt werden. Wo sich jedoch verschiedenartige Bestrebungen geltend machen, sollte eine möglichst neutrale Stelle entscheiden können. Die Zweckdienlichkeit einer solchen Behörde und ihre Zuständigkeit für die Behandlung bestimmter sozialökonomischer Belange können heute nicht mehr bestritten werden.

Im weitem darf man sich fragen, ob es ausreichend ist, die wirtschaftspolitischen Massnahmen auf die Überwachung struktureller Veränderungen und die Erhaltung eines harmonischen Gefüges zu beschränken und ob nicht im Hinblick auf den vermehrten Einsatz von Kapitalgütern und die Gefahr disproportionaler Entwicklungen auch eine vorausschauende Strukturpolitik dienlich wäre. Wir denken hier in erster Linie an ein die Aus-

1) Vgl. L. Erhard, a. a. O., S. 302.

gewogenheit der materiellen Wirtschaftsstruktur förderndes Eingreifen der öffentlichen Hand oder ähnlicher Körperschaften, welche auch im Bereich zwischenstaatlicher Beziehungen eine entsprechend koordinierende Funktion auszuüben hätte.

Das heute vielleicht aktuellste Anwendungsgebiet einer solchen Politik besteht in der Anpassung der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen an die vorhandenen und verfügbaren Naturschätze und Energiequellen. Eine voraussehbare Erschöpfung der Rohstoffvorräte könnte uns zu einer sparsamen Bewirtschaftung nötigen, währenddem eine unabsehbare Abbaumöglichkeit uns zu einer volkswirtschaftlich produktiveren Nutzung anhalten würde. Im ersten Fall dürften Interventionen zur Erhaltung der bestehenden und Erschliessung neuer Quellen das richtige sein. Im zweiten Fall hingegen wäre eine entsprechende intensivere Ausbeutung am Platze².

Es wäre gewiss zweckwidrig, auf Grund einer ausschliesslich rückblickenden Betrachtung die Gegenwartsaufgaben lösen zu wollen. Vielmehr halten wir es für lebenswichtig, die künftige Entwicklung unter Beachtung der aktuellen Gegebenheiten abzuschätzen und auf die zu erwartenden strukturellen Veränderungen hemmend oder fördernd einzuwirken. Da der wirtschaftliche Fortschritt sich erfahrungsgemäss nicht Schritt für Schritt, sondern in Schüben und Durchbrüchen vollzieht, ist es angezeigt, durch eine geeignete Politik unvermittelte Übergänge in der Produktionstechnik zu verhindern und dadurch eine allmähliche Verlagerung der Arbeitskräfte zu ermöglichen.

Um einer derartigen Evolution Dauer zu verleihen, ist es unerlässlich, die erforderlichen Einrichtungen zu schaffen. Die hierfür nötige theoretische Begründung zu finden, ist nicht schwierig. Wir erinnern nur an die in struktureller Hinsicht unbestreitbare Relevanz einer intensiveren Automatisierung und des erhöhten Energiebedarfes für die weitere materielle Wohlfahrt. Auch die durch eine Verwirklichung der europäischen Freihandelsprojekte vorzunehmenden Änderungen im Gefüge der beteiligten Volkswirtschaften darf hier nicht unerwähnt bleiben.

Eine Vernachlässigung dieser Aufgaben hätte unabsehbare Folgen. Der Staat als Hüter des individuellen und allgemeinen Wohls kann es sich nicht leisten, die Lösung dieser Probleme irgendwelchen Kräften und Mächten zu überlassen. Das spezifisch Liberale liegt heute nicht mehr in der Ausschaltung des Staates, sondern in seiner Ordnung schaffenden, den wirtschaftlichen Fortschritt fördernden und gleichberechtigten Tätigkeit. Das hier durchschimmernde Subsidiaritätsprinzip ist denn auch — richtig ver-

2) Vgl. E. Salin, Über die Notwendigkeit langfristiger Energiepolitik, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 338 f.

standen — ein durchaus liberaler Grundsatz³. Seine vermehrte Berücksichtigung würde zeigen, dass der Streit um die Methode und das Ausmass der Interventionen weitgehend überflüssig ist.

Die zu ordnenden Beziehungen zwischen den öffentlichen Instanzen und den privaten Unternehmern bedürfen daher keiner straffen Reglementierung. Eine Art Partnerschaft in der Gestalt koordinierender Organe wäre wohl in der Lage⁴, unter Beachtung marktwirtschaftlicher Auffassungen die gemeinsamen Interessen zu wahren. Es wird sich auch hier zeigen, dass unabhängig von der geltenden Ideologie bestimmte Lösungen in der Wirklichkeit sich aus innerer Sachgesetzlichkeit heraus ergeben.

Die heute steigenden Bevölkerungsziffern und die zunehmenden Arbeitszeitverkürzungen erfordern zwangsläufig eine Intensivierung der Produktionsanstrengungen. Eines der Mittel, die Arbeitsergiebigkeit zu erhöhen, ist das der Automation. Ihre Einführung wird zur strukturpolitischen Notwendigkeit, wenn auch nicht in dem Ausmass wie gemeinhin angenommen wird. Je nach dem Grad und Tempo ihrer Verwirklichung wird sie neue Fragen aufwerfen. So rechnet sie mit einer mengenmässig kontinuierlichen Produktion, was eine kurzfristige Umstellung der Pläne unmöglich macht und zudem eine ausgewogene Struktur voraussetzt.

Es kann erwartet werden, dass der Prozess der Automatisierung keine nennenswerte Freisetzung von Arbeitskräften bewirken wird. Er dürfte besonders in jenen Industrien Eingang finden, deren Produktion im Steigen begriffen ist und wird sich auch nach Zeit und Umfang unterschiedlich vollziehen. Eine zeitlich begrenzte und prozentual geringfügige technologische Arbeitslosigkeit liesse sich durch eine zielstrebige Neuplazierung der Arbeitskräfte beheben. Das eigentliche Problem besteht in der entsprechenden Aus- und Weiterbildung und in der Bereitstellung des für die Investitionsfinanzierung erforderlichen Kapitals.

Es ist daher ein Irrtum, anzunehmen, der technische Fortschritt müsse Arbeitslosigkeit hervorrufen. „So paradox das klingt, so ist es doch richtig, dass rasche technische Fortschritte zwar unaufhörlich Arbeiter auf die Strasse werfen, aber gleichzeitig auch ihre Wiedereinstellung erleichtern“⁵. Hierfür zeugt der hohe Beschäftigungsstand der hochindustrialisierten und automatisierten Volkswirtschaften. Eine zeitlich begrenzte Übergangsarbeitslosigkeit ist allerdings unvermeidbar. Die Förderung der Umstellung auf andere Berufe und die Finanzierung der Umsiedlungskosten an andere

3) Vgl. A. Rüstow, Vitalpolitik gegen Vermassung, in: Masse und Demokratie, Erlenbach - Zürich 1957, S. 219.

4) P. F. Drucker, Die nächsten zwanzig Jahre, Düsseldorf 1957, S. 152.

5) E. Küng, Der technische Fortschritt — wirtschaftlich betrachtet, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 327.

Arbeitsorte mit den Mitteln der Allgemeinheit ist nicht nur ein sozialpolitisches Postulat, sondern lässt sich auch volkswirtschaftlich rechtfertigen⁶.

B. Konjunktureller Ausgleich

Wohl jedermann wäre heute bereit, eine Politik der Staatsverschuldung und des billigen Geldes zu treiben, wenn eine katastrophale Stagnation der wirtschaftlichen Tätigkeit überwunden werden soll. Für den neoliberalen Wirtschaftspolitiker besteht nun aber insofern eine Beschränkung als er unter Wahrung der Geldwertstabilität das wirtschaftliche Wachstum fördern und eine optimale Beschäftigungslage gewährleisten will. Diese Auflage bindet ihm jedoch die Hände, auch geringfügige Rückschläge zu verhindern. Wer sie vermeiden will, hätte die effektive Gesamtnachfrage dauernd zu stimulieren, was in der Folge zu einer chronischen Inflation führen müsste.

Nach der Vollbeschäftigungslehre wird das Volkseinkommen schrumpfen, wenn die Investitionen gegenüber den Ersparnissen unzureichend sind. Erst auf einem tieferliegenden Niveau könnte sich dann eine neue Gleichgewichtslage einstellen. Hierbei kann nun „nicht länger übersehen werden, dass Ersparnisse und Investitionen von Schwankungen des Volkseinkommens wesentlich stärker beeinflusst werden als von Veränderungen des Zinssatzes“⁷. Die hier in Erscheinung tretenden Faktoren müssen im Hinblick auf eine aktive Konjunkturpolitik und im Ausmass ihrer Bedeutung berücksichtigt werden.

Die Aufgabe einer solchen Politik wird im wesentlichen darin gesehen, ein den vorhandenen produktiven Kräften entsprechendes Wachstum der Wirtschaft zu ermöglichen und allfällig störende Abweichungen vom Zustand des wirtschaftlichen Gleichgewichts zu beheben. Dadurch würde der Prozess zur nachträglichen Ausmerzung unwirtschaftlicher Betriebe in der Depression hinfällig oder zumindest weniger tiefgreifend; denn die Auslese könnte dann fortlaufend erfolgen. Sie wird indessen in einer rasch voranschreitenden Expansion vereitelt, weil hohe Preise auch den technisch und organisatorisch überalterten Betrieben noch eine gewisse Rentabilität sichern⁸.

Es ist offensichtlich, dass konjunkturelle Schwankungen dem marktwirtschaftlichen System inhärent sind. Dem „eigentümlichen Flackern des

6) E. Küng, a. a. O.

7) G. N. Halm, John Maynard Keynes und die Marktwirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 135.

8) Vgl. P. Binder, Die Stabilisierung der Wirtschaftskonjunktur, Stuttgart 1956, S. 40.

Konjunkturverlaufes“⁹ liegen letzten Endes keine ökonomischen Ursachen zugrunde, sondern solche ethischer, soziologischer und massenpsychologischer Art. Sie sind wirksam, solange die Wirtschaftssubjekte sich verhältnismässig frei entscheiden können. Die Neoliberalen sind sich dieses Sachverhaltes bewusst; sie verkennen indessen die Wirksamkeit dieser Beweggründe dort, wo sie ausserhalb des Modells bleiben und in ihrem Effekt daher schwer vorzubestimmen sind.

Die Konjunkturdiagnose und -prognose kann infolgedessen nicht vorsichtig und scharfsinnig genug sein, wenn die wirtschaftspolitischen Mittel richtig gewählt und die zu treffenden Massnahmen zweckmässig vorbereitet werden sollen. Auch die Wirtschaftspolitik ist eine Kunst, welche neben der Beherrschung des Instrumentalen, Sinn und Verständnis erfordert und Mass übt im Gebrauch der zur Verfügung stehenden Hilfen. Unter diesen Voraussetzungen wird sich die Konjunktur- und Beschäftigungspolitik in den gesamtwirtschaftlichen Rahmen einordnen müssen; mit punktualistischen Interventionen liesse sich wohl das eine oder andere Teilziel erreichen, sie würden jedoch in andern Bereichen Schaden stiften.

Die Neoliberalen können sich der Notwendigkeit einer gewissen Kontrolle des wirtschaftlichen Lebens nicht mehr verschliessen; bedeutet sie doch eine unabdingbare Begleiterscheinung der Wirtschaftsfreiheiten. Zudem wäre eine nicht überwachte wirtschaftliche Expansion eine wichtige und stets wirksame Ursache zur Inflation, welche ja gerade vermieden werden soll. Die hier erwogene Lenkung kann sich jener feineren Regulierungsmethoden bedienen, durch welche von der automatischen Anpassung soviel wie möglich erhalten bleibt. Ob es indessen der liberalen Ideologie und Tradition entspricht, die in Frage stehenden Kontrollfunktionen mehrheitlich in die Hand des Staates zu legen, sei dahingestellt, doch möchten wir nicht verfehlen, auf die Problematik dieser Entscheidung hinzuweisen.

Mit dieser staatlichen Wirtschaftsüberwachung soll die zyklische Automatik nicht aufgehoben, sondern im Hinblick auf die erwähnten Zielsetzungen gedämpft und ausgeglichen werden. Die entsprechende Politik ist national gebunden, aber dennoch weltwirtschaftlich ausgerichtet, weil die produktiven Kräfte nach den Regeln der internationalen Arbeitsteilung optimal ausgenutzt werden sollen. Sie wird daher wohl aktiv, aber nicht unabhängig sein können. Der öffentlichen Hand werden im innerstaatlichen Bereich neue Aufgaben übertragen, gleichzeitig wird jedoch die Intensivierung zwischenstaatlicher Beziehungen und die Schaffung von Institutionen mit supranationaler Kompetenz gefordert.

9) G. Schmolders, Die Konjunkturpolitik der ‚moral suasion‘, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 289.

Unsere Ausführungen könnten den Eindruck erwecken, es sei beabsichtigt, unvereinbare Ziele anzustreben und gegensätzliche Mittel anzuwenden. Es lässt sich auch nicht bestreiten, dass antinomische Verhältnisse bestehen. Sie liegen indessen nicht im Wert der Ziele und Werkzeuge, sondern entwickeln sich erst im Verlauf ihrer Verwirklichung und bei ihrem Gebrauch. So wenig nun aber das Streben nach einer gewissen Einheitlichkeit die bestehende Mannigfaltigkeit zu zerstören braucht, so wenig muss beispielsweise die „Politik der effektiven Expansion“¹⁰ in einer Inflation enden. Entscheidend ist auch hier, dass eine extreme Überspannung vermieden und statt dessen jener kritische Punkt gefunden wird, „wo die Gesamteinbusse aus der teilweisen Nicht-Realisierung von zwei oder mehreren Zielen am geringsten erscheint“¹¹.

Es ist daher begreiflich, dass gegen die Lösung des hier in Frage stehenden Beschäftigungs- und Konjunkturproblems hüten und drüben Bedenken erhoben werden. Aber gegen welche wirtschaftspolitischen Massnahmen können nicht unter gewissen Gesichtspunkten Einwendungen vorgebracht werden. Welche Politik kann nicht unter Umständen unerwünschte und in bestimmter Hinsicht nachteilige Folgen haben. Es gibt wohl keine sozialökonomische Handlungsweise, von welcher man erwarten kann, dass sie nur zu den erwünschten und ins Auge gefassten Zielen führen und nicht auch unerbetene Nebenwirkungen zeitigen wird¹².

Betrachten wir nunmehr den konkreten Auftrag dieser Politik und der ihr dienenden Theorie, so können wir feststellen, dass sie die Gewährleistung einer ruhig verlaufenden Aufwärtsbewegung der Wirtschaft und die Beschränkung ihrer Produktivitätsfortschritte auf das Mass vertretbarer Zuwachsraten zum Gegenstand hat. Durch die Dämpfung des wirtschaftlichen Aufstiegs soll die Gefahr einer disproportionalen Entwicklung verhindert und einer inflationären Überhitzung der Konjunktur gebannt werden. Es geht insbesondere darum, die wirtschaftliche Expansion innerhalb ihrer materiellen Möglichkeiten zu halten und nach Erreichung der relativen Vollbeschäftigung sie nur insoweit zu fördern, als sich ihre Grenzen durch eine vermehrte Heranziehung knapper Produktivkräfte und die Ausdehnung technischer Produktionskapazitäten erweitern lassen.

10) W. Röpke, Gesellschaftskrisis der Gegenwart, 4. A., Erlenbach - Zürich 1942, S. 272.

11) W. A. Jöhr, Das Problem der Wirtschaftsordnung, in: Individuum und Gemeinschaft, Festschrift zur Fünfzigjahrfeier der Handelshochschule St. Gallen, S. 238.

12) A. Amonn, Abwertung und Aufwertung oder freie Wechselkursbildung, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 578.

Für eine Volkswirtschaft, welche eine bestimmte Wachstumsquote erzielen will, ist es nicht leicht, eine inflationäre Preisentwicklung zu vermeiden. Da der Einkommenseffekt der Investitionen sofort wirksam wird, währenddem die Erhöhung des Sozialprodukts im Regelfall erst nach längerer Zeit erreicht wird, besteht in einer sich ausdehnenden Wirtschaft die ernste Gefahr kontinuierlicher Preissteigerungen. Eine Politik, welche sich dieser Tücken bewusst ist, kann eine Geldentwertung nur dann verhindern, wenn es ihr gelingt, „die von der Einkommensvermehrung ausgehende neue Nachfrage dem Kapazitätswachstums der Volkswirtschaft zeitlich anzupassen“¹³.

Es ist ohne Zweifel richtig, dass in einer arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft der Preis in seiner Funktion als Gradmesser der Güterknappheit und als Steuerungsmittel der Wirtschaft nicht behindert werden darf. Durch eine unverhältnismässige und langandauernde Preissteigerung würde die Wettbewerbswirtschaft ihren eigentlichen Sinn verlieren; denn es entstünden Gewinne, welche sich auf keine entsprechenden Leistungen zurückführen liessen. Eine inflationäre Geldentwertung würde eine ungleichgewichtige Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte begünstigen, den Eigentumsbegriff aufweichen und eine sozial unsichere Lage schaffen.

In folgerichtiger Weise ist die Erhaltung des Geldwertes für die Neoliberalen Bedingung und Ziel zugleich. Ihretwegen sind sie auch bereit, eine konjunkturelle Rückbildung in Kauf zu nehmen. Um diesen Anforderungen genügen zu können, bedarf es einer allgemeineren Theorie und entsprechend flexibler Instrumente. Wir denken hier insbesondere an die Mittel und Massnahmen der Geld- und Kreditpolitik sowie jene der Steuer- und Haushaltspolitik. Sie ermöglichen eine Lenkung des Wirtschaftsprozesses ohne Zwang und sichern zugleich einen dem individuellen Entfaltungsbedürfnis gemässen Tätigkeitsbereich.

Hinsichtlich der politischen Verwirklichung wird nur ein zeitgerechter, artentsprechender und koordinierter Einsatz der vorhandenen Mittel zum Erfolg führen. Das Instrumentarium ist anwendungsfähig, wenn auch nicht über alle Zweifel erhaben; entscheidend ist allerdings, dass es zweckmässig benützt wird. Wer hier jedoch nur ein formales Problem sieht, geht am wesentlichen vorbei und verkennet die materiellen Möglichkeiten. Das Prinzip der Systemgerechtigkeit ist nicht nur eine methodische, sondern auch eine das Wesen betreffende Forderung, welche nach einer innern Übereinstimmung und Widerspruchsfreiheit strebt.

13) T. Wessels, Geldprobleme der Wettbewerbswirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 409 f.

Nach der allgemein herrschenden Auffassung bezwecken die monetären Massnahmen — die Variation der Mindestreserve- und Diskontsätze sowie die Offenmarktoperationen — eine umfassende Kontrolle der Geldversorgung. Ihre Wirksamkeit, insbesondere im konjunkturellen Aufschwung, ist anerkannt. Es wäre indessen ein Irrtum anzunehmen, das Ausmass der Investitionen sei nur vom Zinsniveau abhängig. Ob die Kreditnachfrage hiervon berührt wird, ist ein kalkulatorisches Problem und eine Frage des Angebots monetärer Mittel.

Die offizielle Kreditverteuerung ist ihrer direkten und indirekten Wirkungen wegen sehr umstritten. Da für die Banken unter Umständen Ausweichmöglichkeiten bestehen und die finanzielle Elastizität der Kreditnehmer unterschiedlich ist, treffen die restriktiven Massnahmen die Kapital suchenden Wirtschaftssubjekte in ungleicher Weise. Globale Massnahmen wirken wohl im Modellfall entsprechend, können jedoch im Einzelfall ungerecht sein, weil sie dem wirtschaftlich Stärkeren nichts anhaben können. Dieser Mangel ist nicht unbekannt, weshalb auch versucht wird, die Geldschöpfungstätigkeit der Banken einzuschränken und den Kleinkredit durch geeignete Institute zu fördern.

„Es ist im übrigen sehr schwer, den restriktiven bzw. expansiven Effekt der in dieses Gebiet fallenden Einzelmassnahmen oder Kombinationen von Massnahmen genau abzuschätzen. Eine Begrenzung des Kreditvolumens durch Plafonds mag beispielsweise konjunkturpolitisch wirksamer sein als die Verteuerung der Kredite durch Erhöhung der Bankrate“¹⁴. Das Schwergewicht wird hier auf eine selektive Kreditkontrolle verlegt, wobei die Zinserhöhung eher als Folge und Gradmesser der geführten Verknappungspolitik denn als Ursache anzusehen ist. Die Durchschlagskraft einer restriktiven Währungspolitik hängt daher nicht so sehr vom Trend der Zinssätze als von der durchgreifenden Kontrolle der Geldversorgung ab.

Da die positiven Wirkkräfte der erwähnten Instrumente und Techniken begrenzt sind, lassen sie sich nur im Rahmen einer die Steuer- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand einschliessenden Gesamtkonzeption sinnvoll anwenden. Auf diese Weise können die Stärken und Schwächen der verschiedenen Mittel zweckentsprechend ausgeglichen werden. So bietet die Fiskalpolitik in der Stockung die wohl aussichtsreichste Möglichkeit zur Wiederingangsetzung der wirtschaftlichen Tätigkeit, wobei die staatlichen Verbrauchsausgaben zur Erhöhung der effektiven Gesamtnachfrage einer entsprechenden Veränderung der Einkommenssteuersätze vorzuziehen sind.

Wohl hat man sich allmählich an den Gedanken gewöhnt, dass kreditär finanzierte öffentliche Haushaltdefizite in Depressionszeiten zur Wieder-

14) R. Kamitz, Integrierung der Finanzpolitik, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 441.

herstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts auf hohem Niveau unerlässlich sind; dagegen ist die notwendige Ergänzung einer solchen Politik — die Erzielung von Budgetüberschüssen in Perioden der Konjunkturüberhitzung — noch nicht in das Bewusstsein aller verantwortlichen Kreise eingedrungen¹⁵. Es zeigt sich nur allzuoft, dass der konjunkturpolitische Wunsch, in Zeiten der Hochkonjunktur Schulden zu tilgen oder gar Steuermittel zu thesaurieren, im allgemeinen an der politischen Willensbildung und Dynamik scheitert.

Es lässt sich nicht bestreiten, dass die Fiskalpolitik flexibler gestaltet und vermehrt Konjunktur ausgleichend angewandt werden könnte. In erster Linie sollten die Steuern zeitgerecht erhoben und in ihrer Gewichtung zugleich antizyklisch wirksam werden. Dies wäre ohne wesentliche Erweiterung behördlicher Kompetenzen und ohne systemwidrige Eingriffe der Verwaltung möglich. Wir sehen daher keine stichhaltigen Gründe, den monetären Mitteln eine bevorzugte Stellung einzuräumen und die fiskalpolitischen Möglichkeiten nur in unvollkommener Weise zu nutzen.

Eine systematische Kooperation aller verfügbaren wirtschaftspolitischen Kräfte und eine den gesetzten Zielen entsprechende Koordination der zu treffenden Einzelmassnahmen könnte wohl am ehesten zum Erfolg führen. Ein konzentrisches Vorgehen müsste dahin tendieren, die effektive Gesamtnachfrage bis zu den Grenzen der materiellen Möglichkeiten auszudehnen, wobei zu beachten wäre, dass die Massnahmen den unterschiedlichen Streuungs- und Dosierungsmöglichkeiten der verwendbaren Mittel entsprechend getroffen werden.

Die hier in Frage stehende liberale Wirtschaftslenkung stellt bei grundsätzlicher Anerkennung der Vollbeschäftigung und der Erhaltung des binnenwirtschaftlichen Geldwertes ein ausserordentlich schwierig zu lösendes Problem dar. Es ist vor allem ein solches der politischen Verwirklichung; denn es fehlt nicht selten an der Bereitschaft, die Preise von Bindungen politischer und anderer Natur zu lösen und die Löhne vom Druck kontinuierlicher Steigerung freizuhalten. Ferner mangelt es an einer folgerichtigen Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand.

Die Löhne und Preise stehen bekanntlich in einer engen Beziehung zueinander. Die oft vertretene Auffassung, Lohnerhöhungen im Rahmen der durchschnittlichen Produktivitätssteigerung seien ohne Gefahr für die Preisgestaltung, ist irreführend; denn erstens ist die erwähnte Grösse nicht entscheidend und zweitens lässt sie sich nur schwer messen. Der Grund hierfür liegt in den Produktivitätsunterschieden der einzelnen Wirtschaftszweige,

15) F. Neumark, Interventionistische und dirigistische Steuerpolitik, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 461.

was zur Folge hat, dass die Erzeugnisse der benachteiligten Branchen wegen der auch auf sie übergreifenden Erhöhungen der Lohnkosten und infolge der Unmöglichkeit des vollständigen Ausgleichs durch Produktivitätssteigerungen teurer würden.

Bei der Lohngestaltung sollte daher auf jene Branchen Rücksicht genommen werden, welche die geringsten Produktivitätsfortschritte aufweisen. Das darüber hinausgehende Mehr an Ergiebigkeit in der Güterherstellung könnte durch Preissenkungen an alle Verbraucher weitergegeben werden. Denn die Löhne sollten sowohl niedrig als auch hoch gehalten werden, damit eine allgemeine inflationäre Preiserhöhung vermieden, ein überbordender Aufschwung gebremst und die unwirtschaftlichen Betriebe laufend ausgeschieden werden können.

Die innere Kaufkraftstabilität erscheint hier als das Fundament der freien Wirtschaft. Da die Stabilisierung des innern wie des äussern Geldwertes für die Aufrechterhaltung eines wirtschaftlichen Gesamtgleichgewichts ebenso wichtig ist, beide Ziele zusammen und vollumfänglich sich jedoch nicht erreichen lassen, wird man sich für eine elastische Stabilisierung entscheiden müssen. Die Gestaltung der Wechselkurse erfolgt dann wie jede andere Preisbildung durch den Markt, wobei mit systemgerechten, in sich widerspruchsfreien Mitteln regulierend auf den erwähnten Prozess eingewirkt werden kann.

Im Hinblick auf eine ausgeglichene Zahlungsbilanz und einen gesteigerten Gütertausch unter den entsprechend entwickelten Volkswirtschaften befürworten auch die Neoliberalen eine freie Wechselkursbildung. Sie wäre einer marktwirtschaftlich ausgerichteten Handelspolitik angemessen und auch der europäischen Integration förderlich. Auf diese Weise könnten zudem auch die Konfliktmöglichkeiten zwischen Preisstabilität und Vollbeschäftigung auf der einen und Zahlungsbilanzausgleich bei freier Währungspolitik auf der andern Seite zumindest theoretisch behoben werden.

Die Realisationsschwierigkeiten bestehen darin, das eine Ziel nicht dem andern zu opfern, sondern beide in bestmöglicher Vollkommenheit zu erreichen. Die Alternative, vor welcher man die Augen nicht verschliessen darf, bleibt indessen von einem bestimmten Punkte an bestehen: Entweder eine chronische Inflation ohne die Garantie einer dauerhaften Vollbeschäftigung oder eine Geldwertstabilisierung, welche mit der Gefahr kleiner Rückschläge verbunden ist.

C. Institutionelle Integration

Die strukturelle Anpassung und der konjunkturelle Ausgleich im Hinblick auf eine optimale Güterversorgung, langfristiges Wachstum und Vollbeschäftigung aller Produktivkräfte werden auf Grund der allumfassenden Verflechtung der Wirtschaft und der Interdependenz ihres Ablaufes mehr und mehr als eine überstaatliche Aufgabe angesehen. Allmählich dringt die Einsicht durch, dass die Zeiten einer betont nationalen Wirtschaftspolitik vorbei und die Forderungen nach einem äusserlich geschlossenen und innerlich zusammenhängenden weltwirtschaftlichen System berechtigt sind ¹⁶.

Die hier wirksam werdenden Kräfte streben darnach, im politischen und sozialökonomischen Bereich mit Hilfe einer ganzheitlichen und in sich widerspruchsfrei ausgewogenen Politik den Zusammenschluss artmässig verwandter und räumlich verschiedener Teile herbeizuführen. Mit der wachsenden Differenziertheit und Vielfalt der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erscheinungswelt vollzog sich eine Desintegration, welche nunmehr die vitalen Interessen und den Bestand der einzelnen Glieder dieser verkehrswirtschaftlich verbundenen Organismen gefährdet.

Für den orthodox-liberalen Theoretiker bedeutet die Marktwirtschaft das entscheidende Merkmal des ökonomischen Integrationsprozesses. Als Mittel hierzu dienen ihm die Preisbildung und der Wettbewerb, welche in einer bewussten Organisation international zu ordnen wäre. Auf diesem Weg soll die Rückkehr zu einer weltweiten Verkehrswirtschaft ermöglicht und ein Wirtschaftsraum formiert werden, welcher auf höherer geographischen Stufe der Volkswirtschaft entspricht.

Hierzu bedarf es nach Erhard einer Wirtschaftspolitik, welche in der Gestaltung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs, des Geld- und Kapitalmarktes sowie in der Behandlung der Zollprobleme und hinsichtlich der Freizügigkeit der Menschen in raschem Fortschreiten zu immer umfassenderen Freiheiten zu gelangen sucht ¹⁷. Es wird jedoch auch die Auffassung vertreten, eine positive Koordinierung der Wirtschaftslenkung sei unerlässlich; denn die Unvermeidbarkeit der Intervention bestehe für die einzelne Volkswirtschaft wie für die Weltwirtschaft als Ganzes ¹⁸.

Das letztere gilt insbesondere für jene Fälle, wo sich die strukturellen und konjunkturellen Probleme nicht in erträglicher Zeit von selbst lösen

16) Vgl. H. Möller, Probleme der Geld- und Kreditpolitik bei Währungskonvertierbarkeit, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 591.

17) A. a. O., S. 313.

18) Vgl. H. Möller, a. a. O., S. 591 f.

lassen. Dann wird die öffentliche Hand unter Berücksichtigung der liberalen Grundhaltung und ihrer Ideale sich darum bekümmern müssen¹⁹. Das allgemeine Wohl kann zur Lösung einer bestimmten Aufgabe den staatlichen Eingriff rechtfertigen, ohne hierdurch den Wert der automatisch wirkenden Integrationsmittel herabmindern und deren Funktionsweise behindern zu wollen.

So wie die Dinge liegen, dürfte die Förderung der Kooperation und Koordination der sozialökonomischen Energien und Bestrebungen nur mit Hilfe entsprechend geeigneter Einrichtungen möglich sein. Sie sollten die wirtschaftspolitischen Widersprüche im politisch bestimmten Raum aufheben und zu einer Abstimmung im globalen Rahmen führen. Es sind denn auch Kräfte am Werk, welche über eine regional-zwischenstaatliche Lösung zu einem universal-überstaatlichen Zusammenschluss hindrängen. Wo die Grenzen zu ziehen sind, ist eine Frage der politischen Gegebenheiten und der ideologischen Anpassungsfähigkeit.

Eine aufs Ganze gehende, echte Integration erfordert eine Ordnung der Währungen auf internationaler Ebene und die strikte Einhaltung der entsprechenden Regeln. Der integrierte Wirtschaftsraum entspricht bei freier Konvertibilität der Währungen einer Zahlungsgemeinschaft, in welcher im wesentlichen der Preis zum ökonomischen Massstab für die Beurteilung der Leistungen wird. Im weitern wird man nicht darauf verzichten können, auch in der Geld-, Kredit- und Finanzpolitik sich gegenseitig anzupassen und auf diese Weise eine gewisse Harmonisierung herbeizuführen.

Die Aufmerksamkeit, welche die Gestaltung der Zölle heute beansprucht, geht am zentralen Problem vorbei. Was kann schon durch eine expansive Wirtschaftspolitik für Produktion und Beschäftigung getan werden, wenn durch kontraktive Massnahmen der Partner Auslandsmärkte verlorengehen und wenn ringsherum durch eine inflationäre Geldpolitik sowie durch wachsende Zahlungsbilanzüberschüsse auch die Inlandpreise in Bewegung geraten. Je enger mit der fortschreitenden Liberalisierung die Handelsbeziehungen werden, desto schneller übertragen sich bestehende Währungsunsicherheiten von einem Gebiet der Weltwirtschaft auf die andern²⁰.

Es stellt sich somit die Aufgabe, die vorhandene Desintegration der Weltwirtschaft durch eine allgemeine Rückkehr zur Marktwirtschaft und durch „die Reparierung des aussenwirtschaftlichen Rahmenwerkes“ zu

19) H. Peter, Öffentliche Grossaufgaben in der freien Wirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 164 f.

20) Vgl. R. Kamitz, Integrierung und Finanzpolitik, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 438.

überwinden²¹. Es lässt sich nicht bestreiten, dass ein solches Vorgehen nur in der bewussten und gewollten „Organisierung und Institutionalisierung der internationalen Ordnung“ liegen kann²². Es fragt sich nun allerdings, ob die von den Neoliberalen empfohlene Rahmenordnung genügt, um alle jene Mängel, welche der Verkehrswirtschaft anhaften, zu beheben und gleichzeitig die Lösung der neuen Aufgaben zu begünstigen.

Die innere Vielfalt der strukturellen Gegebenheiten und die entsprechende Mehrschichtigkeit der sich stellenden Probleme erfordern auch die Möglichkeit eines freien Einspiels der politischen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte. Ein gewisses Minimum an politischer Koordination in allen Fragen, welche das gemeinsame Schicksal der zu integrierenden Volkswirtschaften betreffen, sollte die grundlegende Voraussetzung bilden. Man darf hierbei nicht übersehen, dass es Stufen und Grade der sozialökonomischen Integration gibt und dass von einer extremen Ausprägung nicht gesprochen werden kann.

Der sachliche Nutzeffekt des aufeinander abgestimmten Wirtschaftsraumes liegt bei einem entsprechend freien Güteraustausch in der beachtlichen Vermehrung des Sozialprodukts aller am Handel beteiligten Länder. Ein solcher Erfolg lässt sich auch dann erzielen, wenn Arbeit und Kapital national gebunden bleiben. Als Einschränkung ist indessen beizufügen, dass die Anteile je nach der machtmässigen Stärke ausfallen werden. Eine auf weltwirtschaftlicher Ebene konsequent durchgeführte Arbeitsteilung bringt wohl eine wechselseitig erhöhte Abhängigkeit der einzelnen Volkswirtschaften mit sich; sie ist jedoch nur dann schädlich und verhängnisvoll, wenn man sich ihrer Gefahren nicht rechtzeitig zu erwehren weiss.

Das Fehlen einer hinreichenden Koordinierung der nationalen Struktur-, Konjunktur- und Vollbeschäftigungspolitik müsste sich im Falle eines massiven wirtschaftlichen Rückschlages über kurz oder lang für alle nachteilig auswirken; denn eine ungeordnete Krisenbekämpfung würde die Lasten der Depression auf andere Volkswirtschaften abwälzen. Damit soll nicht gesagt sein, dass sich eine lokale Politik erübrigt und gegebenenfalls nicht auch zweckmässig sein könnte. Sie sollte sich indessen der Grenzen ihrer Wirkungsweise bewusst und systemkonform sein.

Es ist nunmehr bedeutungsvoll, dass das wirtschaftspolitische Ziel der Vollbeschäftigung, welches auch auf neoliberaler Seite als eine ernst zu nehmende Aufgabe anerkannt wird, hierdurch eine Einordnung und Beschränkung erfährt. Durch diese Bindungen werden auch die bestehenden

21) W. Röpke, Integration und Desintegration der internationalen Wirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957, S. 498.

22) W. Röpke, a. a. O., S. 499.

antinomischen Verhältnisse aufgehoben. Damit ergibt sich auch eine modifizierte Zielsetzung, welche darin besteht, die vorhandenen Produktionsfaktoren rationell einzusetzen, die Expansion massvoll zu fördern, den Geldwert dennoch stabil zu halten und hierdurch ein kontinuierliches Wachstum der Wirtschaft zu ermöglichen.

Die erstrebte Integration ist unter Berücksichtigung unserer Fragestellung eine vielschichtige und graduell verschiedene. Sie zielt auf ein ausgewogenes Gefüge im Aufbau der Volks- und Weltwirtschaft, wodurch auch die Bereitstellung und die Verwendung der einzelnen Arten von Produktivkräften zu einer Aufgabe von örtlicher und weltweiter Bedeutung wird. Die Neoliberalen haben daher nicht unrecht, wenn sie es ablehnen, das Beschäftigungsproblem auf rein nationaler Ebene meistern zu wollen.

Es lässt sich kaum in Abrede stellen, dass die neoliberale Ideologie und Theorie weniger in den sozialen und politischen Voraussetzungen als in ökonomischer Hinsicht den aktuellen Bestrebungen entspricht. Man darf sich jedoch über die Aussichten einer entsprechenden Vollbeschäftigungspolitik nicht täuschen; denn während sich die Auffassung von der Unvermeidbarkeit einer wirtschaftspolitischen Intervention für die einzelne Volkswirtschaft weitgehend durchgesetzt hat, scheut man sich noch immer, das gleiche Vorgehen mit derselben Folgerichtigkeit auch für die Weltwirtschaft als Ganzes zu fordern.

Wir sind uns bewusst, dass politische wie gesellschaftliche Institutionen an sich ambivalent sind und keineswegs den erwarteten Erfolg garantieren. Neben den erforderlichen Voraussetzungen bedarf es eines zielstrebigem Willens zum einsichtigen Gebrauch der geschaffenen Instrumente. Selbst wenn die Neoliberalen in dieser Hinsicht noch eine gewisse Zurückhaltung üben und statt dessen eher auf die marktwirtschaftliche Automatik vertrauen, so sind sie in ihrer Grundkonzeption der gesuchten Lösung doch näher als die Mehrzahl der spezifischen Vollbeschäftigungstheoretiker, deren Lehrmeinungen leicht auch zur bindenden Fessel werden können.

Schlusswort

Die Aussichten einer wirtschaftspolitischen Realisierung der neoliberalen Beschäftigungstheorie sind ungewiss. Der Erfolg hängt weitgehend von den Umständen und dem Verhalten der Wirtschaftssubjekte ab. Wer eine unbedingte Sicherheit will, muss eine entsprechend totale Planung in Kauf nehmen.

Wie sich nunmehr die Vollbeschäftigungspolitik im Rahmen des dargestellten Ordnungssystems durchführen lässt, darin sind sich die Neoliberalen keineswegs einig. Die in Frage kommenden Autoren verteilen die Akzente ungleich und unterscheiden sich vor allem hinsichtlich der Rolle, welche sie dem Staat nach Art und Umfang seiner Tätigkeit zugeacht haben.

Wenn auch kein einheitliches Programm vorliegt, so bekennen sie sich doch zu einer Leitidee und einer Ordnung des sozialökonomischen Lebens, welche als richtig hingestellt wird und in die Tat umgesetzt werden soll. Diese Bindung erschwert jedoch das Beurteilungsvermögen der aktuellen Gegebenheiten und die entsprechende Anwendungsmöglichkeit ihrer theoretischen Sätze.

Gerade hier ist nun aber zu betonen, dass das Recht nicht das Leben schafft, sondern ihm folgt, um es zu bewahren. Es darf auch nicht übersehen werden, dass es weniger an den Institutionen und an den technischen Instrumenten liegt, welche doppelwertig und nicht selten in bestimmten Traditionen verankert sind.

Die Forderung nach der Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte ist Ausdruck eines Sicherheitsstrebens, welches sich mit zunehmender Industrialisierung weiter ausbreiten dürfte. Sie wird daher immer mehr zu einem Anliegen des Staates, dessen Aktivität somit eher als eine Reaktion auf das Nichtgenügen der marktwirtschaftlichen Funktionsweise zu werten ist.

Die hier nunmehr zum Ausdruck kommende Vitalpolitik will weniger die Verhältnisse korrigieren als neue Bedingungen setzen. Zudem greifen individualistische und soziale Wertungen ineinander und durchdringen sich, wodurch die für ein dualistisches Wirtschaftssystem typische Kooperation der sozialökonomischen Kräfte angebahnt und unterstützt wird.

Auf Grund unserer Ausführungen dürfen wir für die künftige Entwicklung der Wirtschaft wohl annehmen, dass alle erforderlichen Massnahmen getroffen werden, um die Arbeitslosigkeit weniger wahrscheinlich und die Vollbeschäftigung sicherer zu machen.

Literaturverzeichnis

Die mit einem Stern versehenen Titel sind im Text nicht zitiert, finden aber in der Arbeit eine wesentliche Berücksichtigung.

Amonn, Alfred: Das Lohnproblem, 2. A., Bern 1945.

— Lohntheorie und Lohnpolitik, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1947.

— Volkswirtschaftliche Grundbegriffe und Grundprobleme, 2. A., Bern 1944.

— Wirtschaftsordnung und Wirtschaftszustand, in: Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft, Erlenbach-Zürich 1951.

— Abwertung und Aufwertung oder freie Wechselkursbildung, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957.

Balogh, T.: Die internationalen Aspekte der Vollbeschäftigung, in: Vollbeschäftigung, sechs Studien des statistischen Instituts der Universität Oxford, deutsche Übersetzung, Bern 1946.

Aron, Raymond: Deutsche Soziologie der Gegenwart, Stuttgart 1953.

v. Beckerath, Erwin: Wissenschaft und Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957.

v. Beckerath, Herbert: Grossindustrie und Gesellschaftsordnung, Tübingen-Zürich 1954.

— Freiheit und Bindung in der modernen Volkswirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957.

Beveridge, Lord: Full Employment in a Free Society, London 1944.

Bieri, Hermann G.: Entwicklung und Stand der Theorie von Keynes, in: Festschrift für Alfred Amonn, Bern 1953.

Binder, Paul: Die Stabilisierung der Wirtschaftskonjunktur, Stuttgart 1956.

Böhler, Eugen: Grundlehren der Nationalökonomie, 2. A., Bern 1948.

— Problem der Produktivitätsmessung, in: Industrielle Organisation, 1947.

— Vollbeschäftigung und Wirtschaftssystem, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 1944.

— Zur Neuordnung der Wirtschaft und Gesellschaft, Separatabdruck aus dem Aargauer Tagblatt, 1942.

Böhm, Franz: Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung, in: Recht und Staat, Nr. 153/154, Tübingen 1950.

Bosshardt, Alfred: Von der Stabilität zur Flexibilität der Wechselkurse, in: Festschrift für Alfred Amonn, Bern 1953.

Bresciani-Turroni, C.: Der Meinungsstreit um die italienische Wirtschaftspolitik, in: Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft, Erlenbach-Zürich 1951.

— Einführung in die Wirtschaftspolitik, deutsche Übersetzung, Bern 1948.

Briefs, Goetz: Grenzmal in der pluralistischen Gesellschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957.

Burchardt, F. A.: Die Gründe der Arbeitslosigkeit, in: Vollbeschäftigung, sechs Studien des statistischen Instituts der Universität Oxford, deutsche Übersetzung, Bern 1946.

Drucker, Peter F.: Die nächsten zwanzig Jahre, Düsseldorf 1957.

Dürr, Ernst-Wolfram: Ordoliberalismus und Sozialpolitik, Diss., Zürich 1954.

- Dütschler, Hermann: Kurzer schematischer Abriss der Beschäftigungstheorie in Übereinstimmung mit den traditionellen Anschauungen der Nationalökonomie, Zürich 1945.
- Erhard, Ludwig: Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957.
- Eucken, Walter: Deutschland vor und nach der Währungsreform, in: Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft, Erlenbach - Zürich 1951.
- Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, in: Ordo-Bd. II, 1949.
- Die Grundlagen der Nationalökonomie, 3. A., Jena 1943.
- Die Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern - Tübingen 1952.
- Fischer, Rudolf: Die Wirtschaftspolitik des dritten Weges, Diss., Basel 1952.
- Das Stabilisierungsprogramm des Committee for Economic Development, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1951.
- Fisher, A. G. B.: Fortschritt und soziale Sicherheit, deutsche Übersetzung, Bern 1947.
- Forstmann, Albrecht: Zur ausserwirtschaftlichen Nachkriegsproblematik, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 67 II, 1951.
- Friedmann, Milton: A Monetary and Fiscal Framework for Economic Stability, in: The American Economic Review, June 1948.
- Gestrich, Hans: Kredit und Sparen, 2. A., Godesberg 1947.
- Gideonse, Harry D.: Die Steuerung der Wirtschaft durch den Wettbewerb als Ziel der amerikanischen Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaft ohne Wunder, Erlenbach - Zürich 1953.
- Gruber, Karl: Voraussetzungen der Vollbeschäftigung, Wien 1946.
- Haberler, Gottfried: Bemerkungen zum gegenwärtigen Stand der Konjunkturtheorie, in: Festschrift für Alfred Amonn, Bern 1953.
- Der internationale Handel, Berlin 1933.
- Konvertibilität der Währungen, in: Die Konvertibilität der europäischen Währungen, Erlenbach - Zürich 1954.
- Prosperität und Depression, deutsche Übersetzung, Bern 1948.
- * Hahn, Albert: Die Grundirrtümer in Lord Keynes' General Theory of Employment, Interest and Money, in: Ordo-Bd. II, 1949.
- Halm, George N.: Geld, Aussenhandel und Beschäftigung, 2. A., München 1954.
- John Maynard Keynes und die Marktwirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957.
- Harrod, R. F.: Dynamische Wirtschaft, deutsche Übersetzung, Stuttgart - Wien 1949.
- Haussmann, Frederik: Der extreme Neoliberalismus, Hann.-Münden 1952.
- Hayek, Friedrich A.: Der Weg zur Knechtschaft, deutsche Übersetzung, Erlenbach - Zürich 1945.
- Die Ungerechtigkeit der Steuerprogression, in: Schweizer Monatshefte, 1952, Heft 8.
- Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik, in: Ordo-Bd. VI, 1954.
- Vollbeschäftigung, Planwirtschaft und Inflation, in: Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft, Erlenbach - Zürich 1951.
- Heimann, Eduard: Soziale Theorie des Kapitalismus, Tübingen 1929.
- Jacobsson, Per: Die Konvertibilität der Währungen als realisierbares Ziel, in: Die Konvertibilität der europäischen Währungen, Erlenbach - Zürich 1954.
- Jöhr, Walter Adolf: Das Modell der vollkommenen Konkurrenz, in: Konkurrenz und Planwirtschaft, Bern 1946.
- Das Problem der Wirtschaftsordnung, in: Individuum und Gemeinschaft,

- Festschrift zur Fünzigjahrfeier der Handelshochschule St. Gallen, St. Gallen 1949.
- Jöhr, Walter Adolf: Ist ein freiheitlicher Sozialismus möglich?, Bern 1948.
- Jostock, Paul: Grundsätze der Soziallehre und der Sozialreform, Freiburg/B. 1946.
- Kalecki, M.: Drei Wege zur Vollbeschäftigung, in: Vollbeschäftigung, sechs Studien des statistischen Instituts der Universität Oxford, deutsche Übersetzung, Bern 1946.
- Kamitz, Reinhard: Wirtschaftspolitik und Kollektivismus, in: Schweizer Monatshefte, 1954, Heft 3.
- Integrierung der Finanzpolitik, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957.
- Keynes, John Maynard: The End of Laissez-faire, London 1926.
- Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, deutsche Übersetzung, München - Leipzig 1936.
- Küng, Emil: Der Interventionismus, Bern 1941.
- Wiederherstellung der Goldwährung? in: Privat-Kommerzbank A. G. Zürich, Januar 1954.
- Der technische Fortschritt — wirtschaftlich betrachtet, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957.
- Kunze, Berthold: Wirtschaftsethik und Wirtschaftsordnung, in: Der Christ und die soziale Marktwirtschaft, Stuttgart - Köln 1955.
- La Roche, Charles: Aktuelle Probleme der Überbeschäftigung, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1946.
- Lippmann, Walter: Die Gesellschaft freier Menschen, deutsche Übersetzung, Bern 1945.
- Lutz, Friedrich A.: Arbeitslosigkeit und Kreditexpansion, in: Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft, Erlenbach - Zürich 1951.
- Das Problem der Konvertibilität europäischer Währungen, in: Ordo-Bd. VI, 1954.
- Die Konvertibilitätsdiskussion, in: Die Konvertibilität der europäischen Währungen, Erlenbach - Zürich 1954.
- Geldpolitik und Wirtschaftsordnung, in: Ordo-Bd. II, 1949.
- Marbach, Fritz: Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention, Bern 1950.
- v. Mering, Otto: Steuerpolitik und Vollbeschäftigung, in: Ordo-Bd. III, 1950.
- Messner, Johannes: Das Naturrecht, 2. A., Innsbruck - Wien 1950.
- Die soziale Frage, 6. A., Innsbruck - Wien - München 1956.
- Miksch, Leonhard: Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination, in: Ordo-Bd. III, 1950.
- Wettbewerb als Aufgabe, 2. A., Godesberg 1947.
- Möller, Hans: Probleme der Geld- und Kreditpolitik bei Währungskonvertierbarkeit, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957.
- Morgenstern, Oskar: Die Grenzen der Wirtschaftspolitik, Wien 1934.
- Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftspolitik in der sozialen Marktwirtschaft, in: Der Christ und die soziale Marktwirtschaft, Stuttgart - Köln 1955.
- National and International Measures for Full Employment, United Nations, Lake Success, New York, December 1949.
- v. Nell-Breuning, Oswald: Zur Wirtschaftsordnung, in: Wörterbuch der Politik, Freiburg/B. 1949, Heft IV.
- Neoliberalismus und katholische Soziallehre, in: Der Christ und die soziale Marktwirtschaft, Stuttgart - Köln 1955.

- Neumark, Fritz: Interventionistische und dirigistische Steuerpolitik, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957.
- Peter, Hans: Öffentliche Grossaufgaben in der freien Wirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957.
- Pigou, A. C.: The Classical Stationary State, in: Economic Journal, December 1943.
- Popper, K. R.: Öffentliche Meinung und Liberalismus, in: Ordo-Bd. VIII, Düsseldorf - München 1956.
- Pütz, Theodor: Die wissenschaftliche Diskussion um das Problem der Wirtschaftsordnung, in: Wirtschaft und Recht, 1953, Heft 2.
- Die wirtschaftspolitische Konzeption, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957.
- Rakowski, Janusz: Die ‚Vollbeschäftigung‘ im Kreuzfeuer, Bern 1946.
- Ritschl, Hans: Gemeinwirtschaft und kapitalistische Marktwirtschaft, Tübingen 1931.
- Rittershausen, Heinrich: Vollbeschäftigung und Aussenhandelspolitik, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Neue Folge, Band 3, Berlin 1951.
- Robinson, Joan: Essays in the Theory of Employment, London 1937.
- Röpke, Wilhelm: Alte und neue Ökonomie, in: Wirtschaft ohne Wunder, Erlenbach - Zürich 1953.
- Civitas humana, Erlenbach - Zürich 1944.
- Das deutsche Wirtschaftsexperiment — Beispiel und Lehre, in: Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft, Erlenbach - Zürich 1951.
- Das Kernproblem der ‚Vollbeschäftigung‘, in: Beiträge zur Geld- und Finanztheorie, Festschrift für Wilhelm Gerloff, Tübingen 1951.
- Die Gesellschaftskrise der Gegenwart, 4. A., Erlenbach - Zürich 1942.
- Die Lehre von der Wirtschaft, 6. A., Erlenbach - Zürich 1951.
- Die sekundäre Krise und ihre Überwindung, in: Economic Essays in Honour of Gustav Cassel, London 1933.
- Gedanken eines Volkswirtschafters über die Reklame, in: Schweizer Monatshefte, 1945, Heft 4/5.
- Grundlagen rationeller Wirtschaftspolitik, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 1941.
- Internationale Ordnung, Erlenbach - Zürich 1945.
- * — Internationale Ordnung — heute, 2. A., Erlenbach - Zürich 1954.
- Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?, Stuttgart - Köln 1950.
- Mass und Mitte, Erlenbach - Zürich 1950.
- * — Offene und zurückgestaute Inflation, in: Kyklos, Vol. I, 1947.
- Staatsinterventionismus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Ergänzungsband zur IV. A., Jena 1929.
- Vollbeschäftigung — ein Irrweg zu einem selbstverständlichen Ziel, in: Schweizer Monatshefte, 1943/44, Heft I.
- Wege zur Konvertibilität, in: Die Konvertibilität der europäischen Währungen, Erlenbach - Zürich 1954.
- Integration und Desintegration der internationalen Wirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957.
- Rüstow, Alexander: Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus als religionsgeschichtliches Problem, Zürich - New York 1945.

- * Rüstow, Alexander: Zu den Grundlagen der Wirtschaftswissenschaft, in: *Revue de la Faculté des Sciences économiques de l'Université d'Istanbul*, Istanbul 1941.
- Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, in: *Ordo*-Bd. II, 1949.
 - Wirtschaftsethische Probleme und soziale Marktwirtschaft, in: *Der Christ und die soziale Marktwirtschaft*, Stuttgart - Köln 1955.
 - Vitalpolitik gegen Vermassung, in: *Masse und Demokratie*, Erlenbach - Zürich 1957.
- Rüstow, Hanns-Joachim: *Theorie der Vollbeschäftigung in der freien Marktwirtschaft*, Tübingen 1951.
- Saitzew, Manuel: *Der Interventionismus*, in: *Festgabe für Fritz Fleiner*, Zürich 1957.
- Salin, Edgar: *Geschichte der Volkswirtschaftslehre*, 4. A., Bern - Tübingen 1951.
- Nochmals: ein dritter Weg?, in: *Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft*, 1944.
 - *Wirtschaft und Wirtschaftslehre nach zwei Weltkriegen*, in: *Kyklos*, Vol I, 1947.
 - Über die Notwendigkeit langfristiger Energiepolitik, in: *Wirtschaftsfragen der freien Welt*, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957.
- Schmölders, Günter: *Steuersystem und Wettbewerbsordnung*, in: *Ordo*-Bd. III, 1950.
- Die Konjunkturpolitik der ‚moral suasion‘, in: *Wirtschaftsfragen der freien Welt*, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957.
- Schneider, Erich: *Der gegenwärtige Stand der Theorie der Beschäftigung*, in: *Schriften des Vereins für Sozialpolitik*, Neue Folge, Band 3, Berlin 1951.
- Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil, 2. A., Tübingen 1953.
- Schumacher, E. F.: *Staatsfinanzen — ihr Verhältnis zur Vollbeschäftigung*, in: *Vollbeschäftigung, sechs Studien des statistischen Instituts der Universität Oxford*, deutsche Übersetzung, Bern 1946.
- Seraphim, Hans-Jürgen: *Kritische Bemerkungen zur Begriffs- und Wesensbestimmung der sozialen Marktwirtschaft*, in: *Wirtschaftsfragen der freien Welt*, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957.
- v. Stackelberg, Heinrich: *Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre*, 2. A., Bern - Tübingen 1951.
- Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftslenkung, in: *Ordo*-Bd. II, 1949.
- Taucher, Wilhelm: *Beschäftigungspolitik*, Wien 1954.
- Terhalle, Fritz: *Einige Anmerkungen zu unserem heutigen Nebeneinander von sozialer Markt- und öffentlicher Finanzwirtschaft*, in: *Wirtschaftsfragen der freien Welt*, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957.
- Theimer, Walter: *Geschichte der politischen Ideen*, Bern 1955.
- Viner, Jakob: *Vollbeschäftigung um jeden Preis*, in: *Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft*, Erlenbach - Zürich 1951.
- Wagner, Valentin F.: *Der Expertenbericht der UNO über die Vollbeschäftigungspolitik*, in: *Privat-Kommerzbank A. G. Zürich*, Juli 1951.
- * — *Betrachtungen zur neuen Geld- und Zinspolitik*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 1952.
- Kollektive und kollektivvertragliche Lohnbildung, in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 1947.
 - Quantitätstheorie und Geldpolitik, in: *Festschrift für Alfred Amonn*, Bern 1953.
 - Sparen und Investieren, in: *Zeitschrift für Nationalökonomie*, Band XIV, 1954, Heft 2-4.

- Weber, Max: Volkswirtschaftliche Probleme der Produktivität und der Lohnpolitik, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1954.
- * Werner, Josua: Wohlstand, Freiheit und Gerechtigkeit, Diss., St. Gallen 1951.
- Wessels, Theodor: Geldprobleme der Wettbewerbswirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Festschrift für Ludwig Erhard, Frankfurt a. M. 1957.
- Worswick, G. D. M.: Die Stabilität und Elastizität der Vollbeschäftigung, in: Vollbeschäftigung, sechs Studien des statistischen Instituts der Universität Oxford, deutsche Übersetzung, Bern 1946.

Lebenslauf

Ich, Werner Karl Schupp von Basel, wurde als Sohn des Karl Schupp, Betriebsarbeiter, wohnhaft in Basel, und der Rosa Schupp-Knecht am 23. August 1924 in Basel geboren. Ich besuchte die Primar-, Real- und Handelsschule in Basel und absolvierte anschliessend eine kaufmännische Lehre. Während sieben Jahren war ich als Angestellter in Verkehrs- und Versicherungsunternehmungen tätig und besuchte gleichzeitig den kantonalen Maturitäts-Kurs für Berufstätige, aus dem ich im Frühjahr 1951 mit dem Reifezeugnis des Typus B entlassen wurde.

An der Universität Basel studierte ich in der Zeit vom Sommer 1951 bis Herbst 1955 die Staatswissenschaften. Ich besuchte die Vorlesungen der Herren Dozenten und Professoren Dr. Edgar Bonjour, Dr. Theodor Brogle, Dr. Louis V. Furlan, Dr. Joseph Gantner, Dr. Adolf Gasser, Dr. Hans Guth, Dr. Max Imboden, Dr. Karl Jost, Dr. Werner Kaegi, Dr. Rudolf Laur, Dr. Hans Lewald, Dr. Jürg Niehans, Dr. Hans Reinhardt, Dr. Erwin Ruck, Dr. Edgar Salin, Dr. Karl Schefold, Dr. August Simonius, Dr. Valentin F. Wagner, Dr. Max Weber und Dr. Bernhard Wyss.

Meine Dissertation entstand auf Anregung und unter der Leitung von Herrn Professor Dr. Valentin F. Wagner.

Gedruckt in Westdeutschland

